A 20630 F

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

18. JAHRGANG, JUNI 1982, HEFT 2

RAINER M. HALMEN: "Das Berufsbeamtentum muß unter allen Umständen erhalten bleiben." Die deutsche Beamtenbewegung zwischen Etatismus und gewerkschaftlicher Orientierung im Übergang vom Kaiserreich zur Republik

BEATRIX HERLEMANN: Der deutschsprachige Bereich an den Kaderschulen der Kommunistischen Internationale

WERNER MÜLLER: Kommunismus in der Bundesrepublik. Neuere Literatur zur Geschichte der KPD in der Nachkriegszeit 1945 bis 1956

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN * NEUE LITERATUR

Anzeige

Hermann Weber (Herausgeber)

UNABHÄNGIGE KOMMUNISTEN

Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler
und Isaac Deutscher 1949 bis 1967
320 Seiten, Snolin Broschur

(Beiheft 6 zur Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung [IWK]. Herausgegeben von der Historischen Kommission zu Berlin durch Henryk Skrzypczak)

Der Briefwechsel zwischen Isaac Deutscher und Heinrich Brandler ist zweifellos ein hochinteressantes Dokument der Zeitgeschichte. Im Mittelpunkt des Briefwechsels steht die Diskussion zwischen Deutscher und Brandler über das Jahr 1923, d.h. den versuchten Aufstand der KPD (unter Leitung Brandlers), die Einschätzung der UdSSR, Stalins, Trotzkis usw., aber auch Probleme der fünfziger Jahre, insbesondere die Entwicklung der DDR, den 17. Juni usw. Der Briefwechsel bringt sowohl bemerkenswerte theoretische Überlegungen als auch (durch die internen Kenntnisse Brandlers über die Geschichte des deutschen und russischen Kommunismus) einmalige und wichtige Aussagen zur Entwicklung des Kommunismus.

Über die Autoren:
Heinrich Brandler (1881-1967), von Beruf Maurer, Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD, Parteiführer 1922/23. 1928 aus der Partei ausgeschlossen, Führer der KP-Opposition. Er lebte nach der Rückkehr aus dem Exil 1948 in der Bundesrepublik.
Isaac Deutscher (1907-1967), 1932 Ausschluß aus der KP Polens, ab 1939 in London. Bekannter marxistischer Historiker, der zahlreiche Standardwerke zur Sowjetforschung vorlegte, u.a. eine Stalin- und Trotzki-Biographie.

Colloquium Verlag Berlin.

IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak
Wissenschaftlicher Beirat: Helga Grebing, Peter Lösche, Erich Matthias, Hans Mommsen, Hans-Josef Steinberg und Hermann Weber

Inhalt

RAINER M. HALMEN: "Das Berufsbeamtentum muß unter allen Umständen erhalten bleiben." Die deutsche Beamtenbewegung zwischen Etatismus und gewerkschaftlicher Orientierung im Übergang vom Kaiserreich zur Republik ..... S. 173

BEATRIX HERLEMANN: Der deutschsprachige Bereich an den Kaderschulen der Kommunistischen Internationale ..... S. 205

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete (51). Bearbeitet von Franz Jean Frohn und Walter Momper ..... S. 229

WERNER MÜLLER: Kommunismus in der Bundesrepublik. Neuere Literatur zur Geschichte der KPD in der Nachkriegszeit 1945 bis 1956 ..... S. 245

WERNER SCHOCHOW: Ein Überblick über die Nationalsozialismus-Forschung? ..... S. 253

NEUE LITERATUR

August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2: 1878-1890. 2 Teilbde. Hrsg. von Horst Bartel u.a., Berlin 1978 (*Ernst Schraepler*) ..... S. 256

Robert Grimm, Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz (Neudruck der Ausgabe von 1931), Zürich 1978 (*Karl Lang*) ..... S. 258

Hartmut Zwahr, Proletariat und Bourgeoisie in Deutschland. Studien zur Klassendialektik, Köln 1980 (*Arno Weckbecker*) ..... S. 258

Helmut Hirsch, Sophie von Hatzfeld, Düsseldorf 1981 (*Ernst Schraepler*) ..... S. 260

Richard Friedenthal, Karl Marx. Sein Leben und seine Zeit, München und Zürich 1981 (*Fred E. Schrader*) ..... S. 260

Emma Goldman, Gelebtes Leben. "Living my Life", Bd. 3, Berlin 1980 (*Ursula Nienhaus*) ..... S. 261

2/82
Juni

Käte Frankenthal, Der dreifache Fluch: Jüdin, Intellektuelle, Sozialistin, Frankfurt/M. und New York 1981 (*Ernst Schraepler*) ..... S. 263

Axel Schildt, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt/M. und New York 1981 (*Gunnar Stollberg*) ..... S. 264

Günter van Norden, Der deutsche Protestantismus im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung, Gütersloh 1979 (*Helmut Gollwitzer*) ..... S. 265

Jürgen Brockstedt (Hrsg.), Regionale Mobilität in Schleswig-Holstein 1600-1900, Neumünster 1979 (*Hartmut Kaelble*) ..... S. 267

Heinrich Hirschfelder, Die bayerische Sozialdemokratie 1864-1914, 2 Teile, Erlangen 1979 (*Toni Offermann*) ..... S. 267

Wolfgang Günther, Die Revolution von 1918/19 in Oldenburg, Oldenburg 1979 (*Rainer Paetau*) ..... S. 268

Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Wuppertal 1980 (*Beatrix Herlemann*) ..... S. 270

Mary Nolan, Social democracy and society. Working-class radicalism in Düsseldorf 1890-1920, Cambridge 1981 (*Adelheid von Saldern*) ..... S. 271

Rudolf Summa, Kasseler Unterschichten im Zeitalter der Industrialisierung, Darmstadt und Marburg/L. 1978 (*Adelheid von Saldern*) ..... S. 272

Peter N. Stearns, Arbeiterleben. Industriearbeit und Alltag in Europa 1890-1914, Frankfurt/M. 1980 (*Hartmann Wunderer*) ..... S. 273

Anton Pelinka, Gewerkschaften im Parteienstaat. Ein Vergleich zwischen dem Deutschen und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, Berlin 1980 (*Werner Lang*) ..... S. 274

KURZANZEIGEN UND LITERATURHINWEISE ..... S. 275

MITTEILUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION ..... S. 283

PROJEKTFRAGEBOGEN ..... S. 293

Autoren dieses Heftes:
Rainer M. Halmen, Doktorand am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin, Laubacher Str. 11, D 1000 Berlin 33.
Beatrix Herlemann, Dr. phil., Wissenschaftliche Angestellte am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte II der Universität Mannheim, Prof. Dr. Hermann Weber, Forschungsprojekt: Exil und Widerstand der KPD, A 5, D 6800 Mannheim 1.
Werner Müller, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte II der Universität Mannheim, Prof. Dr. Hermann Weber, A5, D 6800 Mannheim 1.
Werner Schochow, Dr. phil., Bibliotheksdirektor an der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, Ilsensteinweg 53, D 1000 Berlin 38.

ISSN 0046-8428
INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Zitierweise: IWK)
Verleger im Sinne des Pressegesetzes: Historische Kommission zu Berlin,
Kirchweg 33, D–1000 Berlin 38

Redaktion: Gerhard Beier, Franz Jean Frohn, Gunter Krüschet (verantw.), Peter Lösche, Walter Momper, Dirk H. Müller.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: Kirchweg 33, D 1000 Berlin 38, Tel.: 030/803 10 61

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen, der fotomechanischen Wiedergabe, sowie der Speicherung auf Datenträger. Gerichtsstand: Berlin(West)

Die IWK erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Preise ab 1.1.78: Einzelheft DM 15,– (Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 10,–), zuzüglich DM 1,– für Porto und Verpackung. Jahresabonnement DM 52,– (Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 36,–), incl. Porto und Verpackung. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 215515 – 105, beim Postscheckamt Berlin-West. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang). Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5,7,8,13-19/20, und Jg. 10 (1974)- Jg. 13 (1977), Jg. 14 (1978), H. 1,2 und 4 und Jg. 15 (1979)ff. Nachdrucke vergriffener Hefte sind geplant. Ein Inhaltsverzeichnis der Hefte 1 (Dezember 1965) bis 19/20 (Dezember 1973) und der Jahrgänge 10 (1974) bis 12 (1976) wird gegen eine Schutzgebühr von DM 5,– abgegeben.

Redaktionsschluß: 9.2.1982

Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Kulturelle Angelegenheiten, Berlin.

Gesamtherstellung: Union-Presse Hass + Co., Spanische Allee 92, D 1000 Berlin 38.

"DAS BERUFSBEAMTENTUM MUSS UNTER ALLEN UMSTÄNDEN ERHALTEN BLEIBEN."[1] DIE DEUTSCHE BEAMTENBEWEGUNG ZWISCHEN ETATISMUS UND GEWERKSCHAFTLICHER ORIENTIERUNG IM ÜBERGANG VOM KAISERREICH ZUR REPUBLIK

Von Rainer M. Halmen

Vorbemerkung

In den letzten Jahren konnte man, auf der Basis eines breiten Interesses an der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung,[2] die wissenschaftliche Aufarbeitung des Organisationsprozesses bislang vernachlässigter Arbeitnehmerschichten, wie z.B. der Angestellten, registrieren.[3] Umso verwunderlicher ist, daß die Entwicklung der Beamtengewerkschaften – mit Ausnahme der Lehrerverbände[4] – noch immer weitgehend unbekanntes Terrain der Forschung darstellt, auf dem sich historische Identifikationsbemühungen heutiger Beamtenorganisationen und dogmatische Überlegungen der Staatsrechtslehre tummeln. Hans Mommsen hat bereits 1973 auf hier vorhandene Lücken hingewiesen: "Weitgehend unbeantwortet sind bislang vor allem die Fragen des Einflusses der Beamtenschaft in den politischen Parteien, [. . .] die Politik der Beamtenverbände, das Selbstverständnis der Ministerialbürokratie [. . .] sowie die Entwicklung des Beamtenrechts."[5] Damit ist ein ganzes Bündel offener Probleme angerissen, dem man auch noch die eine oder andere Fragestellung anfügen könnte. Das Ziel des vorliegenden Aufsatzes ist dem gegenüber bescheiden. Ausgehend von den Entwicklungsbedingungen des Beamtentums im Kaiserreich soll den Gründen für die Entstehung interessenpolitischer Organisationen und der schließlichen Herausbildung des "Deutschen Beamtenbundes" (DBB) nachgegangen werden. Im Mittelpunkt des zweiten Teils steht die Diskussion der Möglichkeiten und Grenzen der Herausbildung einer gewerkschaftlichen Orientierung der Beamtenbewegung anhand der Frage des Beamtenstreiks. Die Streikfrage bietet sich hier an, weil darin eine Reihe anderer Probleme wie z.B. der gewerkschaftlichen Kampfmittel, des Verhältnisses zum Staat usw. gebündelt erscheint. Sie ist unter historischen Aspekten nicht zuletzt deswegen von Interesse, weil sie nach wie vor juristisch und politisch umstritten und ungeklärt ist.[6]

1 Aus der Rede des Vorsitzenden des "Deutschen Beamtenbundes" (künftig zitiert: DBB), Wilhelm Flügel, auf dem 3. Bundestag des DBB, in: Beamtenbund, Jg. 6 (1922), Nr. 15, S.3.

2 Ein Indikator dafür ist etwa die wissenschaftliche Konferenz zur Geschichte der Gewerkschaften im Oktober 79. Vgl. die Kongreßberichte in: IWK, Jg. 15 (1979), S.614-626, und PROKLA, Nr. 39 (1980), S.175-179.

3 Vgl. Ulf Kadritzke, Angestellte – die geduldigen Arbeiter. Zur Soziologie und sozialen Bewegung der Angestellten, Frankfurt/M. und Köln 1975; Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen 1973; Heinrich-August Winkler, Die Arbeitnehmer mit dem weißen Kragen, in: FAZ, Nr.304 vom 31.12.1977,S.6. Hannes Siegrist, Angestellte, technisch-wissenschaftliche Intelligenz und Arbeiterklasse, in: NPL, Jg. 23 (1978), S.367-380.

4 Vgl. hierzu die Sammelrezension von Hans Günther Thien, Das Verhältnis von Lehrerschaft und Arbeiterklasse. Zur Organisationsgeschichte der Lehrerschaft in neueren Darstellungen zur Lehrerbewegung in der Weimarer Republik, in: IWK, Jg. 13 (1977), S. 216-33; ferner: Rainer Bölling, Volksschullehrer und Politik. Der Deutsche Lehrerverein 1918-1933, Göttingen 1978; Wolfgang Stöhr, Lehrer und Arbeiterbewegung. Entstehung und Politik der ersten Gewerkschaftsorganisationen der Lehrer in Deutschland 1920-1923, 2 Bde, Marburg 1978; Dietfrid Krause-Vilmar (Hrsg.), Lehrerschaft, Republik und Faschismus. Beiträge zur Geschichte der organisierten Lehrerschaft in der Weimarer Republik, Köln 1978.

5 Hans Mommsen, Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning, in: VfZG, Jg. 21 (1973), S.153.

6 Vgl. etwa die für die ÖTV, bzw. den DGB erstellten Gutachten von Wolfgang Däubler, Der Streik im öffentlichen Dienst, Tübingen 1970,und Thilo Ramm, Das Koalitions- und Streikrecht der Beamten.

1. Beamtentum und Beamtenbewegung

1.1. Beamtenstatus und Beamtenkorps im Kaiserreich

Um einen Eindruck von der Höhe der Schranken zu vermitteln, die für eine gewerkschaftliche Orientierung des Beamtentums zu überwinden waren, ist kurz an die offizielle Auffassung des Beamtenverhältnisses zu erinnern. Otto Hintze, als Hochschullehrer selbst Beamter, faßte in seinen Vorträgen über den "Beamtenstand" die "allgemeinen Dienstpflichten" so zusammen: "Treue und Gehorsam gegen den obersten Dienstherrn [. . .] dazu achtungswürdiges Verhalten in und außer dem Amte. [. . .] Nicht bloß die Arbeitskraft der Beamten wird in Anspruch genommen, sondern in gewissem Sinne seine ganze Persönlichkeit."[7] In diesem Sinne galt der Beamte nicht als formal gleichberechtigter Vertragspartner wie in jedem üblichen Arbeitsverhältnis, sondern als einem besonderen "Gewaltverhältnis" unterworfen,[8] das ihn zugleich einer "weitreichende[n] Disziplinargewalt des Dienstherrn"[9] unterstellte. Aufgrund dieser Prämissen betrachtete man folgerichtig das Beamtenverhältnis nicht als eine ökonomische Beziehung und infolgedessen das Gehalt auch nicht als Äquivalent für verausgabte Arbeit, sondern als "Alimentation", als fürsorgliche Leistung des Staates, um dem Beamten ein "standesgemäßes" Leben zu ermöglichen.[10] Im Rahmen dieser Rechtsauffassung war man sich selbstverständlich "darüber einig, daß eine Arbeitseinstellung mit dem Wesen des Beamtenverhältnisses unvereinbar ist."[11]

In der Praxis der Behörden wurden diese Prinzipien außerordentlich restriktiv gehandhabt. Trotz offensichtlichen Widerspruchs zum Vereinsgesetz verboten die staatlichen Arbeitgeber die Mitgliedschaft in und selbst den Besuch von Versammlungen von Vereinen, die dem "Wesen des Beamtentums" widersprachen;[12] dazu zählten neben der Sozialdemokratie auch die polnischen, dänischen und welfischen Parteien. Teilweise galt selbst die bloße Stimmabgabe für die Sozialdemokratie als Dienstvergehen, das mit Entlassung geahndet wurde.[13] Neben den ständigen disziplinarischen Drohungen, die besonders im Bereich der unteren Beamten angewandt wurden,[14] und einzelnen Aktionen zur Ausmerzung liberaler Reste im höheren Beamtentum – hierzu gehört die Umstrukturierung des Personals der Justiz durch Puttkamer[15] in den 80er Jahren – garantierten spezielle Selektionsinstanzen die erwünschte politische Formierung des Beamtentums. In der höheren Beamtenlaufbahn wirkte als sozialer Filter die langjährige, unbezahlte Referendarausbildung, die nur Söhnen reicher Eltern

Ein Rechtsgutachten, Köln 1970,und den neueren Aufsatz von Thomas Blanke, Der Beamtenstreik im demokratischen Rechtstaat, in: Kritische Justiz, Jg. 13 (1980), S.238-56.

7 Otto Hintze, Der Beamtenstand, in: Vorträge der Gehestiftung, Bd. 3, Leipzig 1911, S.39-170. Fotomechanischer Nachdruck Darmstadt 1963 (nach dieser Ausgabe wird zitiert), S.8.

8 Wilhelm Kulemann, Der Gewerkschaftsgedanke in der Beamtenbewegung, Berlin 1919, S.36.

9 Otto Hintze, a.a.O., S.9.

10 A.a.O., S.10ff und Wilhelm Kulemann, a.a.O., S.40. Vgl. zur rechtshistorischen Seite dieses Standpunktes Erich Wyluda, Lehnrecht und Beamtentum. Studien zur Entstehung des preußischen Beamtentums, Berlin 1969.

11 Wilhelm Kulemann, Die öffentlichen Beamten, Berlin 1916, S.48.

12 A.a.O., S.50.

13 Bernhard Steinbach, Die politische Freiheit der Beamten unter der konstitutionellen Monarchie in Preußen und im Deutschen Reich, rechts- und staatswiss. Diss., Bonn 1962, S.88ff und Fußnote 53.

14 Vgl. für den Bereich der preußischen Staatsbahnverwaltung die Analyse von Klaus Saul, Konstitutioneller Staat und betriebliche Herrschaft. Zur Arbeiter- und Beamtenpolitik der preußischen Staatseisenbahnverwaltung 1890 bis 1914, in: Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt und Peter Christian Witt (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System, Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1978, S.315-36.

15 Vgl. Eckart Kehr, Das soziale System der Reaktion in Preußen unter dem Ministerium Puttkamer, in: ders., Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin ^{2}1970, S.74ff.

möglich war, während auf institutioneller Ebene die Einstellungsbefugnis der Regierungspräsidenten für die Referendare die staatskonforme Auswahl sicherstellte. Zumindest in Preußen hatten Bewerber für den höheren Verwaltungsdienst nur Chancen, wenn sie adlig, Reserveoffizier und Korpsstudent waren, denn dieser Kriterienkatalog gewährleistete mit hinreichender Sicherheit eine konservative Gesinnung.[16] Im Bereich der unteren und mittleren Beamten war eine selektive Rekrutierung durch das System der Militäranwärter gegeben, da, außer bei wissenschaftliche oder technische Qualifikationen erfordernden Stellen, alle unteren und die Hälfte der mittleren Beamtenposten ehemaligen Unteroffizieren vorbehalten blieben. Der langjährige Aufenthalt auf den Kasernenhöfen der kaiserlichen Armee und die weit überrepräsentative Herkunft der Unteroffiziere aus den wohl eher systemkonformen Gesellschaftsschichten der Landwirte und kleinen Selbständigen[17] lassen mit einigem Recht vermuten, daß auch bei den unteren und mittleren Beamten mehrheitlich konservative Gesinnung vorhanden war.[18] Linksliberale Beamte mußten jedenfalls mit Nichtberücksichtigung bei Beförderungen und evtl. auch disziplinarischen Maßnahmen rechnen.[19]

Dieses System aus informellen, aber auch gezielt eingesetzten Selektionsmechanismen, gekoppelt mit beliebig dehnbaren Disziplinargesetzen, verankerte in breiten Schichten des Beamtentums die regierungsamtliche Auffassung der "Beamtenpflichten", die eine gewerkschaftspolitische Interessenwahrnehmung subjektiv wie objektiv ausschloß. Gegen diese etatistische Blockierung setzte jedoch die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung und ihre Auswirkung auf den Staatsapparat neue gesellschaftliche Bewegungen in Gang. Dazu im nächsten Abschnitt einige Anmerkungen.

1.2. Zur Statistik und sozialen Lage des Beamtentums

Seit der Reichsgründung setzte sich in Deutschland die Entwicklung des Kapitalismus auf breiter Front durch und wandelte bis zur Jahrhundertwende ein 1870 immer noch primär agrarisch strukturiertes Land in ein industriekapitalistisches um.[20] Die damit ausgelösten sozialen Veränderungen: Bevölkerungswachstum von 41 auf nahezu 65 Millionen (1871 - 1910),[21] Urbanisierung [22] und die Entfaltung von Kommunikation und Verkehr,[23] vergrößerten den Umfang staatlicher Aufgaben und modifizierten deren Struktur. Dies äußerte sich zunächst in der wachsenden Zahl der Staatsbeschäftigten:

16 Vgl. hierzu: Hans Fenske, Preußische Beamtenpolitik vor 1918, in: Der Staat, Bd. 12 (1973), S.339-356, passim; ders., Monarchisches Beamtentum und demokratischer Staat. Zum Problem der Bürokratie in der Weimarer Republik, in: Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 1972, S.117-136, insbes. S.119ff; Rudolf Morsey, Zur Beamtenpolitik des Reiches von Bismarck bis Brüning, in: a.a.O., S.101-116, bes. S.104ff, [Lothar Engelbert Schükking:] Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens, von Bürgermeister X.Y. in Z., Berlin-Schöneberg 1908, S.42ff.

17 Hartmut Kaelble, Soziale Mobilität in Deutschland 1900-1960, in: ders. u. a., Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen ^{2}1979, S.235-327, hier S.282ff.

18 Hans Fenske, Beamtenpolitik in der Weimarer Republik, a.a.O., S.119.

19 Ders., Preußische Beamtenpolitik, a.a.O., S.343.

20 Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1973, Kap. II, S.41-59.

21 Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914, München 1975, S.22.

22 Vgl. a.a.O., S.45 die Tabelle über das Wachstum der Großstädte.

23 A.a.O., S.82f.

Zahl der Staatsbeschäftigten[24]

Jahr:	1882	1895	1907	1925
Anzahl:	813.365	1.224.206	2.041.185	3.278.537

In diesen Zahlen sind Beamte, Angestellte und Arbeiter enthalten. Obwohl die Anzahl der öffentlichen Angestellten vor 1914 wegen ihrer geringen Bedeutung vernachlässigt werden kann,[25] macht die Ermittlung der genauen Beamtenzahl Schwierigkeiten, da erst 1928 die erste umfassende Untersuchung zum Personalbestand der öffentlichen Verwaltung vorgenommen wurde. Eine grobe Annäherung läßt sich durch die Summierung der Gruppen E 2 und E 4 der Berufsstatistik[26] und der Post-/Telegraphie- und Bahnbeamten erzielen. Danach ergeben sich folgende Ziffern:

Zahl der öffentlichen Beamten (absolut)[27]

Jahr	E 2	E 4	Post	Bahn	insgesamt
1882	212 693	175 679	68 164	127 423	583 959
1895	292 909	232 848	153 611	168 242	847 610
1907	390 005	299 396	221 552[28]	265 761	1176 714
1925	568 960	332 360	282 981	339 315	1523 616

Verteilung der öffentlichen Beamten[29] (in %)

Jahr	E 2	E 4	Post	Bahn	insgesamt
1882	36,41	30,08	11,67	21,81	100
1895	34,53	27,45	18,11	19,84	100
1907	33,11	25,42	18,81	22,56	100
1925	37,32	21,80	18,56	22,26	100

Aufschlußreicher als die absoluten Wachstumsziffern für die Beamten sind Analysen der Struktur des Beamtentums in zweifacher Richtung: einmal im Hinblick auf das Gewicht der unterschiedlichen Verwaltungszweige, zum anderen nach der inneren Gliederung des Beamtenkorps in höhere, mittlere (Subaltern-) und untere Beamte betrachtet. Zunächst zu ersterem. Seit Emil Lederers ersten soziologischen Skizzen über die Staatsbeschäftigten galt es als

24 Nach John P. Cullity, The Growth of Governmental Employment in Germany 1882-1950, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 123 (1967), S.201-217, Table 1, S.202, abzüglich Militär.

25 Eckart Sturm, Die Entwicklung des öffentlichen Dienstes in Deutschland. Eine Untersuchung über die Wachstumstendenzen in der deutschen Verwaltung, in: Carl Hermann Ule (Hrsg.), Die Entwicklung des öffentlichen Dienstes, Köln, Berlin, München und Bonn 1961, S.1-285, hier S.18, Fußnote 1.

26 Die Gruppe E 2 umfaßt: "Hofstaat, Diplomatie, Reichs-, Staats-, Bezirks-, Gemeinde-, standesherrliche und gutsherrliche Verwaltung, Rechtspflege, Aufsichts- und Dienstpersonal in Gefängnissen, Straf-, Besserungs-, Armen-, Wohltätigkeitsanstalten". In der Kategorie E 4 sind Unterrichts-, Bildungs-, Erziehungs- und Bibliothekswesen enthalten.

27 Ohne Militär und -verwaltung, zusammengestellt nach folgenden Unterlagen: Für 1882 aus: Statistik des Deutschen Reichs, NF, Bd. 2, Berlin 1884, S.76 und 82, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jg. 14 (1893), S.96. Für 1895 aus: Statistik des Deutschen Reichs, NF, Bd. 102, Berlin 1897, S.127f; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jg. 20 (1899), S.63 und a.a.O., Jg. 18 (1897), S.52. Für 1907 aus: Statistik des Deutschen Reichs,NF, Bd. 202, Berlin 1909 S.132f, und Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jg. 30 (1909), S.114 und a.a.O., Jg. 32 (1911), S.154. Für 1925 aus: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 402, Berlin 1927, S.386f. und S.390f. (Bei der Gruppe "W 140", Bildung usw., wurden die Eigentümer und Pächter abgezogen); Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jg. 46 (1927), S.117 und a.a.O., Jg. 47 (1928), S.146.

28 Das Statistische Jahrbuch gibt in Jg. 30 (1909), S.112 andere Daten als in Jg. 32 (1911) auf S.154. Hier wurde der niedrigere Wert des letzteren verwandt.

29 Eigene Berechnung nach vorstehender Tabelle.

feststehender Lehrsatz, daß die Struktur des Beamtentums sich durch die rapide Zunahme der technische Funktionen wahrnehmenden Beamten der Betriebsverwaltungen von Post und Bahn stark gewandelt habe.[30] Bereits ein flüchtiger Blick auf die obige Tabelle zeigt demgegenüber eine relativ starke Konstanz der verschiedenen Verwaltungszweige. Nehmen wir an, daß die beiden ersten Gruppen eher dem traditionellen Bild des Hohheitsbeamten entsprechen, die dritte und vierte eher dem des Betriebsbeamten und fassen sie jeweils zusammen:

Anteile der Hohheits- und Betriebsbeamten (in %)

Jahr	Hohheitsbeamte	Betriebsbeamte	gesamt
1882	66,49	33,51	100
1895	61,98	38,32	100
1907	58,53	41,47	100
1925	59,12	40,88	100

Die Tabelle zeigt zwar eine langsame Verschiebung der Gewichte zugunsten der Betriebsbeamten, aber der Anteil "klassischer" Verwaltungsfunktionen betrug immer noch ein Drittel, zusammen mit dem Erziehungsbereich immer noch weit über die Hälfte. Der Eindruck starker struktureller Verschiebungen ließe sich allenfalls begründen, wenn in den Bereichen der Betriebsverwaltungen nicht nur die Beamten, sondern a l l e Beschäftigten berücksichtigt würden.

Zahl und Verteilung der Beamten inkl. Post-/Bahnarbeiter[31]

Jahr	E 2	E 4	Post	Bahn	insgesamt
1882	212 693	175 679	68 164	258 463	714 999
1882	29,73 %	24,56 %	9,53 %	36,13 %	100 %
1895	292 909	232 848	174 398	368 831	1 068 986
1895	27,39 %	21,77 %	16,31 %	34,49 %	100 %
1907	390 005	299 396	293 077	692 408	1 674 886
1907	23,28 %	17,87 %	17,5 %	41,34 %	100 %
1925	568 960	332 360	363 875	749 638	2 014 833
1925	28,22 %	16,48 %	18,05 %	37,18 %	100 %

Aus dieser Zusammenstellung ist deutlich erkennbar, daß das relative Gewicht der Betriebsbereiche ganz deutlich zunimmt, wenn damit auch keine direkte Veränderung der Struktur des Beamtentums erfolgt. Wir kommen nun zu dem vorstehend erwähnten zweiten Aspekt möglicher Strukturveränderungen des Beamtentums, der inneren Gliederung des Personals nach Laufbahngruppen. Hierzu existieren statistische Unterlagen für die Jahre 1914 und 1920, die einen groben Überblick gestatten:

Zahl der Reichs- und Gemeindebeamten nach Laufbahngruppen[32]

Gruppe	Reich 1914	und 1920	Gemeinden 1914	und 1920
Höhere B.	13 452	13 969	4 738	5 669
Mittlere B.	188 743	226 222	44 600	50 448
Untere B.	340 741	447 832	29 200	35 417

30 Emil Lederer, Die Bewegung der öffentlichen Beamten, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 31 (1910), S.660-710.

31 Anzahl der Arbeiter nach den Angaben des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich in den in Anm. 27 genannten Fundstellen.

32 Nach: Wirtschaft und Statistik, Jg. 2 (1922), S.132f.

Verteilung der Reichs- und Gemeindebeamten auf Laufbahngruppen[33]

Gruppe	Reich 1914 und 1920		Gemeinden 1914 und 1920	
Höhere B.	2,47 %	2,02 %	6,03 %	6,19 %
Mittlere B.	34,74 %	32,87 %	56,78 %	55,11 %
Untere B.	62,73 %	65,06 %	37,18 %	38,69 %

Nach diesen Daten betrug daher der Anteil der höheren, mittleren und unteren Laufbahngruppe an der Gesamtzahl der Reichs- und Gemeindebeamten im Jahre 1914: 2,92 %, 37,54 % und 59,52 %. Wenn man diese Verteilung als typisch für die Zeit des Kaiserreichs zugrundelegt – dies kann u. E. mit einigem Recht geschehen, da die relativen Verschiebungen zwischen 1914 und 1920 nicht sehr groß waren –, und mit ihrer Hilfe das absolute Wachstum der Beamtenzahl aufschlüsselt, dann ergibt sich folgendes Bild:

Anzahl der Beamten in den einzelnen Laufbahngruppen[34]

Jahr	höhere Beamte	mittlere Beamte	untere Beamte
1882	17 051	219 218	347 572
1895	24 750	318 192	504 497
1907	34 360	441 738	700 380

Auch bei Berücksichtigung der zahlreichen unsicheren Annahmen, die der vorstehenden Tabelle zugrunde liegen, läßt sich aus ihr entnehmen, daß bei feststehender oder geringfügig veränderter Proportion der Laufbahngruppen allein die rasche absolute Steigerung der Beamtenzahl die Menge der unteren und mittleren Beamten lawinenartig anschwellen läßt.
Als Quintessenz der vorgestellten Daten läßt sich festhalten:
– Das soziale Bild des Beamtentums war zunehmend von den Gruppen der unteren und mittleren Beamten bestimmt.
– Die Beamten der staatlichen Betriebsverwaltungen bildeten eine starke Minderheit von ca. 40 %, die von spezifischen Umständen geprägt war: Erstens verschlossen die in diesen Arbeitsbereichen zumeist notwendigen technischen Kenntnisse weite Bereiche des Betriebsbeamtentums dem Rekrutierungsmechanismus der Militäranwärter und zweitens befanden sich besonders die Bahnbeamten in ständigem engen Kontakt zum sozialen Milieu der Arbeiterklasse. Dies läßt vermuten, daß etatistische Denkmuster und traditionelle Beamtenklischees hier vergleichsweise geringer entwickelt waren.
In diesen beiden Entwicklungsmomenten wären die äußeren Voraussetzungen für eine Beamtenbewegung als Massenbewegung sozialer Interessen bereitgestellt. Bevor wir zur Betrachtung der Beamtenorganisationen im Kaiserreich übergehen, ist noch ein Blick auf die materielle Lage des Beamtentums als wichtigem Hebel möglicher Verbandsentwicklung zu werfen. In der Literatur herrschen hierzu unterschiedliche Auffassungen. Während Emil Lederer der Ansicht ist, die Entwicklung der Beamtenbewegung sei "in ihren Wurzeln ökonomischen Ursprungs" und Wirkung der "allgemeinen Teuerung",[35] führt Hans-Ulrich Wehler das reibungslose Funktionieren der bürokratischen Apparate auf die bis 1914 unverändert hohe Besoldung der Beamten zurück.[36] Um diese kontroverse Frage entscheiden zu können, sind in den folgenden Tabellen einige Daten zur Besoldungsentwicklung des Beamtentums zusammengestellt.

33 Eigene Berechnung nach vorstehender Tabelle.
34 Eigene Berechnung nach den in Anm. 27 genannten Unterlagen.
35 Emil Lederer, a.a.O., S.660.
36 Hans-Ulrich Wehler, a.a.O., S.74.

Jahresverdienste ausgewählter Beamtenkategorien im Vergleich zu Arbeitnehmern aus Industrie, Handel, Verkehr[37] (nominal)

Jahr	Untere Beamte*		Subalternbeamte**			Höhere Beamte***	Arbeitnehm.
1871	900 - 1500	900 - 1050	1500 - 2700	1350 - 1950	1800 - 3000	3600 - 5400	493
1890	1440 - 1890	1068 - 1380	2340 - 3940	1950 - 2682	2400 - 4032	4680 - 6600	650
1900	1440 - 1890	1108 - 1680	2340 - 3940	1950 - 3132	2400 - 4632	4680 - 7860	784
1910	1880 - 2480	1440 - 2180	2600 - 4800	2100 - 3800	2550 - 5300	4920 - 8500	979
1913	1880 - 2480	1440 - 2180	2600 - 4800	2100 - 3800	2550 - 5300	4920 - 8500	1083
Jahresverdienste usw. (real)[38]							
1871	851 - 1418	851 - 992	1418 - 2552	1276 - 1843	1701 - 2836	3403 - 5104	466
1890	1409 - 1849	1045 - 1350	2290 - 3855	1908 - 2624	2348 - 3945	4579 - 6458	636
1900	1353 - 1746	1041 - 1579	2199 - 3703	1833 - 2944	2256 - 4353	4398 - 7387	737
1910	1514 - 1997	1159 - 1755	2093 - 3865	1691 - 3060	2053 - 4267	3961 - 6844	789
1913	1448 - 1911	1109 - 1680	2003 - 3698	1618 - 2928	1965 - 4083	3790 - 6549	834

*) Erste Spalte: Ministerien, zweite: Regierungen.

**) Erste Spalte: Kanzleisekretäre in Ministerien, zweite Spalte: Kanzlisten der Regierungen, dritte Spalte: Sekretäre und Buchhalter der Regierungen.

***) Regierungsräte.

Jahresverdienste usw. in % des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens in Industrie, Handel, Verkehr[39]

Jahr	Untere Beamte*		Subalternbeamte			Höhere Beamte	Arbeitnehm.
1871	183 - 304	183 - 212	304 - 548	274 - 395	365 - 609	730 - 1095	100
1890	221 - 291	164 - 212	360 - 606	300 - 413	369 - 620	720 - 1015	100
1900	184 - 237	141 - 214	298 - 502	249 - 399	306 - 591	597 - 1002	100
1910	192 - 253	147 - 222	265 - 490	214 - 388	260 - 541	502 - 867	100
1913	174 - 229	133 - 201	240 - 443	194 - 351	236 - 490	454 - 785	100

*) Spalteneinteilung wie oben

Diese Zahlen zur Einkommensentwicklung zeigen, daß bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges von einer dramatischen Verschlechterung der Besoldungslage der Beamten[40] nicht die Rede sein kann. Auch in der von besonderen Preissteigerungen gekennzeichneten Periode ab der Jahrhundertwende stieg das Realeinkommen der unteren Beamten weiter an und betrug immer noch ein Vielfaches der durchschnittlichen Verdienste von Arbeitnehmern im privat-

37 Die Angaben für die Beamten sind entnommen aus Horst Kübler, Besoldung und Lebenshaltung der unmittelbaren preußischen Staatsbeamten im 19. Jahrhundert. Eine verwaltungsgeschichtliche Analyse, Nürnberg 1976, S. XIf.; diejenigen für die Arbeitnehmer in Industrie usw. aus Gerd Hohorst u.a., a.a.O., S.107. Der bei Kübler getrennt aufgeführte Wohngeldzuschuß wurde hier zum Grundgehalt hinzugerechnet. Wenn – wie bei den Regierungsbeamten – der Wohngeldzuschuß kein Fixbetrag war, sondern eine Spannung aufwies, wurde der niedrigere Wert dem jeweiligen Anfangsgehalt, der höhere dem Endgehalt zugerechnet. Die beiden Werte in jeder Spalte sind also Eingangsgehalt und Endgehalt der jeweiligen Besoldungsstufe inkl. Wohngeldzuschuß.

38 Berechnet nach dem bei Gerd Hohost u. a., a.a.O. mitgeteilten Lebenshaltungskostenindex.

39 Berechnet nach vorstehender Tabelle.

40 Diese Ansicht wird z.T. vertreten; so gibt Wilhelm Wiedenbach, Die Bewegung der Gehalte der mittleren Reichspost- und Telegraphenbeamten im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten 1870-1914, Staatswiss. Diss., Göttingen 1921 (Ms), auf S.49 für einige Kategorien von Postbeamten Realeinkommensverluste von bis zu einem Fünftel in der Zeit von 1900-1914 an. Sein Lebenshaltungskostenindex beruht allerdings allein auf Ausgaben für Ernährung und im übrigen fehlt jeder Vergleich zu anderen Einkommen.

kapitalistischen Sektor. Einbußen im Realeinkommen, die auch durch die Besoldungserhöhung von 1909 nicht kompensiert wurden, hatten im wesentlichen die unteren Ränge der Subalternbeamten und allgemein das höhere Beamtentum hinzunehmen. Das allgemeine Sinken der realen Besoldungshöhe zwischen 1910 und 1913 ist auf die Spezifik der Besoldungsanpassungen im Kaiserreich zurückzuführen, die gewissermaßen in "langen Wellen" erfolgten (1872, in den 1890er Jahren, und 1909),[41] so daß allein die Erhöhung der Lebenshaltungskosten das Realeinkommen schmälerte. Für die organisatorische und politische Entwicklung der Beamtenverbände hat dieses sinkende Einkommen in der unmittelbaren Vorkriegszeit jedoch keine Bedeutung. So erscheint – neben dem sinkenden Einkommen bestimmter mittlerer Beamter – als einzige finanzielle Ursache eines Protestpotentials unter den Beamten die r e l a t i v e Verschlechterung ihrer Einkommenssituation im Vergleich zu den stärker gestiegenen durchschnittlichen Einkommen der abhängig Beschäftigten in Industrie, Handel und Verkehr. Diese Motivation verweist weniger auf materielle, als auf sozialpsychologische Ursachen, nämlich "[. . .] das soziale Selbstverständnis der Beamten, aus welchem sie, als Folge ihrer ehemals überragenden Stellung gegenüber anderen Bevölkerungsschichten, Ansprüche an die Lebenshaltung herleiteten, die mit den veränderten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen [. . .] kaum mehr in Einklang zu bringen waren".[42] Wenn man die Einheit von "Privilegierung und Disziplinierung"[43] als Kennzeichen der Beamtengeschichte im 19. Jahrhundert begreift, so scheint im frühen 20. die Privilegierung sektoral ins Wanken zu geraten.[44] Damit stehen wir an der Schwelle der Entwicklung von Berufsorganisationen des Beamtentums.

Fassen wir zur Charakterisierung des Entwicklungsbodens der Beamtenverbände die bisher untersuchten Tendenzen zusammen:

1. Ein nach obrigkeitlichen Gesichtspunkten geschaffenes Rekrutierungssystem, starker disziplinarischer Druck, eine paternalistische Definition des Beamtenverhältnisses, schließlich die Hierarchisierung und Zersplitterung in zahllose Laufbahngruppen zwangen das Beamtentum unter die Kontrolle des Staates. Die Bereitschaft, sich diesem Zwang zu unterwerfen, wurde erkauft durch die Prämien der lebenslänglichen Anstellung und des sicheren Gehalts.
2. Die massenhafte Ausdehnung des unteren und mittleren Beamtentums unterhöhlte im Bereich der Betriebsbeamten den etatistischen Konsens und schuf ein Potential gleichartiger Interessen.
3. Die relative Verschlechterung der Einkommensentwicklung der Beamten im Vergleich zu anderen Erwerbstätigen war ein potentieller Ansatzpunkt für rückwärtsgewandte Defensivstrategien.

Deutlich sind in diesen gesellschaftlichen Bedingungen zwei Tendenzen angelegt: einmal hin zu gewerkschaftlicher Organisation und Politik, zum anderen zu bornierten Mittelstandsprogrammen. Dabei verstehen wir unter "gewerkschaftlich" die solidarische Zusammenfassung auf der Basis gemeinsamer Interessen zur Regulierung von Lohn und Arbeitsbedingungen,[45] während Mittelstandspolitik partikulare Interessen verficht. Ersteres hieße, vermittelt über die Einsicht in die ökonomischen und sozialen Funktionszusammenhänge des Kapitalis-

41 Horst Kübler, a.a.O., S.120ff.
42 A.a.O., S.275.
43 Vgl. Bernd Wunder, Privilegierung und Disziplinierung. Die Entstehung des Berufsbeamtentums in Bayern und Württemberg 1780-1825, München und Wien 1978.
44 Anderswo wurde sie freilich auch weiter gezielt eingesetzt, etwa als Palliativ gegen sozialdemokratischen Einfluß. Vgl. hierzu die Ausführungen von Klaus Saul, a.a.O., S.324.
45 Vgl. Karl Marx, Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, in: MEW Bd. 16, S.190-199, hier S.196f.

mus, Annäherung an die Klassenbewegung der Arbeiter, letztere, aufgrund der Negation eben dieser Zusammenhänge, Beschränkung auf die eigene Gruppe, bzw. allenfalls Bündnis zu andern "mittleren Ständen." Welchen Weg die Beamtenbewegung nahm, soll der folgende Abschnitt zeigen.

1.3. Die Beamtenverbände im Kaiserreich

Die Beamtenvereine waren bis in die 90er Jahre des 19. Jahrhunderts reine Geselligkeitsvereine, die sich kaum um Berufsinteressen, sondern in erster Linie um die Organisation von Freizeitvergnügungen, bestenfalls um fachbezogene Fortbildung kümmerten. Daraus ist eine noch unproblematische Übernahme des traditionellen Beamtenbildes zu ersehen, so daß es nicht erstaunt, daß z.B. an Versammlungen des "Vereins deutscher Lokomotivführer" (gegr. 1867) Spitzenbeamte, 1887 sogar der sächsische König, teilnahmen.[46] Auch der "Verband deutscher Beamtenvereine" (gegr. 1893), der erstmals Vereine des ganzen Reichsgebiets zusammenfaßte, beschränkte seine Tätigkeit auf Selbsthilfeeinrichtungen wie Versicherungen u.ä. Er lehnte es nachdrücklich ab, als "Berufsverein" zu gelten und auf Dienstverhältnisse und Besoldungsangelegenheiten Einfluß zu nehmen.[47] Seit Beginn der 90er Jahre kam es zu zahlreichen Gründungen von Fachverbänden bestimmter Beamtenkategorien oder Verwaltungszweige,[48] deren Vorreiter der "Verband deutscher Postassistenten" (gegr. 1890, später: "Verband mittlerer Reichs-Post- und Telegraphen-Beamten") wurde; er war zugleich der erste Verband, der als Ziel ausdrücklich die berufliche Interessenvertretung formulierte.[49] Trotz dieser berufspolitischen Zielsetzung, die auch die Abwehr ungerechtfertigter disziplinarischer Maßnahmen einschloß und insgesamt sicher einen großen Schritt nach vorne bedeutete, blieb die Reichweite aller dieser Verbände außerordentlich begrenzt. Das hatte mehrere Gründe: Erstens gelang es nicht, ein einheitliches Interesse für a l l e , zumindest aber für untere und mittlere Beamte zu formulieren. So bildete sich neben dem Postassistentenverband, der es immerhin fertigbrachte, über 80 % der mittleren Postbeamten zu organisieren,[50] ein "Bund geprüfter Sekretäre und Obersekretäre" und eine Postverwaltervereinigung,[51] die Sonderinteressen verfochten. Ende der 90er Jahre entstand ein selbständiger Verband unterer Postbeamter, der wiederum andere Belange vertrat.[52] Fritz Winters, vor dem Ersten Weltkrieg Mitarbeiter des Postassistentenverbandes, fällte daher rückblickend das Urteil: "Die Beamtenschaft war also organisatorisch vollkommen zersplittert. Von einheitlichen Zielen konnte nicht die Rede sein. Die Verbände arbeiteten nicht nur neben-, sondern vielfach auch gegeneinander."[53]

Zweitens wurden die Fachverbände von den Verwaltungen mit vielfältigsten Mitteln scharf bekämpft – und ihre Zerrissenheit erleichterte das erheblich. Bei den preußischen Staats-

46 Wilhelm Kulemann, Die Berufsvereine. Erste Abteilung: Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder, Bd. 2, Jena 1908, S.267.

47 A.a.O., Bd. 1, Jena 1908, S.42; Emil Lederer, a.a.O., S.665f.

48 Eine Übersicht des Reichsarbeitsamtes verzeichnete eine ab 1891 stark steigende Zahl von Neugründungen: 1881-1890: 9, 1891-1900: 45, 1901-1905: 33, 1906-1910: 63. Vgl. die Verbände der Unternehmer, Angestellten, Arbeiter und Beamten im Jahre 1918, mit Berücksichtigung ihrer Entwicklung in der Folgezeit. Bearb. im Reichsamt für Arbeitsvermittlung (= 22. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt), Berlin 1920, S.23.

49 Fritz Winters, Artikel : Beamtenbewegung, in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, 2 Bde, Berlin 1931/32, Bd.1, S.165.

50 Wilhelm Kulemann, a.a.O., Bd. 2, S.222, gibt für 1907 33 133 Mitglieder von 40 000 möglichen an, das entspräche einem Organisationsgrad von 82%.

51 A.a.O., S.222ff.

52 A.a.O., S.227ff.

53 Fritz Winters, a.a.O., S.166.

bahnen ging die Verwaltung nach der Ausschaltung aller irgendwie verdächtigen Verbände[54] daran, staatstreue Vereine zu initiieren, in denen die Erörterung dienstlicher und politischer Angelegenheiten explizit verboten war[55] und zwang die Bestrebungen zur Organisationsbildung auf die Bahn der Geselligkeitsvereine zurück. Da in den Leitungsgremien dieser Vereine häufig höhere Beamte das Sagen hatten,[56] standen sie unter direkter Kontrolle der staatlichen Arbeitgeber. Die Postverwaltung brachte durch disziplinarische Maßnahmen wie Amtsenthebungen und Strafversetzungen die Verbände dazu, den Passus über berufliche Interessenvertretung aus den Satzungen zu streichen.[57] Die Intransigenz dieser Repressionsmaßnahmen kann eigentlich allein unter präventiven Gesichtspunkten interpretiert werden, denn der loyale Charakter aller Fachverbände stand außer Zweifel. In keiner Vereinssatzung fehlte die Versicherung der "Treue zu Kaiser und Reich" (bzw. in den außerpreußischen Gebieten: "zu König und Vaterland"), in den meisten war eine scharfe Abgrenzung gegen die Sozialdemokratie enthalten, und selbst die bürokratische Hierarchie wurde in keiner Weise infrage gestellt.[58] In einem so verstandenen Loyalitätsverhältnis spielte auch die Frage möglicher Kampfmittel zur Durchsetzung der Ziele keine Rolle: "Über Mittel der Macht, den Forderungen und Wünschen Geltung zu verschaffen, verfügt keine Beamtenorganisation [. . .] wie ja überhaupt die Anwendung von Machtmitteln dem innersten Wesen des Beamtentums aufs denkbar schärfste widersprechen würde. [. . .] Alle Standesfragen, die den Verband bewegen, sind nicht Fragen der Macht, sondern der Gerechtigkeit und Billigkeit, und demgemäß sind auch die Mittel hauptsächlich moralischer Natur."[59] Dem entsprach eine petitionierende Politik im Einklang mit den "besonderen Beamtenpflichten."

Versuche, die organisatorische Zersplitterung der Beamtenverbände zu überwinden, wurden im Vorfeld der Besoldungsreform von 1909 unternommen; 1906 entstand ein "Deutscher Beamtenbund", der nach wenigen Jahren unterging und 1909 vom "Bund der Festbesoldeten" abgelöst wurde, der ebenfalls eine kümmerliche Existenz fristete, aber nominell bis 1919 bestand.[60] Die geschichtliche Bedeutung dieser Organisationsversuche liegt auf programmatischer Ebene. So machte sich unter dem Druck der gefallenen Realeinkommen besonders der mittleren Beamten eine entschiedenere Betonung materieller Forderungen geltend. Ferner forderte man eine Verbesserung der rechtlichen Situation durch veränderte Disziplinargesetze und betonte schließlich die Bedeutung des solidarischen Zusammenschlusses aller Beamten in e i n e r Organisation. Die Versicherung, daß die Organisation auf "nationalem Boden" stünde, und die Betonung der Loyalität zum Staat wurde auch von diesen Verbänden ins Programm aufgenommen. Daneben enthält es eine seltsame Mischung linksliberaler – Abschaffung überflüssiger Zölle, stärkere Besteuerung hoher Einkommen – und ausgesprochen mittelständischer – "Entfernung von Frauen aus den Beamtenstellun-

54 Dazu Klaus Saul, a.a.O., S.318ff.

55 Wilhelm Kulemann, a.a.O., Bd. 2, S.246ff.

56 Günther Preuss, Die Anfänge des Beamtenorganisationswesens, jur. Diss., Münster 1956 (Ms), S.120.

57 Wilhelm Kulemann, a.a.O., Bd. 2, S. 218ff und 228ff; Fritz Winters, Geschichte des Verbandes mittlerer Reichs- Post- und Telegraphen-Beamten. Zum 25jährigen Bestehen des Verbandes . . . , Berlin 1915, S.161ff.

58 Wilhelm Kulemann, a.a.O., Bd. 2, passim, bietet dazu reiches Material. So kommt auch ein konservativer Beobachter zu dem Schluß: "Die Beamtenorganisationen haben [. . .] den einwandfreien Nachweis erbracht, nicht nur daß sie eine zuverlässige Stütze gegen die Bestrebungen des Umsturzes sind, sondern daß sie auch an der Festigung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung mitzuarbeiten ernsthaft bestrebt sind." Robert Willemsen, Die Organisationen der mittleren Reichs- Post- und Telegraphenbeamten, Rechts- und staatswiss. Diss., Würzburg, gedr. Frankfurt /M. 1919, S. 6.

59 Fritz Winters, a.a.O., S.328 u. 329.

60 Vgl. zu den Einzelheiten Fritz Winters, Der Deutsche Beamtenbund. Seine Entstehung und Entwicklung, Berlin 1931, S.10ff.

gen", Bekämpfung des "internationalen Großkapitalismus" – Forderungen.[61] Wenn auch die Grenzen dieser Programmatik allzu deutlich sind und die Mobilisierung des Beamtentums für seine Interessen nach dem Inkrafttreten der Reichsbesoldungsreform wieder abflaute, wie der Niedergang der zentralen Organisationen zeigt, so war es doch für zeitgenössische Beobachter möglich, von einer "Politisierung der Beamtenschaft" zu sprechen.[62] Eine Politisierung, so muß man allerdings ergänzen, deren Dynamik nicht ausreichte, vor dem Ersten Weltkrieg eine gewerkschaftliche Organisation des Beamtentums zu schaffen. Befangenheit in ständischen Sonderinteressen, staatliche Zwangsmaßnahmen und Verhaftetsein im traditionellen Rollenverständnis des Beamten ließen eine solche Entwicklung nicht zu. Es gab innerhalb dieser noch mittelständisch-bornierten Verbände allerdings Einzelne, die in ihren theoretisch-politischen Einsichten einen real noch gar nicht existierenden Bewußtseinsstand der Beamtenbewegung vorwegnahmen. Unter ihnen war Albert Falkenberg, der nicht wenige hergebrachte Selbstverständlichkeiten des Beamtentums über Bord warf.[63] Er erkannte, daß die kapitalistische Entwicklung die Soziologie des Beamtentums entscheidend verändert hatte, und daß besonders die Betriebsbeamten das Beamtenverhältnis immer weniger als Arbeitsverhältnis besonderer Art begreifen konnten. Die Zerlegung der Arbeit in mechanische Einzelverrichtungen, die auch vor den Beamten nicht haltmachte, erzeugte bei ihnen wie beim Proletarier das Gefühl der Gleichgültigkeit gegen die Arbeit,[64] dem die traditionelle Auffassung des Beamtenverhältnisses nur mehr als "Sentimentalität" gelten konnte. Konsequent definierte Falkenberg die Beamten nicht mehr im ideologischen Rahmen des Beamtenrechts, sondern, zu Recht die höheren Beamten vernachlässigend, ökonomisch als Beschäftigte im gesellschaftlichen Distributionsbereich. Die Forderungen, die sich daraus ergaben, waren: Besoldungsreform für die unteren und mittleren Beamten, Vereinheitlichung der Beamtenklassen und unbeschränktes Koalitionsrecht.[65] Eine solche Position war im deutschen Beamtentum der Vorkriegszeit nicht mehrheitsfähig; die Bedingungen der Möglichkeit ihrer breiteren Rezeption wurden erst durch gesellschaftliche Umstände der Kriegs- und Nachkriegszeit vorbereitet.

1.4. Krieg, Revolution und Entstehung des DBB

Während des Ersten Weltkriegs setzte sich die seit der letzten Besoldungserhöhung von 1909 bis 1913 beobachtbare Tendenz eines fallenden Realkommens des Beamtentums (s.o.,S.179) fort. Die Kriegsfinanzierungsstrategie des Deutschen Reiches über Anleihen und deren geplante Überwälzung auf die besiegte Entente führte bis 1918 zu inflationärer Aufblähung der umlaufenden Geldmenge und einer Reduzierung der Kaufkraft der Mark um die Hälfte.[66] Damit einher gingen – besonders seit 1916 – rapide in die Höhe schnellende Lebenshaltungskosten.[67] Eine grundlegende Besoldungserhöhung fand jedoch während des Krieges

61 Vgl. die Programmdarstellung bei Wilhelm Kulemann, a.a.O., Bd. 1, S.43f., und Albert Falkenberg, Die deutsche Beamtenbewegung nach der Revolution, Berlin 1920, S.11ff.

62 Albert Falkenberg, Die Politisierung der Beamtenschaft, in: Die Hilfe. Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst, Jg. 16 (1908), Nr.43, S.687f.

63 Vgl. zum Folgenden, soweit nichts anderes vermerkt Albert Falkenberg, Freiheitliche Beamtenpolitik. Gautzsch b. Leipzig 1908, S.1-16.

64 Albert Falkenberg, Die Gefahr einer Beamten-Proletarisierung II, in: Soziale Praxis. Zentralblatt für Sozialpolitik, Jg. 17 (1907), Nr. 13, Sp. 332.

65 Hier ist nicht der Ort, um genauer darauf einzugehen, daß auch Falkenbergs fortschrittliche Position ihre Grenzen hatte, da es mir nur darauf ankommt, das zu herauszuarbeiten, was ihn vom "mainstream" der Beamtenbewegung unterscheidet.

66 Gerd Hardach, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Göttingen 1976, ^{2}1979, S.17f.

67 Vgl. die Tabelle bei Jürgen Kocka, a.a.O., S.16.

nicht, sondern erst 1920 statt; bis zu diesem Zeitpunkt versuchten sich die staatlichen Arbeitgeber mit einem System von "Kriegsteuerungszulagen"[68] über die Runden zu retten. Die Einkommensentwicklung der Beamten stellt sich tabellarisch so dar:

Nominaleinkommen der Beamten 1913 bis 1918[69]

Jahr	Untere Beamte		Mittlere Beamte		Höhere Beamte	
1913	1980	100 %	4404	100 %	7296	100 %
1918	3816	192 %	6492	147 %	9708	133 %

Wenn man den Lebenshaltungskostenindex des Statistischen Reichsamts, der von 1913 bis 1918 von 100 auf 313 Indexpunkte stieg,[70] heranzieht, hat sich also das Realeinkommen der Beamten ganz erheblich verringert.[71] Im Rahmen dieser Gesamttendenz setzte sich auch der Vorkriegstrend der Nivellierung der Gehälter fort, so daß sich die Lage der Subalternen- und höheren Beamten relativ stärker verschlechterte. Diese materielle Situation und die aufgrund des "Burgfriedens" größere Duldsamkeit der Verwaltungen gegen Sozialdemokratie und gewerkschaftliche Verbände,[72] förderten die Organisationsbestrebungen unter den Beamten. So kam es seit 1915 auf Initiative von Ernst Remmers aus der Bewegung der unteren Postbeamten zu Kontaktgesprächen mit dem Ziel, eine Großorganisation aller Beamten zu schaffen,[73] die Anfang 1917 zur Gründung der "Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände" führten.[74] Eifersüchteleien und politische Vorbehalte verhinderten allerdings während des Krieges die Entstehung e i n e r großen Beamtenorganisation, denn der alte "Verband deutscher Beamtenvereine" (s.o., S.181)hatte kurz vor dem Krieg beschlossen, sich entgegen seiner ursprünglichen Intention nun doch auch um Berufsinteressen zu kümmern und sah deshalb die "Interessengemeinschaft" als Konkurrenzunternehmen.[75] Die politischen Differenzen zwischen der in Norddeutschland verankerten "Interessengemeinschaft" (IG) und dem eher im Süden unterstützten "Verband deutscher Beamtenvereine" (VDBV) lagen nach Remmers' eigener Aussage in der größeren "Radikalität" der ersteren.[76] Die Ursache dafür scheint darin gelegen zu haben, daß in der IG hauptsächlich mittlere und untere Beamte, im VDBV dagegen höhere Beamte den Ton angaben. Zumindest läßt sich dies aus der Beschickung eines "Reichsarbeitsausschusses", der weitere Einigungsbemühungen unternehmen sollte, herauslesen: Die IG war darin vertreten durch einen unteren und zwei mittlere Postbeamte, den Direktor des "Deutschen Technikerverbandes" und Albert Falkenberg (s.o., S.182f.), der VDBV entsandte einen Ministerialdirektor, einen Oberstadtrechnungsrat und zwei Rechnungsräte.[77] Den Interessen der großen Massen der unte-

68 Hans Völter, Die deutsche Beamtenbesoldung, in: Wilhelm Gerloff (Hrsg.), Die Beamtenbesoldung im modernen Staat, 1. Teil, München und Leipzig 1932, S.1-105, hier: S.14f.

69 Es handelt sich um das durchschnittliche Jahresgehalt verheirateter Reichsbeamter mit 2 Kindern der Besoldungsgruppen III (Schaffner), VIII (Inspektor) und XI (Regierungsrat) für 1913 berechnet auf der Basis der Angaben über Monatsverdienste in: Wirtschaft und Statistik, Jg. 3 (1923), S.286, für 1918 aus dem Wert für 1913 plus den Teuerungszulagen, die Hans Völter, a.a.O., S.15, angibt.

70 Jürgen Kocka, a.a.O.

71 Vgl. auch die Tabelle in: Jürgen Kocka, a.a.O., S.74, der allerdings nicht zu entnehmen ist, welche Besoldungsgruppen gemeint sind.

72 Klaus Saul, a.a.O., S.335, und Hans Fenske, Preußische Beamtenpolitik, a.a.O., S.347.

73 Fritz Winters, Artikel: Beamtenbewegung, a.a.O., S.166.

74 Fritz Winters, a.a.O., S.166f., legt die Gründung auf 1916, während Ernst Remmers, Die organisatorische Einheit der deutschen Beamten. Ein Beitrag zur Gründung des "Deutschen Beamtenbundes" am 4. Dezember 1918, Berlin 1928, S.20, das Jahr 1917 nennt.

75 A.a.O., S.23.

76 A.a.O., S.24.

77 Aufzählung mit Namensnennung ebd.

ren und mittleren Beamten entsprach jedenfalls die IG, die bis zu ihrer zweiten Hauptversammlung im Juni 1918 ca. 600 000 Beamte organisierte.[78]
Die inhaltlichen Positionen dieser neuen Bewegung reflektierten ihre widerspruchsvollen Entwicklungsbedingungen. Einerseits ist eine stärkere Akzentuierung gewerkschaftlicher Forderungen festzustellen. Man begriff die Beamtenbewegung als Ausdruck materieller Probleme[79] und forderte, den Beamten "vor allem als Verkäufer seiner Arbeit" zu betrachten.[80] Die Organisierung sei notwendig,um an den Staat nicht nur Bitten, sondern auch Forderungen richten zu können,[81] so daß sich als Konsequenz die Notwendigkeit freier politischer Betätigung ergab.[82] Der damit gewiesene Weg zu einem neuen Verständnis des Beamten als Arbeitnehmer mit allen daraus erwachsenden Konsequenzen für gewerkschaftliche Politik wurde allerdings nicht ohne Umwege eingeschlagen. So war auch in der IG weiter die Meinung vertreten, "[. . .] nur in engster Fühlungnahme mit der Regierung kann die Beamtenschaft Erfolge für die Zukunft erhoffen".[83] Bei der auf dem Beamtentum lastenden Tradition ist es auch wenig erstaunlich, daß eine Politisierung, die den Rahmen des kaiserlichen Obrigkeitsstaates infrage gestellt hätte, nicht stattfand.[84] Einzelne, die das versuchten, wie Remmers, der als Vorsitzender der IG 1917 den Beitritt der Organisation zum antiannexionistischen "Volksbund für Freiheit und Vaterland" durchführte, wurden sofort zurückgepfiffen. Im Falle des Volksbundes erzwang ein Entrüstungssturm auf der ersten Hauptversammlung der IG 1917 den Wiederaustritt.[85]
Die organisatorische Einheit des deutschen Beamtentums, die auch die Anstöße während des Krieges letztendlich nicht hatten bewirken können, wurde nach der Novemberrevolution binnen weniger Wochen realisiert; das steht natürlich in unmittelbarem Zusammenhang mit der politischen Umwälzung. Es ist hier daran zu erinnern, daß die Sozialdemokratie (einschließlich großer Teile der USPD) vor der Alternative zu stehen glaubte, entweder weitgehende soziale und politische Zugeständnisse an die Rätebewegung machen zu müssen, oder aber, gestützt auf Teile der alten Herrschaftsapparate, eine vorsichtige Demokratisierung in staatlich verordneten Bahnen durchführen zu können.[86] Dem "Bolschewismus", glaubten die historischen Akteure, konnte nur durch den sozialdemokratischen Volksstaat im Gewand einer parlamentarischen Republik begegnet werden, der sich der Mitarbeit der alten

78 Fritz Winters, a.a.O., S.167.
79 Auf der Hauptversammlung der IG 1918 entfielen von insgesamt 88 Anträgen 43 auf Besoldung u. ä. Vgl. Interessengemeinschaft Deutscher Beamtenverbände: Anträge zur Hauptversammlung am 21., 22. und 23. Juni, o.O. (Berlin) 1918.
80 Die Gemeinschaft. Organ der Interessengemeinschaft deutscher Reichs- und Staatsbeamtenverbände (ab Nr. 15: . . . deutscher Beamtenverbände), Jg. 1 (1917), Nr.1, S.8.
81 A.a.O., S.7.
82 A.a.O., Nr. 14, S.2
83 A.a.O., Nr. 14, S.3.
84 So heißt es im Bericht über die 2. Hauptversammlung der IG 1918: "Wenn die Beamtenschaft jemals von besonderer Liebe und Verehrung durchdrungen gewesen ist für unseren Kaiser, so ist sie es in dieser Stunde. Darum wollen wir auch heute nicht vergessen, seiner besonders zu gedenken, und unsere Verhandlungen einleiten mit dem Rufe: seine Majestät, unser Kaiser und König, er lebe hoch! hoch! hoch!" Gemeinschaft, Jg. 2 (1918), Nr.14, S.174. Bis zuletzt war die Beamtenschaft auch in die patriotische Front integriert; der geschäftsführende Ausschuß der IG forderte noch Mitte Oktober 1918 mit folgenden Worten zur Zeichnung der neunten Kriegsanleihe auf: "Wir, die gewählten Führer, rufen unseren vaterlandstreuen Beamtenstand in allen seinen Schichten und Gliedern [. . .] feierlich auf, das Letzte, was sie aufbringen können, dem Vaterlande willig hinzugeben." Gemeinschaft, Jg. 2 (1918) Nr.21, S.266.
85 Ernst Remmers, a.a.O., S.35f.
86 Zum Charakter des neuen Systems: Gerhard Schulz, Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg 1918 - 1945, Göttingen 1976, S.29ff und Richard N. Hunt, Friedrich Ebert und die deutsche Revolution von 1918, in: Eberhard Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Republik, Köln 1968, S.120-37.

kaiserlichen Fachleute versicherte.[87] Gemäß dieser politischen Option erließen die Reichs- und die preußische Regierung Aufrufe an die Beamten, zur Aufrechterhaltung von "Ordnung und Sicherheit" sich den neuen Regierungen zur Verfügung zu stellen.[88] Der letzte Satz des Aufrufs der Reichsregierung lautete, etwas zweideutig: "Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist."[89] (Hervorhebung von mir). Diese mißverständliche Formulierung veranlaßte die organisierte Beamtenschaft am 14.11.1918 zu einer Entschließung, in der es hieß: "Die deutsche Beamtenschaft in allen ihren Gliedern stellt sich der jetzigen Regierung in Reich und Staat im Dienst des Gemeinwohles zur Verfügung. Sie ist gewillt, ihre Pflichten in der bisherigen Weise weiter zu erfüllen, um die behördlichen Organe und die staatlichen Betriebe zum Besten des Volksganzen ordnungsgemäß und ungestört im Gang zu erhalten.
Neben der Erklärung der Reichs- und Staatsleitung erwartet sie die sofortige Erklärung des gegenwärtigen Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates, daß alle durch Gesetz und Vertrag zugesicherten Rechte der im Dienst befindlichen wie der im Ruhestand lebenden Beamten und deren Hinterbliebenen unter Einschluß der im Vertragsverhältnis beschäftigten Personen gewährleistet bleiben."[90] (Hervorhebung von mir). Die Erkämpfung derartiger Rechtsgarantien wurde zum wichtigsten Motiv der raschen Einigung der Beamtenverbände; das wurde in einem Aufruf wenige Tage vor der Gründung des DBB klar ausgesprochen: "Die stattgehabte Umwälzung zwingt die Beamten [. . .] den Kampf um ihre wohlerworbenen Rechte mit äußerster Energie aufzunehmen." "Wenn es gelang, die Reichs- und Staatsregierung zu Erklärungen zu bewegen, die die wohlerworbenen Rechte der Beamten an Gehalt, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gewährleisten, so ist das nur dem tatkräftigen Eintreten der im Moment höchster Gefahr sofort vereinigten Großverbände zu danken."[91] Man mag in der rechtlichen Sicherstellung der beruflichen Existenz der einzelnen Beamten durchaus ein mögliches Ziel gewerkschaftlicher Politik erblicken. Wenn es der Beamtenschaft darum gegangen wäre, so hätte sie dieses durch eine im Namen des Reichsministeriums abgegebene Erklärung Scheidemanns vom 26.2.1919 erreicht gehabt, in der es hieß: "Den Beamten soll kein wohlerworbenes Recht verloren gehen. Das Reichsministerium steht geschlossen hinter diesen unzweideutigen Erklärungen."[92] Damit war die Beamtenschaft indessen nicht zufrieden. Die Begründung dafür zeigt eine charakteristische Erweiterung der ursprünglichen Absicht. Ging es im oben zitierten Aufruf um die "Rechte der im Dienst befindlichen" usw. Beamten, so bemängelte Falkenberg an Scheidemanns Erklärung, die das ursprüngliche Ziel vollständig abdeckte, daß in ihr "nichts über den Fortbestand des Berufsbeamtentums"[93] (Hervorhebung von mir) gesagt wurde. Die damit intendierte institutionelle Garantie des Berufsbeamtentums, die von DBB-Vertretern in den Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hineingetragen und schließlich

87 Drastische Belege für den Glauben an die Kompetenz der Fachleute finden sich bei Wolfgang Elben, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919, Düsseldorf 1965.
88 Die Formulierung stammt aus dem Aufruf der preußischen Regierung; beide Aufrufe sind abgedruckt in: Deutsche Beamtenrundschau,H. 22 vom 16.11.1918, S.320.
89 Ebd. Die Stellungnahme führte zu zahlreichen Anfragen aufgeschreckter Beamter. Vgl. ZStA Potsdam, Akten des Reichsministeriums d. Innern 15.01, Bd. 2183 Stellung der Beamtenschaft zur Neuordnung im Reich, Bl. 12f, 23, 25f.
90 Deutsche Beamtenrundschau, H. 22 vom 16.11.1918, S.319.
91 A.a.O., H. 23 vom 1.12.1918, S.336 und S.337.
92 Zitiert nach Albert Falkenberg, Die deutsche Beamtenbewegung nach der Revolution, a.a.O., S.53.
93 Ebd.

auch von allen Parteien außer der USPD begrüßt wurde,[94] geht deutlich über gewerkschaftspolitische Zielsetzungen hinaus. Sie ist, auf dem Hintergrund der Situation in der Revolution, als konservative politische Mobilisierung gegen die – in ihrer Radikalität weit überschätzte – Rätebewegung zu interpretieren und stellte das ordnungspolitische Langzeitprogramm der Beamtenbewegung dar. Es galt, als institutionelle Voraussetzung des Beamtentums die staatlichen Strukturen zu sichern und umgekehrt.[95] Daher war das vorrangige politische Ziel der Beamtenbewegung, die in diesem Punkt mit der Regierung und auch der Mehrheit des Rätekongresses übereinstimmte,[96] die schleunige Einberufung der Nationalversammlung: "Bei Verzögerung der Nationalversammlung droht dem Deutschen Reiche völliger Zerfall und der deutschen Beamtenschaft die Vernichtung ihrer Existenz. Die deutsche Beamtenschaft sieht in der Forderung der sofortigen Einberufung der Nationalversammlung das dringendste Gebot der Stunde. Sie ist daher gewillt, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um dieses Ziel zu erreichen."[97]

An der entscheidenden Weichenstellung zur bürgerlichen Republik war daher die Beamtenbewegung mit ihren 1,5 Millionen organisierten Mitgliedern nachdrücklich beteiligt. Daraus entwickelte sich ein spezifisches Syndrom von Beamtenideologie, das eine deutliche Kontinuität etatistischer Vorstellungen verrät: "Mit Recht hatten die Beamten bisher feststellen dürfen, daß sie seit den stürmischen Novembertagen den ruhenden Pol in der Flut der Erscheinungen gebildet haben. Daß, wenn sie nicht am Ruder geblieben wären, das Staatsschiff nach menschlichem Ermessen längst Schiffbruch gelitten haben würde."[98] "Allein aus der während des ganzen Krieges bezeigten Vaterlandsliebe und aus dem im Verbande stets gepflegten staatspolitischen Verantwortlichkeitsgefühl haben sie gehandelt . . .".[99]

Die prägnante Formel für solche Auffassungen lautete: Das Beamtentum hat 1918 den Staat gerettet.[100] Neben diesem ersten Ursachenkomplex für die Entstehung des DBB, der, besonders in dem Bestreben, den rechtlichen Sonderstatus der Beamten zu bewahren und von den Institutionen der Republik garantiert zu erhalten, von stark konservativen Zügen geprägt ist, muß andererseits auf die gewerkschaftlichen Motive der neuen Beamtenorganisation hingewiesen werden.

Starke Kräfte bei den unteren Beamten drängten bereits während des Krieges in der IG auf gewerkschaftliche Organisationsformen.[101] Diese Tendenzen verstärkten sich in der Zeit, in der die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften nach dem Krieg große Bedeutung beka-

94 Vgl. den Bericht: Die Sicherung der Grundrechte der Beamten durch die Reichsverfassung, in: Beamten-Korrespondenz. Offizielle Mitteilungen des Deutschen Beamtenbundes, Jg. 3 (1919), Nr.3, S.1f., sowie den ablehnenden Antrag der USPD gemäß dem Erfurter Programm in: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 328, Sp. 1634 D.

95 Vgl. Albert Falkenberg, a.a.O., S.52: "Wo das Staatsgebäude wankte, drohten auch dem Beamtenkörper ernste Gefahren."

96 Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhause zu Berlin, Stenographische Berichte, Berlin o.J. [1919], Reprint Berlin 1973, ^{2}1975, Sp. 281f. An diesem Kongreß nahm übrigens auch der spätere DBB-Vorsitzende Wilhelm Flügel als Delegierter der DDP teil; er sprach allerdings nicht zu Beamtenproblemen, sondern setzte sich nur für die Nationalversammlung ein. Vgl. a.a.O., Sp. 245f.

97 Deutsche Beamtenrundschau, H. 23 vom 1.12.1918, S.335.

98 Gemeinschaft, Jg. 4 (1919), H. 14, S.157.

99 40 Jahre Deutscher Postverband 1890-1930, o.O.o.J. [Berlin 1930], S.230.

100 Solche Einschätzungen fanden auch Eingang in die wissenschaftliche Literatur: "Nach alledem muß dem deutschen Berufsbeamtentum im ganzen die ehrende Anerkennung zuteil werden, daß es sich auch in der Staatskrise bewährt und zum Heile der Nation furchtlos und pflichtgetreu dem Ansturm der revolutionären Mächte standgehalten hat." Willibald Apelt, Geschichte der Weimarer Verfassung, München 1947, S.43.

101 Ernst Remmers, a.a.O., S.32.

men, so daß aus allen Lagern des Beamtentums der Ruf nach Organisation "auf gewerkschaftlicher Grundlage" ertönte.[102] Eine verbindliche Interpretation dieses Prinzips formulierten die 1919 angenommenen Satzungen. Die wesentlichen Punkte waren: Organisation von Arbeitnehmern zur Wahrnehmung der rechtlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Angelegenheiten, Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel, einschließlich des Streiks, Errichtung von Streikkassen, religiöse und parteipolitische Neutralität, demokratischer Organisationsaufbau, angestrebte Einheitsfront aller Arbeitnehmer.[103] Für einen Teil der DBB-Mitglieder waren das jedoch bloß taktische Lippenbekenntnisse ohne politischen Orientierungswert. "Die Formulierung 'auf gewerkschaftlicher Grundlage' stellte einmal ein Zugeständnis an die Auffassung der zunächst die politische Situation beherrschenden politischen Parteien dar, bei denen die nicht klassenkampfmäßig eingestellten sogenannten 'Harmonie'-Vereine kein Ansehen hatten; . . .".[104] Zum Teil wurde die gewerkschaftliche Orientierung in charakteristischer Weise an die Interessen des Staates gekoppelt, so daß die Beamtengewerkschaft quasi als mittelbares Staatsorgan erscheint. "Die Fortführung der Beamtenbewegung bedeutete nicht nur,wie bei der Arbeiter- und Angestelltenbewegung, die Aufrechterhaltung der Interessenvertretung der Beamten, sondern gleichzeitig [. . .] die Erhaltung der Schwungkraft der Staatsmaschine."[105]

Tatsächlich war, wie die Geschichte des DBB zeigt, kein einziger der angeführten Grundsätze unumstritten.[106] Vielfach wurde sogar die Voraussetzung gewerkschaftlicher Organisierung, nämlich die Eigenschaft des lohnabhängigen Beschäftigungsverhältnisses verneint.[107] Die obrigkeitlichen Traditionen im Beamtentum befanden sich auch während der Zeit der Republik in ständigem Konflikt mit Bestrebungen zur Herausbildung gewerkschaftlicher Orientierung. Eine der heftigsten Kontroversen entfaltete sich um das Streikrecht des Beamtentums.

2. Streikrechtsdiskussion und Streikbewegungen der Beamten

2.1. Die Haltung der Regierungen

Vor der Novemberrevolution war für die Reichsregierung ein Beamtenstreik außerhalb jeder Überlegung, da den Beamten ja sogar das Koalitionsrecht bestritten wurde (s.o., S. 174). Naturgemäß änderte sich diese Haltung nach der Revolution. Schon am 12.11.1918 erließ der Rat der Volksbeauftragten einen Aufruf, in dem auch "für Beamte und Staatsarbeiter" die volle Koalitionsfreiheit gewährleistet wurde.[108] In dieselbe Kerbe schlug ein Aufruf der Preußischen Regierung vom 13.11.1918. Die Rechtslage wird daher von dem Arbeitsrechtler Thilo Ramm folgendermaßen charakterisiert: "Alle Verlautbarungen der nachrevolutionären Gesetzgebung trafen sich in dem Ziel: die Beamten den anderen Arbeitnehmern rechtlich gleichzustellen. Die Sondernatur des Beamtenverhältnisses [. . .] sollte beseitigt, und es sollte dem Arbeitsverhältnis prinzipiellll gleichgesetzt werden."[109]

102 Albert Falkenberg, Die Beamtengewerkschaft, in: Gemeinschaft, Jg. 2 (1918), Nr. 23 vom 1. Dezember, S.281f.; Deutsche Beamtenrundschau, H. 23 vom 1.12.1918, S.336; J. Schneider, Beamtenschaft und neue Zeit, in: Beamten-Jahrbuch. Vierteljahresschrift für die gesamte Beamtenbewegung, Jg. 5 (1918), H. 3/4, S.72.

103 Gewerkschaften und Deutscher Beamtenbund, in: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Jg. 29 (1919), Nr.36, S.406.

104 40 Jahre Postverband, a.a.O., S.234.

105 Albert Falkenberg, Die deutsche Beamtenbewegung nach der Revolution, a.a.O., S.6.

106 Genaueres dazu wird meine in Arbeit befindliche Dissertation enthalten.

107 Z.B. [?] Rasch, Die Beamtenschaft im Staatsleben, in: Beamten-Jahrbuch, Jg. 5 (1918), H. 3/4, S.61.

108 Reichsgesetzblatt 1918, Nr. 153, S.1303.

109 Thilo Ramm, a.a.O., S.70.

In der Weimarer Verfassung wurde den Beamten das Vereinigungsrecht zwar zugestanden, aber zugleich klargestellt, daß der Gesetzgeber die Frage des Streikrechts für Beamte in der Schwebe lassen wollte.[110] Diese legislatorische Abstinenz mußte zwangsläufig die Entscheidung auf zukünftige politische Auseinandersetzungen verlagern, die auch bald ins Haus standen. Drohende Streikbewegungen der Eisenbahnbeamten im Frühjahr 1919 zwangen die Preußische Regierung erneut zur Stellungnahme, in der sich ein Umschwenken der Staatsorgane in der Streikfrage abzeichnet. "Auch das Koalitionsrecht rechtfertigt keinen Kontraktbruch. Jede nicht genehmigte Dienstverweigerung stellt sich daher als Dienstvergehen dar, das die gesetzlichen Folgen nach sich zieht."[111] In dieser Formulierung wird deutlich, daß mithilfe eines "Interpretationstricks"[112] das Koalitions- vom Streikrecht getrennt werden sollte. Diese Strategie, die zwar das Recht zur gewerkschaftlichen Organisation zugesteht, die Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel aber untersagt, setzte sich in der Folge immer deutlicher durch. Im Februar 1920 nahm die preußische einvernehmlich mit der Reichsregierung erneut zum Beamtenstreik Stellung: "Mit dem Begriff des Koalitionsrechts ist aber das sogenannte Streikrecht nicht untrennbar verbunden. Der Streik ist nur eines der Mittel, die Erlangung besserer wirtschaftlicher Bedingungen durchzusetzen [. . .]. In ihrer Anwendung auf das Beamtenverhältnis führen diese Grundsätze dazu, daß d e r B e a m t e n i c h t s t r e i k e n d a r f. Das Beamtenverhältnis ist ein Treueverhältnis. [. . .] der Staat [. . .] muß [. . .] mit den Beamten ein Verhältnis eingehen, das diese zur v ö l l i g e n H i n g a b e a n d e n S t a a t verpflichtet." Im Dezember 1920 verwies die Reichsregierung erneut auf obige Erklärung und bezog in das Streikverbot auch das Kampfmittel der 'passiven Restistenz' mit ein.[113] Damit war klargestellt, daß jeder Versuch des Beamtenstreiks zur *politischen* Konfrontation mit der Staatsmacht werden mußte.

Die faktisch politische und in der Konsequenz auch juristische Entscheidung des Beamtenstreikproblems erfolgte im Eisenbahnbeamtenstreik vom Februar 1922. Die Exekutivorgane zerschlugen diese Streikbewegung mit äußerster Härte; u.a. durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten, die allen Streikenden *straf*rechtliche Konsequenzen androhte.[114] Mit dem Zusammenbruch dieser Bewegung war die Frage des Streikrechts für Beamte entschieden. Aus subjektiven wie objektiven Gründen konnten auch die Gewerkschaften, die das Streikrecht für Beamte weiter forderten, in der Weimarer Republik keinen Gebrauch mehr davon machen. Nach dem niedergeschlagenen Eisenbahnerstreik wurde im Reichsinnenministerium an einer Ergänzung des Reichsbeamtengesetzes gearbeitet, mit dem Ziel, den Streik für Beamte ausdrücklich zu verbieten;[115] da die Mehrzahl der Ministerien diese Materie im neuen Reichsbeamtengesetz regeln wollte, das vor 1933 aber nicht mehr verabschiedet wurde, unterblieb eine Kodifizierung.[116]

Die unnachgiebige Haltung der Regierung in der Streikfrage beruht, vordergründig betrachtet, auf einem traditionalen Verständnis von staatlicher Ordnung und Beamtenpflichten,[117]

110 A.a.O., S.73.

111 Zitiert nach Fritz Winters, Zur Frage des Streikrechts der Beamten, Berlin 1919, S.9.

112 Die folgende Äußerung des Ministers Schiffer kann man kaum anders bezeichnen: "Die Volksbeauftragten hätten im Dezember 1918 eine Verordnung erlassen, wonach die Beamten das Koalitionsrecht hätten. Darunter werde zweifellos gewöhnlich das Recht des Streiks verstanden. Es entstehe die F r a g e , w i e w i r d a r u m h e r u m k o m m e n k ö n n t e n ?" (Sperrung von mir) Niederschrift über eine Verhandlung im Reichskabinett am 16. Oktober 1919 in Sachen des Streikrechts der Beamten. ZStA Potsdam, a.a.O., Bd. 2185, Das Streikrecht der Beamten, Bl. 55.

113 Beide Erklärungen in: Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 601 vom 8.12.1920.

114 Reichsgesetzblatt 1922, Nr. 12, S.187.

115 ZStA Potsdam, a.a.O., Bl. 311ff.

116 A.a.O., Bd. 2186, Das Streikrecht der Beamten Bd. 2, Bl. 155ff.

117 Reichskanzler Wirth betrachtete den Eisenbahnerstreik als Bewegung, "die dem Gedanken des Staats und seinem Wesen nahetreté". Kabinettssitzung vom 5. Februar 1922, Akten der Reichskanzlei, Weima-

das auch im Kaiserreich keine andere Formulierung erfahren hätte.[118] Eine solche Interpretation fände darin eine gewisse Stütze, daß es in der Anfangsphase der Weimarer Republik zahlreiche sogen. Ordnungsstreiks von Beamten oder mit Beteiligung von Beamten gab,[119] die, gegen die radikalisierte Arbeiterbewegung gerichtet, die Autorität der Regierungen verteidigten. Gegen derartige Arbeitsniederlegungen gibt es keine einzige Stellungnahme von Regierungsseite. Ein Erklärungsansatz beim Staatsbegriff der Exekutive kann allerdings nicht die Frage beantworten, warum, nach anfänglicher Konzessionsbereitschaft in der Frage des Beamtenstreikrechts, sich eine immer restriktivere Interpretation durchsetzte. Hinweise zur Beantwortung dieser Frage lieferte eine Reichstagsrede Kanzler Wirths, die einen Zusammenhang herstellte zwischen der "Reparationsfrage und der inneren Lage des Staates":[120] "Die Werbekraft der Gedanken, mit denen wir die Reparationsfrage [. . .] lösen wollen, hängt ab von dem Grade des Vertrauens, das Deutschland [. . .] dem Auslande einzuflössen imstande [ist]. Es ist klar, daß ein Staat, der andere zu wirtschaftlichen Gesichtspunkten bekehren will, nur dann Glauben findet [. . .], wenn er selbst die Lehre, die er predigt, in seinem Hause anwendet."[121] "Aber um eines wird man nicht herumkommen, nämlich, dem Prinzip zum Durchbruch zu verhelfen, daß die Eisenbahnen wirtschaftlich gestaltet werden müssen."[122] Die damit angesprochenen Problemstellungen erfordern ein kurzes Eingehen auf die sozialökonomischen Determinanten der frühen Republik. Nach dem Ende des Krieges standen als wesentliche Aufgaben auf der Tagesordnung:

- die Verhinderung einer sozialistischen Transformation,
- die Umstrukturierung der Wirtschaft auf Friedensproduktion,
- die Lösung der durch die Kriegsfinanzierungspolitik entstandenen Frage der Reichsschulden,
- die Reparationsproblematik,
- die sozialpolitisch notwendige Eindämmung der Inflation.

Die innere Antinomie dieser Aufgaben bestand darin, daß die ersten vier mit der letzten nicht zu vereinbaren waren. Denn die Umstrukturierung und Reorganisation der Wirtschaft unter Beibehaltung ihrer kapitalistischen Funktionsmechanismen, sowie die unproblematische Entschuldung des Reiches wurden durch die Inflation gerade gefördert.[123] Die Investitionspolitik der staatlichen Dienstleistungsbetriebe folgte hierbei dem Vorbild des privaten Kapitals und führte besonders im Bereich der Reichsbahn zu Überinvestitionen und stei-

rer Republik, Die Kabinette Wirth I und II. 10. Mai 1921 bis 22. November 1922. Bearbeitet von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, 2 Bde, Boppard 1971, S.546. Ähnlich Reichsverkehrsminister Groener, der als "wichtigste Frage die Aufrechterhaltung der Staatsautorität" ansah. Vgl. Kabinettsitzung vom 7. Februar 1922, in: a.a.O., S.554.

118 Auf diese Kontinuität wies z.B. Albert Falkenberg hin. Vgl. ders., Organisationskämpfe der Beamten und ihre Bedeutung für die moderne Beamtenbewegung, in: Der Beamte. Vierteljahreshefte für Beamtenrecht und Beamtenpolitik, Jg. 1 (1929), H.1, S.5.

119 Z.B.: Am 28. Januar 1919 in Stettin gegen den Arbeiter- und Soldatenrat (vgl. Magdeburgische Zeitung, Nr. 76 vom 29.1.1919), ab 27. Februar 1919 gegen den Leipziger Generalstreik (vgl. Sächsische Gemeindebeamten-Zeitung, Jg. 44 (1919), H.12 und H.13/14), im April 1919 Beamten- und Bürgerstreik gegen den Braunschweiger Generalstreik (vgl. Preußische Lehrerzeitung, Jg. 45 (1919), Nr.54). Teile der Berliner Beamten erwogen auch einen Gegenstreik gegen den Eisenbahnerstreik im Juni 1919 (ZStA Potsdam, Reichsbund der höheren Beamten 70 Re 1, Bd. 323 Politischer Ausschuß des RhB, Bl. 23f.).

120 Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 352, Sp. 5738D.

121 A.a.O., Sp. 5738Df.

122 A.a.O., Sp. 5741C.

123 Friedrich-Wilhelm Henning, Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1972, Paderborn 1974, S.60ff, und Gerd Hardach, a.a.O., S 23ff.

genden Defiziten.[124] Auch die Reparationsfrage wurde durch die Inflation einer Lösung nähergebracht, denn die Strategie der Reichsregierung im Verein mit der Reichsbank zielte darauf ab, durch die bewußt in Kauf genommene Währungszerrüttung die Zahlungsunfähigkeit des Reiches zu demonstrieren, um damit einen Aufschub der Reparationen zu erreichen.[125] Erkauft wurde dies durch "verschärfte Ausbeutung der Lohn- und Gehaltsempfänger und Verarmung des Mittelstandes".[126] Angesichts dieser strukturellen Bedingungen stand notwendig eine Phase scharfer Klassenauseinandersetzungen ins Haus, die durch die seit 1919 geplante Einführung von Zwangsschlichtungsverfahren unter Kontrolle gehalten werden sollten. Ein Präzedenzfall für die Staatsbeschäftigten war ein wilder Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter Ende 1920, aufgrund dessen eine Notverordnung erging, die festsetzte, daß "[. . .] Arbeitskämpfe in Gas- Wasser- und Elektrizitätsbetrieben erst nach Fällung eines Schiedsspruches, außerdem frühestens drei Tage nach diesem Schiedsspruch zulässig waren".[127] Auf dem skizzierten Hintergrund ist die kompromißlose Niederschlagung des Eisenbahnerstreiks durch die Reichsregierung zu begreifen als:

- Demonstration an die Adresse des Auslands im Hinblick auf die für April 1922 geplante Weltwirtschaftskonferenz in Genua,
- Teilaspekt der Sanierung der Staatsfinanzen,
- in der Logik der Klassenverhältnisse liegende bürokratische Regulierung sozialer Konflikte.

2.2. Die Beamtenstreikdiskussion bis 1920

Während vor 1918 auch von den fortgeschrittensten Vertretern der Beamtenbewegung ein Beamtenstreik als vollkommen undenkbar betrachtet wurde,[128] flammten mit der Novemberrevolution die Auseinandersetzungen um die Berechtigung von Streiks in der Beamtenschaft auf und intensivierten sich im Laufe des Jahres 1919, verursacht durch die zahlreichen Streiks der Arbeiter und die gelegentliche Beteiligung von Beamten daran. Ein zweiter Höhepunkt der Diskussion lag im Jahre 1920, als Folge der Teilnahme des DBB am Generalstreik gegen den Kapp-Putsch. Die Brisanz der Streikfrage zeigte sich hier erstmals auch in organisatorischen Konsequenzen, denn der "Bund höherer Beamter" (BhB) und einige Justizbeamtenverbände trennten sich deshalb vom DBB. Die umfangreichsten Auseinandersetzungen liefen jedoch im Zusammenhang mit dem Eisenbahnerstreik 1922 ab; hier erwiesen sich letztendlich die Positionen als so unvereinbar, daß große Teile der Betriebsbeamten aus dem DBB ausschieden und den an die freien Gewerkschaften angelehnten "Allgemeinen Deutschen Beamtenbund" (ADB) gründeten. Soviel zur Konjunktur der Streikdiskussion, nun zur Darstellung der inhaltlichen Positionen.

Innerhalb des DBB traten zur Streikfrage die heterogensten Auffassungen in Erscheinung, die sich im Jahre 1919 in ausgedehnten Auseinandersetzungen in den Verbandsorganen wi-

124 Claus-Dieter Krohn, Stabilisierung und ökonomische Interessen. Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1923-1927, Düsseldorf 1974, S.21; Peter-Christian Witt, Finanzpolitik und sozialer Wandel in Krieg und Inflation 1918-1924, in: Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, 2 Bde, Kronberg und Düsseldorf 1977, Bd.1, S.395-426, hier: S.421. Das Defizit der Reichsbahn betrug: 1918: 1,3 Mrd., 1919: 4 Mrd., 1920: 15 Mrd., 1921: 6,9 Mrd. Mark. Nach: Archiv für Eisenbahnwesen, Jg. 44 (1921), S.944, Jg. 45 (1922), S.1144, Jg. 46 (1923), S.123 und S.1007.

125 Claus-Dieter Krohn, a.a.O., S.18; Jens Flemming, Claus-Dieter Krohn, Dirk Stegmann und Peter-Christian Witt (Hrsg.), Die Republik von Weimar, 2 Bde, Königstein 1979, hier: Bd.2, S.301f.

126 Claus-Dieter Krohn, Stabilisierung . . ., S.21.

127 Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Kronberg und Düsseldorf 1978, S.259.

128 Albert Falkenberg, Beamtenstreik, in: Die Hilfe. Jg. 15 (1909), Nr.21, S.327.

derspiegelten. Die höheren Beamten, die den weit überwiegenden Anteil aller Diskutanten stellten, verhielten sich zum Streik ausnahmslos ablehnend; entweder weil sie ihn einfach als rechtswidrig ansahen oder aber aus ordnungspolitischen Gründen. Das hängt eng mit der Staatsmetaphysik des Beamtentums zusammen: Das Beamtentum als Staatsorgan ist das berufene Steuerungsinstrument gegen den der Demokratie inhärenten "Radikalismus".[129] Von daher ist es einleuchtend, "daß der Beamtenstreik unter allen Umständen etwas ganz anderes ist als ein gewöhnlicher Arbeiter- oder Angestelltenstreik: Er ist mehr oder weniger R e v o l u t i o n ." (Hervorhebung von mir).[130] Mit dieser Einstellung bewegte sich das höhere Beamtentum vollinhaltlich auf der Linie der staatlichen Arbeitgeber. Nachdem der BhB 1920 aus dem DBB ausgeschieden war, konnte er alle etwa vorhandenen taktischen Rücksichten fallenlassen und seine Position wie folgt präzisieren: "Die Arbeitsniederlegung aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen ist beim Beamten, dem Diener der Allgemeinheit, schlechterdings ein Verbrechen."[131] Diesen eindeutigen Stellungnahmen stand auf der Seite der Streikbefürworter – zumindest 1919 – keine vergleichbare, stringente Argumentation gegenüber, sondern ein Spektrum vielfältiger Begründungen. Man war sich lediglich darin einig, daß die Regierungen mit dem Koalitionsrecht auch das Streikrecht für alle Arbeitnehmer garantiert hätten.[132] Einem Teil des Beamtentums war die Streikrechtsbefürwortung, allerdings lediglich verbale Phrase, das Koalitionsrecht wurde als "Danaergeschenk" [133] mißtrauisch beäugt oder mit der Argumentation entwertet, "daß es nicht angeht, die wirtschaftspolitischen Methoden des freien Arbeiters in vollem Umfange auf das Beamtentum zu übertragen."[134]

Diese distanzierte Haltung zum Streikrecht des Beamten entsprang einerseits der Furcht, die Verwendung der Streikwaffe als wirtschaftspolitisches Druckmittel gefährde die 'wohlerworbenen Rechte' des Beamtentums[135] und hatte andererseits ihre Ursache in einem tief verwurzelten Ordnungsdenken. Der Beamte, "berufsmäßig an Verantwortlichkeit gewöhnt", das Wohl der Allgemeinheit vor Augen, sollte sich "durch maßvolle Forderungen vorteilhaft vor gewissen Teilen der Arbeiterschaft auszeichnen".[136] Man muß davon ausgehen, daß diese Position im Jahre 1919 der mehrheitlichen Meinung im DBB – auch bei den unteren Beamten – entsprach. Sie war der Versuch, die traditionell elitären ordnungspolitischen Ansprüche des Beamtentums mit gewerkschaftlichen Prinzipien in eine prekäre Balance zu bringen. Zur Veranschaulichung dieser Mixtur aus Gewerkschaftspolitik, Ordnungsbegriffen und ständischen Vorurteilen mag eine Stellungnahme eines unteren Beamten dienen: "Meine Auffassung [. . .] geht dahin, daß auf das Mittel der Arbeitsniederlegung prinzipiell nicht verzichtet werden kann, daß aber [. . .] in unseren Kreisen soviel Einsicht und Besonnenheit herrscht, daß der Streik nur als letztes Mittel und zwar nur dann in Frage kommt, wenn es sich um lebenswichtige Beamten- oder Standesrechte handelt, deren Durchsetzung auf keinem anderen Wege möglich ist."[137] Demgegenüber stellte die vorbehalltlose Inanspruch-

129 Wider den Beamtenstreik, in: Gemeinschaft, Jg. 3 (1919), Nr.16, S.184.
130 A.a.O., S.185.
131 Zeitschrift des Bundes höherer Beamter, Jg. 3 (1921), Nr.1, S.5.
132 Vgl. Gemeinschaft, Jg. 3 (1919), Nr.4, S.39, Nr.14, S.164f, Nr.17, S.199, Nr.18, S.214, Nr.24, S.285; Voraus. Fachorgan der deutschen Lokomotivführer-Berufsverbände (ab Jg. 2: Organ der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer), Jg. 1 (1919), S.32/33.
133 Gemeinschaft, Jg. 3 (1919), H.4., S.39.
134 Albert Falkenberg, Die Friedenspflichten der deutschen Beamtenschaft, in: Gemeinschaft, Jg. 3 (1919), H.13, S.145.
135 Ebd. Vgl. auch a.a.O., H.16, S.185.
136 A.a.O., H.14, S.164.
137 Voraus, Jg.1 (1919), S.33.

nahme des Streikrechts für Beamte eine eindeutige Minderheitsposition[138] dar, für die sich in der ersten Phase der Diskussion (1919) nur wenige Zeugnisse in den Spalten der Beamtenpresse fanden.[139] Auch bei dieser Minderheitsfraktion war aber deutlich, daß der Streik nicht als soziale Lernprozesse vermittelnde Kampfform, sondern als notwendiges Übel aufgefaßt wurde, das möglichst schnell durch institutionelle, verrechtlichte Formen des Arbeitskampfes (Schiedsstellen und Mitbestimmungsorgane) abgelöst werden sollte.[140] Es liegt auf der Hand, daß diese Anschauung zu stark organisationsbezogenen Formen der sozialen Auseinandersetzung führen mußte, und deswegen war sie auch ohne Probleme in die Politik des DBB integrierbar, die sich ebenfalls an Verrechtlichung und dadurch unterstrichener Bedeutung der Organisation orientierte.[141] Im übrigen war die offizielle Position der DBB-Führung auf der Linie des "Abwehr- und Existenzstreiks"[142] an der Mehrheitsmeinung ausgerichtet. Das bedeutete Streikbefürwortung bei politischen Umsturzversuchen und Angriffen auf die Existenz des Beamtentums. Der Begriff des "Existenzstreiks" wirkte integrativ, da er mit ganz unterschiedlichen Inhalten gefüllt werden konnte. "Existenz" konnte sowohl im ordnungspolitischen Sinn als Existenz des Instituts des Berufsbeamtentums,[143] als auch im wirtschaftlichen Sinn als materielle Sicherstellung der Beamten verstanden werden. Diese Konflikte blieben jedoch zunächst in der Schwebe, da es an Ereignissen mangelte, die e i n e gültige Auffassung hätten erzwingen können. Einer Belastungsprobe im Berliner Generalstreik vom März 1919 ging die DBB-Führung dadurch aus dem Wege, daß sie die Organisation aus dem Streik heraushielt und auch nicht an einem bürgerlichen Gegen"streik" beteiligte.[144] Am preußischen Eisenbahnerstreik im Juni 1919 waren zwar z.T. auch Beamte beteiligt, aber insgesamt war die Streikbereitschaft der Beamten in dieser Phase sicher gering.

In welch hohem Maße das Verhalten der Beamtenführer zur Streikfrage von taktischen Erwägungen bestimmt war, sprach der DBB-Vorsitzende Remmers auf dem ersten Vertretertag offen aus: Lediglich um von den anderen großen Gewerkschaften als gewerkschaftliche Organisation anerkannt zu werden, hatte man sich formell dazu bekannt, alle gewerkschaftlichen Mittel (also auch den Streik) anzuwenden und einen Streikfonds einzurichten.[145] Die Auseinandersetzungen im folgenden Jahr, nach dem Kapp-Putsch, zeigten sowohl stärkere Polarisierungen in der Streikdiskussion als auch wachsende Streikbereitschaft bei den Betriebsbeamten.

138 Davon ging auch die Reichsregierung aus: "Sodann sei unzweifelhaft, daß erhebliche Teile, wahrscheinlich die Mehrheit der Beamtenschaft, eine klare Verneinung des Streikrechts wünsche, um der anhaltenden Agitation entschlossen entgegentreten zu können." So Finanzminister Südekum auf der in Anm. 112 genannten Kabinettssitzung, a.a.O., Bl. 53.

139 Gemeinschaft, Jg. 3 (1919), H.17, S.199ff (vom SPD-Abgeordneten Willy Steinkopf), H.18, S.214 (von einem Lehrer), H.24, S.285 (von einem unteren Beamten).

140 A.a.O., H.17, S.201; Thüringer Lehrerzeitung, Jg. 8 (1919), S.314.

141 Vgl. die Vorbemerkung der Schriftleitung in:Gemeinschaft, Jg. 3 (1919), H.16, S.184.

142 Fritz Winters, a.a.O., S.15.

143 So etwa in der bayerischen Beamtenschaft. Vgl. Georg Kalmer, Beamtenschaft und Revolution. Eine sozialgeschichtliche Studie über Voraussetzungen und Wirklichkeit des Problems, in: Karl Bosl (Hrsg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918. Ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München und Wien 1969, S.201-61, hier: 239f. Siehe auch: "Daher soll sich das Beamtentum immer gegenwärtig halten, daß [. . .] ein Beamtenstreik ohne Schädigung des Beamtentums nur durchführbar ist, wenn ihm in seinen Auswirkungen staatserhaltende Bedeutung zukommt." Gemeinschaft, Jg. 3 (1919), H.4, S.40.

144 Vgl. "Stellungnahme des DBB zur Streikfrage", in: a.a.O., H.5, S.59.

145 Deutscher Beamtenbund. Bericht über die Hauptversammlung und die Verhandlungen des 1. Vertretertages am 11., 12. und 13. Mai 1919 im Lehrervereinshaus in Berlin, o.O. o.J., S.68f.

2.3 Das Beamtentum im Kapp-Lüttwitz-Putsch

Die Bedingungen der Möglichkeit des Militärputsches liegen in dem 1918 geschlossenen Bündnis zwischen MSPD und altem Offizierskorps, das auf den gemeinsamen Interessen der Bekämpfung der Rätebewegung, der linken Arbeiterorganisationen und dem Bestreben, den Zersetzungsprozeß der Staatsmacht zu stoppen, beruhte.[146] Die Reichswehrmilitärs leiteten daraus den Anspruch auf politische Mitspracherechte ab[147] und gingen mit der Vorstellung einer überparteilichen Militärdiktatur schwanger.[148] Die gemäßigtere Fraktion hatte Noske für den Posten des Diktators vorgesehen, die reaktionär-alldeutsche brach den Putsch vom Zaun, der zwar nur von einer kleinen Clique aktiv vorbereitet wurde, aber auf Sympathie oder Duldung weiter Kreise in Heer und Polizei stieß.[149] Das militaristische Abenteuer brach am 17. März 1920 nach fünf Tagen aus verschiedenen Gründen zusammen, u.a. wegen des Generalstreiks der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften. Dieses gemeinsame Handeln beruhte allerdings auf ganz verschiedenen Voraussetzungen. Während für die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften die Gefährdung gewerkschaftlicher Rechte durch den Putsch klar auf der Hand lag und deswegen der Generalstreik zu deren Verteidigung unbedingt bereits am 13.3. geboten war, herrschte beim DBB und seinen Fachverbänden größte Unklarheit. So verschickte die "Reichsarbeitsgemeinschaft der Postbeamtenverbände" am Putschtag ein Telegramm mit folgendem Wortlaut: "Im Interesse des Landes und des gesamten Volkes Post-, Telegraphen- und Fernsprechbetrieb bis auf weiteres mit allen Mitteln aufrechterhalten."[150] Der Vorstand des DBB entschloß sich nach kontroverser Diskussion am 14. März mit 13 : 3 Stimmen zu folgender Streikempfehlung: "Die dem Deutschen Beamtenbunde angeschlossenen Gewerkschaften erklären, daß sie auf Grund des von den Beamten auf die Verfassung geleisteten Eides nur den Anordnungen einer Regierung, die auf der Grundlage der geltenden Verfassung gebildet ist, Folge leisten werden. Die Gewerkschaften erklären weiter, daß sie an allen Orten, wo eine verfassungsmäßig zustande gekommene Regierungsgewalt nicht vorhanden ist, so lange das Mittel der Arbeitsverweigerung in Anwendung bringen werden, bis der verfassungsmäßige Zustand wieder hergestellt ist."[151] Trotz dieses Beschlusses und des gemeinsamen Handelns von DBB zusammen mit ADGB und AfA war die Streikbereitschaft der Beamten durchaus unterschiedlich. Die höheren Beamten waren meist Gegner des Streiks und plädierten für das Weiterarbeiten der Behörden,[152] was als Indiz der Parteinahme für die Putschisten gewertet werden kann. Ein Teil der höheren Beamten forderte seine Untergebenen ausdrücklich zur Weiterarbeit auf; dafür einen Beleg, der keinen Einzelfall darstellt: "Der Oberstaatsanwalt beim Kammergericht. Im Auftrage des Herrn Justizministers ersuche ich, die Ihnen unterstellten Beamten darauf hinzuweisen, daß das Preußische Staatsministerium die Auffassung vertritt, daß die Beamten nicht streiken dürfen, sondern bei der heutigen schwierigen Lage mehr denn je auf ihrem

146 Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967, S.16. Jens Flemming u.a. (Hrsg.), Die Republik von Weimar, Bd. 1, S.70ff und S.76f.

147 Francis L. Carsten, Revolutionäre Situationen in Europa 1917-1920, in: Industrielle Gesellschaft und politisches System, S.375-388, hier: S.382.

148 Johannes Erger, a.a.O., S.32ff.

149 A.a.O., S.17ff und S.154ff; Wolfgang Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933. Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Ende der Weimarer Republik, Berlin [DDR] ^{2}1974, S.149f.

150 H. Rosin, Aus der Geschichte des Deutschen Beamtenbundes. Die Kapp-Tage, in: Der Beamtenbund, Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes, Jg. 12 (1928), 1. Beilage zur Nr. 95.

151 Gemeinschaft, Jg. 4 (1920), H.6/7, S.41f.

152 Das wird in der Literatur über der hochgespielten Arbeitsverweigerung der Staatssekretäre meist vergessen. Vgl. Hans Fenske, Monarchisches Beamtentum, a.a.O., S.127. Das Plädoyer für Weiterarbeit entsprach auch der offiziellen Meinung des "Bundes höherer Beamter". Vgl. Zeitschrift des Bundes höherer Beamter, Jg. 2 (1920), Nr.1, S.1f.

Posten ausharren und ihre Dienstgeschäfte zu verrichten haben, ferner, daß dieselbe Ansicht auch von Herrn Kapp vertreten wird. Ich erwarte, daß jeder Beamte seine Dienstpflicht erfüllt und auf seinem Posten verharrt. gez. Plaschke."[153] Ein Teil der übrigen Beamtenschaft dagegen trat spontan, z.T. sogar gegen Organisationsanweisungen in den Streik (so z.B. Teile der Postbeamten). Die meisten Beamten streikten allerdings erst nach dem Vorstandsbeschluß des DBB. An der Fortsetzung des Generalstreiks nach Kapps Rücktritt, von den freien Gewerkschaften propagiert zur Verhinderung künftiger Putsche durch weitgehende Demokratisierung und Sozialisierung, beteiligte sich nurmehr ein Teil der Beamten. Entweder, weil sie, wie z.B. die Eisenbahnbeamten, das Streikziel als erreicht ansahen,[154] oder, weil sie, wie die süd- und westdeutschen Verbände, durch die Fortsetzung des Streiks die politische Neutralität des DBB verletzt glaubten.

Wie sind nun Motivation und politische Qualität des Beamtenwiderstandes zu beurteilen? Zunächst fällt auf, daß das Argument der Koalitionsfreiheit im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften beim DBB nur eine untergeordnete Bedeutung hatte.[155] Während ADGB/AfA in erster Linie ihren sozialen Handlungsraum als Gewerkschaften bewahren und als dessen rechtliche Rahmenbedingungen Republik und Verfassung schützen wollten, zog sich der DBB, wie aus dem oben zitierten Aufruf ersichtlich, auf eine rein formalrechtliche Argumentation zurück. Die inhaltlose und opportunistische Bestimmung des Streikgrundes legt den Schluß nahe, daß sich der DBB über die politischen Implikationen von Putsch und Generalstreik tatsächlich nicht klar war, oder daß die Inhaltlosigkeit ein bewußtes taktisches Manöver zur Überbrückung der innerorganisatorischen Differenzen bildete. Für die erste Annahme sprechen Versuche, mit Kapp zu verhandeln,[156] für die zweite die Vielzahl der im DBB vorhandenen Positionen. Deren Bandbreite reichte von entschlossenen Befürwortern des Generalstreiks bis zu Propagandisten einer Allparteienregierung,[157] die, auch von DVP und DNVP ins Gespräch gebracht, die konservative Lösung des Putschabenteuers darstellte. Unter diesen Umständen erscheint die auf formale Rechtsfragen reduzierte Haltung des DBB, die auf eine politische Begründung verzichtete, plausibel. Die nachträgliche Rechtfertigung des Streiks durch die Leitung des DBB zeigt eine gewisse Ähnlichkeit zu seinem Verhalten im November 1918: "Die Haltung des Deutschen Beamtenbundes während des Kapp-Putsches beruhte auf der Pflicht, dem Vaterlande in der Stunde schwerster Gefahr tatkräftig zu dienen und seine Mitglieder aufzufordern, als Beamte dem geleisteten Diensteid entsprechend zu handeln." "Die Haltung des Deutschen Beamtenbundes war eine vaterländische Tat."[158] Diese Formulierungen verraten, daß das Beamtentum – wie 1918 – für sich das Verdienst reklamierte, den Staat gerettet zu haben.[159] Innerhalb dieses Selbstverständnisses sind auch die Begründungen für die Zusammenarbeit mit den freien Gewerkschaften über Kapps Rücktritt hinaus angesiedelt. Dr. Höfle, ein führender Funktionär des DBB, schrieb

153 Geh. StA. Berlin, Akten des Preußischen Justizministeriums, Rep. 84a, Bd. 216 Beteiligung von Beamten am Kapp-Putsch, Allgemeines, Bl. 75.

154 Voraus, Jg. 2 (1920), S.93.

155 Am Rande diskutiert in: a.a.O., S.90. *Nach* dem Streik war es indessen ein wohlfeiles Argument; vgl. die Rechtfertigungsrede des DBB-Vorsitzenden Lange auf dem außerordentlichen Vertretertag 1920, in: Beamten-Korrespondenz, Jg. 4 (1920), Nr. 2, S.3.

156 Voraus, Jg. 2 (1920), S.90f.

157 Vgl. ebd. und H. Rosin, Aus der Geschichte . . ., vgl. Anm. 150.

158 Beamten-Korrespondenz, Jg. 4 (1920), Nr. 2, S.1 und S.2.

159 Der DBB-Vertreter Kugler soll nach einer "Niederschrift über die Verhandlungen zwischen Mitgliedern der Preußischen Regierung, der Reichsregierung, Vertretern der Mehrheitsparteien und der Gewerkschaften am 18. März 1920" geäußert haben: "Die Beamtenschaft hat die Republik gerettet." Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Bauer. 21. Juni 1919 bis 27. März 1920. Bearb. von Anton Golecki, Boppard 1980, S.713.

dazu: "Das steht ohne Zweifel fest, daß am 17. März die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften nicht daran dachten, den Streik abzubrechen. Die Fortdauer des Generalstreiks bedeutete aber Förderung der Bestrebungen, die auf Bolschewismus und Rätediktatur hinzielten. Für den Deutschen Beamtenbund gab es nur ein Ziel: Die Masse der Bevölkerung wieder zur Arbeit zu bringen. Dieses Ziel konnte der Bund nur dann rasch erreichen, wenn er in der Koalition verblieb."[160] Die Rolle, die der DBB im Kapp-Putsch spielte, ist daher widersprüchlich. Das Drängen breiter Schichten unterer Beamten auf die Einheitsfront aller Arbeitnehmer gegen Kapp signalisiert ohne Zweifel einen Lernprozeß. Dagegen zeigen die Äußerungen, die den Beamtenbund immer noch eher als Transmissionsriemen staatlicher Ordnungsfunktionen denn als gewerkschaftliche Organisation verstanden, das Fortwirken etatistischer Blockierungen.

Die Ereignisse während des Putsches gaben der Streikdiskussion im DBB neue Nahrung; das Dokument, das die verschiedenen Auffassungen am ausführlichsten enthält, ist der Bericht über den außerordentlichen Vertretertag im Mai 1920, der notwendig geworden war, um die Kontroversen auszutragen.[161] Er bekräftigte zunächst in verschiedenen Referaten die Haltung der DBB-Führung, die davon ausging, daß das Streikrecht den Beamten gewährt,[162] daß es aber im Sinne der oben dargelegten Kriterien maßvoll anzuwenden sei.[163] Auffallend ist die legalistische Haltung, die in den Ausführungen des Vorsitzenden zum Ausdruck kommt: "Diese Richtlinien enthalten nämlich den Passus, daß der Deutsche Beamtenbund alle gesetzlich und gewerkschaftlich erlaubten Mittel zur Anwendung bringen werde. Das heißt, daß, wenn später ein Gesetz herauskommen sollte, wodurch der Streik den Beamten verboten wird, dann natürlich der Streik für die Beamten keine Bedeutung mehr hat." [164] (Hervorhebung von mir). Hierin wird deutlich, daß zu diesem Zeitpunkt die Beamtenbewegung, bzw. zumindest ihre Führung, im Gegensatz zur Arbeiterbewegung, das Streikrecht nicht als essentiellen Bestandteil gewerkschaftlicher Politik auffaßte, sondern als eine von der Regierung, d.h. dem Arbeitgeber, gewährte Gnade, die einfach widerrufen werden konnte. Dieser Argumentation der DBB-Spitze wurde allerdings von einzelnen Fachverbänden scharf widersprochen, so vom Sprecher der Eisenbahnbeamten, der auf die Gefahr von Sondergesetzen gegen die Beamten hinwies und die Autonomie der gewerkschaftlichen Organisation der Beamten nachdrücklich betonte: "In unserer Gewerkschaft hat diese Erklärung ein Hohnlachen ausgelöst, und wir erklären: Nicht die Beamtenschaft erwartet von der Regierung die Entscheidung in dieser Frage, sondern die Beamtenschaft wird diese Frage selbst entscheiden und sich diese Entscheidung nie und nimmer nehmen lassen!"[165] Der verbale Radikalismus dieser Rede wird allerdings durch manchen Wermutstropfen getrübt, u.a. durch ständische Borniertheiten gegenüber der Arbeiterbewegung. So war der Redner der Meinung, "daß wir den Streik ganz anders auffassen als die Arbeiterschaft, und daß wir Rücksicht nehmen auf das Volkswohl . . .".[166] Ebenfalls für das Beamtenstreik-

160 Justizbeamtenbundesblatt. Mitteilungen des Justizbeamtenbundes (gewerkschaftliche Organisation), Jg. 2 (1920), Nr.4, S.39.

161 Sie drehten sich selbstverständlich nicht nur um das Streikrecht. Weitere zentrale Punkte waren die Frage der politischen Neutralität und der Zusammenarbeit mit den Arbeitergewerkschaften. Auch dazu wird meine Diss. näheres enthalten.

162 Deutscher Beamtenbund. Bericht über die Verhandlungen auf dem außerordentlichen Vertretertag am 26., 27. und 28. Mai 1920 im Deutschen Hof Berlin, o.O. o.J., S.123.

163 A.a.O., S.124.

164 A.a.O., S.30.

165 A.a.O., S.150.

166 A.a.O., S.151.

recht, wenngleich, wie ersichtlich, in bestimmten Grenzen, setzten sich die Vertreter der Post- und Justizbeamten ein, während die Delegierten des preußischen Richtervereins, der preußischen Gemeindebeamten und der Zollbeamten gegen wirtschaftliche Streiks votierten.[167] Für die übrigen Fachgewerkschaften des DBB liegen keine Stellungnahmen vor. Insgesamt ergibt sich daher aus den Verhandlungen, daß die gesellschaftlich wichtigsten und zahlenmäßig bedeutendsten Beamtengruppen in der Streikfrage bereits den Organisationskonsens im DBB zu durchbrechen drohten.

2.4. Die Streikfrage zwischen Kapp-Putsch und Eisenbahnerstreik

Im Dezember 1920 stand, nachdem die Reichsregierung Teuerungszuschläge abgelehnt hatte, ein Beamtenstreik praktisch auf der Tagesordnung. In Mannheim, Düsseldorf, Kiel, Frankfurt, Essen, Hamburg, Flensburg übten Teile der Postbeamten passive Resistenz, worauf das Reichspostministerium mit der Androhung der Dienstenthebung antwortete.[168] Daraufhin solidarisierte sich die dem DBB angehörende "Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten" (RG) mit den Postbeamten, und auch freie u.a. Postgewerkschaften kündigten an, "von dem uns zustehenden Streikrecht auch gegen den Erlaß dieser Verfügung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen."[169]
Die Bündnisse von Beamten- und Arbeitergewerkschaften, die einen wichtigen Lernschritt darstellen, setzten sich auch bei den Eisenbahnern fort, wo der (freie) "Deutsche Eisenbahnerverband" (DEV), die RG, die (christl.) "Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner" (GdE) und der (Hirsch-Dunckersche) "Allgemeine Eisenbahner-Verband" sich zur Einheitsfront zusammenschlossen und zur Durchsetzung ihrer Forderungen den Streik androhten.[170] Die Urabstimmung bei der Reichsgewerkschaft ergab eine Mehrheit von 82 % für den Streik, der allerdings durch teilweise Erfüllung der Forderungen in letzter Stunde abgewendet wurde.[171]
Mit dieser Politik gingen die Eisenbahnbeamten weit über die vom DBB vorgesehenen Aktionsformen hinaus, wie auch in folgender Stellungnahme deutlich wird: "Sie [die Reichsgewerkschaft] ist entschlossen, die Existenz der Eisenbahnbeamten und Anwärter mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu verteidigen und den ihr aufgezwungenen Wirtschaftskampf mit größter Beschleunigung durchzuführen. Mit diesem Entschluß fällt die R.G. in der Beurteilung der Dinge und ihren Folgerungen aus dem Rahmen des B.B. [Beamtenbundes] heraus [. . .]".[172] Dabei war sich die Reichsgewerkschaft bewußt, daß sie in einem Streik nicht nur die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder verteidigen mußte, sondern, angesichts der Anti-Streikerlasse der Regierung, gleichzeitig in einen Kampf um das Koalitionsrecht eintrat.[173] Gegenüber dieser Haltung, die beweist, daß die Eisenbahnbeamten in ihrer gewerkschaftlichen Entwicklung ein Stück weitergekommen waren, wirkt die Politik ihrer Spitzenorganisation, des DBB, zögernd und konsequenzlos. In einem Antwortschreiben auf die Ablehnung der Beamtenforderungen, das an den Reichskanzler gerichtet war, hieß es: "Wir setzen unsere letzte Hoffnung auf den Reichstag."[174] Diese rein petitionierende Haltung in der Tradition der vornovemberlichen Harmonievereine wurde so gerechtfertigt:

167 A.a.O., Post: S.173f., Justiz: S.168, Richter: S.135ff, Gemeindebeamte: S.140, Zollbeamte: S.184.
168 Neue Preußische [Kreuz] Zeitung, Nr. 572 vom 6.12.1920.
169 Abgedruckt in: a.a.O., Nr. 578 vom 9.12.1920.
170 Voraus, Jg. 2 (1920), S.433.
171 100 Jahre GdL. Geschichte der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivbeamten und Anwärter 1867-1967, Frankfurt a.M. 1967, S.177.
172 Voraus, Jg. 2 (1920), S.433.
173 A.a.O., S.434.
174 Gemeinschaft, Jg. 4 (1920), H.23, S.180.

"Es mag sein, daß manche Kreise der Beamtenschaft ein noch schärferes Vorgehen der Bundesleitung für richtiger hielten. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Bundesleitung v e r p f l i c h t e t ist, alle nur irgendwie erdenklichen Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, ehe sie zu den letzten gewerkschaftlichen Mitteln zur Durchsetzung ihrer Forderungen greifen kann."[175]

Der DBB organisierte am 12. Dezember 1920 eine Demonstration in Berlin, an der nach Presseschätzungen 40-50 000 Menschen teilnahmen;[176] während der Kundgebung im Lustgarten machte sich laufend Unmut gegen die von den Rednern vertretene Position der DBB-Leitung bemerkbar.[177] Sie läßt sich eher als Streikvermeidungsstrategie bezeichnen; so schrieb Falkenberg: "Es muß einmal mit aller Klarheit festgestellt werden, daß nur die in der ungeheuren Verantwortlichkeitslast begründete Besonnenheit der Führer es vermocht hat, die Ablehnung der Urabstimmung in der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes vom 10. Dezember 1920 [. . .] mit 31 gegen 12 Stimmen herbeizuführen."[178] In der kritischen Situation um die Jahreswende 1920/21 war dies noch einmal erfolgreich. Auf der anderen Seite deutete sich aber in den Reihen der Betriebsbeamten wachsender Widerstand gegen die Liquidierung sozialer Interessen zugunsten einer staatsloyalen Haltung an. Die Verschärfung der sozialen Probleme durch die galoppierende Inflation drohte den Balanceakt des DBB in der Streikfrage zunehmend aus dem Gleichgewicht zu bringen. So ist es von der Entwicklung der divergierenden Positionen her nicht überraschend, daß es im Februarstreik der Eisenbahnbeamten 1922 zum offenen Konflikt in der Beamtenbewegung kam.

2.5. Der Eisenbahnbeamtenstreik von 1922 und die Folgen

Der Ausbruch des Streiks lag buchstäblich in der Luft und wurde bereits in den letzten beiden Monaten des Vorjahres in der Eisenbahnbeamtenpresse vorhergesagt.[179] Auch aus den Akten einschlägiger Behörden ergibt sich für die zweite Hälfte des Jahres 1921 und den Januar 1922 das Bild ständiger Streikdrohung und Streikbereitschaft der Eisenbahner.[180] Bereits um die Jahreswende 1921/22 war es der Leitung der RG nur mit äußerster Mühe gelungen, ihre Mitglieder von der Beteiligung am Eisenbahnerstreik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet abzuhalten.[181] Gleichzeitig drohten nach Pressemeldungen die unteren Postbeamten, die Postangestellten und lokale Organisationen des DEV mit dem Generalstreik.[182] Ursache dieser gespannten sozialen Situation war die Verelendung im Zuge der Inflation: Nach Angaben von Gerhard Bry fielen im letzten Viertel des Jahres 1921 die Reallöhne gelernter Eisenbahnarbeiter von 90 auf 70 % des Vorkriegsstandes.[183] Das reale Gehalt eines unteren Beamten der Besoldungsgruppe III war auf 62,8 %, das eines mittleren der Gruppe VIII sogar auf 37,5 % des Vorkriegsstandes zurückgegangen.[184] Konkrete Auslöser des Februarstreiks waren die Ablehnung der von den Spitzenverbänden der Gewerkschaften

175 Ebd.
176 Neue Preußische [Kreuz] Zeitung, Nr. 584 vom 13.12.1920.
177 Ebd.
178 Gemeinschaft, Jg. 4 (1920), H.24, S.182.
179 Voraus, Jg. 3 (1921), Nr.44, S.362, Nr.49, S.401, Nr.52, S.425.
180 ZStA Potsdam, Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung 15.07, Bde. 188 und 189 Streiks und Lohnbewegungen der Eisenbahner/Eisenbahnerbewegung, passim.
181 Voraus, Jg. 4 (1922), S.74.
182 Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 31 vom 19.1.1922.
183 Gerhard Bry, Wages in Germany 1871-1945, Princeton, N.Y. 1960, chart 30: Real Wages During the Inflation, S.228.
184 Wirtschaft und Statistik, Jg. 3 (1923), S.286.

aufgestellten Lohn- und Besoldungsforderungen und der Referentenentwurf eines Arbeitszeitgesetzes für die Eisenbahn. Letzteres wollte in der erklärten Absicht der Personaleinsparung den Achtstundentag in den Achtstundenarbeitstag bei bis zu 15stündiger Dienstbereitschaft umwandeln.[185] Die RG stellte der Regierung ein fünftägiges Ultimatum und trat am 1. Februar 1922 in den Ausstand.

Trotz schärfster Repressionsmaßnahmen der Exekutive (Notverordnung gegen den Streik, Strafandrohung gegen Aufruf zum Streik, Beschlagnahme der Streikkasse, Verhaftung der Gewerkschaftsführer) gewann die Streikbewegung an Breite, so daß mit Ausnahme der besetzten Gebiete, Bayerns, Württembergs und einiger Bezirke, in denen nur Teilstreiks durchgeführt wurden (Baden, Schlesien, Ostpreußen) faktisch der gesamte Zugverkehr lahmgelegt werden konnte. Teilweise streikten auch Mitglieder des DEV und der GdE gegen den erklärten Willen ihrer Organisationsführungen. Das damit vorhandene Konfliktpotential barg durchaus die Möglichkeit der explosiven Ausweitung in einen Generalstreik in sich, da ab 5.2.1922 der Streik der Berliner Kommunalarbeiter dazukam und weitere Beamtenverände Streiks ankündigten.[186] In der veröffentlichten Meinung – abgesehen von der KPD und Teilen der USPD – stieß der Streik allerdings durchgängig auf Ablehnung. Nach diversen Vermittlungsaktionen, besonders der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, brach die 'Reichsgewerkschaft' auf die Zusage, daß keine Massendisziplinierungen erfolgen sollten, in der Nacht vom 7./8. Februar den Streik ab, ohne indessen eines ihrer Streikziele erreicht zu haben. Dafür wurde folgende Begründung gegeben: "Während der ganzen Dauer unserer Streikbewegung wurde die Front der Kämpfer durch Zulauf aus oft fernstehenden Lagern immer gefestigter. Es hätte sich nur noch um 24 bis 48 Stunden gehandelt, und ein Generalstreik [. . .] wäre Tatsache geworden. [. . .] Wir brachen den Streik deshalb ab, weil wir ihn nicht in das politische Fahrwasser kommen lassen wollten und weil unsere Absicht nicht dahin ging, durch Zerschlagung der bestehenden Wirtschaftsordnung den Bürgerkrieg zu entfesseln."[187]

Wie diese Äußerung zeigt, erlag die RG der Fehleinschätzung, in einer dramatisch zugespitzten politischen Situation eine rein gewerkschaftliche Aktion beginnen und die Auseinandersetzung auch darauf begrenzen zu können.[188] Dies erstaunt umso mehr, als der prinzipielle Charakter des Konflikts wegen der damit praktisch aufgeworfenen Frage des Beamtenstreikrechts aufgrund zahlreicher amtlicher Stellungnahmen vorhersehbar und früher von der RG und ihren Fachverbänden auch erkannt worden war. Aus der Sicht des historisch Klügeren ist auch eine mangelhafte langfristige Strategie der RG festzustellen. Angesichts der Defizite der Reichsbahn und des im Zuge der Demobilisierung stark gestiegenen Personalbestandes[189] war unschwer zu erkennen, daß auf die Beschäftigten umfassende Rationalisierungsmaßnahmen zukommen mußten. Dagegen wäre ein Bündnis aller Eisenbahnergewerkschaften dringend notwendig gewesen, denn zwischen 1920 und 1928 wurden 389 177 Reichsbahnbeschäftigte entlassen.[190] Die Zahl der Beamten fiel um 21,5, die der Hilfsbeamten

185 Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 590 vom 22.12.1921; Deutsches Beamten-Archiv, Jg. 2 (1921/22), S.194.

186 Der freie Beamte. Mitteilungsblatt der Zentralstelle für Beamtenagitation, Jg. 3 (1922), S.43.

187 Die Reichsgewerkschaft. Organ der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter Jg. 4 (1922), Nr.8/9, S.30.

188 Darauf hat Clara Zetkin hingewiesen. Vgl. Clara Zetkin, Die Lehren des deutschen Eisenbahnerstreiks (Rede auf der Konferenz des erw. EKKI, Moskau 21.2.1922), in: Die kommunistische Internationale. Organ des EKKI, Jg. 3 (1922), Nr.20, S.1f.

189 Die Zahl der Bahnbeschäftigten stieg von 1913 bis 1919 von 782 731 auf 1 105 557 und fiel bis 1922 leicht auf 1 034 662 Beschäftigte. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jg. 37 (1916), S.33; Jg. 42 (1921/22), S.102; Jg. 45 (1926), S.97.

190 Karl Körbecher, Das Personal der Deutschen Reichsbahn. Veränderungen der Personalzahlen in der Zeit von 1920 bis 1928, in: Der Beamte, Jg. 2 (1930), H.3, S.316 und S.319.

um 47,7, und die der Arbeiter um 42,7 %.[191] Wenn auch die Entlassungswelle erst im nachhinein exakt quantifizierbar ist, so war sie doch auch 1922 schon ansatzweise erkennbar: Schon seit 1920 wurden Reichsbahnarbeiter entlassen, und in die Zeit unmittelbar vor dem 1922er Beamtenstreik fallen Pressemeldungen, wonach bis März 1922 20 000 Arbeiter abgebaut sein müßten.[192] Die notwendigen Schlüsse aus diesen Vorzeichen wurden von der 'Reichsgewerkschaft' vermutlich deswegen nicht gezogen, weil bis 1922 die Zahl der Reichsbahn*beamten* noch gestiegen war, und man auf die unkündbare Anstellung vertraute. Der Vorwurf der isolierten Aktion, der der RG von den übrigen Gewerkschaften entgegengehalten wurde,[193] wäre daher einerseits inhaltlich nicht unbegründet gewesen. Andererseits dienten aber die taktischen Fehler der RG den anderen Gewerkschaftsorganisationen nur dazu, den Streik aus formalen Gründen wegen Verstößen gegen die Grundsätze gewerkschaftlicher Disziplin abzulehnen.[194] Er wurde als singuläre Aktion einer "einzelne[n] undisziplinierte[n] Gruppe" verworfen, die sich gegen die Interessen der "gesamten Bevölkerung" und damit den Volksstaat selbst gerichtet hätte.[195] Durch solche Vorwürfe wurde die Eisenbahnerbewegung aus dem Raum sozialer Auseinandersetzung um ihre Interessen wieder hinauskomplimentiert[196] im Namen einer fragwürdigen Volksgemeinschaftsvorstellung. Dagegen konnte sie verwundert darauf verweisen, daß sie ja nie etwas anderes beabsichtigt hatte: "Wir wollen den Staat nicht zu Boden zwingen [. . .], wir wollen ihn vielmehr auf ein neues festes Postament heben, das auf dem Boden einer wahren Volksgemeinschaft steht."[197] Die sozialdemokratische Presse und die freien Gewerkschaften konnten, da sie in dieser Hinsicht ihre eigenen Leichen im Keller liegen hatten,[198] dem durch materielle Bedrängnis angeknacksten Etatismus der Beamten keine emanzipatorische Perspektive anbieten,[199] so daß nur der hilflose Verweis auf das Politiksurrogat des Wahlrituals blieb: "Haben sie [die Beamten] damals die einzige [!] Möglichkeit, die soziale und wirtschaftliche Gesetzgebung des Staates mit dem Stimmzettel zu beeinflussen, wahrgenommen?"[200]

191 A.a.O., S.320.

192 Germania. Zeitung für das deutsche Volk, Nr. 72 vom 29.1.1922. Die gleiche Zahl nennt Verkehrsminister Groener in einer Kabinettssitzung vom 23.1.1922. Akten der Reichskanzlei, Kabinette Wirth, a.a.O., S.527.

193 Siehe den Aufruf der gewerkschaftlichen Spitzenverbände ADGB, AfA, DGB, Gewerkschaftsring, vom 4. Februar 1922, in: Gemeinschaft, Jg. 5 (1922), H.6, S.66.

194 Diese Ablehnung steigerte sich zum Teil zu hysterischen Ausfällen: Der DGB sprach von "Narrenpolitik" und teilte moralische Schläge unter die Gürtellinie aus in seiner Behauptung, die RG lasse Kinder verhungern. Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 55 vom 2.2.1922. Der deutsche Metallarbeiter-Verband bezeichnete den Streik als reaktionären Putsch der "königstreuen Reichsgewerkschaft". Vgl. Metallarbeiter Zeitung. Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Nr. 7/8 (1922), S.80.

195 Vgl. Anm. 193.

196 Clara Zetkin, a.a.O., S.5.

197 Die Reichsgewerkschaft, Jg. 4 (1922), Nr.5, S.19.

198 Siehe dazu Willy Huhn, Etatismus – "Kriegssozialismus" – "Nationalsozialismus" in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie, in: Neue Kritik, Nr. 55/56 (1970), S.67-111; Manfred Faßler, Der Weg zum "roten" Obrigkeitsstaat. Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Feudalismus und bürgerlicher Gegenrevolution, Gießen 1977.

199 Hier wiederholte sich in einem Teilaspekt die Unfähigkeit der Sozialdemokratie, die bürgerlichen Mittelschichten für eine sozialistische Republik zu mobilisieren. Vgl. dazu Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1961, [15]1973, S.91, und die kursorischen Bemerkungen bei Eva Cornelia Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920-28, Frankfurt/M. und New York 1977, S.37. Die langfristigen Folgen, daß nämlich die Mittelschichten die Beute der faschistischen Massenbewegung werden, sind für das Beamtentum beschrieben in: Hans Mommsen, Beamtentum im dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966, S.14 und S. 26ff,und ders.,Staat und Bürokratie in der Ära Brüning, in: Gotthard Jasper (Hrsg.), Tradition und Reform in der deutschen Politik. Gedenkschrift für Waldemar Besson, Frankfurt/M., Berlin und Wien 1976, S.81-137.

200 Der freie Beamte, Jg. 3 (1922), S.42.

2.6. Die Auseinandersetzungen im DBB um den Eisenbahnerstreik

Der DBB als Spitzenorganisation, der die 'Reichsgewerkschaft' angehörte, lehnte es zwar ab, den verurteilenden Beschluß der drei gewerkschaftlichen Spitzenverbände mit zu unterzeichnen, machte aber, zerrissen von widerstreitenden Ansprüchen interner und externer Art, in seinem Verhalten zum Streik auch keine glückliche Figur. Organisationsintern stand der Erwartung der Reichsgewerkschaft nach Aufruf zum Solidaritätsstreik aller Beamten.die Drohung großer – aus manchen Anzeichen läßt sich schließen: süddeutscher[201] – Beamtenverbände im DBB gegenüber, im Streikfall den Beamtenbund zu sprengen.[202] Dazu kam der Druck der Reichsregierung, den DBB nur dann als vermittelnden Verhandlungspartner zu akzeptieren, wenn er seine öffentliche Mißbilligung des Streiks erklärte.[203] Diese, am 3.2. 1922 in der Presse veröffentlichte Erklärung kann der Leitung des DBB allerdings nicht sehr schwer gefallen sein, denn in einer außerordentlichen Bundesvorstandssitzung vom 30.1. 1922 war ein Streik mehrheitlich abgelehnt worden[204] und auch in einem Rundschreiben vom 8.2.1922 an die angeschlossenen Verbände bekräftigte der DBB, die Mißbilligung sei übereinstimmend mit der "Auffassung der überwiegenden Mehrheit des Bundesvorstandes" ausgesprochen worden.[205] Die gemäßigt-integrative Richtung um den Vorsitzenden Flügel ist in dem Satz charakterisiert: "Ich halte einen Beamtenstreik für möglich, aber jeder Beamtenstreik ist ein nationales Unglück."[206] Dem stand die von dem Sozialdemokraten Falkenberg verkörperte Vorstellung des technokratisch verrechtlichten Volksstaates gegenüber, in dessen durch Mitbestimmungsventile (Beamtenräte) und Schlichtungsinstanzen befriedeten Arbeitskampfbeziehungen Mittel wie Streiks anachronistische Gewalttätigkeiten darstellten.[207] Der gemeinsame Nenner beider Richtungen war die Ablehnung des Streiks; die Gründe hießen bei der einen "nationale", bei der andern "volksstaatliche". Wie diese Stellungnahmen zeigen, war sich das Leitungsgremium des DBB im Grunde mit der Reichsregierung[208] und den Spitzenverbänden der Gewerkschaften darin einig, daß der Beamtenstreik aus Gründen der Staatsräson zu unterbleiben habe. Ausgetragen wurden die Differenzen im DBB vor einem öffentlichen Forum im April 1922 auf dem dritten Bundestag.
Der Vorsitzende Flügel bekräftigte in einer programmatischen Rede die Politik des Bundesvorstandes und entwarf zugleich die Prinzipien künftiger Beamtenpolitik im DBB. Seine Ausführungen lassen an zahlreichen Stellen das Bemühen erkennen, die auseinanderstrebenden Flügel des DBB erneut zu integrieren:[209] So wird die Arbeitnehmerrolle des Beamten betont, aber als "Dienstverhältnis" modifiziert; so wird die Organisation nach gewerkschaftlichen Grundsätzen gefordert, aber ihre Kampfmittel abgelehnt; so wird der Existenzstreik gebilligt, der Lohnstreik verworfen usw.[210] Bei allen diesen Versuchen, für jede Fraktion ein Appetithäppchen bereitzuhalten, ist jedoch nicht zu übersehen, daß Flügel auf dem Hin-

201 Vgl. den Bericht über die Bundesvorstandssitzung vom 30. März 1922 in: Willy Schweitzer, Die Beamtenorganisationen in Deutschland und ihre Stellungnahme zu der Beamtenfrage, rechts- und staatswiss. Diss., Würzburg, gedruckt Freising 1928, S.98.
202 Vgl. diesbezügliche Äußerungen von Direktor Remmers auf dem 3. Bundestag des DBB, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 165, vom 7.4.1922.
203 Akten der Reichskanzlei, a.a.O., S.537 Fn.5.
204 Willy Schweitzer, a.a.O., S.95.
205 Gemeinschaft, Jg. 5 (1922), H.7, S.90.
206 So Flügel auf der Vorstandssitzung vom 20.2.1922, zitiert nach Willy Schweitzer, a.a.O., S.96.
207 Falkenberg auf derselben Sitzung, zitiert nach Willy Schweitzer, a.a.O., S.97.
208 Akten der Reichskanzlei, a.a.O., S.546 und S.554.
209 Vom Sprecher der Postbeamten wurde das Lavieren auch als "Ausweichrede" gerügt. Beamten-Korrespondenz, Jg. 6 (1922), Nr.5, S.1.
210 Abgedruckt in: Beamtenbund, Jg. 6 (1922), Nr.15, S.2f.

tergrund einer spezifischen Auffassung des Staates und der Rolle des Berufsbeamtentums in ihm argumentiert. Die folgenden Kernsätze können das veranschaulichen: "Jeder Beamtenstreik gefährdet die Staatsautorität und droht, deren jeweilige Träger zu stürzen. Was dann kommt ist dunkel, unter Umständen das politische Chaos. Ein Beamtenstreik ist besonders verhängnisvoll in einem demokratischen Staatswesen, denn er bedeutet die Auflehnung einer Minderheit gegen die Volksmehrheit und damit eine Verneinung der Staatsidee. (Hervorhebung von mir). Das Berufsbeamtentum muß unter allen Umständen erhalten bleiben. Wer sein lebenlang im Dienste des Staates steht, [. . .] hat ein besonderes Interesse am Bestande und am Wohlergehen des Staates. Er ist im besten Sinn staatserhaltendes und staatsförderndes Element."[211]

Vor diesem Raster verschiebt sich die Gewichtung der zitierten Zwar-Aber-Argumente Flügels: Die Offerten nach links müssen als taktische Finessen gesehen werden, während sich die relativierenden Zugeständnisse an das hergebrachte Beamtenbild als das erweisen, was sie tatsächlich sind: Kern der Argumentation. Den traditionell rechtsorientierten Verbänden des DBB fiel es nicht schwer, das zu erkennen, so daß sie sich vorbehaltlos mit dem Programm der Bundesleitung identifizieren konnten. Die Opposition um die Eisenbahnergewerkschaft tat sich dagegen z.T. schwer mit Flügels taktischen Kompromißangeboten. Das zeigt sich sowohl darin, daß verschiedene Oppositionsredner die programmatischen Ausführungen des Vorsitzenden grundsätzlich akzeptierten,[212] lediglich deren reaktionäre Interpretation verwarfen, als auch in der oft blassen, wenig alternative politische Perspektiven aufzeigenden Argumentation. Die wesentliche Kritik an Flügel kam aus den Reihen der Betriebsbeamten. So hielt ein Delegierter der Postbeamten dem etatistischen Modell Flügels entgegen: "Warum der Lohnstreik abgelehnt werden solle, begreife er nicht; wenn man ihn den Staatsarbeitern zubillige, dann müsse man ihn auch den Beamten zugestehen, die Verantwortung der Staatsarbeiter gegenüber dem Staatsganzen sei ebenso groß wie die der Beamten, der Diensteid habe damit gar nichts zu tun."[213]
Menne, der Vorsitzende der RG, entwickelte erste Gesichtspunkte für eine neue Beamtengewerkschaftspolitik. Die bisherige Nur-Besoldungspolitik des DBB, die zudem hauptsächlich den oberen Besoldungsgruppen zugute gekommen sei, müsse durch ein Wirtschaftskonzept ergänzt werden.[214] Die Auseinandersetzung spitzte sich schließlich auf eine Personalfrage zu, da Menne den Rücktritt der Bundesleitung gefordert hatte. Die Mehrheitsverhältnisse bei der Wahl des Vorsitzenden können daher darüber Aufschluß geben, wieviele Delegierte den konträren Positionen anhingen. Flügel wurde mit 62,2 % der Stimmen wiedergewählt, bei 33,3 % Gegenstimmen und 4,5 % Enthaltungen.[215] M.a.W., ziemlich genau ein Drittel der organisierten Beamten war durch unterschiedlichste Faktoren zu der Einsicht gedrängt worden, daß gewerkschaftliche Beamtenpolitik anders aussehen mußte als sie im DBB betrieben wurde. Diese Minderheit erklärte sich zunächst bereit, "an der Klärung der Lage im Deutschen Beamtenbund weiter mitzuarbeiten."[216] Dennoch kam es im Juni 1922 zur Spaltung des DBB und zur Neugründung des ADB, der sich im Laufe des Jahres 1923 mit AfA und ADGB in einem Kartellvertrag zusammenfand.

211 Ebd.
212 Klein und Warstein von der RG, Bente vom Justizbeamtenbund. Beamten-Korrespondenz, Jg. 6 (1922), Nr.4, S.2 und S.4, Nr.5, S.2 und S.3.
213 A.a.O., Nr.5, S.1.
214 A.a.O., S.2.
215 Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 167 vom 8.4.1922.
216 Menne für die RG, Postgewerkschaft und Justizbeamtenbund, nach a.a.O., Nr. 168 vom 9.4.1922.

Die politischen und gewerkschaftlichen Auffassungen, die sich damit organisatorisch trennten, waren in wichtigen Fragen unvereinbar, das haben die bisherigen Darlegungen gezeigt. Die folgende Kritik eines Vorstandsmitglieds der RG trifft den zentralen Punkt: "Da der Deutsche Beamtenbund eine Gewerkschaft überhaupt nicht ist und nicht sein will, wird er auch niemals in die Lage versetzt sein, mit gewerkschaftlichen Mitteln zu arbeiten. Er will nichts weiter sein, als eine Vereinigung der früheren Harmonieverbände..."[217] (Hervorhebung von mir). Flügel selbst bestätigte in einer internen Vorstandssitzung diese Auffassung, indem er die Grundgedanken seiner Bundestagsrede als Erbe der alten Vorkriegsbeamtenverbände bezeichnete.[218] Trotz dieser starken Gegensätze muß die Frage gestellt werden, ob die Spaltung eine politische Konsequenz oder nur eine organisatorische Scheinlösung darstellte. Unter dem Gesichtspunkt des späteren Verlaufs war die Gründung des ADB jedenfalls eher ein Mißerfolg: Seine Mitgliederzahl von anfangs 380 000 sank innerhalb von zwei Jahren auf 200 000 und blieb am Ende der Republik sogar darunter. So trat die "Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer" 1924 wieder aus, und die wichtige Reichspostgewerkschaft verließ 1922 zwar den DBB, kehrte aber ein Jahr später wieder zu ihm zurück. Der DBB dagegen überwand den anfänglichen Mitgliederschwund von 373 000 schnell und überschritt 1926, nach der Vereinigung mit dem (christlichen) "Gesamtverband deutscher Beamtengewerkschaften", wieder die Millionengrenze.[219] Auch eine ganze Reihe von Sozialdemokraten, die nach ihrer parteipolitischen Einstellung eher im an die freien Gewerkschaften angelehnten ADB zu vermuten gewesen wären, verblieb im DBB. Ganz offensichtlich gelang es dem ADB nicht, sich als Alternative in den Köpfen breiter Beamtenschichten zu verankern. Das liegt neben der Tatsache, daß die zum Scheidewasser hochstilisierte Streikfrage in der Weimarer Republik keine Rolle mehr spielte, daran, daß auch in den ADB die ganze widersprüchliche Tradition der deutschen Beamtenbewegung einging, so daß er vielfach prinzipielle Unterschiede zum DBB nicht erkennen ließ. So stehen im ersten öffentlichen Aufruf des ADB die vorwärtstreibende Einsicht, daß die Beamtenfrage Teil der sozialen (Arbeitnehmer)Frage sei, und etatistische Ideologien friedlich nebeneinander.[220] So schrieb auch Falkenberg noch zur Zeit der ADB-Gründung: "Aufgabe der [. . .] Gewerkschaftsleitung wird es daher sein müssen, mit der Klärung des Gewerkschaftsbegriffes das Gewerkschaftsprogramm von revolutionären Schlacken zu reinigen." Und propagierte im gleichen Atemzuge die "Erkenntnis", "daß auch das neue Beamtenrecht nicht zu einer Minderung des autoritativen Ansehens der Beamtenstellung führen darf, sondern eine Stärkung der Beamten als Träger des Staatsgedankens bedeuten muß, wenn das Berufsbeamtentum weiterhin 'Rückgrat des Staates' sein soll."[221]
Ähnlich staatsorientierte Auffassungen finden sich in großer Zahl bei der RG, der Kerntruppe des neuen Beamtenbundes. Man muß sicherlich einräumen, daß die an freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie angelehnte Staatsauffassung des ADB sich von der des größten Teils des DBB unterschied. Jene bezog sich positiv auf den Staat als institutionellen Garanten verrechtlichter Sozialbeziehungen (Tarifvertragswesen etc.) und Instrument zur Her-

217 Der freie Beamte, Jg. 3 (1922), S.241.
218 Beamten-Korrespondenz, Jg. 6 (1922), Nr.9, S.3.
219 Deutscher Beamtenbund. Ursprung – Weg – Ziel. Zur 50. Wiederkehr des Gründungstages am 4. Dezember 1918. Hrsg. von der Bundesleitung des DBB, Bad Godesberg o. J., S. II/52 und Jahrbuch der Berufsverbände im Deutschen Reich, Ausgabe 1930 (= 52.Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt), S.33.
220 Deutsche Beamtenzeitung, Jg. 1 (1922), Nr.1, S.1.
221 Albert Falkenberg, Die Entwicklung der deutschen Beamtenbewegung, in: Soziale Praxis, Jg. 31 (1922), Nr. 25, Sp. 675 und Sp. 678.

stellung des angestrebten "sittlichen Gemeinwesens der Arbeit;"[222] diese dagegen beinhaltete keinen instrumentellen sozialpolitischen Sinn, sondern bejahte im Staat als ordnungspolitischem Institut eindeutig die repressiven Funktionen.[223] Das sind indessen Unterschiede, die nur bei genauerer Analyse sichtbar werden, Vordergründig waren alte u n d neue Beamtengewerkschaft staatsbezogen und insofern keine Alternativen. Dazu kommt, daß die prinzipiellen Differenzen zwischen beiden Organisationen, die in erster Linie die Ausgestaltung des Beamtenrechts betrafen,[224] sich schon deswegen als irrelevant erwiesen, weil es weder dem eher ständischen DBB, noch dem eher gewerkschaftlichen ADB während der Weimarer Republik gelang, ein beamtenpolitisches Projekt zu realisieren; sowohl die Mitbestimmungsregelung des Beamtenrätegesetzes, als auch ein neues Beamtengesetz blieben im Dschungel gesetzgeberischer Kompetenzstreitigkeiten stecken.[225] Insgesamt muß daher die organisatorische Trennung gerade der bewußtesten Teile der Beamtengewerkschaftsbewegung vom DBB als Irrweg angesehen werden. Die Alternative hätte darin bestanden, im DBB den linken Flügel zu stärken und den Versuch zu machen, der gesamten Organisation eine andere Richtung zu geben.

3. Schluß

Eine zusammenfassende Einschätzung der Entwicklung gewerkschaftlichen Bewußtseins und gewerkschaftlicher Organisation der Beamten in der ersten Phase der Weimarer Republik ergibt: Bei oberflächlicher und verbaler Anlehnung an überlieferte Formen der Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter behielt die Beamtenbewegung ein Janusgesicht; soziale und materielle Antriebe, die einen Teil des unteren Beamtentums zu gewerkschaftlicher Betätigung im Bündnis mit den Arbeitern drängten, bildeten einen unaufgelösten, letzten Endes nur in einer organisatorischen Scheinlösung vermittelten Widerspruch zu Formen ständischer Verbandspolitik, die, in der Tradition des kaiserlichen Obrigkeitsstaates die Bewahrung des überlieferten Berufsbeamtentums und seiner institutionellen und politischen Absicherung zum Inhalt hatten. Dabei muß man davon ausgehen, daß die im ADB repräsentierten Bewußtseins- und Aktionsformen in ihrer Annäherung an die Mehrheit der Arbeitergewerkschaften unter den gegebenen sozialen Bedingungen das erreichbare Optimum der Beamtenbewegung verkörperten; alle darüber hinausgehenden Erwartungen wären Phantasmagorien ohne reale historische Grundlage.[226]

In der revolutionären Umbruchsituation des Jahres 1918 verschmolz der Etatismus der sozialdemokratischen Führung, die lieber ein Bündnis mit den alten Gewalten des Militärs und der Bürokratie einging anstatt auf ihre radikalisierten Mitgliedermassen zu bauen, mit dem

222 Karl Zwing, Soziologie der Gewerkschaftsbewegung. Erster Teil: Gewerkschaften und Wirtschaft, Jena 1925, S.144. Vgl. zu dieser Staatstheorie auch Hans Ulrich: Die Einschätzung von kapitalistischer Entwicklung und Rolle des Staates durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, in: PROKLA, Nr. 6 (1973), S.1-70, bes. S.20ff.

223 Z.B. Grundsätzliche Anmerkungen zum Eisenbahnerstreik, in: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung, Jg. 51 (1922), Nr. 8, S.81f., und H. Kühn, Zum Ausscheiden der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten aus dem DBB, in: Deutscher Beamtenbund. Ursprung . . ., a.a.O., S. II/64ff.

224 Albert Falkenberg, Artikel : Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, 2 Bde. Berlin 1931/32, Bd.1, S.19.

225 Gabriele Hoffmann, Sozialdemokratie und Berufsbeamtentum. Zur Frage nach Wandel und Kontinuität im Verhältnis der Sozialdemokratie zum Berufsbeamtentum in der Weimarer Zeit, phil. Diss., Hamburg 1972, S.138ff.

226 "In dem Tätigkeitsbericht eines größeren Provinzkartells des Deutschen Beamtenbundes aus dem Jahre 1925 wird festgestellt, daß in Vorstandsämtern der DNVP 52, DVP 71, DDP 63, SPD 28, Z 6, Deutschvölk. P. 5, Deutschsoz. P. 5, Nationalsozialen P. 2 Mitglieder tätig sind." Albert Falkenberg, Zwischen den Fronten, in: Der Beamte, Jg. 2 (1930), H.3, S.195. Diese Angaben werfen ein Schlaglicht auf das Überwiegen rechter politischer Einstellungen im Beamtentum.

Etatismus des Beamtentums zu einem gemeinsamen Interesse. Gemeinwirtschaftskonzepte, Volksstaatsideologien und andere auf den Staat als Reforminstanz bezogene Transformationsstrategeme der Sozialdemokratie[227] bildeten für die fortgeschrittensten Teile der Beamtenbewegung die Möglichkeit, sich unter zeitgemäßer Umformung ihres etatistischen Erbes der Sozialdemokratie zu öffnen.[228] So entstand die Antinomie, daß sich für die Beamtenbewegung in der punktuellen Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung die Möglichkeit sozialer Lernprozesse auftat, während die gemeinsame theoretische Fixierung auf den Staat traditionelle Rollenvorstellungen des Beamtentums bestärkte.

227 Manfred Faßler, Gemeinschaft oder Herrschaft? Zerfallsgeschichte einer Utopie herrschaftsfreier Gesellschaft, Gießen 1979, S.239ff.

228 Dieser Prozeß läßt sich beispielhaft an der Entwicklung Albert Falkenbergs verfolgen. Sowohl die Tatsache, daß er, der vor dem Krieg dem Fortschrittsliberalismus nahestand, 1918 in die SPD eintrat, als auch seine ausgedehnte schriftstellerische Tätigkeit liefern dafür die Belege.

DER DEUTSCHSPRACHIGE BEREICH AN DEN KADERSCHULEN DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Von Beatrix Herlemann

In den zwanziger und dreißiger Jahren besuchten Hunderte von deutschen Kommunisten die in der Sowjetunion gelegenen Ausbildungsstätten der Komintern, um hier das Rüstzeug für die erfolgreiche Führung einer revolutionären Bewegung zu erwerben. Gerade auf der deutschen Sektion hatten die anfänglichen Hoffnungen der russischen Revolutionäre auf Fortsetzung der in ihrem Lande begonnenen gesellschaftlichen Umwälzung geruht. Auch als der Funke der vielfach prophezeiten Weltrevolution nicht auf Deutschland übersprang und mit Fortschreiten der zwanziger Jahre fürs erste zu erlöschen drohte, blieb die deutsche Partei nach der KPdSU die wichtigste Größe in der kommunistischen Weltorganisation. Ihre Schüler-Delegierten stellten meist das stärkste Kontingent an den internationalen Kaderschulen in der Sowjetunion. Das Exekutivkomitee war bald nach Gründung der KI daran gegangen, Pläne für die Ausbildung der Kader ihrer Sektionen zu entwickeln. 1921 begann die erste Schule mit einem deutschsprachigen Bereich, die Kommunistische Universität der nationalen Minderheiten des Westens – kurz KUNMZ genannt – mit dem Unterricht. Sie förderte sowohl Deutsche, Polen, Weißrussen und andere osteuropäische 'nationale Minderheiten', die in der Sowjetunion lebten, als auch Deutsche und Osteuropäer, die nach Schulabgang wieder in ihre Heimatländer zurückkehrten.[1]

Als die Komintern auf dem V. Weltkongreß 1924 vom Traum der Weltrevolution vorerst Abschied nahm, da eine zumindest zeitweise Stabilisierung des Kapitalismus unverkennbar war, hatte dies den Kurs auf strikte Bolschewisierung der kommunistischen Parteien zur Folge.

1 Bol'šaja sovetskaja enciklopedija, 2. Ausg., 51 Bde, Moskau 1949-1958, Bd. 22, S.257f.; a.a.O., 3. Ausg., 30 Bde, Moskau 1970-1981, Bd. 12, S.575; 1921 wurde eine gleichartige Schule, die Kommunistische Universität der Arbeiter des Ostens (KUTW) für die östlichen und südöstlichen Völker der SU wie für die Kommunisten Afrikas und Asiens geschaffen. 1925 folgte die Gründung der Sun Yat Sen-Universität für Japaner, Chinesen, Koreaner usw.

Diesem Ziel diente ebenfalls eine neu konzipierte Ausbildungsstätte, die Internationale Lenin-Schule. Sie sollte nach dem Willen ihrer Planer "die größte marxistische Erziehungsinstitution für befähigte Parteiarbeiter" werden, "eine Stätte, in der die fortgeschrittensten Unterrichtskurse abgehalten werden können".[2] Nach einer längeren Vorbereitungsperiode begann der erste Kurs im Mai 1926. Die Schule stand den meist schon erfahreneren Aktivisten aller Ländersektionen offen. Nach dem Muster der Lenin-Schule wurde 1929 eine gleiche Einrichtung bei der Kommunistischen Jugend-Internationale geschaffen. Nach zwei eigenständig durchgeführten Lehrgängen auf einem Gut bei Moskau wurde die Ausbildung der internationalen Nachwuchsfunktionäre jedoch der Lenin-Schule angegliedert, wo sie in Form gesonderter Jugend-Zirkel fortlebte.[3]

Der VI. Weltkongreß 1928 leitete eine wachsende Radikalisierung der kommunistischen Parteien ein, die mit einer zunehmenden Verhärtung der politischen Fronten im Rahmen der beginnenden Weltwirtschaftskrise korrespondierte. Die Anzeichen für eine entscheidende Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System mehrten sich. Um auf das 'letzte Gefecht' angemessen vorzubereiten, wurde 1930 auch eine Militärpolitische Schule (MP-Schule) in der Nähe Moskaus eingerichtet. Im Vordergrund der hier abgehaltenen Halbjahreskurse standen militärstrategische Themen und Übungen. Die genannten Schulen existierten bis ca. 1936/37. Sie wurden während der großen Stalinschen Säuberungen aufgelöst. In einer Zeit äußerster Abkapselung gegen das Ausland war für diese internationalen Einrichtungen in der Sowjetunion kein Platz mehr.

Die Materialsammlung zu der hier zu behandelnden Thematik gestaltete sich außerordentlich schwierig, da die Geheimhaltungsorder, die den Teilnehmern vor allem auf der Lenin-Schule und der MP-Schule nachdrücklich auferlegt wurde,[4] bis auf den heutigen Tag nachwirkt. Zahlreiche Anfragen in dieser Sache blieben unbeantwortet. Die strikte Verwendung der Decknamen erschwerte – das war ja auch der Sinn der Sache – der Polizei bei späteren Verhaftungen eine Identifizierung. Die Gestapo, auf deren Verhörprotokolle in kritischer Auswertung sich diese Arbeit teilweise stützt, gab sich stets große Mühe, durch Vorlage von Fotos, Gegenüberstellungen usw. einzelne Absolventen namhaft zu machen. Trotz ausgefeilter Auswertungstechniken und vor allem barbarischer Vernehmungspraktiken ist es einigen Inhaftierten gelungen, ihren Schulbesuch zu verschleiern. Besonders in den ersten Jahren der Verfolgung gelang es vielfach, glauben zu machen, der bekanntgewordene Aufenthalt in der Sowjetunion habe lediglich einer Arbeitsaufnahme gegolten. Erst in den letzten zehn Jahren haben in der DDR erschienene autobiographische Berichte von Karl Mewis, Gottfried Grünberg, Elli Schmidt und Heinz Hoffmann[5] das nun wohl nicht mehr geltende Tabu der Information über diesen Gegenstand durchbrochen. Dies gilt jedoch nicht für die MP-Schule, de-

2 J.T. Murphy, Das erste Jahr der Lenin-Schule und ihre Perspektiven, in: Die Kommunistische Internationale, Jg. 8 (1927), H.37, S.1804.

3 B. Gusev, Leninskij komsomel v bor'be za ukreplenie, in: Pozyvnye istorii, 3 Bde, Moskau 1973, Bd.3, S.74f.; Participant Essays. Conference on cadre training. Hrsg. vom Institute of International Studies, University of South Carolina (künftig zitiert: Participant Essays), South Carolina 1969, Beitrag Joop Zwart.

4 Der in Anm. 2 genannte Artikel bildet eine absolute Ausnahme, ansonsten finden sich m.W. keinerlei Berichte oder auch nur Hinweise auf die Existenz dieser Schulen in der zeitgenössischen kommunistischen Presse.

5 Karl Mewis, Im Auftrag der Partei, Berlin 1972, S.11ff; Gottfried Grünberg, Kumpel, Kämpfer, Kommunist, Berlin 1977, S.132ff; Elli Schmidt, Den Tag des Sieges erlebte ich in Moskau, in: Im Zeichen des roten Sterns. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1974, S.205ff; Heinz Hoffmann, Mannheim, Madrid, Moskau. Erlebtes aus drei Jahrzehnten, Berlin 1981, S.271ff; siehe auch Lya Rothe und Erich Woitinas, Hermann Matern. Aus seinem Leben und Wirken, Berlin 1981, S.33ff.

ren Existenz so gut wie nie erwähnt wird.[6] In biographischen Sammlungen und Lexika bedient man sich in diesen Fällen meist umschreibender Wendungen oder siedelt Militärschüler in der Lenin-Schule an, was u.U. auch auf die irreführenden polizeilichen Angaben der Betroffenen zurückzuführen ist. Manch einer versuchte so, die in den Augen der Strafjustiz des Dritten Reiches besonders schwerwiegende Belastung eines MP-Schulbesuches für sich etwas zu mindern. Heute ist es bei einer Reihe von Personen, die ab 1933 in der Sowjetunion ausgebildet wurden, kaum mehr möglich, sie exakt der Leninschule oder der MP-Schule zuzuordnen. Bei der gerade für die MP-Schule mangelhaften Quellenlage ist der Bericht des ehemaligen Apparatmannes Franz Feuchtwanger mit den Passagen über seinen Schulbesuch von besonderem Wert.[7] Da sich ohnehin auf absehbare Zeit kein westlicher Historiker Hoffnungen machen kann, die einschlägigen Archivalien der Komintern in Moskau und die der KPD in Ost-Berlin zu Gesicht zu bekommen, stellen die Erinnerungen von Zeitzeugen eine ganz wesentliche Quelle dar.[8]

Die Kommunistische Universität der nationalen Minderheiten des Westens (KUNMZ)

Diese Ausbildungsstätte wurde 1921 von dem polnischen Sozialisten Julian Marchlewski gegründet.[9] Marchlewski, dessen Name die Schule trug, trat jedoch als Direktor wenig in Erscheinung, überließ vielmehr die praktische Schulführung der Polin Maria Frumkina, die aus der vorrevolutionären Vereinigung der jüdischen sozialistischen Arbeiter Litauens, Polens und Rußlands, kurz "Bund" genannt, stammte. Sie wurde nach Marchlewskis Tod 1925 offiziell zur Schulleiterin ernannt und blieb es bis zur Auflösung der Schule im Jahre 1936. Stellvertretender Direktor wurde der Pole Malecki.[10] Die Lehrerschaft der deutschen Sektion setzte sich in den zwanziger Jahren vornehmlich aus Ungarn und Deutsch-Russen zusammen, die z.T. eine führende Rolle während der kurzen Zeit der Räterepubliken gespielt hatten. So unterrichtete der ehemalige ungarische Volkskommissar für Wirtschaft Bereny das Fach Wirtschaftsgeographie und der in Bayern nur knapp dem Tode entronnene Max Levien russische Geschichte. Die Dozenten waren in der Anfangszeit nicht fest angestellt, sondern an der Schule nur nebenberuflich tätig, wie etwa der Direktor der Moskauer Staatsbank, der in die Polit-Ökonomie und sowjetische Wirtschaft einführte.[11] Mitglieder des ZK der KPD, Mitarbeiter der Komintern und ab 1933 auch Aktive aus dem deutschen Untergrund hielten Einzelvortäge zu aktuellen Problemen. In den dreißiger Jahren rekrutierte sich dann die Lehrerschaft wie das Organisationspersonal zunehmend aus deutschen Emigranten, unter ihnen der Sektionsleiter Theodor Beutling und das Ehepaar Franz und Martha Stange.[12] Die Gesamtzahl der Studenten schwankte, scheint sich aber stets zwischen 600

6 Die m.W. einzige Nennung findet sich bei Paul Heider, Antifaschistischer Kampf und revolutionäre Militärpolitik, Berlin 1976, S.225.

7 Franz Feuchtwanger, Der militärpolitische Apparat der KPD in den Jahren 1928-1935. Erinnerungen, in: IWK, Jg. 17 (1981), H.4, S.485ff,und neuerdings in den Lebensläufen von Hermann Dünow und Josef Zettler, in: Autorenkollektiv Paul Heider u.a., Für ein sozialistisches Vaterland. Lebensbilder deutscher Kommunisten und Aktivisten der ersten Stunde, Berlin 1981, S.50 und S.236.

8 Hierzu gehören auch die Referate einiger Teilnehmer der im September 1969 veranstalteten Konferenz über Kader-Schulung. Vgl. Anm.3, Participant Essays.

9 Laut Alfred Burmeister (i.e. Wanda Bronska-Pampuch), Dissolution and aftermath of the Comintern. Experiences and observations 1937-1947, New York 1955, S.4, soll die KUNMZ auf Wunsch Lenins gegründet worden sein. Dafür fand sich jedoch kein Beleg.

10 Participant Essays, Beitrag Wanda Bronska-Pampuch; zur Biographie Maria Frumkinas siehe Branko Lazitch und Milorad M. Drachkovitch, Biographical Dictionary of the Comintern, Stanford 1973, S.109f.

11 Participant Essays, Beitrag Paul Thalmann.

12 Zum Lebenslauf Theodor Beutlings siehe Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd.1, Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte,

und 800 bewegt zu haben; ca. ein Drittel waren Frauen. Die Deutschen machten ein Drittel aus. Nach 1933 sollen es sogar über 250 von insgesamt 600 Studenten gewesen sein.[13] Die Schüler waren im Unterricht nach Sprachgruppen unterteilt in einen deutschen, einen polnischen, einen jüdischen (der später entfiel), einen rumänischen, einen jugoslawischen und einen tschechischen Sektor. Zeitweise lernten Vertreter von 14 Nationen an der KUNMZ. Hauptziel der Schule war es, zuverlässige Parteiarbeiter und gute Parteijournalisten auszubilden, die auf unterer und mittlerer Ebene Verwendung finden sollten.

In der Anfangsphase entstammten ca. 90 % der deutschsprachigen Schüler deutschen Kolonistenfamilien des Wolgagebietes, der Ukraine, Weißrußlands und Sibiriens. Gegen Ende der zwanziger Jahre kamen mehr und mehr Arbeiter aus Deutschland hinzu, die sich – der Arbeitslosigkeit entrinnend – als Spezialisten für den Aufbau in der Sowjetunion hatten anwerben lassen. Zuvor hatten sie bereits einige Zeit im Kohlerevier am Don, in Moskauer Maschinenfabriken und anderswo gearbeitet und waren von den zuständigen Parteisekretären für die politische Weiterbildung in Vorschlag gebracht worden. Die Bezeichnung "Universität" ist einigermaßen irreführend, da ein Großteil der Schüler zumindest in den ersten Jahren erst einmal ein schulisches Grundwissen erwerben mußte. Es gab zu dieser Zeit einen nicht geringen Prozentsatz von Analphabeten, so daß das Studium in der Frühzeit in einen zweijährigen Grundkurs und einen dreijährigen Hauptkurs unterteilt wurde. Die zu dieser Zeit aus dem deutschsprachigen Ausland angereisten Studenten übersprangen nach einer Eingangsprüfung den Grundteil und begannen sofort mit dem Stoff der fortgeschrittenen Semester. Bekannt gewordene deutsche Teilnehmer der Jahrgänge 1923/24 wie Hans Kippenberger, Hermann Schubert und Walter Ulbricht,[14] die schon kurz danach in Führungspositionen der KPD aufstiegen, blieben nicht länger als ein halbes Jahr auf der KUNMZ. Der Zeitpunkt legt allerdings die Vermutung nahe, daß die Genannten, die gerade in Deutschland verfolgt wurden, mit dem Schulbesuch in der SU nur vorübergehend aus der Gefahrenzone gezogen werden sollten. Ewald Munschke, Schüler eines Lehrgangs während der dreißiger Jahre, berichtet im Gegensatz zu dem niedrigen Niveau der Anfangsjahre von einem neunmonatigen Vorbereitungslehrgang zum Studium, dessen Abschlußprüfung er mit dem Abitur verglich.[15]

Hauptstudiengebiete der höheren Semester waren die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, die russische Geschichte und die Geschichte der sozialistischen Bewegung, Polit-Ökonomie, dialektischer und historischer Materialismus. Daneben wurden die Kenntnisse in einigen Naturwissenschaften erweitert und last but not least die russische Sprache erlernt.

München,und von der Research Foundation for Jewish Immigration, Inc., New York. Leitung und Bearbeitung Werner Röder, München und Herbert Strauß, New York (künftig zitiert: Biographisches Handbuch), München, New York, London und Paris 1980, S.61; Franz und Martha Stange trugen auf der KUNMZ den Decknamen "Stamm". Er wurde 1903 in Berlin geboren, war 1932 führend im Ressort Betriebsspionage, Bezirk Wasserkante,tätig und wurde dort im Mai 1933 verhaftet. 1934 emigrierte er in die SU. Er war an der KUNMZ Lektor für Geschichte der KPdSU und ging nach Auflösung der Schule 1936 als Lektor an die Lenin-Schule. Sein weiterer Verbleib ist unbekannt. Sie wurde 1898 in Treptow geboren, Beruf Turnlehrerin. Sie war Lektorin für deutsche Sprache an der KUNMZ und nach deren Auflösung in einem Moskauer Verlag tätig, weiterer Verbleib unbekannt. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (künftig zitiert: HSTA Düsseldorf), 10221 und 43274, Berlin Document Center (künftig zitiert: BDC) D 25. Abweichende Angaben zu Franz Stange bei Hermann Weber, Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933, Düsseldorf 1981, S.704.

13 Participant Essays, Beitrag Paul Thalmann; Alfred Burmeister, a.a.O., S.6.

14 Zu Hans Kippenberger vgl. Biographisches Handbuch, S.363f.; siehe zu Hermann Schubert und Walter Ulbricht Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde, Frankfurt/M. 1969, Bd.2, S.291f. und S.326.

15 Hasso Grabner und Heinz Mildner, Der Weg nach Hause, Berlin 1963, S.37.

Dazu hatten die Kursanten auch während ihrer Arbeitseinsätze ausreichend Gelegenheit. Um sie davor zu bewahren, die Verbindung zu den Arbeitern während ihrer Studienzeit zu verlieren, hatten sie während der Ferienmonate in verschiedenen Moskauer Betrieben politisch zu arbeiten und mit Beginn der Kollektivierung Parteiarbeit auf dem Lande zu leisten.[16] Gegen Ende der zwanziger Jahre kam noch eine gründliche militärische Ausbildung im Rahmen der Osoaviachim, einer paramilitärischen Massenorganisation,hinzu.[17] Neben der politischen Arbeit beteiligten sich die Schüler auch an den Leninschen Subotniks (Arbeitssonntage), legten dabei wie die Moskauer Hand an beim Bau der Metro und halfen mit, ihr neues Schulgebäude, in das sie aus einer ehemaligen höheren Töchterschule 1933 überwechselten, zu errichten.

Ab 1933 wurden im deutschsprachigen Bereich mit Blick auf die veränderten Verhältnisse in Deutschland zusätzliche Kurse von kürzerer Dauer (14 Monate und zwei Jahre) eingerichtet, die je nach Vorbildung in drei Abteilungen gegliedert waren für die Schüler niederen, mittleren und höheren Bildungsgrades.[18] Dabei wurde eine gewisse Geheimhaltung gewahrt: Jeder Schüler erhielt einen Decknamen, doch insgesamt wurde die Konspiration hier wesentlich laxer gehandhabt als an den zwei anderen deutschsprachigen Kaderschulen. Auch der Unterrichtsstoff wurde nicht auf die spezielle Untergrundarbeit in der Heimat zugeschnitten, er enthielt vielmehr in gedrängter Form das übliche Lehrprogramm. Wohl konnte man sich in der Bibliothek anhand des ausliegenden "Völkischen Beobachters" und einiger nationalsozialistischer Standardwerke wie Hitlers "Mein Kampf" und Rosenbergs "Mythos des 20. Jahrhunderts" über Geist und Absichten der Machthaber in Deutschland unterrichten,[19] doch dazu fehlte meist die Zeit und auch die nötige Anleitung.

Die aus der ersten Phase illegaler Arbeit an die KUNMZ Delegierten, von denen Anton Blatschek, Willi Klose, Willi Kaiser und Ewald Munschke aus Berlin, Robert Dassau und Rudolf Stender aus Hamburg, Gerhard Steinig aus Magdeburg, Paul Wolf aus Westdeutschland[20] ermit-

16 Participant Essays, Beiträge Wanda Bronska-Pampuch und Paul Thalmann; HSTA Düsseldorf, 10221.

17 Zu Entstehung und Charakter der Osoaviachim siehe Edward Carr, Socialism in one country 1924-1926, 2 Bde, London 1959, Bd.2, S.419f.

18 Participant Essays, Beitrag Wanda Bronska-Pampuch.

19 Ebda.

20 Anton Blatschek, geb. 1901, Rohrleger, seit 1931 KPD-Mitglied und Leiter einer kommunistischen Häuserschutzstaffel in Berlin, reiste auf Beschluß der Partei im Juni 1933 zum Studium in die SU. Nach Besuch der KUNMZ Juli 1935 als politischer Instrukteur in den Donbass geschickt, 1936 abgesetzt wegen angeblicher Weigerung, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen. 1937 in Moskau verhaftet und nach späterer Ausweisung (oder Ausreise?) 1940 in Deutschland zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Weiterer Verbleib unbekannt. BDC B 331. – Willi Klose, geb. 1902, Maschinenschlosser, seit 1923 KPD-Mitglied, in Berlin und Wien für die OMS (Komintern-Apparat für internationale Verbindungen) tätig, emigrierte im Juni 1933 in die SU. Nach dem Besuch der KUNMZ angeblich ohne Arbeit, wurde er im Januar 1938 in Moskau verhaftet und im März 1939 wieder entlassen. Er reiste im Oktober 1939 offiziell nach Deutschland zurück, wo er im November 1940 zu 2 Jahren, sechs Monaten Zuchthaus verurteilt wurde. Weiterer Verbleib unbekannt. BDC K 273. – Willi Kaiser, geb. 1906, Arbeiter, seit 1928 Mitglied der KPD, Zellenleiter in Berlin-Charlottenburg. Mai 1933 Emigration nach Prag, Sommer 1934 bis Herbst 1935 Besuch der KUNMZ. Nach kurzer Tätigkeit als politischer Instrukteur im Wolgagebiet schließlich im Oktober 1936 via Spanien nach Paris geschickt. Da er nur einen Arm hatte, kam er nicht zum Einsatz, leistete Emigrantenarbeit bis 1939. Nach der Internierung meldete er sich 1941 zur Rückkehr nach Deutschland, wo er zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Weiterer Verbleib unbekannt. BDC K 28. – Zu Ewald Munschke siehe Biographisches Handbuch, S.518 – Robert Dassau, geb. 1903, Arbeiter, Mitglied der KPD seit 1926. Seit 1931 im Ressort Betriebsberichterstattung des Militär-Apparats der KPD in Hamburg tätig. Februar 1934 Emigration und Besuch der KUNMZ bis Mai 1936. Ende 1936 bis zur Internierung Juli 1940 Mitarbeiter der Abschnittsleitung Nord der KPD in Kopenhagen. 1942 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, weiterer Verbleib unbekannt. BDC D 25 und HSTA Düsseldorf, 10221. – Rudolf Stender, geb. 1899, ebenfalls im Hamburger Militär-Apparat tätig, Besuch der

telt werden konnten, waren bestrebt, nach Schluß der Kurse erneut in Deutschland zum Einsatz zu gelangen. Doch zu dieser gefahrvollen Verwendung bestimmte die Kaderabteilung der deutschen Komintern-Sektion nur einen ganz geringen Prozentsatz der Absolventen. Den Erinnerungen Wanda Bronska-Pampuchs zufolge waren es zwischen 1933 und 1936 allerhöchstens zehn Personen.[21] Zwei bekannt gewordene Schicksale nahmen einen unterschiedlichen Verlauf. Peter Kasper, Bergarbeiter aus Südwestdeutschland und Richard Wissussek, Facharbeiter aus Berlin, waren bereits Anfang der dreißiger Jahre als Spezialisten in die Sowjetunion gekommen und hatten so die Möglichkeit, auch wieder legal nach Deutschland zurückzukehren mit der plausiblen Erklärung, ihr Arbeitsverhältnis in der SU beendet zu haben. Doch während der eine weisungsgemäß begann, eine Gruppe von Bergarbeitern illegal zu organisieren und dabei nach einigen Monaten verhaftet wurde, soll der andere nicht aktiv geworden sein und so das Dritte Reich – in den Kriegsjahren sogar als Übersetzer bei der Wehrmacht – unbeschadet überstanden haben.[22]

Etwa zwanzig Studenten wurden den Abschnittsleitungen der KPD in den an Deutschland grenzenden Ländern zur Unterstützung beigegeben. So reisten z.B. Ende 1936 Marga Gentler, Luise Eildermann und Emmy Koenen nach Paris, um von der dortigen Leitung der Partei mit speziellen Aufgaben betraut zu werden.[23] Einige der zum Auslandseinsatz Gekommenen fielen bei der deutschen Okkupation ihren Verfolgern in die Hände, so z.B. Melchior Krämer in den Niederlanden und Robert Dassau in Dänemark. Beide wurden vor dem Volksgerichtshof zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.[24] Dem Augenschein nach glimpflicher davon kam Willi Kaiser, der in Paris Emigrantenarbeit geleistet und sich nach der Entlassung aus französischer Internierung freiwillig zur Rückkehr nach Deutschland gemeldet hatte. Das Berliner Kammergericht belegte ihn mit einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten.[25]

Nachdem das ZK der KPdSU im Frühjahr 1936 Order zur Schließung der KUNMZ gegeben hatte,[26] begann für die Mehrzahl der Absolventen ab Mai eine Zeit unruhigen Wartens. Einem Teil von ihnen wurde eine Arbeit im Moskauer Kugellagerwerk Kaganowitsch zugewiesen, darunter auch der Frau des 1933 in Deutschland ermordeten Spitzenfunktionärs Franz Stenzer.[27] Die Männer wurden wenige Monate später aus der Fabrik wieder abgezogen, um noch Ende des Jahres nach Spanien zu fahren. Hier kämpften viele im Offiziersrang in den

KUNMZ 1935/36. Einsatz in Spanien bis 1939. Später aus dem französischen Internierungslager Le Vernet deportiert, vor 1945 im Zuchthaus Bützow verstorben. HSTA Düsseldorf, 44742. – Gerhard Steinig, geb. 1913 in Magdeburg, Schlosser, Instrukteur für Rote Sportvereine, April/Mai 1933 in Haft, danach bis Frühjahr 1934 illegal tätig. Nach KUNMZ Einsatz in Spanien. Januar 1937 gefallen. Beiträge zur Geschichte Magdeburgs, H.12; Deutsche Widerstandskämpfer, Bd.2, S.304. – Paul Wolf, geb. 1907, Angestellter, bis Herbst 1933 Mitarbeiter der Bezirksleitung Niederrhein, Flucht ins Saargebiet und Tätigkeit in Amsterdam. 1935/36 Besuch der KUNMZ, danach Einsatz in Spanien, 1976 in Remscheid verstorben. Oberlandesgericht Hamm O.J.404-34 und HSTA Düsseldorf, 10221.

21 Alfred Burmeister, a.a.O., S.6.

22 BDC K 77 und Participant Essays, Wanda Bronska-Pampuch.

23 Emmy Koenen, Die wahre neue Welt der Arbeiter, in: Im Zeichen des roten Sterns, Berlin 1974, S.253; zu Luise Eildermann und Emmy Koenen siehe Biographisches Handbuch, S.149 und S.379.

24 Zu Robert Dassau siehe Anm. 20; zu Melchior Krämer siehe Detlev Peukert, Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933-1945, Frankfurt/M. 1976, S.188, und Bundesarchiv Koblenz R 60 II/86.

25 BDC K 28; während des Krieges wurde bekanntlich kaum jemand nach Ablauf der Haftstrafe entlassen, sondern meist in ein KZ eingeliefert.

26 Bol'šaja sovetskaja enciklopedija, 3.Ausg., Bd.12, S.575 bemerkt dazu: "In Verbindung mit dem Umbau des Systems der parteipolitischen Bildung wurde die KUNMZ 1936 aufgelöst".

27 HSTA Düsseldorf, 10221; zu Franz Stenzer siehe Hermann Weber, a.a.O., Bd.2, S.311.

Reihen der republikanischen Armee.[28] Die in der SU Zurückgebliebenen fanden an ihren ehemaligen Arbeitsstätten im Donezgebiet als Polit-Instrukteure Verwendung wie G. Grünberg und A. Blatschek, kamen in der deutschen Wolgarepublik zum Einsatz wie Lorenz Lochthofen und Siegfried Stein oder wurden an verschiedenen Kominternstellen untergebracht, wie W. Bronska-Pampuch und Ludwig Arnold.[29]

Bald erfaßte die gewaltige Verhaftungswelle der Jahre 1936/37 gleichermaßen Lehrer wie Schüler. Die ehemalige Direktorin und ihr Stellvertreter wie der deutsche Sektionschef und die allermeisten Dozenten verschwanden. Zu den ersten Verhafteten aus der Schülerschaft gehörte Helmut Remmele, der Sohn des schon 1934 verfemten Politbüro-Mitgliedes Hermann Remmele. Ähnlich erging es Irene Podubecky, die mit ihrem Vater, einem führenden Mann im Militär-Apparat der KPD, schon vor 1933 in die SU gekommen war. Sie war mit acht Jahren Zwangsarbeit noch vergleichsweise "milde" bedacht worden. Das gleiche Strafmaß verbüßte Wanda Bronska-Pampuch. Etwas besser dran unter diesen Umständen waren Willi Klose und Anton Blatschek, die nach etwa einjähriger Haft nach Deutschland ausgewiesen wurden, wo sie natürlich ebenfalls nicht unbehelligt blieben.[30]

Wer von den KUNMZ-Absolventen den Bürgerkrieg in Spanien, die Säuberungen, den Untergrund und den Zweiten Weltkrieg überstanden hatte, gelangte u.U. nach 1945 im Ostteil Deutschlands zu einer ansehnlichen Position. Drei herausragende Beispiele: Ludwig Arnold, im Kriege Leiter einer Frontschule für deutsche Kriegsgefangene, wurde in den fünfziger Jahren stellvertretender Direktor der Parteihochschule der SED. Ewald Munschke, der nach Spanien im niederländischen Untergrund den Krieg überlebte, wurde im Ministerium für Staatssicherheit verantwortlicher Mann für Kaderfragen. Richard Staimer, nach Ende des Spanischen Bürgerkrieges wieder in die SU zurückgekehrt, erklomm nach neuerlichem Schulbesuch höchste Positionen bei der Volkspolizei und in den Ministerien für Verkehr und für Hoch- und Fachschulfragen. Doch mehrheitlich spielten die aus der KUNMZ hervorgegangenen Parteiarbeiter weder in der KPD der Weimarer Republik noch im SED-Bereich Nachkriegsdeutschlands eine nennenswerte Rolle.[31]

Die Internationale Leninschule

A. 1926 – 1932

Als man unmittelbar nach Beendigung des V. Weltkongresses der KI daran ging, eine neue Kaderschule zu konzipieren, hegte man damit weit über das Ziel der KUNMZ hinausführende Pläne. Eine Ausbildungsstätte zur Heranziehung der künftigen Avantgarde der nationalen Sektionen sollte entstehen, in der im alltäglichen Klassenkampf bereits erfahrene Parteiarbei-

28 Kurt von Appen und Otto Faust (siehe Ursel Hochmuth und Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945, Frankfurt/M. 1980, S.37, S.194, S.200 und S.597); Rudolf Stender (siehe Anm. 20); Robert Weinand (Participant Essays, Wanda Bronska-Pampuch). Willi Herr (Biographisches Handbuch, S.286 und HSTA Düsseldorf 10221); vermutlicher KUNMZ-Absolvent Kurt Schwotzer (Biographisches Handbuch, S.683 und HSTA Düsseldorf, 10221).

29 Gottfried Grünberg, a.a.O., S.148ff; BDC B 331; Biographisches Handbuch, S.451; HSTA Düsseldorf 10221; Nachruf auf Ludwig Arnold in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (künftig zitiert: BzG), Jg. 4 (1962), H.3, S.743; keine weiteren Hinweise finden sich für die Absolventinnen Gertrud Hannemann, geb. 29.12.1902 in Groß Tychow, Gertrud Traube aus Berlin, Maria Zacher, die Frau eines Bergarbeiters aus dem Ruhrgebiet, der am Donez arbeitete und für Johanna Filitz, geb. 12.9.1910, die Braut des Hamburger KP-Funktionärs Fritz Dettmann, mit dem sie 1934 in die SU kam (HSTA Düsseldorf, 10221).

30 Zu Irene Podubecki und Hermann Remmele siehe Hermann Weber, a.a.O., Bd.2, S.250 und S.257; Participant Essays, Wanda Bronska-Pampuch; zu Willi Klose und Anton Blatschek siehe Anm. 20.

31 Zu Ludwig Arnold siehe Anm. 29; zu Ewald Munschke und Richard Staimer siehe Biographisches Handbuch, S.518 und S.719.

ter mit dem nötigen theoretischen Wissen ausgerüstet und so zu Trägern einer revolutionären Bewegung nach sowjetischem Muster werden sollten. Im Lehrplan war vorgesehen, marxistisch-leninistisches Grundwissen und allgemeine Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung mit konkreten strategischen und taktischen Problemen der Gegenwart zu verbinden. Direktor der im Mai 1926 mit dem Unterricht beginnenden Lenin-Schule wurde N. Kirsanova, die Frau des sowjetischen ZK-Mitgliedes Emilian Jaroslavsky.[32] Fritz Selbmann, Schüler des Jahrgangs 1929, erwähnt Bucharin als Direktor und Kirsanova als Prorektorin und eigentliche Schulleiterin,[33] offenbar eine ähnliche Konstellation wie bei Marchlewski und Frumkina an der KUNMZ. Die Dozenten und verschiedene Verwaltungsleiter waren überwiegend russischer Abstammung, soweit es sich nicht um naturalisierte ausländische Kommunisten handelte, die bereits längere Zeit in der SU lebten und Mitglieder der KPdSU waren.[34] Auch hier kamen des öfteren gerade in Moskau anwesende Parteifunktionäre zu Vorträgen, wie Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht. Ernst Thälmann besuchte den deutschsprachigen Sektor im Februar 1930, als er an einer Tagung des EKKI teilnahm.[35] Zudem hielten führende Komintern-Vertreter wie Bela Kun, Salomon Losowskij, Manuilskij, Mirov-Abramov, Smirnov und Trilisser Einzelvorlesungen.[36]

Die Schülerschaft war auch hier nach Sprachgruppen aufgeteilt. 1927 existierte ein französischsprachiger Sektor (Franzosen, Italiener, Spanier), ein deutscher Sektor (Deutsche, Tschechen, Polen, Ungarn, Niederländer, Schweizer, Österreicher), ein englischer Sektor (Engländer, Amerikaner, Kanadier, Australier, Südarfrikaner) und ein russischer Sektor (Balten, Angehörige der Völker auf dem Balkan).[37] Mit wachsendem Länderaufkommen kamen weitere Sektionen hinzu bzw. wurden geteilt. So entstand 1932 zusätzlich ein skandinavischer, spanischer, polnischer, bulgarischer, tschechischer und chinesischer Sektor.[38] 1935 wurde noch ein österreichischer, finnischer und ein griechischer Sektor genannt.[39] Anfang der dreißiger Jahre sollen den Erinnerungen eines tschechischen Schülers zufolge Vertreter aus 40 Ländern an der Lenin-Schule studiert haben.[40] Jede Sektion hatte bei ihrer Ländervertretung in der KI einen Betreuer. Für den deutschen Sektor war Fritz Heckert zuständig, später Christel Wurm, 1936/37 auch vorübergehend der Schul-Absolvent Heinrich Wiatrek.[41] Ehrgeizige Vorstellungen, die wohl auf einen möglichst hohen output gerichtet waren, hatten dazu geführt, die Zeitdauer eines Durchgangs auf ein Jahr zu begrenzen. Doch bald nach Unterrichtsbeginn stellte sich heraus, daß man hier zu kurz gegriffen hatte. "Es erwies sich auf einmal, daß die Studenten zwar politisch und geistig entwickelt und auch außerordentlich entwicklungsfähig, daß sie aber nicht genügend theoretisch vor-

32 Zu N. Kirsanova siehe Branko Lazitch und Milorad M. Drachkovitch, a.a.O., S.185.
33 Fritz Selbmann, Alternative, Bilanz, Credo, Halle 1969, S.170. Lya Rothe und Erich Woitinas, Hermann Matern. Aus seinem Leben und Wirken, S.33, geben an, Wilhelm Pieck habe Januar bis Mai 1932 die Internationale Lenin-Schule geleitet.
34 HSTA Düsseldorf, 10221; ein deutscher Lektor war Erich Wollenberg, zu seiner Person siehe Biographisches Handbuch, S.834.
35 Gottfried Grünberg, a.a.O., S.133; Wolfgang Kießling, Stark und voller Hoffnung. Leben und Kampf von Albert Kuntz, Berlin 1964; BDC F 246; zu den genannten Personen siehe Hermann Weber, a.a.O., Bd.2, S.91f., S.121f., S.155f., S.245ff, S.318ff und S.326f.
36 Vilem Novy, Zeiten und Zeugen, Berlin 1979, S.93f.; zu den genannten Personen siehe Branko Lazitch und Milorad M. Drachkovitch, a.a.O., S.205, S.239f., S.252ff, S.374 und S.412.
37 Participant Essays, Henri Barbe.
38 BDC W 436.
39 HSTA Düsseldorf, 10221.
40 Vilem Novy, a.a.O., S.93f.
41 Laut Aussagen verschiedener Schüler, auch Heinrich Wiatreks selbst in HSTA Düsseldorf, 7287; zur Person Christel Wurm und Heinrich Wiatrek siehe Biographisches Handbuch, S.816f. und S.837.

gebildet waren, um eine solche Schule innerhalb eines Jahres mit Erfolg zu absolvieren".[42] Ob dies auch etwas mit der Klage zu tun hatte, die Auswahl der Kandidaten für die Schule sei von einigen Parteien unter dem Gesichtspunkt der Beruhigung in den eigenen Reihen erfolgt – unbequeme Mitglieder waren hier auf elegante Weise nach Moskau abgeschoben worden – soll einmal dahingestellt bleiben. Immerhin darf man wohl hinter diesem Umstand auch die Ursache für den mehrfach angeführten Mangel an bolschewistischer Disziplin bei den Schülern vermuten, der nach Meinung der an die Disziplin in der russischen KP gewöhnten Schulleitung "die ganze Unreife der Parteien, aus denen sie kamen, verriet".[43] Ein nicht zu übersehendes Handicap bildete natürlich auch das Sprachproblem. Da die Schule auf aktive Beteiligung der Studenten in allen Bereichen (Erstellung der Lehrprogramme, -pläne und -methoden, Verwaltung und soziale Betreuung) angelegt war, Schüler und Dozenten sich in den zahlreichen Komitees und Kommissionen jedoch kaum ohne fremde Hilfe verständigen konnten, bedurfte es einer beträchtlichen Zahl von Übersetzern. Hinzu kam noch, daß ein großer Teil der Schriften Lenins wie auch anderer russischer Theoretiker, auf die sich das Lehrprogramm stützen sollte, zu diesem Zeitpunkt kaum in andere Sprachen übersetzt war. Doch offensichtlich ließ man sich in der Anfangsphase nicht davon entmutigen, änderte den gesamten Aufbau der Kurse und nahm eine längere Studienzeit in Aussicht.

Die ersten 70 Schüler, die in einen noch nicht ganz fertiggestellten Neubau in der Worowska-Straße einzogen, beschäftigten sich im ersten Schuljahr mit den Wesenszügen der Politischen Ökonomie des Kapitalismus anhand des Marxschen "Kapital", drangen in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung bis zur Pariser Kommune vor und kamen in der sehr ausführlich angelegten russischen Parteigeschichte bis zum Vorabend der Oktoberrevolution. Im Laufe des ersten Jahres wurde noch das Thema "Aufbau der KPdSU" hinzugefügt. Als 1927 im zweiten Durchgang über 100 Studenten einrückten, setzten die Teilnehmer des ersten Kurses ihr Geschichtsstudium mit dem Gegenstand der Zweiten und Dritten Internationale fort, befaßten sich mit imperialistischer Weltwirtschaft und Volkswirtschaft der SU, mit der Gewerkschaftsbewegung und den Besonderheiten der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern und intensivierten ihre Kenntnisse über die laufenden Tätigkeiten der Parteien durch praktische Verbindungen zu den Ländersekretariaten der Komintern.[44] Die Lernmethode orientierte sich am Projektsystem, d.h. nach einem Einführungsvortrag seitens des Dozenten erarbeiteten sich die Studenten anhand von Literaturangaben einen bestimmten Stoff, einzelne Studenten referierten über verschiedene Aspekte und nach zwei bis drei Wochen wurde eine abschließende Besprechung mit Prüfungscharakter durchgeführt. Integraler Bestandteil der Ausbildung sollten auch hier wieder die Praktika in den Betrieben, die Exkursionen in weite Landesteile der Sowjetunion sowie die Teilnahme an Übungen der Osoaviachim sein. Dabei machte der sehr schwere und strenge Dienst in Uniform mit militärischem Training (Schießübungen, Geländedienst usw.) und Bürgerkriegsmanövern (Stadtbesetzungen u.ä.m.) vor allem den weiblichen Teilnehmern sehr zu schaffen.

In den Jahren bis 1933 scheinen sich Studienkurse von unterschiedlicher Dauer herausgebildet zu haben, wobei die Grenzen fließend waren, da die immer wieder zu knapp geplanten Zeitvorgaben nicht eingehalten werden konnten und einzelne Kurse so mehrfach verlängert wurden. Stellte sich bei einem Schüler eine besondere Befähigung heraus, so wurde er offensichtlich zur Teilnahme an weiterführenden Lehrgängen aufgefordert. Wilhelm Beuttel, der

42 J.T. Murphy, a.a.O., S.1806.
43 Ebda.
44 A.a.O., S.1808f. und S.1812.
45 HSTA Düsseldorf, 27932; zu Wilhelm Beuttel siehe Biographisches Handbuch, S.61 ; ebenfalls 2 1/2 Jahre war Otto Giesselmann aus Bielefeld an der Schule (VGH-Urteil bei der VVN Düsseldorf).

ursprünglich für einen Sechs-Monate-Kurs vorgesehen war, berichtet, daß er schließlich zweieinhalb Jahre auf der Lenin-Schule verbrachte.[45] Zudem trafen viele Delegierte nicht zu festen Terminen sondern das ganze Jahr über ein, um dann in bereits laufende Kurse eingegliedert zu werden. Die ermittelten Aufenthaltszeiten der Kursanten in der SU stimmen auch nicht akurat mit ihrer Schulzeit überein. Nach einer medizinischen Untersuchung wurde vielen Neuankömmlingen erst einmal ein längerer Kuraufenthalt verordnet. Setzt man die unterschiedlich langen Schlußexkursionen und Wartezeiten bis zur Rückreise in Rechnung, so wird das Bild noch ungenauer. Bei der Zusammenstellung aller verfügbaren Daten, die Zeit bis Ende 1932 betreffend, läßt sich jedoch – trotz aller Einschränkungen – folgendes ablesen: Neben wenigen drei- bis vierjährigen Schulbesuchen und einer Reihe eineinhalb bis zweijähriger Aufenthalte beschränkt sich die Mehrzahl der Durchgänge schließlich auf etwa neun Monate. Solche Kurse zeichnen sich ab für die Zeiträume von Ende 1928 bis Mitte 1929,[46] Ende 1929 bis Mitte 1930,[47] Herbst 1930 bis Mitte 1931,[48] Ende 1931 bis Mitte 1932[49] und Ende 1932 bis Mitte 1933.[50] Am zweijährigen Eröffnungskurs 1926 - 1928

46 Ermittelte Teilnehmer: Erich Kops [siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (künftig zitiert: Biographisches Lexikon), Berlin 1970, S.250], Hermann Matern, Paul Nischwitz, Paul Papke, Franz Stenzer und Paul Suhr (siehe Hermann Weber, a.a.O., Bd.2, S.216, S.236, S.243, S.311 und S.315), Wilhelm Beuttel (siehe Anm.45), Fritz Selbmann (siehe Anm.33), Gustav Süß, Bezirksleiter des KJVD, Pfalz (Landesarchiv Speyer, H. 42, Nr. 99) und wahrschinlich Hans Quarch.

47 Ermittelte Teilnehmer: Walter Bartel, E. Behnke, Ernst Frommhold, Albert Kuntz (alle erwähnt bei Wolfgang Kießling, a.a.O.; zu Walter Bartel siehe auch Biographisches Handbuch, S.36 und zu Ernst Frommhold siehe Manfred Weißbecker, Gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD in Thüringen 1933-1935, S.67; Paul Grobis (siehe Hermann Weber, a.a.O., Bd.2, S.142f.), Hans Rothbarth, Friedrich Schlotterbeck (siehe Biographisches Handbuch, S.620 und S. 653), Johann Braeuner (1897 in Buer geb., Bergmann, Mitglied der illegalen Bezirksleitung Ruhr bis August 1933, danach in Hamburg. Dort Anfang 1934 verhaftet, zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt, anschließend KZ Sachsenhausen. Oberlandesgericht Hamm O.J.82-34).

48 Ermittelte Teilnehmer: Karl Jakobi (1904 in Straßburg geb., Metallarbeiter, seit 1926 KPD-Mitglied, nach dem Lehrgang Mitglied der Bezirksleitung Baden, 1934 Emigration ins Saargebiet, später Frankreich, 1936-1939 Spanien, 1941 vom Volksgerichtshof zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt), Julius Lang, Unterbezirksleiter aus Kaiserslautern (Landesarchiv Speyer, Bestand H.91), August Levin (siehe Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933-1945. Hrsg. von der Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Rostock, Schwerin und Neubrandenburg der SED, Rostock 1970, passim), Karl Schabrod (Detlev Peukert, a.a.O., S.73f.), August Stötzel (siehe Nachruf in: Die Tat, 1963, Nr. 36, und Otto Voigt (siehe Hermann Weber, a.a.O., Bd. 2, S.332).

49 Ermittelte Teilnehmer: Ernst Bertram (siehe Inge Sbosny und Karl Schabrod, Widerstand in Solingen. Aus dem Leben antifaschistischer Kämpfer, Frankfurt/M. 1975, S.70f; Nennung in zahlreichen Akten des Oberlandesgerichts Hamm und des HSTA Düsseldorf). Karl Frank (siehe Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945. Biographien und Briefe. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 2 Bde, Berlin 1970, Bd.1, S.275ff), Emil Otto (siehe Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933-1945, passim), Helene Overlach (siehe Biographisches Handbuch, S.546) und wahrscheinlich Anton Gebler (siehe Kuno Bludau, Gestapo – geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933-1945, Bonn-Bad Godesberg 1973, S.101f. Oberlandesgericht Hamm O.J.388-34), Paul Wandel und Kurt Prenzel (siehe Biographisches Handbuch, S.793 und S.575).

50 Mögliche Teilnehmer: Erich Krause (1903 in Zepternick bei Berlin geb., Schneider, wurde von der illegalen Landesleitung im Mai 1934 der Bezirksleitung Niederrhein zugewiesen, war hier für Gewerkschaftsarbeit zuständig. Im September 1934 verhaftet,beging er kurz darauf Selbstmord. Oberlandesgericht Hamm O.J. 920-34), Otto Hertel (1897 in Dörnfeld in Thüringen geb., Schuhmacher, kam bereits Mitte 1931 in die SU, nahm u.U. an einem längerfristigen Kurs teil; Ende 1933 nach Deutschland geschickt, war er zunächst im Unterbezirk Solingen und ab April 1934 in der Bezirksleitung Niederrhein tätig. Im August 1934 verhaftet und zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt, überlebte er das Jahr 1945. BDC H 276), Hans Schiller (1906 in Untertriebel im Vogtland geb., Mitglied der KPD seit 1930, Schlosser, Mai-August 1934 Mitglied der Bezirksleitung Niederrhein, im gemeinsamen Prozeß mit dem vorgenannten Hertel zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. BDC H 276), Paul

haben wahrscheinlich u.a. Karl Adolphs, Karl Ferlemann, Martha Moritz, Hermann Nuding, Ernst Oberdörster, John Schehr und Hugo Wenzel teilgenommen.[51] Ende 1927/Anfang 1928 trafen u.a. Adolf Rembte, Kurt Sindermann, Franz Paul Riegg und Willy Dolgner zu einem zweijährigen Kurs ein,[52] ungefähr drei Jahre lassen sich für Helene Glatzer, Wilhelm Kox, Maria Schäfer, Walter Talgenberg und Hans Teubner nachweisen[53] und vier Jahre für Anton Ackermann und Hermann Danz.[54]

Der deutsche Sektor gehörte zu den zahlenmäßig stärksten. Fritz Selbmann schätzt für den Kurs im ersten Halbjahr 1929 etwa drei dutzend Teilnehmer.[55] Seiner Erinnerung nach handelte es sich durchweg um Funktionäre im höheren Parteimitgliedsalter. Die Funktionen, die sie vor dem Schulbesuch in Deutschland innehatten, umspannten ein breites Spektrum vom Ortsgruppenleiter, Unterbezirksleiter bis zum Bezirksleitungsmitglied und in ganz wenigen Fällen sogar ZK-Mitglied.[56] Die Schüler hatten in Deutschland parlamentarische Ämter als Stadtverordnete,[57] Landtagsabgeordnete[58] und Reichstagsabgeordnete inne.[59] Unter ihnen waren Redakteure, Betriebsräte und Jugendfunktionäre. Sie konnten sich für den Schulbesuch bewerben oder wurden von den Parteileitungen vorgeschlagen. Von der Reichsleitung in Berlin erfolgte die Auswahl[60] – verschiedentlich nach einer dort vorgenommenen Prüfung – und die Ausrüstung für die Reise, die bis Mitte 1932 meist offiziell mit eigenem Reisepaß erfolgte.

Betrachtet man den Werdegang der Kursabsolventen nach ihrer Rückkehr, so läßt sich eindeutig ein baldiges Aufrücken in höhere Parteiämter feststellen. Vormalige Ortsgruppenleiter

Salemka (siehe Biographisches Handbuch, S.630). Es ist nicht auszuschließen, daß unter den Genannten auch Teilnehmer des etwa gleichzeitig stattfindenden militärpolitischen Kurses waren; ihre Angaben in den Verhörprotokollen sind bewußt unklar gehalten.

51 Zu Karl Adolphs siehe Inge Sbosny und Karl Schabrod, a.a.O., S.71f.; zu Karl Ferlemann, Martha Moritz, Ernst Oberdörster, John Schehr, Hugo Wenzel siehe Hermann Weber, a.a.O., Bd.2, S.115, S.70, S.238, S.271 und S.339; zu Hermann Nuding siehe Biographisches Handbuch, S.535f.

52 Adolf Rembte, 1902 in Kirchsteinbik, Schleswig-Holstein,geb., Bäcker, KPD-Mitglied seit 1922, Beteiligung am Hamburger Aufstand, 2 1/2 Jahre Festungshaft, Volontär der Hamburger Volkszeitung, nach der Leninschule Beginn eines Geschichtsstudiums in Moskau, bei Deutschland-Urlaub Sommer 1931 erneut verhaftet wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 2 Jahren Festungshaft verurteilt, Mai 1933 – Mai 1934 Bezirksleiter von Halle-Merseburg und vom Niederrhein, danach Mitglied der illegalen Landesleitung, März 1935 verhaftet, Juni 1937 zum Tode verurteilt. BDC R 132. Zu Franz Paul Riegg und Karl Sindermann siehe Hermann Weber, a.a.O., Bd.2, S.259 und S.305; zu Willy Dolgner siehe Deutsche Widerstandskämpfer, Bd.1, S.194ff.

53 Zu Helene Glatzer siehe Hermann Weber, a.a.O., Bd.2, S.135; zu Wilhelm Kox und Hans Teubner siehe Biographisches Handbuch, S.388f. und S.758f.; zu Maria Schäfer siehe Erich Hanke, Erinnerungen eines Illegalen, Berlin 1976, S.26; Walter Talgenberg ist ca. 1906 geb., nach der Lenin-Schule zeitweise Mitarbeiter von Fritz Heckert bei der Komintern, Ende 1934 in Berlin als "Erwin Boldt" Berater der kommunistischen Betriebszellen bei Siemens, bald auch Mitglied der Berliner Bezirksleitung. Er nahm als Delegierter an der "Brüsseler Konferenz" im Oktober 1935 bei Moskau teil. Seine Spur verliert sich im Mai 1936 als Oberberater in Hamburg (nach Karl Mewis, a.a.O., S.103f. und Margot Pikarski, Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung 1933-1939, Berlin 1978, S.117 und S.131).

54 Zu Anton Ackermann siehe Biographisches Handbuch, S.4; zu Hermann Danz siehe Biographisches Lexikon, S.82.

55 Fritz Selbmann, a.a.O., S.170.

56 Albert Kuntz war Kandidat des ZK, Helene Overlach Mitglied des ZK und Kandidat des Polit-Büros, Hermann Nuding Mitglied des ZK des KJVD.

57 Wilhelm Beuttel in Friedberg/Hessen, Paul Salemka in Duisburg, Hans Quarch in Wiesbaden, Kurt Prenzel in Görlitz und Julius Lang in Kaiserslautern.

58 Helene Glatzer in Sachsen, Paul Grobis in Preußen, Hugo Wenzel in Mecklenburg.

59 Helene Overlach, Paul Papke.

60 Bei der Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses fiel der Polizei eine Reihe von Kaderakten in die Hände, die bei späteren Gerichtsurteilen als Beweismittel für Schulbesuche zitiert wurden, so bei Käte Lübeck und Paul Mogge.

wurden Mitglieder von Bezirksleitungen,[61] KJVD-Funktionäre Mitarbeiter und Instrukteure beim ZK der Partei,[62] ehemalige Mitglieder von Bezirksleitungen Kandidaten des ZK[63] usw. Nicht selten wurden sie auch als Redakteure an bedeutenden Parteizeitungen eingesetzt. Sie galten nach ihrem Schulbesuch allgemein als anerkannte Autoritäten.[64] Dem Terror der Nationalsozialisten konnten sie sich 1933 ebensowenig entziehen wie die Masse der weniger gut geschulten Funktionäre. Einige gerieten noch im Frühjahr in Haft,[65] das Gros nach einigen Monaten illegaler Tätigkeit.[66] Viele von ihnen sahen – sofern sie überlebten – die Freiheit erst 1945 wieder. Sehr wenige aus ihren Reihen befanden sich vor Kriegsausbruch noch unerkannt Widerstand leistend in Deutschland oder aktiv im Exil. Einige kämpften in Spanien und fielen den deutschen Okkupanten nach 1940 in den französischen Internierungslagern in die Hände.[67] Von den Torturen der Haft blieb kaum ein aktiver Kommunist aus der Gruppe der Leninschüler vor 1933 verschont.[68] Die Zahl der Toten ist außerordentlich hoch.[69] Nur wenigen aus diesem relativ großen Personenkreis war es vergönnt, das politische Profil Nachkriegsdeutschlands mitzuprägen.[70] Zu ihnen gehört der heutige Staatschef der DDR, Erich Honecker.[71]

B. 1933 – 1937

Der Machtantritt der Nationalsozialisten bedeutete für die Kaderausbildung der deutschen kommunistischen Funktionäre eine Zäsur. Die Kursteilnehmer wurden nun in die Illegalität entlassen. Die Aufgaben, die ihnen nach Ende der Schulzeit übertragen wurden, waren un-

61 Wilhelm Beuttel, Hermann Danz, Karl Ferlemann, Kurt Prenzel und Otto Giesselmann.
62 Erich Kops, Hermann Nuding
63 Franz Stenzer, Walter Häbich, Paul Suhr.
64 Participant Essays, Beitrag Joop Zwaart.
65 Albert Kuntz, Fritz Selbmann, August Levin, Hans Teubner, Karl Schabrod, Ernst Oberdörster, Kurt Prenzel und Otto Giesselmann.
66 Gustav Süß und Franz Stenzer im Mai und Hermann Matern im Juni, Werner Jurr (zur Person siehe Hermann Weber, a.a.O., Bd.2, S.409) und Karl Sindermann im Juli, Paul Suhr und August Levin im August, Walter Häbich (zur Person siehe Hermann Weber, a.a.O., Bd.2, S.147) im September, Paul Kärcher (laut Herbert Wehner, Zeugnis. Hrsg. von Gerhard Jahn, Köln 1982, S.117, wurde nach seiner Verhaftung in Südwestdeutschland 1934 freigelassen und nahm bis zur Abstimmung im Januar 1935 am Saarkampf teil; weiterer Verbleib unbekannt) im Herbst, Hermann Danz, John Schehr und Karl Ferlemann im November, Franz Paul Riegg, Helene Overlach und Friedrich Schlotterbeck im Dezember 1933, Berta Karg (Teilnehmerin des Jugend-Zirkels 1931/32, siehe Erich Honecker, Aus meinem Leben, Berlin 1981, S.70; siehe auch ihren Bericht in: Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933-1945. Hrsg. von Richard Löwenthal und Patrik von zur Mühlen, Berlin und Bonn 1982. BDC K 61), Anton Gebler, Paul Grobis, August Stötzel und Willy Dolgner Anfang 1934.
67 Karl Jacobi, Erich Kops.
68 Einer der wenigen ist Hermann Nuding, der in Frankreich der Internierung entging.
69 Wilhelm Beuttel 1944 hingerichtet, Hermann Danz 1945 hingerichtet. Willy Dolgner 1934 im KZ erschlagen, Karl Ferlemann 1945 im KZ umgekommen, Karl Frank und Otto Giesselmann 1944 hingerichtet, Helene Glatzer 1935 von der Gestapo ermordet, Walter Häbich 1934 im KZ Dachau ermordet, Albert Kuntz 1945 im KZ Buchenwald ermordet, Adolf Rembte 1937 hingerichtet, Franz Paul Riegg 1945 mit der Kap Arkona versenkt, Hans Rothbarth 1944 im KZ Sachsenhausen ermordet, John Schehr 1934 ermordet, Franz Stenzer 1933 im KZ Dachau ermordet, Paul Suhr 1933 in der Haft ermordet, Margarete Walter (Teilnehmerin des Jugendzirkels 1930, siehe zur Person: Deutsche Widerstandskämpfer, Bd.2, S.409ff) 1935 in der Untersuchungshaft ermordet, Hugo Wenzel 1940 im KZ umgekommen.
70 Anton Ackermann, Walter Bartel, Ernst Frommhold, Johann Jennes (Teilnehmer des Jugendzirkels 1931/32, siehe Biographisches Handbuch, S.333), Berta Karg, Erich Kops, August Levin, Hermann Matern, Ernst Oberdörster, Helene Overlach, Fritz Selbmann, Karl Schabrod, Hans Teubner, Kurt Prenzel.
71 Erich Honecker besuchte den Jugendkurs 1930/31, siehe Erich Honecker, Aus meinem Leben, S.35ff.

gleich gefährlicher, komplizierter und unter gänzlich anderen Bedingungen durchzuführen als noch vor 1933. Die Ausbildung mußte notwendigerweise intensiv auf Konspiration gerichtet werden. Schon die Aufnahmegespräche durch die Kontrollkommission der KI und die Prüfungskommission der Lenin-Schule ließen dies erkennen. So wurde z.B. eine aus Berlin kommende Anwärterin, deren Vater Polizeibeamter war, gefragt, wie sie sich in einer konkreten Kampfsituation ihrem Vater gegenüber zu verhalten gedenke.[72] Mit Abgabe ihres Passes bei der Schulverwaltung legten die Teilnehmer fortan auch ihre Identität ab, wählten einen Decknamen für die Dauer der Schulzeit und wurden strikt angehalten, sich niemals untereinander über Herkunft, frühere Funktionen, private Verhältnisse u.ä.m. auszutauschen. Außerhalb des Schulgebäudes hatten sie Unterhaltungen, die ihre deutsche Herkunft erkennen lassen konnten, zu unterlassen. Das schien um so mehr geboten, als in der Straße, in der sich ihre Schule befand, ein Teil der deutschen Botschaft untergebracht war.[73] Die russische Sprache wurde vom Lehrplan abgesetzt. Damit wollte man im späteren Einsatz unnötige Aufmerksamkeiten bei einem unbedacht ausgesprochenen russischen Wort vermeiden.[74]

Für die Phase der Ausbildung Illegaler lassen sich von 1933 bis zur Schließung der Schule noch insgesamt vier Durchgänge rekonstruieren: von Januar bis November 1933, von Januar bis Sommer 1934, von Mai 1934 bis Sommer 1935 und vom Herbst 1935 bis Ende 1936. Die Teilnehmer für den Jahreskurs 1933 waren noch im Herbst 1932 ausgewählt worden. Einige hatten die sogenannten Parteiarbeiter-Fragebogen auszufüllen und Abhandlungen zu verfassen, andere hatten z.T. ohne nähere Angabe von Gründen vor einer Kommission theoretische und praktische Fragen zu beantworten.[75] Die Ausreisen erfolgten dann im November/Dezember. In Anbetracht der äußerst angespannten politischen Situation war der größte Teil in Berlin mit falschen Pässen ausgestattet worden. Die Delegierten entstammten den verschiedenen Bezirksorganisationen, wobei Berlin traditionsgemäß das größte Kontingent stellte.[76] Der deutsche Sektor war im Jahre 1933 in vier Zirkel unterteilt: zwei reichsdeut-

72 Gespräch mit M.K. Februar 1980.

73 Karl Mewis, a.a.O., S.174.

74 Wie leicht dergleichen geschehen konnte, bestätigte Margarete Müller, verh. Salz, der bei einem Zwischenaufenthalt auf der Rückreise in einem dänischen Geschäft ein russisches "danke" herausrutschte, Gespräche mit Margarete Salz 1979.

75 Ein Thema der Abhandlungen war: Das Wesen und die Bedeutung des politischen Massenstreiks i.J. 1932; M.K. wurde mitten aus der Organisation eines Streiks vor eine Kommission zitiert.

76 Aus Berlin kamen Werner Eggerath (siehe seine Bücher: Nur ein Mensch, Weimar, 1947, und: Die fröhliche Beichte, Berlin 1976), Erich Mielke (siehe Biographisches Handbuch, S.501f), Fritz Migge (u.U. ein Deckname, war laut Angaben eines Mitschülers Mitglied der Bezirksleitung Berlin des KJVD. BDC SCH 207), Otto Pallapies (siehe Werner Eggarth, Nur ein Mensch, passim), Elli Schmidt, Waldemar Schmidt, Max Stoye (siehe Biographisches Handbuch, S.654, S.655 und S.738) und Georg Schlosser (evtl. Deckname, siehe Karl Mewis, a.a.O., S.152 und S.160); aus dem Parteibezirk Brandenburg kam Mia Herm (siehe Antifaschistischer Widerstandskampf in der Provinz Brandenburg 1933-1939, 2 Teile. Hrsg. von der Bezirksleitung Potsdam der SED, Potsdam 1978, T.1,S.151,T.2, S.398ff); aus den norddeutschen Bezirken Nordwest, Wasserkante, Pommern und Ostpreußen kamen Lisbeth Berlin (siehe Karl Mewis, a.a.O., S.83f. und Mitteilung Co Dankaart), Adolf Singer (kann u.U. auch Adolf Franz geheißen haben, 1901 in Dittmannsdorf geb., kam nach Deutschland-Einsatz 1934/35 als Angestellter an die Lenin-Schule zurück. HSTA Düsseldorf 35787): Paul Härtel (siehe Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933-1945, passim); Willy Goldberg (1900 in Königsberg geb., Tischler, vor 1933 Gewerkschaftsinstrukteur der Bezirksleitung Ostpreußen. BDC G 375) und M.K. (vor 1933 Mitarbeiterin der Bezirksleitung Hamburg. Gespräch mit M.K.); aus den mitteldeutschen Bezirken kamen Käte Lübeck (Mitarbeiterin der Bezirksleitung Halle-Merseburg. BDC R 132), Karl Mewis (Mitglied der Bezirksleitung Magdeburg-Anhalt. Karl Mewis, a.a.O., S.324 und Biographisches Handbuch, S.495f), Max Grzeschik (Stadtteilleiter in Hannover, siehe Detlev Peukert, a.a.O., S.88f.) und Robert Lehmann (Mitglied der KJVD-Bezirksleitung Hannover-Braunschweig, siehe Biographisches Handbuch, S.425 und Mitteilung Co Dankaart); aus dem Ruhrgebiet kam Paul Mogge (Stadtteilleiter in Essen, HSTA Düsseldorf, 58878), vom Nie-

sche, ein österreichischer und ein Jugendzirkel; erstere umfaßten etwa 30 bis 40 Teilnehmer.[77] Bald nach Unterrichtsbeginn lösten die Nachrichten vom Regierungsantritt der Nationalsozialisten Unruhe unter den Schülern aus. Forderungen nach sofortiger Rückreise wurden laut. Die Erörterung der neuen Situation in Deutschland beschäftigte die allabendlich Versammelten. Der Reichstagsbrand rief unterschiedliche Reaktionen hervor. Während im Jugendzirkel im ersten Moment Jubel ausgebrochen sein soll in der irrigen Annahme, es handle sich um ein von der KPD gesetztes Fanal zur allgemeinen Erhebung ("endlich wird gehandelt"),[78] erinnert sich eine Kursantin eines anderen Zirkels an die um sich greifende "Versteinerung" angesichts der zu erwartenden Folgen für die KPD. Sie berichtete, daß ihre Situation sich spürbar änderte. Die Abkapselung gegen die Außenwelt wie gegen die Kurse der anderen Nationalitäten wurde intensiviert. Ihr Kommentar: "wir wurden schon dort in die Illegalität geschickt."[79]

Doch der Lehrgang wurde planmäßig in Trimestern durchgeführt, ohne daß man an vorzeitigen Abbruch dachte. Ein Absolvent machte später folgende Angaben über den Lehrplan: 1. Trimester: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Politische Ökonomie – Geschichte der KPdSU. 2. Trimester: "kleine Praxis", d.h. einwöchiges Studium eines Moskauer Betriebes und seiner Gewerkschafts- und Parteiorganisation – zweiwöchige Teilnahme an einem Sommerlager der Osoaviachim mit Schießübungen, Geländekunde, Taktik im Straßenkampf – "große Praxis", d.h. vierwöchiges Studium verschiedener Institutionen und Einrichtungen einer kleinen Sowjetrepublik oder eines autonomen Gebietes. Nach einigen Wochen Ferien in Heimen und Sanatorien 3. Trimester: Fortführung der Lektionen des 1. Trimesters – Fragen des Leninismus – Sowjetwirtschaft.[80] Andere Aussagen präzisieren diesen Unterrichtsplan noch mit Themenangaben zur Strategie und Taktik des Klassenkampfes, speziell des bewaffneten Aufstandes, zu Agitation und Propaganda der proletarischen Revolution und zu konspirativem Verhalten in der Illegalität. Eine ständige Forderung der Dozenten im Unterricht lautete: "aktualisieren Sie", d.h. jeder Komplex, ob aus der Polit-Ökonomie, der Gewerkschaftsgeschichte oder der illegalen Praxis, wurde auf die in Deutschland herrschende Situation übertragen. Und während die Partei in Deutschland vor 1933 ihrer Mitgliedschaft eine geradezu unveränderte Nachahmung der unter dem Zarismus verfolgten russischen Revolutionäre für den Verbotsfall eingehämmert hatte, beschränkten sich die Lehrkräfte an der Lenin-Schule darauf, das allgemeine Verhalten dieser als mutig, vorsichtig, einsatzbereit und selbstlos charakterisierten Genossen als vorbildlich hinzustellen. Sie wandten sich dabei energisch gegen jede schematische Übernahme der damals praktizierten Methoden.[81] In der allgemeinen gesellschaftlichen Erziehung spielte auch an der Lenin-Schule wie überall im Lande das berüchtigte Mittel der "Selbstkritik" eine entscheidende Rolle. In quälenden Verhören hatten einzelne ihren politischen Werdegang wie ihr Privatleben, ihre angeblichen Verfehlungen und Abweichungen von der Parteilinie, mangelnde Wachsamkeit, falschen Klassenstandpunkt u.ä.m. auszubreiten und Besserung zu geloben. Auch die Lehrer

derrhein Robert Büchner (KJVD-Funktionär aus Neuß, vgl. auch: BzG, Jg. 20 (1978), H.3, S.876); aus Oberschlesien kam Heinrich Wiatrek (Mitglied der Bezirksleitung Oberschlesien, siehe Biographisches Handbuch, S.816f.) und aus dem Saargebiet ein gewisser Wuttig (Mitteilung von M.K.).

77 Angabe von Max Grzeschik (BDC G 399): ca. 40 Teilnehmer; Angabe von Willy Goldberg (BDC G 375): über 30; Angabe Waldemar Schmidt (BDC SCH 207): 40-50; Angabe Wilhelm Knöchel (HSTA Düsseldorf, 19541): ca. 70 deutsche und österreichische Teilnehmer; Karl Mewis (Karl Mewis, a.a.O., S.13): 80 deutsche Studenten.

78 Gespräch mit Co Dankaart (niederländischer Teilnehmer des Jugendzirkels 1933/34).

79 Gespräch mit M.K.

80 BDC W 436 und HSTA Düsseldorf, 7287.

81 Gespräch mit M.K.

waren davon nicht ausgenommen. Der eine oder andere verschwand plötzlich, kam er wieder, zeigte er deutliche Spuren einer "Tschistka", war nicht mehr ansprechbar, mied jeden Kontakt.[82] Den Abschluß bildete für viele Kursanten des Lehrganges von 1933 die Teilnahme als Gasthörer am 13. Plenum des EKKI. Der Bericht Wilhelm Piecks zur Lage in Deutschland führte ihnen eindringlich die Kaderverluste ihrer Partei vor Augen, rüstete sie allerdings auch aus mit der Fehleinschätzung vom steigenden Einfluß der KPD auf die werktätigen Massen, vom wachsenden revolutionären Aufschwung und den sich verschärfenden inneren Widersprüchen des nationalsozialistischen Regimes. Mit auf den Weg in ihren gefahrvollen Einsatz bekamen sie hier auch die alten Schmähungen gegen die Sozialdemokratie und die bald darauf revidierte Forderung nach Schaffung unabhängiger Klassengewerkschaften.

Die ersten Absolventen, die noch im Sommer und Herbst in den deutschen Untergrund gesandt wurden, waren Teilnehmer längerfristiger Lehrgänge wie Anton Ackermann und Wilhelm Kox, die der Bezirks- und Landesleitung in Berlin zugeteilt wurden. Sie bekamen bald Funktionen zugewiesen, die weit über dem Verantwortungsbereich ihrer vorschulischen Tätigkeit lagen. In legalen Zeiten wäre ein solcher Sprung in der Hierarchie, wie ihn z.B. Wilhelm Kox vom Leiter des Unterbezirks Koblenz zum Verantwortlichen für den zentralen drucktechnischen Apparat vollzog, undenkbar gewesen, doch der Mangel der illegalen Organisation an qualifizierten Kräften ließ keine andere Wahl. Etwa die Hälfte der Schüler des Jahrgangs 1933 kam nach einer kurzen Isolierungsphase bei Moskau Anfang 1934 zum Einsatz in Deutschland. Mit Instruktionen von der deutschen Sektion der KI versehen, nahmen sie – einzeln auf die Reise geschickt – ihren Weg meist über Prag, wo sie letzte Angaben über ihr neues Tätigkeitsfeld, Anlaufadressen usw. erhielten. Sie wurden vornehmlich in den einst mitgliederstarken Organisationen Berlin, Hamburg, Sachsen und Rhein-Ruhr als Leitungsmitglieder bzw. Berater mehrerer Bezirke verwendet.[83] Ungefähr zehn Kursteilnehmer blieben zu einem weiteren Lehrgang noch bis Sommer 1934 auf der Schule und gingen dann auf "Kommandirowka".[84] Der Rest fand in Moskau Verwendung.[85]

Der größte Teil der Anfang 1934 nach Deutschland Gereisten wurde in der ersten Hälfte des Jahres 1935 verhaftet und zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.[86] Verschiedentlich ist es vorgekommen, daß die im Herbst 1934 Nachgerückten bereits die verwaisten Positionen der Schüler von 1933 einnahmen.[87] Das lag nicht etwa an einer mangelhaften Vorberei-

82 Mitteilungen von Co Dankaart, Arie Jansma, M.K.; vgl. auch Herbert Wehner, a.a.O., S.210f.

83 Robert Büchner, Werner Eggerath, Käte Lübeck und Otto Pallapies gingen nach Berlin, Willy Goldberg und Adolf Singer nach Hamburg, Paul Härtel, M.K., Waldemar Schmidt und Max Stoye nach Sachsen, Erich Krause an den Niederrhein, Paul Mogge nach Oberschlesien; aus dem Jugendzirkel wurde der Hamburger Jugendfunktionär Bruno Dubber, Mitglied des ZK des KJVD, zur Unterstützung des KJVÖ nach Österreich gesandt (Biographisches Handbuch, S.139, und Ursel Hochmuth und Getrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945, S.40f.), Ernst Eckmann aus Bayern, ebenfalls Mitglied des ZK des KJVD, ging an die Saar und Alfred Hausser, zuvor bei der Bezirksleitung des KJVD, Stuttgart, tätig, wurde Jugendinstrukteur im Ruhrgebiet (Biographisches Handbuch, S.144 und S.275).

84 Von dieser Gruppe gingen Max Grzeschik, Karl Mewis, Elli Schmidt, Hans Schilde (siehe Biographisches Handbuch, S.647) und Heinrich Wiatrek nach Westdeutschland.

85 So blieben Erich Mielke und Georg Schlosser als Aspiranten an der Schule.

86 Lisbeth Berlin, die bereits kurz nach Beginn ihrer illegalen Tätigkeit Anfang 1934 verhaftet wurde, kam noch mit einer relativ kurzen Haftstrafe davon, während die übrigen (Robert Büchner, Werner Eggerath, Max Grzeschik, Alfred Hausser, M.K., Käte Lübeck, Paul Mogge, Otto Pallapies, Waldemar Schmidt) nach den strafverschärfenden Gesetzesänderungen zu Hoch- und Landesverrat vom 14. April 1934 zu Zuchthausstrafen zwischen 7 und 15 Jahren verurteilt wurden.

87 So wurde Heinrich Wiatrek Bezirksleiter am Niederrhein, wo zuletzt Erich Krause versucht hatte, eine neue Leitung aufzubauen und Wilhelm Knöchel (siehe Biographisches Handbuch, S.374) übernahm die Funktion von Willy Goldberg in Hamburg.

tung auf die Illegalität an der Schule, hatte vielmehr seinen Grund in dem nicht an der Realität orientierten Parteikonzept vom Fortbestehen einer Massenpartei im Untergrund bei nur oberflächlich den neuen Verhältnissen angepaßten Strukturen. Da konnten die ehemaligen Lenin-Schüler noch so umsichtig zu Werke gehen, ihre Treffs und Quartiere nach streng konspirativen Regeln sichern, ihre Kontaktleute begrenzt halten usw., die Angriffsflächen, die das in den ersten illegalen Jahren immer wieder in ganzer Breite geflickte Organisationsnetz der Gestapo bot, waren einfach zu groß, die im wesentlichen aus der legalen Zeit beibehaltenen Aktivitäten ungeeignet im Kampf gegen den übermächtigen Gegner. Diese bitteren Erfahrungen werden die zur Parteikonferenz im Herbst 1935 bei Moskau angereisten ehemaligen Lenin-Schüler unter den Delegierten vermutlich deutlich zum Ausdruck gebracht haben,[88] denn nicht zuletzt die Stimmen der mit dem illegalen Kampf in Deutschland aus nächster Nähe Vertrauten gaben den Ausschlag bei der Neuorientierung auf Dezentralisation und rücksichtsvolleren Kadereinsatz.[89]

Die große strategische Wende zur Volksfront war schon auf dem VII. und letzten Weltkongreß der KI vorgezeichnet worden. Hier hatten einzelne Schüler des gerade zu Ende gegangenen wie des im Herbst 1935 neu beginnenden letzten Durchgangs die Reden Georgi Dimitroffs, Wilhelm Piecks, Palmiro Togliattis und anderer Kominternführer als Gasthörer vernommen. Die dort vorgezeichnete "Taktik des trojanischen Pferdes", das Einschleichen in die faschistischen Massenorganisationen mit dem Ziel ihrer Nutzbarmachung für die eigenen Zwecke, wurde gründlich erörtert mit den erneut in den Widerstand entsandten Schülern, die ja bei ihrer Ankunft im Frühjahr 1934 bereits Erfahrungen im illegalen Kampf aufzuweisen hatten.[90] Als Instrukteure hatten sie die neuen Verhaltensweisen den noch Aktiven im Lande nahezubringen. Sie selbst stellten ihre Arbeitsmethoden ebenfalls um, blieben nicht mehr durchgehend in ihrem Bezirk, sondern unternahmen ihre Instruktionsfahrten von den Grenzländern rings um Deutschland aus, wo sie den ab 1936 als Abschnittsleitungen ausgebauten Grenzstützpunkten angeschlossen waren.[91]

Auch von den Absolventen des Kurses 1934/35 verließ nur ein Teil die SU wieder. Ein Teilnehmer, der erst 1934 mit einigen anderen von der KUNMZ übergewechselt war – eine Kommission der Lenin-Schule hatte sie für eine intensivere Ausbildung und einen baldigen Einsatz im Heimatland ausgewählt – berichtete: Eines Tages wurde der Einsatz gestoppt. Wilhelm Pieck tröstete uns. 'Es ist ein Beschluß, und der ist nach gründlicher Überlegung gefaßt worden'.[92] Der Beschluß scheint jedoch nur vorübergehender Natur gewesen zu sein, denn auch aus dem Kurs von 1936/37 ging ein nicht unbeträchtlicher Teil zur Unterstützung des deutschen Untergrundes auf die Reise.[93] Dieser letzte Durchgang versammelte noch einmal einen

88 Delegierte auf der "Brüsseler Konferenz" waren die ehemaligen Lenin-Schüler Anton Ackermann (Berlin), Wilhelm Knöchel (Hamburg), Karl Mewis (Köln), Maria Schäfer (Berlin), Erich Schmidt (Bezirk Niederrhein), Adolf Singer (Hamburg), Walter Talgenberg (Berlin), Heinrich Wiatrek (Düsseldorf).

89 Siehe Herbert Wehner, a.a.O., S.146ff.

90 Im Lehrgang 1934/35 stammten allein sechs Schüler aus der Berliner RGO, Metall. Cirka zwölf Schüler kamen aus dem KJVD; ein Drittel waren Frauen (HSTA Düsseldorf, 16973).

91 So wurden der Abschnittsleitung West, Amsterdam, Ende 1935 Paul Eisenschneider, Gerhard Jurr, Fritz Rettmann, Fritz Reuter (siehe Biographisches Handbuch, S.150, S.339, S.599 und S. 600f.) und Georg Metzler (1907 in Fürth geb., Maschinenschlosser, Mitglied der Bezirksleitung Nordbayern, RGO-Funktionär; nach dem Schulbesuch Instrukteur am Niederrhein bis 1938, dann Mitglied der Abschnittsleitung Südwest, Brüssel, 1940 interniert. HSTA Düsseldorf, 19539) überstellt. Zur Abschnittsleitung Mitte, Prag, kamen Werner Fischer und Hilde Erxleben (siehe Biographisches Handbuch, S.179 und S.161).

92 Gottfried Grünberg, a.a.O., S.148.

93 Aus dem Lehrgang 1935/36 wurden der Abschnittsleitung West in Amsterdam zugeteilt: Karl Asbach (1907 in Lüdenscheid geb., Metallarbeiter, seit 1927 KPD-Mitglied, April 1933 bis April 1934 in

Kreis von bewährten Illegalen, die z.T. auch schon die Mühen der Emigration kennengelernt hatten, auf der Schule. Auch hier gab es verschiedentlich Klagen der Schulleitung über mangelnde Disziplin,[94] die in einem Fall sogar zum Ausschluß eines Jugendzirkel-Mitgliedes führten.[95] Es ist allerdings verständlich, daß Menschen, die seit Jahren gewohnt waren, selbständig zu arbeiten und die schwierigsten Entscheidungen zu treffen, von denen häufig das Leben anderer wie ihr eigenes abhing, sich nicht so ohne weiteres an das außerordentlich strenge Schulreglement gewöhnen konnten, das auch nicht den kleinsten privaten Spielraum ließ.

Das Lehr- und Betreuungspersonal hatte sich nach 1933 zunehmend aus Emigranten der eigenen Partei zusammengesetzt. Anfang 1935 war zudem das Politbüro der KPD auf einer Moskauer Sitzung übereingekommen, einige Lektoren einzusetzen, die mit der Praxis der illegalen Arbeit auf Grund eigener Erfahrungen vertraut waren.[96] Sektionsleiter und Lehrer für Politische Ökonomie wurde Fred Oelssner ("Larew"), der schon in den zwanziger Jahren am Moskauer Institut der "Roten Professoren" studiert hatte. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unterrichtete Rudolf Lindau ("Grätz"), ein schon seit langem mit der KPD-Geschichte befaßter Parteijournalist. Herbert Wehner, seit 1933 in der vordersten Linie des illegalen Kampfes, vermittelte eine Zeitlang spezielle Arbeitstechniken der Illegalität. Im September 1936 kam der international erfahrene Philipp Dengel dazu. Des weiteren sind Christoph Wurm, Hans Mahle, Else Zaisser, Paul Wandel ("Klassner"), Hanna Wolf und Helene Berg zu nennen,[97] unterstützt von einzelnen ehemaligen Schülern, die als Aspiranten auf der Schule geblieben waren.[98] Einzelne Vorträge hielten Erich Birkenhauer, Arthur Emmerlich, Erich Glückauf, Hermann Schubert. Als Lektüre dienten unter anderem die Erlebnisberichte aus Deutschland geflüchteter Widerständler,[99] wie auch die nationalsozialistischen Tageszeitungen. Sie wurden auf

Haft, danach Unterbezirksleiter von Lüdenscheid. Nach der Leninschule Instrukteur für das Ruhrgebiet, Juni 1939 in Essen verhaftet, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. HSTA Düsseldorf, 36678), ein "Heinz Blücher" (Schulname, stammte aus Düsseldorf, nach 1933 illegaler Instrukteur für I.G. Farben in Leverkusen, wurde wegen oppositioneller Äußerungen in Amsterdam nicht mehr verwendet. HSTA Düsseldorf, 7287), Margarete Müller (siehe Ernst Schmidt, Lichter in der Finsternis. Widerstand und Verfolgung in Essen, Frankfurt/M. 1980, S.216ff), Heinz Friedrich und Willi Seng (siehe Biographisches Handbuch, S.201 und S.690). Zur Abschnittsleitung Mitte, Prag,kamen Arthur Emmerlich, Rudolf Hallmeyer (siehe Biographisches Handbuch S.156 und S.266). Der Abschnittsleitung Nord, Kopenhagen,wurden Kurt Adam (Parteifunktionär aus Stettin, siehe Werner Lamprecht, Der Kampf der Stettiner Parteiorganisation der KPD gegen die faschistische Diktatur 1933-1945, Phil. Diss., Greifswald 1966, passim),Johannes Bringmann vom Jugendzirkel (geb. 1908 in Lübeck, Mitglied der im Sommer 1934 neu gebildeten KJVD-Leitung Hamburg, 1938 Jugendgruppenleiter in Oslo. HSTA Düsseldorf, 10221 und BDC W343), Arthur Mannbar und Waldemar Verner (siehe Biographisches Handbuch, S.472 und S.781) zugewiesen. Paul Elias und Fritz Sperling vom Jugendzirkel (Biographisches Handbuch, S.153 und S.714) kamen zur Abschnittsleitung Süd; Lilli Herrmann (siehe Biographisches Handbuch, S.286), Maria van de Maat (illegaler Instrukteur aus Düsseldorf. BDC M5), Thea Saefkow (Mitarbeiterin der illegalen Leitung in Hamburg, siehe Biographisches Handbuch,S.48, Ehefrau von Walter Beling), Irene Wosikowski (siehe Deutsche Widerstandskämpfer, Bd. 2, S.430f.) wurden der Auslandsleitung unter Franz Dahlem in Paris zugeteilt.

94 Siehe Heinz Hoffmann, a.a.O., S.275 und S.279.

95 HSTA Düsseldorf, 10221; der Betreffende soll entgegen der Anweisung eine Mitschülerin nach ihrem wahren Namen und Wohnort gefragt haben.

96 Margot Pikarski, Aus der politisch-organisatorischen Führungstätigkeit des ZK der KPD (Sommer 1934 bis Oktober 1935), in: BzG Jg. 22 (1980), H. 1, S.36-47.

97 Zu den Genannten siehe Biographisches Handbuch, S.537, S.446, S.799, S.125, S.837, S.469, S.842, S.793f., S.831 und S.53.

98 Fritz Dettner (nach Aussage ehemaliger Schüler war er bereits vor 1933 in Moskau und verließ die Schule im Herbst 1937. HSTA Düsseldorf, 10221, 16973), Erich Mielke und Georg Schlosser (siehe Anm.76).

99 Willi Bredel, Die Prüfung; Kurt Bürger, Aus Hitlers Konzentrationslagern; Hans Beimler, Im Mörderlager Dachau.

Ansatzpunkte für legale Stellungnahmen durchforscht, die bei geschickter Ausnutzung der demagogischen Behauptungen und Versprechungen den irreführenden Charakter der herrschenden Propaganda sichtbar werden lassen konnten. Der Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges leitete an der Schule eine anhaltende Diskussion über die Entwicklung auf der Iberischen Halbinsel ein. Die deutschen Zirkel-Mitglieder verfaßten eine Resolution mit dem Wunsch, sofort in Spanien eingesetzt zu werden.[100] Doch es sollte noch ein Jahr dauern, bis ein Großteil der männlichen Absolventen nach einem militärischen Intensivkurs an einer Sonderschule der sowjetischen Militärakademie an der spanischen Front eingesetzt wurde.[101] Auch Absolventen der vorangegangenen Durchgänge fanden sich bald in Spanien ein.[102] Hier bekleideten sie meist Positionen im Offiziersrang, fanden als Polit-Kommissare, Kommandeure und an der neu gegründeten Offiziersschule von Pozo Rubio Verwendung.
Der Kreis der Lenin-Schüler, die seit 1933 in den Kampf gegen den Faschismus entlassen wurden, entrichtete einen hohen Blutzoll. Wenn Schätzungen hier auch naturgemäß sehr vage bleiben müssen, so kann man doch mit einiger Sicherheit sagen, daß wohl etwa die Hälfte in Spanien gefallen, in Deutschland hingerichtet oder in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern umgekommen ist.[103] Wer die Kriegszeit in der Sowjetunion zugebracht hatte[104] oder die Torturen in deutscher Haft überstehen konnte, beteiligte sich zumeist unmittelbar nach Kriegsende sofort wieder in Ost und West am Aufbau der KPD. Einige traf noch das harte Los der spätstalinistischen Säuberungen,[105] andere avancierten in höchste Positionen, die sie zum Teil heute noch innehaben, wie der Verteidigungsminister der DDR Heinz Hoffmann und ihr Staatssicherheitsminister Erich Mielke. Ein nicht unbeträchtlicher Teil von Schülern wie Lehrern übte seit der Gründung der DDR leitende Funktionen in Partei und Regierung, in Armee, Gewerkschaft, im Bildungs- und Pressesektor aus.[106]

Es kann wohl ohne Einschränkung festgestellt werden, daß die Lenin-Schule ihr Ziel, qualifizierte Parteiarbeiter auszubilden, die in jeder Lebenslage ausschließlich den Interessen der

100 Siehe Heinz Hoffmann, a.a.O., S.312.

101 Ernst Buschmann, Herbert Firl, Georg Henke, Reinhold Hentschke, Albert Hössler, Heinz Hoffmann, Fritz Köhn, Rudolf Menzel, Karl Merkel, Hermann Schuldt, Eugen Schwebinghaus (siehe Biographisches Handbuch, S.105, S.174, S.284f., S.307f., S.309, S.378f., S.489f., S.490, S.673 und S.681), Helmut Heine (Helmut Heine, In den Reihen der Internationalen Brigaden in Spanien, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifswald, Jg. 16 (1967), H.1, S.43ff und Willi Glatzer (Deckname "Richard Schenk", siehe Brigada Internacional ist unser Ehrenname . . . Erlebnisse ehemaliger deutscher Spanienkämpfer, 2 Bde. Hrsg. von Hanns Maaßen, Berlin 1974, Bd. 2, S.163).

102 Ernst Eckmann, Karl Mewis, Erich Mielke, Fritz Rettmann, Georg Schlosser.

103 In Spanien fielen Ernst Eckmann, Willi Glatzer, Karl Merker, Georg Schlosser; laut Erich Glückauf, Begegnungen und Signale, Berlin 1976, S.300, soll eine Gruppe Lenin-Schüler am Tage nach ihrer Ankunft in einen Hinterhalt geraten und umgebracht worden sein; zum Tode verurteilt wurden Arthur Emmerlich, Rudolf Hallmeyer, Heinrich Konrath (siehe Biographisches Handbuch, S.384), Wilhelm Knöchel, Wilhelm Kox (siehe Biographisches Handbuch, S.388f.), Irma Meinecke (Teilnehmerin des Jugendzirkels 1935/36, wurde laut Margarete Müller während des Krieges in der Tschechoslowakei hingerichtet), Eugen Schwebinghaus, Willi Seng, Max Stoye, Heinrich Wiatrek, Irene Wosikowski; in der Haft kamen Bruno Dubber, Max Grzeschik, Paul Eisenschneider und Erich Krause ums Leben; Albert Hössler sprang 1942 mit dem Fallschirm hinter den deutschen Linien ab, wurde bald darauf verhaftet und ermordet. Werner Fischer sprang 1945 ebenfalls mit dem Fallschirm ab und ist seither verschollen. Herbert Firl verstarb nach Internierungen in Frankreich und Nordafrika auf der Überfahrt nach Mexiko (Wolfgang Kießling, Exil in Lateinamerika, Leipzig 1980, S.223).

104 Heinz Hoffmann als verwundeter Spanien-Rückkehrer und Karl Raab (siehe Biographisches Handbuch, S.579) als Redakteur beim deutschsprachigen Moskauer Rundfunk.

105 Käte Lübeck, M.K. und Fritz Sperling.

106 Robert Büchner, Hilde Erxleben, Heinz Friedrich, Gottfried Grünberg, Paul Härtel, Georg Henke, Reinholf Hentschke, Otto Hertel, Fritz Köhn, Arthur Mannbar, Rudolf Menzel, Karl Mewis, Karl Raab, Fritz Rettmann, Erich Richter (siehe Biographisches Handbuch, S.601). Hans Schilde, Waldemar Schmidt, Hermann Schuldt, Waldemar Verner.

kommunistischen Bewegung sowjetischer Prägung zu dienen hatten, bei den deutschen Schülern voll und ganz erreicht hat. Zumindest läßt sich das angesichts des Werdegangs der bekanntgewordenen Absolventen sagen. Nicht so einheitlich verhielten sich dagegen die Teilnehmer der anderen Ländersektoren. So stellte z.B. ein französischer Teilnehmer des Durchgangs 1929/30 Mitte der sechziger Jahre fest, daß von rund 100 identifizierten Studenten des französischen Sektors nur noch 15 Mitglieder der KPF waren. Alle übrigen hatten mit der Partei noch in den dreißiger Jahren oder später gebrochen.[107] Wenn die aus dieser Schule hervorgegangenen deutschen Kader dennoch nicht zu Initiatoren bzw. Repräsentanten einer revolutionären Entwicklung wurden – wie die Gründer einst erhofft hatten – so lag dies zum einen an der besonderen politischen Situation in Deutschland, zum anderen an der zunehmend den sowjetischen Interessen untergeordneten Politik der Komintern.

Die Militärpolitische Schule (MP-Schule)

Alle gesammelten Informationen deuten daraufhin, daß die Einrichtung militärpolitischer Kurse auf einem Gut bei Moskau 1930 erfolgte. Doch muß es bereits vorher eine solche Ausbildungsmöglichkeit für deutsche Kommunisten gegeben haben, denn in verschiedenen Lebensläufen werden Militärkurse bereits 1923/24 erwähnt.[108] Während letztere in Verbindung zur Militärakademie der Roten Armee zu sehen sind, unterstanden die späteren Kurse der Komintern. Es gibt allerdings kein Anzeichen für die bei den anderen Schulen herrschende Internationalität; stets war nur von deutschen Schülern die Rede. Die Lehrgänge dauerten etwa ein halbes Jahr, ihre Teilnehmerzahl lag vor 1933 bei ca. je 30 Personen, die in Unterrichtsgruppen zu zehn Schülern aufgeteilt wurden. Ihnen standen Gruppenführer aus den eigenen Reihen vor, die teilweise bereits zum zweiten Mal einen Kurs besuchten.[109] Sämtliche Schüler trugen die Uniform der Roten Armee ohne Rangabzeichen. Die Lehrgänge begannen stets – soweit feststellbar – etwa im November/Dezember und endeten im Frühjahr des folgenden Jahres. Leiter der Schule war der Finne Tuure Lehen, den Schülern nur als "Alfred" bekannt. Er war der Autor der damals vielzitierten Bürgerkriegsbroschüre "Der Weg zum Sieg" und – wie wir von Franz Feuchtwanger wissen – bei der KI für den Militär-Apparat der KPD verantwortlich. Als zweiter Mann an der Schule galt Wilhelm Zaisser ("Werner"), ein Weltkriegsoffizier, der seine militärischen Erfahrungen schon bei der Roten Ruhr-Armee im März 1920 eingesetzt hatte und später für den militärischen Nachrichtendienst der SU tätig war.[110] Beide unterrichteten in der Theorie des bewaffneten Aufstands, wobei sie die Arbeitererhebungen der letzten Jahrzehnte analysierten. Wenn Feuchtwanger 1934 auffiel, daß dabei die Vorkommnisse in Deutschland ausgespart wurden, so berichteten Absolventen späterer Jahrgänge doch von der Behandlung des Ruhrkampfes sowie des Hamburger Aufstandes.[111] Zaisser erteilte auch militärtaktischen Unterricht, der zur selbständigen Führung von Kampfeinheiten befähigen sollte, lehrte ferner Topographie, Waffenlehre und Waffeneinsatz. Für die praktischen Übungen an verschiedenen Waffentypen sowie beim Umgang mit Sprengstoff standen einige Hilfskräfte zur Verfügung. In speziellen Bereichen wie Morsetechnik, Chiffrieren, Funkwesen usw. wurden Spezialisten hinzugezogen, die nicht dem Lehrkörper angehörten. Neben den rein militärtechnischen Fächern wurde selbstver-

107 Participant Essays, H. Barbe.
108 So bei Hans Kippenberger, Arthur Illner, Rudolf Renner und Erich Wollenberg.
109 HSTA Düsseldorf, 71901.
110 Zu Tuure Lehen und Wilhelm Zaisser siehe Branko Lazitch und Milorad M. Drachkovitch, a.a.O., S.215f. und S.451f. und Franz Feuchtwanger, a.a.O., S.502.
111 HSTA Düsseldorf, 22772 und 35787

ständlich auch ein gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium absolviert, wie es in ausführlicherer Form schon von den vorgenannten Schulen bekannt ist. Hier vermittelte Sepp Schwab, zu dieser Zeit Mitarbeiter der deutschen Sektion der KI, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.[112] Der von Feuchtwanger erwähnte Wassiljew brachte in den beiden letzten Durchgängen den Schülern die Geschichte der Bolschewiki nahe. Es versteht sich von selbst, daß die Geheimhaltung an dieser Schule weitaus am schärfsten gehandhabt wurde. Hier gab es auch nicht die an der KUNMZ und der Lenin-Schule üblichen Betriebs-Praktika und ausgedehnte Exkursionen ins Landesinnere. Selbst Ausflüge nach Moskau waren eine Seltenheit und wurden ab 1933 fast gänzlich unterbunden.

Die Absolventen der vor 1933 stattgefundenen Kurse entstammten überwiegend dem Militär-Apparat (M-Apparat) der Partei, kamen aber auch aus dem RFB und der Roten Sporteinheit. Einzelne hatten zuvor reine Partei- oder Gewerkschaftsarbeit geleistet. Die rund 20 Ermittelten aus der Gruppe der Schüler vor 1933 stammten aus Großstädten wie Berlin, Hamburg, Köln, Düsseldorf, Essen, Stuttgart. Nach dem Lehrgang gingen sie meist an ihre Ausgangsorte zurück und avancierten dort schnell. Der Zentrale des M-Apparates wurden – soweit bekannt geworden – Theo Bottländer, Wilhelm Bahnik, Theo Faller, Karl Langowski, Leon Roth, Franz Schubert, Heinrich Schürmann und Rudolf Schwarz zugeteilt, Karl Olbrysch, Führungskader des RFB, übernahm nach seiner Rückkehr die Leitung der illegalen "Roten Jungfront".[113] In ihren Heimatbezirken wirkten weiter Georg Schmidt, Karl Rattai, Camillo Scariot (Ruhr) Willi Fänger, Nikolaus Werner (Niederrhein), Richard Staimer (Nordbayern), Anton Switalla (Wasserkante), Josef Steidle (Württemberg).[114] Hier wurde nach dem Vorbild der Zentrale

112 Biographisches Handbuch, S.676

113 Theo Bottländer 1904 in Schwartau geb., 1933 verhaftet, zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, ging anschließend nach Frankreich, dort 1939 interniert. Den Angaben eines Internierten zufolge 1940 nach Neuseeland ausgewandert. Nach anderen Angaben als Spitzel in der Résistance entlarvt und liquidiert. HSTA Düsseldorf 31160 und Sammlung unveröffentlichter Erinnerungen ehemaliger Brandenburg-Häftlinge. – Zu Wilhelm Bahnik, Leon Roth (das ist der von Franz Feuchtwanger, a.a.O., S.502 genannte "Stefan") und Heinrich Schürmann siehe Biographisches Handbuch, S.33, S.620 und S.672. – Theo Faller war nach dem Lehrgang für die Waffen- und Munitionsbeschaffungs-Organisation (Wumbo) in Berlin verantwortlich. Oberlandesgericht Hamm O.J.247-34. – Karl Langowski war 1933 Leiter des Ressorts Reichswehrzersetzung beim M-Apparat, er wurde Ende 1933 verhaftet. BDC L 269, HSTA Düss. 3537. – Franz Schubert, 1893 in Ketzeldorf geb.; er war der von Franz Feuchtwanger a.a.O., S.503 genannte "Erwin". Er konnte sich bis Frühjahr 1935 in der illegalen Arbeit des M-Apparates in Deutschland halten, arbeitete dann von Prag aus. 1937 soll er nach Spanien gegangen sein. HSTA Düsseldorf, 15973, 71901. – Zu Rudolf Schwarz siehe Deutsche Widerstandskämpfer, Bd.2, S.252ff. – Zu Karl Olbrysch siehe Biographisches Handbuch, S.539.

114 Namensnennungen in HSTA Düsseldorf, 71901; Karl Rattai, 1901 in Bochum geb., war Leiter des M-Apparates Ruhr vor 1933, ging nach seinem zweiten Kurs-Besuch Mitte 1933 nach Hamburg, wo er bereits im September verhaftet und zusammen mit dem dortigen Oberberater Matthias Thesen vor Gericht gestellt wurde. Er erhielt 4 Jahre, 6 Monate Zuchthaus, danach Überführung in ein KZ. Nach 1945 in der Stadtverwaltung Essen tätig. Er verstarb in den 60er Jahren. Anklageschrift bei der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg und Auskunft Ernst Schmidt, VVN-Archiv, Essen. – Camillo Scariot, 1902 in Essen geb., Kaminbauer, vor 1933 Mitglied der Bezirksleitung Ruhr, 1933 neun Monate in Schutzhaft; nach illegaler Tätigkeit 1936-1940 erneut in Haft. Danach vorsichtige Gruppenbildung während des Krieges bis zur dritten Verhaftung im Mai 1943. KZ Buchenwald bis zur Befreiung. 1945/46 Polizeioffizier in Essen. Nach Differenzen im Dienst Übersiedlung in die DDR. Lebt heute in Mecklenburg. HSTA Düsseldorf, 15891 und 24432 und Auskunft Ernst Schmidt, VVN-Archiv Essen. – Willi Fänger, 1909 in Düsseldorf geb., Elektriker, 1933-1936 in den ostdeutschen Parteibezirken tätig, 1936-1938 in Spanien, dann Mitglied der Abschnittsleitung in Brüssel. 1939 in Belgien verhaftet, 1941 verurteilt, danach KZ Sachsenhausen, Strafeinheit Dirlewanger, übergelaufen zur Roten Armee. 1945/46 Rückkehr nach Düsseldorf. HSTA Düsseldorf, 23558 und Gespräch mit Willi Fänger Oktober 1981. – Zu Richard Staimer und Anton Switalla siehe Biographisches Handbuch, S.719 und S.752. – Josef Steidle 1908 in St. Georgen geb., Bootsbauer, seit 1930 KPD-Mitglied, seit Herbst 1931 Mitarbeiter des M-Apparates Württemberg, nach Besuch des MP-Kurses Leitungsmitglied, 1933 sechs Monate Schutzhaft, 1934/35 Nachrichten-

ebenfalls versucht, die verschiedenen Ressorts des M-Apparates einzurichten und dauerhaft zu besetzen. Erwähnt werden muß, daß auch stets ein BB-Ressort (Betriebsberichterstattung, also Werkspionage) dabei war.[115]

Für den Zeitraum von 1933 bis zum Schulende 1935 ließen sich anhand des gesammelten Materials noch drei Kurse ermitteln: Ende 1932 bis Frühsommer 1933, Ende 1933 bis Frühsommer 1934, Ende 1934 bis Frühsommer 1935. Die Zahl der in den letzten Monaten des Jahres 1932 anreisenden Schüler betrug knapp 40.[116] Ihr Einsatz in Deutschland verzögerte sich angesichts der total veränderten Situation, doch seit Sommer 1933 sickerten sie über Prag und Berlin wieder in die illegalen Apparate ein. Wenn sich auch der M-Apparat 1933 noch nicht gleich "in Nichts" aufgelöst hat, wie der inhaftierte Theo Bottländer einem Zellengenossen in Brandenburg anvertraute,[117] so hat seine zentrale Leitung doch bereits im ersten Jahr der Illegalität einige Verluste hinnehmen müssen. Von den einstigen Absolventen der MP-Schule wurden zu dieser Zeit Bottländer, Dünow, Faller, Langowski, Olbrysch, Schwarz und Kazmierczak verhaftet. Letzterer war erst wenige Wochen zuvor aus Moskau eingetroffen und als vormaliger Leiter des M-Apparates Sachsen mit der Verantwortung für den zentralen Kurierdienst betraut worden.[118]

Angesichts der vielfach unterbrochenen Verbindungen und der nicht mehr voll funktionsfähigen Zentrale verwundert es nicht, daß zum Ende 1933 beginnenden Kurs nur etwa zwanzig Delegierte aus Deutschland anreisten.[119] Diese Schüler hatten nach einer Phase illegaler Arbeit zumeist auch schon das Exil kennengelernt und waren von dort entsandt worden. Ihr späterer Einsatz wurde meistens durch die Stützpunktleitungen ihrer Emigrationsländer geregelt, an die sie nach Kursende rückverwiesen wurden. Diejenigen, die erneut in Deutschland tätig wurden, gerieten – soweit bekannt geworden – der Gestapo noch 1935 in die Fänge.[120] Die deutschen Repressionsinstanzen waren inzwischen ziemlich gut über die militärpolitischen Kurse in der Sowjetunion unterrichtet und machten in Rundschreiben auf das vordringliche Interesse ihrer Behörden an den Absolventen aufmerksam. Berichte über die landesweit aufgedeckte Waffen- und Munitionsbeschaffungs-Organisation (Wumbo) vom Mai/Juni 1934 wiesen darauf hin, daß die geschickte Tarnung der weitgehend im Hintergrund gebliebenen Leiter "ein offensichtliches Resultat der Moskauer Schulung" sei. Im

beschaffung aus den Dornier-Flugzeugwerken, Friedrichshafen. Im Dezember 1935 verhaftet, wurde er gemeinsam mit Stefan Lovasz, Artur Göritz und Liselotte Hermann zum Tode verurteilt. BDC L269.

115 Vgl. dazu Franz Feuchtwanger, a.a.O., S.499.

116 HSTA Düsseldorf, 71901.

117 Sammlung unveröffentlichter Erinnerungen ehemaliger Brandenburg-Häftlinge.

118 Zu Michael Kazmierczak siehe Deutsche Widerstandskämpfer, Bd.2, S.504f; HSTA Düsseldorf, 71901.

119 HSTA Düsseldorf, 15974, 22772.

120 Martin Schmidt (1905 in Köln geb., Exportkaufmann, illegale Tätigkeit am Niederrhein bis Oktober 1933, dann Zusammenarbeit mit RGO-Leiter Fritz Schulte, mit dem er Frühjahr 1934 nach Moskau reiste. Nach Kursende von der Auslandsleitung in Paris für Berlin-Einsatz bestimmt, sollte hier Verbindungen zu illegalen SPD-Organisationen schaffen. Im Oktober 1935 in Berlin verhaftet, zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. HSTA Düsseldorf, 12529, 15973), Reinhold Popall (1902 in Neutief/Ostpreußen geb., 1933 im M-Apparat Hamburg tätig, 1934 zunächst Kurier, dann Einsätze in Hamburg und Berlin. Vorbereitungen für Thälmanns Befreiung getroffen, die im März 1935 auf Beschluß der Auslandsleitung, Prag, abgebrochen wurden. Popall wurde im August 1935 verhaftet. Korrespondenz mit Reinhold Popall; siehe auch Erwin Hanke, Erinnerungen eines Illegalen, Berlin 1976, passim.), Hans Israel (ca. 1905 in Berlin geb., 1933 im Berliner M-Apparat tätig, nach MP-Kurs Instrukteur in Düsseldorf, Mai 1935 verhaftet, zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt. Karl Schabrod, Widerstand an Rhein und Ruhr 1933-1945, Düsseldorf 1969), Karl Tuttas, 1903 in Horst-Emscher geb., Bergmann, bis Herbst 1933 illegal in Essen tätig, seit August 1934 Leiter des M-Apparates, Niederrhein, Mai 1935 in Düsseldorf verhaftet, 10 Jahre Zuchthaus, HSTA Düsseldorf, 49665), Alfons Heising (siehe Biographisches Handbuch, S.282).

Laufe der Vernehmungen sei bekannt geworden, "daß sich verschiedene Funktionäre des Apparates zur Ausbildung in Sprengstoff- und waffentechnischen Sachen in der Sowjetunion aufgehalten haben."[121]

Der letzte, gleichfalls ca. 20 Personen starke Kurs, dem erstmals auch zwei Frauen angehörten;[122] wird in der ländlichen Isolierung kaum Kenntnis erhalten haben von den Veränderungen, die auf den M-Apparat zukamen. Die innerhalb der Parteiführung grassierenden Richtungskämpfe erfaßten auch seinen Leiter Hans Kippenberger. In der ersten Hälfte des Jahres 1935 wurden er und seine verbliebenen Führungskräfte[123] nach Moskau zitiert. In den Auseinandersetzungen um die Parteipolitik und ihre Folgen für die Illegalen im Lande vor und während der Parteikonferenz bei Moskau (die sogenannte "Brüsseler Konferenz") entschied sich auch das Schicksal des M-Apparates. Die meisten seiner Ressorts wurden aufgelöst, nur die Abteilung zur Sicherung der Partei blieb, wenn auch in veränderter Besetzung, bestehen. Die Betriebsberichterstattung als friedenfördernde Maßnahme zum Schutze der Sowjetunion sollte künftig Aufgabe der gesamten noch verbliebenen Anhängerschaft werden. Die alten Führungskader Kippenberger und Roth wurden bald darauf vom Strudel der Säuberungen erfaßt und liquidiert.

Die Absolventen des letzten MP-Kurses, über deren Weiterverwendung offenbar in der unsicheren Phase der Auseinandersetzungen über die künftig zu verfolgende Strategie niemand entscheiden wollte, blieben nach Schulschluß im Mai 1935 weiter in ihrem Schulgebäude. Während der Unterrichtszeit hatte Kippenberger sie einmal besucht, über die politische Lage referiert und sich mit jedem einzelnen Schüler unterhalten. Walter Ulbricht, der nach dem VII. Weltkongreß der KI, zu dem verschiedene Kursanten als Gasthörer Zutritt hatten, an der MP-Schule einen Vortrag über dessen Ergebnisse hielt, konnte den wartenden Schülern auch nichts über ihre weitere Verwendung mitteilen. Erst Mitte Dezember fiel eine Entscheidung. Neun Schüler wurden zu einem Übergangskurs delegiert. Ihnen wurde mitgeteilt, daß sie für eine Verwendung im M-Apparat nicht mehr in Frage kämen und sich deshalb einer Umschulung unterziehen müßten.[124] Von den übrigen wurde der Teil, der erkennbar der alten Kippenbergerschen Führung zuneigte, in Moskauer Betriebe eingegliedert. Mancher von ihnen meldete sich später für einen Spanien-Einsatz. Andere verschwanden in sowjetischen Zuchthäusern und Lagern.[125] Eine geringe Zahl wurde für die Arbeit in Deutschland bestimmt, unter ihnen der Ingeneieur Wilhelm Thews, dem es im Sinne der neuen Unterwanderungstaktik allerdings nur für kurze Zeit gelungen sein soll, Mitglied der SA zu werden.[126]

Der Übergangskurs, an dem gemeinsam mit den MP-Schülern auch etwa 15 Absolventen der KUNMZ und der Lenin-Schule teilnahmen, wurde mit den neuen Aufgaben der Schaffung einer Einheits- und Volksfront in den verschiedenen Ländern vertraut gemacht. Anhand der Kongreß- und Konferenz-Referate erörterte man in kleinen Arbeitszirkeln die angestrebte

121 Landesarchiv Speyer H 33, 985; Oberlandesgericht Hamm O.J.247-34.

122 HSTA Düsseldorf, 35787.

123 Leon Roth, Stützpunktleiter West, Wilhelm Bahnik und Franz Schubert in Berlin und Alfred Bartel (vermutlich der bei Franz Feuchtwanger, a.a.O., S.529 genannte "Emil") vom Stützpunkt Mitte, Prag; Franz Feuchtwangers Abreise kam aus den von ihm angeführten Gründen nicht zustande.

124 HSTA Düsseldorf, 35787.

125 So der ehemalige Hamburger Polizist Oswald Fritz Lehmann, dem der Hamburger M-Apparat wertvolle Informationen zu verdanken hatte. Ihm sollen seine Beziehungen zu dem in Ungnade gefallenen ehemaligen Bezirksleiter Wasserkante Hermann Schubert zum Verhängnis geworden sein. HSTA Düsseldorf, 35787. August Becker aus Westdeutschland kämpfte als Offizier in Spanien; der lungenkranke Herbert Firl kam nach einem Sanatorienaufenthalt auf der Krim 1937 als Zahlmeister zur XI. Brigade (HSTA Düsseldorf, 35787).

126 Ewald Munschke, Wir verteidigten die spanische Republik, in: Im Kampf bewährt. Hrsg. von Heinz Voßke, Berlin 1969, S.253.

Zusammenarbeit mit ehemaligen Sozialdemokraten und das Auftreten in den nationalsozialistischen Massenorganisationen. Zur Unterrichtung über die Verhältnisse standen Zeitungen aus Deutschland zur Verfügung, außerdem die parteieigene "Rote Fahne" und die "Deutsche Volks-Zeitung". Als Leiter fungierte der erst im Sommer 1935 aus deutscher Haft entlassene Karl Thoma ("Ewald Blau", "Ernst Blank", "Gustav Kerber"), einzelne Vorträge hielten der österreichische Komintern-Mitarbeiter Ernst Fischer ("Wieden") und der Aspirant der Lenin-Schule Adolf Singer aus Hamburg.[127] Ein Großteil der Teilnehmer des Übergangskurses ging ohne nochmalige Berührung mit dem deutschen Untergrund nach Spanien. Hier waren ihre einstigen Lehrer Lehen, Zaisser und Thoma inzwischen als militärische Berater tätig.

In den Interbrigaden kämpften Teilnehmer aller Durchgänge der MP-Schule.[128] Ihr weiteres Schicksal gestaltete sich z.T. abenteuerlicher, als es mancher Roman dieses Genres ausmalt. So arbeitete Heinrich Fomferra, ein Fachmann für Sprengwesen, bis Anfang 1942 gemeinsam mit dem sowjetischen militärischen Geheimdienst am Aufbau von Sabotagegruppen in Ungarn und der Slowakei. In der Slowakei verhaftet und zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, befreiten ihn 1944 Partisanen, bei denen er bis zum Eintreffen der Roten Armee als Polit-Kommissar blieb.[129] Alfred Richter, der 1938 in francistische Gefangenschaft geriet, gab sich erfolgreich als Holländer aus, da er sich vor und nach seinem Schulbesuch von 1934 in den Niederlanden aufgehalten hatte und die Sprache beherrschte. Nach zwei glücklosen Ausbrüchen befreite er sich in einem dritten Fluchtversuch schließlich aus der Gefangenschaft. 1942 gelangte er in einer Gruppe holländischer Interbrigadisten auf einem spanischen Schiff nach Curacao. Dort erneut interniert, kam er erst 1947 in seine Heimat Essen zurück.[130] Josef Zettler, Polit-Kommissar des Edgar-André-Bataillons, wurde 1938 in die Sowjetunion abberufen, um hier für einen Einsatz in Deutschland präpariert zu werden. Als Fallschirmspringer ausgebildet, landete er, von der Royal Air Force Anfang 1944 im Raum Wien abgesetzt, buchstäblich in den Armen der deutschen Abwehr, die über den zu erwartenden Absprung bereits unterrichtet war. Qualvolle Verhöre, u.a. auch durch den Chef des RSHA Kaltenbrunner, hatte er durchzustehen. Er gehörte zu den wenigen Überlebenden des KZ Theresienstadt.[131] Theo Faller, ein Metallfacharbeiter aus Baden, konnte, 1933 in Berlin verhaftet, aus einer SA-Kaserne fliehen. Bald darauf erneut ergriffen und nach schweren Mißhandlungen im Zuchthaus Brandenburg eingekerkert, glückte ihm die Flucht von einem Außenkommando. Aus tschechischer Emigration nach Spanien gelangt, führte er hier eine Sabotagegruppe im francistischen Hinterland. Nach Ende des Spanien-Krieges wieder in die ČSR zurückgekehrt, geriet er bei der Flucht vor der deutschen Besetzung in ein rumänisches KZ. In die besetzte ČSR abgeschoben, versuchte er mit Unterstützung der Quäker in die

127 Zu Karl Thoma siehe Deutsche Widerstandskämpfer, Bd. 2, S.348ff und unter 'Ewald Blau' Biographisches Handbuch, S.68f.; zu Erwin Fischer Biographisches Handbuch, S.175f.

128 Herbert Arzt (siehe Karl Schabrod, Widerstand gegen Flick und Florian. Düsseldorfer Antifaschisten über ihren Widerstand 1933-1945, Frankfurt/M., 1978), Wilhelm Bahnik, Albert Denz (Brigada Internacional, Bd.2, S.389, HSTA Düsseldorf, 71901), Willi Fänger, Theo Faller, Heinrich Fomferra, Kurt Granzow (zu den drei Vorgenannten siehe den folgenden Text), Lothar Hofmann (Biographisches Handbuch, S.310), Franz Koch (1905 in Honnef geb., 1970 gest., Stukkateur, MP-Kurs 1932/1933, danach kurze illegale Tätigkeit im Bezirk Mittelrhein, Emigration in die Niederlande, nach Spanien-Einsatz und Internierung in Frankreich 1941 zu 2 Jahren, 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Oberlandesgericht Hamm, 5 O.Js. 140-41), Alfred Richter (siehe den folgenden Text), Franz Schubert, Heinrich Schürmann, Richard Staimer, Anton Switalla, Wilhelm Thews (Deutsche Widerstandskämpfer, Bd.2, S.337ff), Josef Zettler (siehe den folgenden Text).

129 Biographisches Handbuch, S.182f.

130 VVN-Archiv Ernst Schmidt, Essen.

131 Biographisches Handbuch, S.846f. und Günter Nollau und Ludwig Zindel, Gestapo ruft Moskau. Sowjetische Fallschirmagenten im 2. Weltkrieg, München 1979, S.87f.

Schweiz zu gelangen. Bei der Paßkontrolle von einem Berliner Gestapomann erkannt, wurde er in das Brandenburger Zuchthaus zur Verbüßung seiner Reststrafe zurückgeschickt. Als das zu dieser Zeit unwahrscheinliche geschah und er nach Ablauf seiner Strafe entlassen wurde, statt in ein KZ überführt zu werden, gelang es ihm sogar durch ein riskantes Manöver, seine Frau aus dem KZ Ravensbrück freizubekommen. Später zum Strafbataillon 999 eingezogen, geriet er auf den Dodekanes. Als sein Schiff von den Engländern versenkt wurde, versuchte er an Land zu schwimmen. Ein Lungensteckschuß setzte seinem Leben ein Ende. Er wurde auf Rhodos begraben.[132] Johann Wenzel, der als Schüler des letzten Kurses eine auffallende funktechnische Begabung erkennen ließ, ging 1936 im Dienste der sowjetischen Militärspionage nach Belgien. Während des Krieges in die Organisation von Leopold Trepper eingegliedert, im Juli 1942 von der deutschen Abwehr verhaftet, gelang es ihm, Anfang 1943 zu entkommen. Bis Kriegsende konnte er sich in Belgien und Holland verborgen halten. Dann meldete er sich bei einer sowjetischen Botschaft und wurde in die Sowjetunion geleitet. Hier verliert sich seine Spur im Zuchthaus.[133] Kurt Granzow, Mitarbeiter der Berliner Zentrale, war Anfang 1934 an der Beseitigung des Verräters Kattner beteiligt. Die anschließende Emigration führte ihn in verschiedenen Funktionen nach Prag, Paris, Saarbrücken, Zürich und Kopenhagen. Erst 1938 geht er nach Spanien, gerät danach in die Internierungslager Frankreichs, kommt nach Nordafrika und fällt schließlich in die Hände der Gestapo. 1943 wird er in Berlin-Plötzensee hingerichtet.[134]

Mit der Vollstreckung des Todesurteils endete auch das Leben von MP-Schülern, die von der Gestapo entweder als Nachrichtenbeschaffer aus Rüstungsbetrieben verhaftet[135] oder im Zuge der deutschen Okkupation in ihren Exilländer ergriffen wurden.[136] Einer, der dieser Menschenjagd in den Niederlanden entgangen war, reiste 1941 mit dem Auftrag, erneut eine illegale Landesleitung der Partei zu schaffen, nach Deutschland. Anfang 1943 verhaftet, endete er ebenfalls unter dem Fallbeil.[137] Von denjenigen, die nach einer gewissen Zeit illegaler Arbeit im Lande angeklagt und zu einer Zuchthausstrafe verurteilt wurden, kam mancher während der Haftzeit ums Leben.[138] Von vielen verliert sich die Spur nach Verhaftung oder Emigration völlig.

Wer die z.T. langjährigen Haftstrafen überlebt hat, wenn auch häufig mit schwersten gesundheitlichen Schäden, stürzt sich meist 1945 ohne Ruhepause wieder in die politische Arbeit. Im Ostteil Deutschlands werden nicht wenige ehemalige MP-Schüler mit führenden Funktio-

132 Sammlung unveröffentlichter Erinnerungen ehemaliger Brandenburg-Häftlinge.

133 Leopold Trepper, Die Wahrheit, München 1978, S.137, 305, 419.

134 Biographisches Handbuch, S.240, BDC G 367.

135 Josef Steidle (BDC L 269), Gerhard Holzer (Nachrichtenbeschaffung aus Hamburger Werften und Magdeburger Rüstungsbetrieben. Urteil bei Forschungsstelle des Nationalsozialismus, Hamburg)

136 Erwin Fischer und Heinrich Reichel aus holländischer Internierung übernommen (Biographisches Handbuch, S.176 und S.590), Kurt Granzow und Wilhelm Thews aus französischer Internierung überführt, Lothar Hoffmann in Dänemark verhaftet.

137 Alfred Kowalke (Biographisches Handbuch, S.388).

138 Paul Graef (Bezirksleiter des M-Apparates, Niederrhein, 1932/33 MP-Kurs, November 1933 am Niederrhein verhaftet, Todesdatum ungenau. HSTA Düsseldorf, 71901), Walter Griesbach (1902 in Stettin geb., Arbeiter, KPD-Mitglied seit 1929, Funktionär in Güstrow, MP-Kurs 1932/33, danach Kurier der Landesleitung Berlin, März 1935 verhaftet, 15 Jahre Zuchthaus, 1943 im KZ Sonnenburg ermordet. BDC R 132), Ewald Jahnen (MP-Kurs 1932/33, danach Stellvertreter Wilhelm Bahniks, März 1936 in Berliner Untersuchungshaft ermordet. Siehe: Lebendige Tradition. Lebensbilder deutscher Kommunisten und Antifaschisten. Hrsg. von Paul Heider, 2 Bde, Berlin 1974, Beitrag Wilhelm Bahnik), Michael Kazmierczak, Karl Rosteck (Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930 - 1945, Hannover 1969, S.280f.). Karl Olbrysch ging 1940 mit einem Schiff unter, das bei einem Interniertentransport von Großbritannien nach Kanada torpediert wurde. (Biographisches Handbuch, S.539).

nen bei der Volkspolizei, im Staatssicherheitsdienst und beim Aufbau der NVA betraut,[139] verschiedentlich verbunden mit nochmaliger militärpolitischer Ausbildung in der SU. Aber auch im zivilen Sektor machten MP-Schüler Karriere. So wurde Martin Schmidt in der DDR Direktor der Deutschen Notenbank und sein ehemaliger Mitschüler von 1934, Hans Israel, Regierungsrat im Nordrhein-Westfälischen Innenministerium.[140] Doch diese herausragenden Beispiele können nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Niveau der MP-Schule nur mittelmäßig war. So beklagten sich nach Kursende bei abschließender Einschätzung die Schüler auch immer wieder über die allzu knapp bemessene Unterrichtszeit, die es nur erlaubte, einzelne Stoffbereiche anzutippen, ohne genauere Kenntnisse zu vermitteln. Wie der Absolvent Franz Feuchtwanger zutreffend bemerkt, sollten hier eben nur die "Unteroffiziere der Revolution" herangezogen werden. Daß sie im Untergrund wie in der Emigration und in Spanien häufig mit Führungsaufgaben betraut wurden, lag eben, wie bereits erwähnt, an den hohen Verlusten und dem dadurch bedingten steten Mangel an ausgebildeten Kräften. Nach 1945 prädestinierten sie langjährige Parteierfahrungen und ausgeprägte Linientreue sicher stärker als ihre Schulbesuche zur Übernahme von Leitungspositionen, wobei allerdings eine vorwiegend metiergerechte Verwendung unverkennbar bleibt.

139 Josef Gutsche, Hermann Dünow, Heinrich Fomferra, Heinrich Schürmann, Richard Steimer, Anton Switalla, Josef Zettler.

140 Max Frenzel, Wilhelm Thiele, Arthur Mannbar, Gesprengte Fesseln, Berlin 1975, S.106; VVN-Archiv Ernst Schmidt, Essen, Korrespondenz Alfred Richter.

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE(51)

Bearbeitet von Franz Jean Frohn und Walter Momper

Die IWK versucht, systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In der Rubrik "Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete" werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht, sofern diese Arbeiten noch nicht publiziert worden sind. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter einschlägiger Projekte – die in Frage kommenden Themenbereiche sind nachstehend erläutert – um Ergänzung und Rücksendung des Fragebogens, der in jedem Heft als Anhang abgedruckt ist. Auf Wunsch werden Ihnen weitere Fragebogen von der Redaktion übersandt. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter – unter Angabe von deren Anschrift – ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur nach Vorlage des Fragebogens bei dem Bearbeiter erfolgt.

Die Kriterien für die Aufnahme in das Projektverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationale und zur Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmen- und Wirtschaftsgeschichte befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.

Die uns übermittelten Daten werden in der IWK veröffentlicht, um anderen Wissenschaftlern eine erste Information über das Projekt zu vermitteln und eine direkte und schnelle Kontaktaufnahme mit dem Bearbeiter zu ermöglichen. Die Speicherung erfolgt in Form einer Projektkartei. Die Ergebnisse der Erhebung werden außerdem an das Informationszentrum Sozialwissenschaft, Bonn-Bad Godesberg, zur Speicherung und Auswertung für deren wissenschaftliche Zwecke und gegebenenfalls zur Aufnahme des Projekts in das jedes Jahr vom Informationszentrum publizierte Verzeichnis der "Forschungsarbeiten in den Sozialwissenschaften" weitergegeben.

Sofern Projekte aus anderen Publikationen übernommen oder der Redaktion von Institutionen mitgeteilt worden sind, wird das am Ende der Projektmeldung vermerkt. Im übrigen beruhen die Meldungen und insbesondere die Nachträge auf den uns vom jeweiligen Bearbeiter übermittelten Daten. Die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben, insbesondere die Genauigkeit von bibliographischen Angaben, kann die Redaktion aus Gründen der Arbeitsökonomie nicht überprüfen.

Die Angaben zu den einzelnen Projekten sind jeweils nach dem folgenden Schema geordnet:

0 Laufende Nummer des Projekts (in der IWK)
1 Institution(en), in deren Rahmen die Forschungsarbeit durchgeführt wird
2.1 Bearbeiter, Vor- und Zuname, Anschrift (Leiter unterstrichen)
2.2 Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades: Name des Betreuers
4 Stand der Forschungsarbeit
5 Laufzeit des Projekts
6 Art der Arbeit
7 Auftragsgeber der Forschungsarbeit
8 Kostenträger
9 (Arbeits-)Titel der Forschungsarbeit (ggf. Untertitel)
10.1 Zeitraum, auf den sich die Forschungsarbeit bezieht
10.2 Geographischer Raum, auf den sich die Forschungsarbeit bezieht
11.1 Inhaltliche Ziele der Arbeit
11.2 Schlagwörter zum Inhalt als Suchbegriffe für Register
12 (Teil-)Veröffentlichungen der Arbeit bzw. deren Planung
13 Nichtveröffentlichte (Zwischen-)Berichte, Manuskripte, Arbeitspapiere usw.
14 Methodische Anlage (Vorgehensweise, Untersuchungsart, theoretischer Ansatz, Befragung; Quellenbasis: Archive, Archivalien, amtliche Statistik, Zeitungen)
19 Hinweis auf Fundstelle oder mitteilende Institution

Eine dringende Bitte an unsere Leser:

Um die Berichterstattung über den Fortgang der gemeldeten Forschungs- und Publikationsvorhaben jeweils auf dem neuesten Stand zu halten, bittet die Redaktion dringend darum, ihr auch Mitteilungen über den Stand von bereits angezeigten Projekten zukommen zu lassen. Insbesondere wenn Arbeiten abgeschlossen, publiziert, Titel oder Gegenstand geändert oder aufgegeben wurden, bitten wir um Nachricht. Nur so können wir vermeiden, daß das Verzeichnis der Forschungs- und Publikationsvorhaben der IWK zu einem sogenannten Projektfriedhof ohne tatsächlichen Wert als Hilfsmittel für die Forschung wird. Bitte verwenden Sie die Rückseite des Projekt-Fragebogens am Schluß dieses Heftes und füllen Sie diesen bitte möglichst vollständig und genau aus.

Redaktionsschluß: 7.4.1982

Abkürzungen und Verzeichnis der ausgewerteten Zeitschriften

AIMS American Institute for Marxist Studies, Newsletter
20 East 30th Street
USA-New York, N.Y. 10016

BZG Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
Hrsg.: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED
Wilhelm-Pieck-Str. 1
DDR-1054 Berlin

DN Deutsche Nationalbibliographie
Hrsg.: Deutsche Bücherei
Deutscher Platz 1
DDR-701 Leipzig

Info informationen projektteam geschichte der arbeiterbewegung
Albertgasse 23
A-1080 Wien

MAAB Meddelande från Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliotek
Upplandsgatan 5
S-111 81 Stockholm

Mitt Mitteilungen
Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes
Altes Rathaus, Wipplingerstr. 8
A-1010 Wien

ZfG Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
Glinkastr. 13-15
DDR-108 Berlin

I. PROJEKTVERZEICHNIS

Bearbeitet von Franz Jean Frohn

A. GESCHICHTSWISSENSCHAFT, HILFSMITTEL

0 82-235
1 Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
2.1 HEYN, Wolfgang
4 Abgeschlossen
6 Diss. (A)
9 Analyse und Kritik der nichtmarxistischen Historiographie der BRD zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung von 1890-1933
19 ZfG, 30. Jg. (1982), Nr. 2

0 82-236
1 Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
2.1 BERLEKAMP, Brigitte
4 Abgeschlossen
6 Diss. (A)
9 Analyse und Kritik der gegenwärtigen Geschichtsauffassungen der CDU und der CSU zur deutschen Geschichte von 1918 bis 1945
19 ZfG, 30. Jg. (1982), Nr. 2

B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

0 82-237
1 AHDE-Verlag, Postfach 129, 1000 Berlin 61
2.1 AHRENS, Helmut und Hans-Jürgen DEGEN (Hrsg.); Fidicinstr. 44, 1000 Berlin 61
4 Laufend
5 Ende: 6/82
6 Nachdruck
8 AHDE-Verlag
9 Deutsche Anarcho-Syndikalisten (Hrsg.): Schwarz/Rotbuch. Dokumente über den Hitler-Imperialismus
10.1 1930-1936
10.2 Iberische Halbinsel
12 Veröffentlichung 1982 im AHDE-Verlag, Berlin
13 1. Aufl. 1937; Standort: Königliche Bibliothek Stockholm
14 1936 in Barcelona beschlagnahmte Dokumente der iberischen Zentrale der NSDAP-Auslandsorganisation

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER, BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

0 82-238
1 Univ. Halle, Philosophische Fakultät
2.1 BRÜGGEMANN, Jürgen
4 Abgeschlossen
6 Diss. (A)
9 Der philosophische Anarchismus des 19. Jahrhunderts und seine Kritik durch Karl Marx und Friedrich Engels
19 DN, C 1981, H. 10

0 82-239
1 Univ. Halle,Philosophische Fakultät
2.1 SAILER, Joachim
4 Abgeschlossen
6 Diss. (A)
9 Die Entwicklung des ästhetischen Denkens von Georg Lukács. Unter besonderer

Berücksichtigung seiner Arbeit "Die Eigenart des Ästhetischen" sowie des Verhältnisses von Wissenschaft und Kunst
19 DN, C 1981, H. 10

0 82-240
1 Univ. of Florida
2.1 BRUNSON, D.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
9 The quest for social justice. A study of Walter Rauschenbusch and his influence on Reinhold Niebuhr and Martin Luther King, jr.
19 AIMS, XIX (1982), Nr. 1

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

0 82-241
1 Boston Univ.
2.1 HUNTER, H.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
9 The life and work of Oliver C. Cox
19 AIMS, XIX (1982), Nr. 1

0 82-242
1 Univ. Wien, Institut für Zeitgeschichte
2.1 DEMPF, Felicitas; Stephansplatz 6/1/17, A-1010 Wien
4 Laufend
6 Diss.
9 Karl Plättner und der 'Bewaffnete Bandenkampf'

0 82-243
1 Cornell Univ.
2.1 CHARLES, C.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
9 Roy Wilkins and the early struggle for civil rights
10.1 1901-1939
19 AIMS, XIX (1982), Nr. 1

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

I. Allgemeine Darstellungen
Darstellungen über größere Zeiträume

0 82-244
1 Univ. Bremen
2.1 SCHARF, Günter; Feldstr. 107, 2800 Bremen 1
2.2 Prof. Dr. Rainer Zoll
4 Laufend
5 Ende: 83
6 Diss.
9 Theorie und Geschichte der Arbeitszeitverkürzung. Der Kampf der deutschen Gewerkschaften um die Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit
10.2 Deutschland

0 82-245
1 Univ. Bielefeld, Pädagogisches Institut
2.1 EPPE, Heinrich; Hauptstr. 70, 5307 Wachtberg-Pech
4 Laufend
5 Ende: 6/82
6 Diss.
9 Die sozial- und jugendpolitischen Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterjugendbewegung in den Jahren 1904-1933
10.1 1904-1933
12 Veröffentlichung 1982 in der Schriftenreihe des Archivs der Arbeiterjugendbewegung
14 Hauptquellen: Zeitschriften und Publikationen der Arbeiterjugendorganisationen

0 82-246
1 Univ. Münster; FB Geschichte, LS für Sportpädagogik
2.1 DIERKER, Herbert; Blücherstr. 27, 1000 Berlin 61
2.2 Prof. Dr. Manfred Botzenhart; Prof. Dr. H. Langenfeld
4 Laufend
5 Anfang: 2/80, Ende: 2/83
6 Diss.
8 Grad.-Fög
9 Geschichte der deutschen und internationalen Arbeitersportbewegung in den 20er und 30er Jahren
10.1 1919-1939
10.2 Europa; bes. Deutschland, Österreich, Schweiz, UdSSR
11.1 Zusammenhang zwischen allgemeiner, politischer, ökonomischer sowie gesellschaftlicher Entwicklung und nationaler und internationaler Arbeitersportbewegung; Analyse der Arbeitersportbewegung als Kulturbewegung
11.2 Arbeitersport, Arbeiterkultur
13 Staatsex., Forschungsberichte
14 Archivalien, Zeitungen, Zeitschriften, Interviews, Verbandsstatistiken

0 82-247
1 Univ. Göttingen, Seminar für Politikwissenschaft, Nikolausberger Weg 5 c, 3400 Göttingen
2.1 STRATMANN, Friedrich; Annenstr. 11, 3000 Hannover 1
4 Laufend
5 Ende: 6/83
6 Diss.
9 Technologische Struktur und politische Steuerung. Das Beispiel Chemische Industrie in der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft 1939-1948 in der britischen/Bi-Zone
10.1 1939-1948
14 StAe, VerbandsAe, FirmenAe

II. Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

0 82-248
1 Univ. Hamburg, FB Sprachwissenschaften
2.1 GEIGER, Ruth-Esther
4 Abgeschlossen
6 Diss.
9 Zeitschriften 1848 in Berlin. Die Zeitschriften als Medium bürgerlicher Öffentlichkeit und ihr erweiterter Funktionszusammenhang in den Berliner Revolutionsmonaten von 1848
10.1 1848
10.2 Berlin
19 DN, C 1981, H. 11

b) 1890-1914

0 82-249
1 Univ. Köln, Seminar für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Albert-Magnus-Platz, 5000 Köln 41
2.1 FEIGE, Ulrich; Gracht 82, 4330 Mülheim
2.2 Prof. Dr. Friedrich Zunkel
4 Laufend
5 Ende: 3/83
6 Diss.
9 Gewerkschaften und Bergarbeiter im Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat in der Zeit von 1895 bis 1905. Unter besonderer Berücksichtigung des Mülheimer und Duisburger Raumes
10.1 1895-1905
10.2 Region Mülheim – Duisburg
11.1 Probleme bei der Entstehung der Bergarbeitergewerkschaften im Zusammenhang: der Kampf um Mitglieder, Auseinandersetzungen mit dem Staat, die Doppelstrategie der Arbeitgeber, Streben nach Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und Bemühen der Gewerkschaften um Ruhe an der Basis
12 Geplant: Aufsätze
14 StA Düsseldorf, StadtAe

c) Weltkrieg und Revolution

–

d) Weimarer Republik

0 82-250
2.1 STURM, Reinhard; Königsallee 85, 3400 Göttingen
4 Laufend
5 Ende: 9/82
6 Aufsatz
9 Faschismusauffassungen der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik
10.1 1918-1933
10.2 Deutschland

0 82-251
1 Univ. Münster
2.1 WENTZEL, Lothar; Heinestr. 15, 6000 Frankfurt/M.
4 Laufend
5 Ende: 85
6 Monographie
9 Die Bildungsarbeit der freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik
10.1 1918-1933
10.2 Deutschland
14 Gedruckte Quellen

0 82-252
1 PH Potsdam, Historisch-Philologische Fakultät
2.1 PÜSCHEL, Almuth
4 Abgeschlossen
6 Diss. (A)
9 Die Entwicklung bündnispolitischer Beziehungen der KPD mit den darstellenden Künstlern, insbesondere mit der film-künstlerischen Intelligenz, in der Weimarer Republik
10.1 1919-1933
19 ZfG, 30. Jg. (1982), Nr. 2

0 82-253
1 PH Potsdam, Historisch-Philologische Fakultät
2.1 BUSSE, Annerose
4 Abgeschlossen
6 Diss. (A)
9 Die Entstehung, Entwicklung und Funktion der sozialdemokratischen Wohlfahrtspflegeorganisation "Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e.V." in der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise
10.1 1919-1923
19 ZfG, 30. Jg. (1982), Nr. 2

e) 1933-1945

0 82-254
1 Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin/DDR; Zentralinstitut für Geschichte
2.1 MAMMACH, Klaus
4 Abgeschlossen
6 Diss. (B)
9 Totaler Kriegseinsatz der deutschen Bevölkerung Sommer 1944 bis Frühjahr 1945 unter besonderer Berücksichtigung des Volkssturms
10.1 1944-1945
19 ZfG, 30. Jg. (1982), Nr. 2

f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

0 82-255
1 Univ. Göttingen, Seminar für Politikwissenschaft, Nikolausberger Weg 5 c, 3400 Göttingen
2.1 KRUMBEIN, Wolfgang; Rastenburger Weg 6, 3400 Göttingen
4 Laufend

5 Ende: 12/83
6 Habil.
9 Politische Steuerung der Eisen- und Stahlindustrie. Ökonomische und politische Probleme der Rekonstruktion der Eisen- und Stahlschaffenden Hüttenindustrie in Westdeutschland 1945-49
10.1 1945-1949
14 Archivmaterialien, Interviews

0 82-256
1 Univ. Göttingen
2.1. DREXLER, Alexander; Universität Göttingen, Seminar für Politikwissenschaft, Projekt Bewirtschaftung, Nikolausberger Weg 5 c, 3400 Göttingen
2.2 Prof. Dr. Euchner
4 Laufend
5 Ende: 83
6 Diss.
9 Steuerung ohne Legitimation. Zur Restauration des Marktes in der Textilwirtschaft 1945-1949
10.1 1945-1949
11.1 Strukturprobleme der Textilbewirtschaftung und generalisierbare Planungs- und Steuerungsprobleme
14 Archivmaterial, Interviews

g) B R D

0 82-257
1 FU Berlin
2.1 ZIMMERMANN, Burkhard; Am Hegewinkel 121, 1000 Berlin 37
2.2 Prof. Dr. Urs Jaeggi
4 Laufend
5 Ende: 84
6 Diss.
9 Das Verhältnis von SPD und DGB in den fünfziger Jahren
10.1 1950-1959
10.2 BRD
14 Interviews, Archivmaterial

0 82-258
1 PH Potsdam, Historisch-Philologische Fakultät
2.1 LUHN, Dieter
4 Abgeschlossen
6 Diss. (A)
9 Der Anteil der SDAJ am Kampf der Arbeiterjugend der BRD für die Durchsetzung einer Politik des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts in der Bundesrepublik Deutschland
19 ZfG, 30. Jg. (1982), Nr. 2

h) D D R

0 82-259
1 Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
2.1 GYSI, Birgid
4 Abgeschlossen
6 Diss. (A)
9 Die Politik der SED zur Aneignung des kulturellen Erbes am Beginn der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft
10.1 1960-1964
19 ZfG, 30. Jg. (1982), Nr. 2

0 82-260
1 Bergakademie Freiberg, Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
2.1 MEISTER, Ute
4 Abgeschlossen
6 Diss. (A)
9 Zur Widerspieglung der Entwicklung der Produktivkräfte in ausgewählten Romanen der DDR-Literatur
19 DN, C 1981, H. 10

III. Regionale und lokale Darstellungen

a) Regional

0 82-261
1 Univ. Rostock, Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
2.1 RAKOW, Peter-Joachim
4 Abgeschlossen
6 Diss. (A)
9 Staat, Verfassung und Regierung von Mecklenburg-Schwerin im Spannungsfeld von Revolution und Konterrevolution 1848-1850
10.1 1848-1850
19 ZfG, 30. Jg. (1982), Nr. 2

0 82-262
1 Univ. Düsseldorf
2.1 WIESEMANN, Falk; Universität Düsseldorf, LS für Neueste Geschichte, Universitätsstr. 1, 4000 Düsseldorf 1
4 Laufend
5 Anfang: 1/82
6 Monographie
9 Die soziale Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen
10.2 Nordrhein-Westfalen
14 Staatliche und kommunale Ae NRWs, der britischen Besatzungsbehörden etc.

b) Lokal

0 82-263
1 Bergakademie Freiberg, Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
2.1 LUDWIG, Kurt
4 Abgeschlossen
6 Diss. (A)
9 Von der Maschinenbauwerkstatt zur Maschinenbaufabrik. Eine Studie zum Problem des Übergangs von der manuellen zur maschinellen Fertigung von Maschinen, dargestellt am Beispiel der Entwicklung der Firma Richard Hartmann in Chemnitz

10.2 Chemnitz
13 2 Bde
19 DN, C 1981, H. 10

0 82-264
1 Univ. Leipzig, Philosophische Fakultät
2.1 RICHTER, Gerd
4 Abgeschlossen
6 Diss.
9 Zur Herausbildung und Ausprägung der Kommunalpolitik der Kommunistischen Partei Deutschlands in Chemnitz von 1918/19 bis 1929
10.1 1918-1929
10.2 Chemnitz
14 "Der kommunistische Gemeindevertreter", Protokolle der Sitzungen der engeren und erweiterten Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland der KPD sowie der Ratssitzungen und der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Chemnitz, ZPA, BezirksparteiA, StA Dresden, StadtA Karl-Marx-Stadt
19 BZG, 24. Jg. (1982), Nr. 2

0 82-265
1 Flensburger Arbeitskreis für Stadt- und Regionalforschung, Stadtarchiv im Rathaus, 2390 Flensburg
2.1 VAAGT, Gerd; Wiesendangerweg 40, 2390 Flensburg
4 Laufend
5 Anfang: 6/81, Ende: 6/83
6 Auftragsforschung, Eigenprojekt d. Bearb., Aufsatz
9 Die Industrialisierung Flensburgs
10.1 1840-1914 (-1945)
10.2 Stadt Flensburg, Umland, ehem. Herzogtum Schleswig
11.1 Industrialisierung unter wechselnden Bedingungen: staatlicher Zugehörigkeit (1864/67; 1920), der Marktferne im Deutschen Reich, nach neuer Grenzziehung 1920 in einer Grenzregion (später EWG-EFTA-Grenze, dann EG)
11.2 Frühindustrialisierung, Eisenindustrie und Landwirtschaft
12 Gerd Vaagt: Die Anfänge einer Eisenindustrie in Flensburg, in: Jürgen Brockstedt (Hrsg.): Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Neumünster
13 Gerd Vaagt: Die Anfänge einer Eisenindustrie in Flensburg, Vortrag in Kiel, 1981
14 Öffentliche und Firmen-Ae, Presse, Statistik, Literatur

0 82-266
1 PH Potsdam, Historisch-Philologische Fakultät
2.1 WENDLER, Hans
4 Abgeschlossen
6 Diss. (A)
9 Zum Kampf der Parteiorganisation der KPD im ehemaligen Regierungsbezirk Potsdam gegen Imperialismus, Faschismus und imperialistischen Krieg von 1929 bis Herbst 1933
10.1 1929-1933
19 ZfG, 30. Jg. (1982), Nr. 2

F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE

Polen

0 82-267
1 Univ. Oldenburg
2.1 PAWLITTA, Manfred
4 Abgeschlossen
6 Diss.
9 Die "Sozialistische Industrialisierung" in Polen. Unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in der eisenschaffenden Industrie
19 DN, C 1981, H. 10

Schweiz

0 82-268
1 Univ. Heidelberg
2.1 ANSCHÜTZ, Kurt; Arndtstr. 1, 6602 Dudweiler
2.2 Prof. Dr. H.-E. Tödt
4 Laufend
5 Ende: 83/84
6 Diss.
9 Voraussetzung und Entwicklung der Auseinandersetzungen in der evangelischen Bevölkerung mit dem Nationalsozialismus in St. Georgen
10.1 1890-1945
10.2 St. Georgen/Schweiz
11.1 Sozial-, Parteien- und Kirchengeschichte St. Georgens ab Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945; Verhältnis von Kirche und Arbeiterbewegung
14 Tageszeitung St. Georgens ab 1896, Kirchenzeitung, Archivmaterial von Stadt und Kirche

USA

0 82-269
1 Johns Hopkins Univ.
2.1 TOMLINS, C.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
9 Federal labor relations policy and organized labor movement in America
10.1 1935-1955
19 AIMS, XIX (1982), Nr. 1

0 82-270
1 Boston Univ.
2.1 WEINER, Lynn
4 Abgeschlossen
6 Diss.
9 From the working girl to the working mother. The debate over women, work and morality in the U.S.

10.1 1820-1980
19 AIMS, XIX (1982), Nr. 1

0 82-271
1 Michigan State Univ.
2.1 HAMILTON, Mary
4 Abgeschlossen
6 Diss.
9 A progressive publisher and the Cold War. J.W. Gitt and "The Gazette and Daily", York, PA.
10.1 1946-1956
19 AIMS, XIX (1982), Nr. 1

0 82-272
1 Univ. of Missouri
2.1 STRAW, R.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
9 Birmingham miners struggle for power
10.1 1894-1908
19 AIMS, XIX (1982), Nr. 1

0 82-273
1 Univ. of Minnesota
2.1 TROTTER, J., jr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
9 The making of an industrial proletariat. Black Milwaukee
10.1 1915-1945
19 AIMS, XIX (1982), Nr. 1

0 82-274
1 Brown Univ.
2.1 GILJE, Paula
4 Abgeschlossen
6 Diss.
9 Mobocracy. Popular disturbances in post-revolutionary New York City
10.1 1783-1829
19 AIMS, XIX (1982), Nr. 1

0 82-275
1 Bryn Mawr Univ.
2.1 LYONS, P.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
9 The communist as organizer. The Philadelphia experience
10.1 1936-1956
19 AIMS, XIX (1982), Nr. 1

G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE UND ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG MEHRERER LÄNDER

0 82-276
1 Univ. of Minnesota
2.1 TOWNSEND, J.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
9 Running the Gauntlet. Cultural sources of violence against the I.W.W.
19 AIMS, XIX (1982), Nr. 1

0 82-277
1 PH Potsdam, Pädagogisch-psychologische Fakultät
2.1 LEHMANN, Ute
4 Abgeschlossen
6 Diss. (A)
9 Bildungspolitische und pädagogische Positionen des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) und der Internationalen Gewerkschaftlichen Vereinigung der Lehrer (FISE)
19 DN, C 1981, H. 10

II. NACHTRÄGE

Bearbeitet von Walter Momper

0 26
1 Univ. Mannheim, Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte II
2.1 WEBER, Hermann, Prof. Dr., Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte II, Universität Mannheim, 6800 Mannheim, A 5
4 Abgeschlossen
6 Dokumentation
12 Weber, Hermann und Johann Wachtler: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933. Düsseldorf: Droste 1981 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe, Bd. 6) (2/82)

0 38
1 Univ. Kiel
2.1 BEIER, Gerhard, Dr., Wendelinsweg 2, 6242 Kronberg/Ts.
4 Laufend
6 Monographie
9 Schwarze Kunst und Klassenkampf
10.1 1830-1945
10.2 Deutschland
12 Beier, Gerhard: Schwarze Kunst und Klassenkampf. Bd. 1: Vom Geheimbund zum königlich-preußischen Gewerkverein (1830-1890). Frankfurt/M.:EVA 1966. Bd. 2 (1890-1945) erscheint demnächst
13 Beier, Gerhard: Anfänge der Gewerkschaften im graphischen Gewerbe Deutschlands (1830-1857). Diss., Univ. Kiel 1966 (2/82)

0 176
1 Univ. Bochum
2.1 BAHNE, Siegfried, Prof. Dr., Haardblick 19, 4350 Recklinghausen
4 Laufend
6 Edition
9 Archives de Jules Humbert-Droz: Origines et débuts des partis communistes des pays latins
10.1 1919-1927
10.2 Italien, Spanien, Frankreich
12 Bahne, Siegfried (Hrsg.): Archives de Jules Humbert-Droz I: Origines et débuts des

partis communistes des pays latins (1919-1923). Dordrecht: Reidel 1970. Bd. 2 (Bahne (Hrsg.), Bayerlein, Kretschmann, Tosstorff (Bearb.): Archives de Jules Humbert-Droz II: Les partis communistes des pays latins et l'Internationale Communiste dans les années 1923-1927) erscheint 1982 bei Reidel, Dordrecht. Bd. 3 (Bahne (Hrsg.), del Amo, Bayerlein (Bearb.)) erscheint 1983 bei Reidel, Dordrecht. (2/82)

0 333, 5219
1 TH Darmstadt
2.1 STROBEL, Georg, W., Prof. Dr., Auf der Beine 7, 6114 Groß-Umstadt/Raibach
4 Laufend
6 Edition
9 Quellen zur Geschichte des Kommunismus in Polen 1878-1918. Programme und Statuten
10.1 1878-1942
10.2 Polen
12 Strobel, Georg W. (Hrsg.): Quellen zur Geschichte des Kommunismus in Polen 1878-1918. Programme und Statuten. Bd. 1. Köln: Wissenschaft und Politik 1968 (= Dokumente zum Studium des Kommunismus 5). Bd. 2 (1918-1938) und Bd. 3 (seit 1942) werden bearbeitet (2/82)

0 511
1 FU Berlin
2.1 SPILLER, Jörg-Otto, Schweitzerstr. 6, 1000 Berlin 37
4 Laufend
5 Ende: 3/83
6 Diss.
9 Regierungssystem und Außenpolitik in der Weimarer Republik, dargestellt am Beispiel der Ausarbeitung des Young-Plans
10.1 1928-1932
10.2 Deutschland (2/82)

0 1101
1 Univ. Bochum
2.1 SCHEER, Friedrich-Karl, Dr., Gelsenkirchener Str. 207, 4680 Wanne-Eickel
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 Scheer, Friedrich-Karl: Die Deutsche Friedengesellschaft (1892-1933). Organisation – Ideologie – Politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland. Frankfurt/M.: Haag + Herchen 1981
13 Scheer, Friedrich-Karl: Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933). Organisation – Ideologie – Politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland. Diss., Univ. Bochum 1974 (2/82)

0 1290, 2834, 2835
1 Univ. Linz, Institut für Neuere Geschichte
2.1 HAUTMANN, Hans, Dr., Univ. Linz, Institut für Neuere Geschichte, A-4040 Linz/Donau
4 Abgeschlossen
6 Habil.
13 Hautmann, Hans: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918-1920. Habil., Univ. Linz 1981 (2/82)

0 1389
1 Univ. Frankfurt/M.
2.1 MAAS, Lieselotte, Cronstettenstr. 8 a, 6000 Frankfurt/M.
4 Laufend
6 Bibliographie
9 Deutsche Exilpresse 1933-1945
10.1 1933-1945
10.2 Deutschland
12 Maas, Lieselotte: Handbuch der deutschen Exilpresse 1933-1945. Band I (Bibliographie A-K), Band II (Bibliographie L-Z), Band III (Register), München: Carl Hanser 1976, 1978, 1981. Band IV (Textteil) Veröffentlichung 1983 (2/82)

0 1424
1 FU Berlin, FB 15
2.1 RAFALSKI, Traute, Holsteinische Str. 22, 1000 Berlin 41
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 Veröffentlichung im Westdeutschen Verlag 1982
13 Rafalski, Traute: Reintegration in die Internationale Arbeitsteilung, sozialökonomischer Strukturwandel und korporative Tendenzen im italienischen Faschismus. Diss., FU Berlin 1980 (2/82)

0 1442
1 Univ. Frankfurt/M.
2,1 CONZE, Werner und Rüdiger MOLDENHAUER, Kurt-Schumacher-Straße 25, 6361 Niddatal II
4 Laufend
5 Ende: 12/83
6 Edition
9 Petitionen zu sozialen und wirtschaftlichen Fragen an die deutsche Nationalversammlung 1848/49. Petitionen an den Handwerkerkongreß Frankfurt/M. 1848
10.1 1848-1849
10.2 Deutschland (2/82)

0 1593
1 Univ. Basel
2.1 BELLEVILLE, Elfriede, Rheinparkstr. 5, 4127 Birsfelden/Schweiz
4 Laufend
6 Diss.
12 Veröffentlichung beabsichtigt
13 Belleville, Elfriede: Pierre Coullery und die Anfänge der Arbeiterbewegung in Bern und La Chaux-de-Fonds. Ein Beitrag zur Geschichte des schweizerischen Frühsozialismus. Diss., Univ. Bern 1980 (2/82)

0 1654
1 Univ. Göttingen
2.1 GREBING, Helga, Prof. Dr., Frieseweg 10, 3400 Göttingen
4 Abgeschlossen
6 Monographie
12 Grebing, Helga (Hrsg.): Fritz Sternberg: Für die Zukunft des Sozialismus. Köln: Bund 1981 (2/82)

0 1666
1 Univ. Göttingen
2.1 Grebing, Helga, Prof. Dr., Frieseweg 10, 3400 Göttingen
4 Laufend
5 Ende: 12/83
9 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Neubearbeitung
10.1 1830-1970
10.2 Deutschland (2/82)

0 1748
1 Univ. Darmstadt
2.1 EMIG, Brigitte, geb. Rapp, Friedensstr. 4, 6112 Groß-Zimmern
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 Emig, Brigitte: Die Veredelung des Arbeiters. Die Sozialdemokratie als Kulturbewegung. Frankfurt/M.: Campus 1980
13 Emig, Brigitte: Sozialdemokratie als "Kulturpartei". Beiträge zur Analyse eines politischen Anspruchs. Diss., Univ. Darmstadt 1977 (2/82)

0 1814, 3157
2.1 NOLAN, Mary
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 Nolan, Mary: Social Democracy and Society. Working-class Radicalism in Düsseldorf, 1890-1920. New York: Cambridge University Press 1981
13 Nolan, Mary: Social Democracy and Society. Working-class Radicalism in Düsseldorf, 1890-1920. Diss., New York Univ. Cambridge (2/82)

0 2115
1 Univ. Bonn
2.1 LEUSCHEN-SEPPEL, Rosemarie, Argelanderstr. 148, 5300 Bonn 1
4 Abgeschlossen
6 Monographie
12 Leuschen-Seppel, Rosemarie: Zwischen Staatsverantwortung und Klasseninteresse. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD zur Zeit der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Mittelphase 1924-1928/29. Bonn: Neue Gesellschaft 1981 (= Politik- und Gesellschaftsgeschichte 9) (2/82)

0 2122
1 Univ. Freiburg/Br.
2.1 MÜLLER, Karl-Friedrich, Lessingstr. 4 b, 7800 Freiburg/Br.
4 Laufend
5 Ende: 3/83
6 Diss.
9 Umbruch und Neubeginn 1945 in Baden
10.1 1945
10.2 Baden
11.1 Neben Parteien, Verbänden, Antifas werden alle Lebensbereiche systematisch und anhand von Fallstudien dargestellt (z.B.Schwarzer Markt, Frauen, Wirtschaft etc.)
12 Müller, Karl-Friedrich: Antifa Ausschüsse in Südbaden, in: H. Haumann (Hrsg.): Vom Hotzenwald bis Wyhl. Köln 1977 (2/82)

0 2186
1 Univ. Frankfurt/M.
2.1 HENNIG, Eike, Prof. Dr., Danziger Str. 5, 6231 Schwalbach
4 Eingestellt
6 Edition
9 Eugen Varga: Wirtschaft, Wirtschaftspolitik und deutscher Faschismus an der Macht
13 Hennig, Eike: Eugen Varga: Wirtschaft, Wirtschaftspolitik und deutscher Faschismus an der Macht. Antrittsvorlesung an der TU Hannover 1975 (2/82)

0 2258
1 TU Berlin
2.1 HENSCHKE, Ekkehard, Dr., Egerstraße 12, 7035 Waldenbuch
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz
12 Henschke, Ekkehard: Sozialer Konflikt und staatliche Aktivität im wilhelminischen Deutschland: Der Streik der Konfektionsarbeiter im Jahre 1896, in: IWK H.2/1981 (2/82)

0 2364
1 Univ. Freiburg
2.1 HAUMANN, Heiko, Dr., Frohnmattenstr. 35 7809 Winden 1
2.2 Schramm, G., Prof.
4 Abgeschlossen
6 Habil.
12 Haumann, Heiko: Kapitalismus im zaristischen Staat 1906-1917. Organisationsformen, Machtverhältnisse und Leistungsbilanz im Industrialisierungsprozeß. Königstein/Ts.: Hain 1980
13 Haumann, Heiko: Kapitalismus im zaristischen Staat 1906-1917. Organisationsformen, Machtverhältnisse und Leistungsbilanz im Industrialisierungsprozeß. Habil., Univ. Freiburg 1977 (2/82)

0 2376
1 Univ. Marburg
2.1 NEUMANN, Frank, Achimer Str. 7, 2800 Bremen 1
4 Abgeschlossen
6 Diss.

12 Veröffentlichung 1982 in der Reihe "Bremer Beiträge zur Arbeiterbildung"
13 Neumann, Frank: Der Kulturkampf der Arbeiterbewegung. Probleme und Resultate sozialdemokratischer Bildungspolitik im wilhelminischen Deutschland, untersucht am Beispiel von Heinrich Schulz (1893-1906). Diss., Univ. Marburg 1980 (2/82)

0 2433
1 Univ. Heidelberg
2.1 MAIER, Rolf, Emmertsgrundpassage 17, 6900 Heidelberg 1
4 Eingestellt
6 Diss.
9 Bruno Schoenlank (1859-1901) Sozialdemokrat und Journalist (2/82)

0 2518
1 TU Berlin
2.1 SCHÜTZE, Karl-Robert
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 Schütze, Karl-Robert: Heinrich Vogeler-Worpswede: Leben und architektonisches Werk. Berlin: Frölich & Kaufmann 1980.
Schütze, Karl-Robert: Der Moorexpreß. O.O. (Worpswede) 1980
13 Schütze, Karl-Robert: Heinrich Vogeler-Worpswede: Leben und architektonisches Werk. Diss., TU Berlin 1980.
Schütze, Karl-Robert: Heinrich Vogeler: Architektur in Niedersachsen, Voraussetzungen und Beispiele. Magisterarbeit, TU Berlin 1975 (2/82)

0 2526
2.1 FOCKE, Franz
4 Abgeschlossen
6 Monographie
12 Focke, Franz: Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU. Wuppertal: Hammer 1978 (2/82)

0 2551
1 Univ. Hannover
2.1 THUM, Horst, Rothenhofer Str. 3, 8633 Rödental
2.2 Seifert, Jürgen, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Thum, Horst: Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften bei den Auseinandersetzungen um die Montanmitbestimmung 1951. Eine Untersuchung zu den Voraussetzungen, Ergebnissen und Folgen des Gesetzes über die paritätische Mitbestimmung. Diss., Univ. Hannover 1982 (2/82)

0 2559
1 Univ. Regensburg
2.1 DENK, Hans Dieter, Dr., Gablonzerstr. 9, 8228 Freilassing
2.2 Albrecht, Dieter, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 Denk, Hans Dieter: Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg. Mainz: Grünwald 1980 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern 29).
Denk, Hans Dieter: Ein Keil in der Arbeiterbewegung? Zur Einschätzung der christlichen Arbeiterbewegung durch sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Arbeitgeber und staatliche Institutionen in Bayern vor 1914, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 2/1981
13 Denk, Hans Dieter: Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg. Diss., Univ. Regensburg 1978 (2/82)

0 2683
1 Univ. Saarbrücken
2.1 MALLMANN, Klaus-Michael, Dr., Saargemünder Str. 47, 6000 Saarbrücken 6
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 Mallmann, Klaus-Michael: Die Anfänge der Bergarbeiterbewegung an der Saar (1848-1904). Saarbrücken: Minerva 1981 (= Veröffentlichungen der Kommission für saarländische Landesgeschichte und Volksforschung XII)
13 Mallmann, Klaus-Michael: Die Anfänge der Bergarbeiterbewegung an der Saar 1848-1904. Diss., Univ. Saarbrücken 1980 (2/82)

0 2786
1 Univ. Frankfurt/M.
2.1 HENNIG, Eike, Prof. Dr., Danziger Str. 5, 6231 Schwalbach
4 Laufend
5 Ende: 12/83
9 Faschistische und proletarische Öffentlichkeit in der Endphase der Weimarer Republik
10.1 1930-1933
10.2 Deutschland
13 Hennig, Eike: "Faschistische Öffentlichkeit" und "Öffentlichkeiten und Subjekte in der Endphase der Weimarer Republik", Arbeitspapiere, zu erhalten beim Beltz-Verlag, Weinheim (2/82)

0 2962
1 Univ. Bochum
2.1 PEUKERT, Detlev, Dr., Von-Einem-Str. 17, 4300 Essen 1
2.2 Mommsen, Hans, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 Peukert, Detlev: Die KPD im Widerstand. Wuppertal: Hammer 1980
13 Peukert, Detlev: Die KPD im Widerstand, Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933-1945. Diss., Univ. Bochum 1979 (2/82)

0 3151
2.1 LEIN, Albrecht, Bergische Landstr. 319, 4000 Düsseldorf 12
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 Lein, Albrecht: Um antifaschistische gewerkschaftliche und sozialistische Einheit. Antifaschistische Aktion 1945. Die "Stunde Null" in Braunschweig. Göttingen/Zürich: Musterschmidt 1978
13 Lein, Albrecht: Um antifaschistische gewerkschaftliche und sozialistische Einheit. Antifaschistische Aktion 1945. Die "Stunde Null" in Braunschweig. Diss., Univ. Göttingen 1977 (2/82)

0 3282
2.1 BAHL, Volker, Dr., Eckenheimer Landstr. 80, 6000 Frankfurt/M 1
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 Bahl, Volker: Form- und Funktionswandel am Beispiel der Kohle. Frankfurt/M.: Campus 1977
13 Bahl, Volker: Form- und Funktionswandel am Beispiel der Kohle. Staatliche Politik am Beispiel der Kohle. Diss., FU Berlin 1977 (2/82)

0 3382
2.1 NIETHAMMER, Lutz und Franz BRÜGGEMEIER, Rellinghauser Str. 107, 4300 Essen 1
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz
12 Niethammer, Lutz und Franz Brüggemeier: Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich?, in: Archiv für Sozialgeschichte 16 (1976), S. 61-134 (2/82)

0 3402
2.1 UELLENBERG, Wolfgang, Siegfriedstr. 11, 5000 Köln 1
4 Abgeschlossen
6 Ex.
13 Uellenberg, Wolfgang: Die Auseinandersetzungen sozialdemokratischer Jugendgruppen mit dem Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Staatsex., Univ. Köln 1980. Siehe auch Nr. 5074: Fortsetzung der Arbeit als Diss. (2/82)

0 3442
2.1 SCHUMACHER, Volker, Am Zundeltor 2, 7900 Ulm
4 Abgeschlossen
6 Ex.
13 Schumacher, Volker: Die Entwicklung der Sozialdemokratie in Ulm von 1890-1914. Staatsex., PH Reutlingen 1976 (2/82)

0 3509
1 Institut für Sozialgeschichte, Dreizehnmorgenweg 10, 5300 Bonn-Bad Godesberg
2.1 WREDE-BOUVIER, Beatrix, Dreizehnmorgenweg 10, 5300 Bonn-Bad Godesberg
4 Abgeschlossen
6 Monographie
9 Das Bild des revolutionären Frankreich in der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung bis 1905
10.1 1871-1905
10.2 Frankreich, Deutschland
12 Veröffentlichung 1982 (2/82)

0 3530
2.1 PAUWELS, Jacques Robert, 1 Seneca Crescent, Brantford Ontario, Kanada, CAN-N3R 1 J 9
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 Pauwels, Jacques Robert: Women and University in the Third Reich, 1933-1945. Diss., York Univ. Toronto 1976 (2/82)

0 3680
2.1 KLINKENBERG, Norbert, Dr., Paulusstr. 6-8, 5100 Aachen
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 Klinkenberg, Norbert: Sozialer Katholizismus in Mönchengladbach. Mönchengladbach: Kühlen 1981 (= Veröffentlichungen des Bisch. Diözesanarchivs Aachen 38)
13 Klinkenberg, Norbert: Kirche und soziale Frage in Mönchengladbach im 19. Jahrhundert. Diss., Univ. Bonn 1978 (2/82)

0 3892
2.1 GÖBEL, Wolfgang, Birkenweg 16, 3550 Marburg
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Göbel, Wolfgang: Bergarbeiter im Ruhrgebiet seit 1918. Eine kultursoziologische Analyse von Romanen aus der Arbeitswelt. Diss., Univ. Marburg 1973 (2/82)

0 3898
1 Univ. Hamburg
2.1 RÜDEL, Holger, Kronshagener Weg 1 a, 2300 Kiel 1
2.2 Saul, Klaus, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Magisterarbeit
13 Rüdel, Holger: Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein unter dem Sozialistengesetz 1878-1890. M.A., Univ. Hamburg 1977 (2/82)

0 3899
1 Univ. Hamburg
2.1 RÜDEL, Holger, Kronshagener Weg 1 a, 2300 Kiel 1
2.2 Saul, Klaus, Prof. Dr.
4 Laufend
6 Diss.
9 Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein von der Reichsgründung 1871 bis zum Fall des Sozialistengesetzes 1890

10.1 1871-1890
10.2 Schleswig-Holstein (2/82)

0 3966
1 Univ. Wien, Institut f. österreichische Geschichtsforschung
2.1 STAUDACHER, Anna
2.2 Wandruszka, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Staudacher, Anna: Anarchisten und Sozialrevolutionäre. Zur Geschichte der österreichischen Radikalen 1879-1889. Diss., Univ. Wien 1981 (2/82)

0 4093
1 Univ. Linz
2.1 WEIDENHOLZER, Josef, Dr., Jörgerstr. 10, A 4020 Linz
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 Weidenholzer, Josef: Auf dem Weg zum "Neuen Menschen". Bildungs- und Kulturarbeit der sozialistischen Bildungszentrale in der Ersten Republik. Wien: Europa 1981
13 Weidenholzer, Josef: Auf dem Weg zum "Neuen Menschen". Bildungs- und Kulturarbeit der sozialistischen Bildungszentralen in der Ersten Republik. Diss., Univ. Linz 1978 (2/82)

0 5224
2.1 HELLSTRÖM, Lennart, Rosenhagavägen 8 C, S-541 38 Skövde
4 Laufend
5 Ende: 12/83
6 Diss.
9 Willy Brandt und die Berlin-Frage 1948-1963
10.1 1948-1963
10.2 Deutschland (2/82)

0 5253
2.1 HUDEMANN, Rainer, Am Weidengraben 74, 5500 Trier
4 Laufend
6 Ende: 12/83
9 Sozialpolitik in den Ländern der französischen Besatzungszone 1945-1952
10.1 1945-1952
10.2 Deutschland
12 Hudemann, Rainer: Sozialpolitik in der französischen Besatzungszone, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 7 (1981), S. 398-400 (2/82)

0 5256
1 Univ. Hannover
2.1 SUCKUT, Siegfried, Tattersallstr. 2, 6800 Mannheim
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 Veröffentlichung bei Haag + Herchen, Frankfurt/M.
13 Suckut, Siegfried: Die Betriebsrätebewegung in der Sowjetischen besetzten Zone Deutschlands und in Groß-Berlin von 1945-1948. Diss., Univ. Hannover 1978 (2/82)

0 79-0035
1 Univ. Bochum, Bibliothek, Postfach, 4630 Bochum
2.1 BUSCHAK, Willy, Herner Str. 326, 4630 Bochum
2.2 Bahne, Siegfried, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 Buschak, Willy: Das Londoner Büro. Linkssozialismus in der Zwischenkriegszeit, in: Baumgarten, Jürgen (Hrsg.): Linkssozialisten in Europa. Alternativen zu Sozialdemokratie und Kommunistischen Parteien. Hamburg: Junius 1982
13 Buschak, Willy: Das Londoner Büro. Ein Beitrag zur Geschichte des europäischen Linkssozialismus der Zwischenkriegszeit. Diss., Univ. Bochum 1982 (2/82)

0 79-0083
1 Univ. Graz, Institut f. Geschichte
2.1 HWALETZ, Otto
2.2 Ableitinger, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Hwaletz, Otto: Der Kampf der österreichischen Sozialdemokratie gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg von 1908-1914 und seine Hintergründe. Diss., Univ. Graz 1981 (2/82)

0 79-0195
2.1 STEPHAN, Cora, Klüberstr. 16, 6000 Frankfurt/M.
12 Stephan, Cora (Hrsg.): August Bebel. Schriften 1862-1913. Frankfurt/M.: Büchergilde Gutenberg 1981, 2 Bde. (2/82)

0 80-022
2.1 BERNHARDI, Peter, Eschersheimer Landstr. 455, 6000 Frankfurt/M. 50
4 Abgeschlossen
12 Bernhardi, Peter: Karl Liebknecht – Eine biographische Skizze. Frankfurt/M.: Arbeitskreis Karl Liebknecht 1981 (2/82)

0 80-223
1 Univ. Bremen und GH Kassel
2.1 TENNSTEDT, Florian und Stephan LEIBFRIED, Eckhard HANSEN, Michael HEISIG, Postfach 330 440, Univ. Bremen, 2800 Bremen
4 Abgeschlossen
6 Monographie
12 Tennstedt, Florian und Stephan Leibfried, Eckard Hansen, Michael Heisig: Seit über einem Jahrhundert . . .: Verschüttete Alternativen in der Sozialpolitik. Sozialer Fortschritt, organisierte Dienstleistermacht und nationalsozialistische Machtergreifung: Der Fall der Ambulatorien in

den Unterweserstädten und Berlin. 100 Jahre kaiserliche Botschaft zur Sozialversicherung: Eine Festschrift. Köln: 1981 (2/82)

0 80-227
2.1 RAMBKE, Karl-Heinz, Seegweg 5 a, 8706 Höchberg
4 Abgeschlossen
6 Magisterarbeit
13 Rambke, Karl-Heinz: Das Wehrprogramm der SPD, ihre Haltung zur Vaterlandsverteidigung und ihre Aktivitäten zur Friedenssicherung 1912-1914. Magisterarbeit, Univ. Würzburg 1981.
Fortsetzung als Diss., siehe Nr. 81-639 (2/82)

0 80-302
1 Univ. Wien, Institut für Pädagogik
2.1 HOHR, Ulrike
2.2 Olechowski, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Hohr, Ulrike: Politische Bildung in der Erwachsenenbildung unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterbildung. Diss., Univ. Wien 1979 (2/82)

0 80-306
1 Univ. Salzburg, Institut f. Geschichte
2.1 SCHLADEN, Heinz
2.2 Wysocki, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Schladen, Heinz: Die Steuerpolitik der österreichischen Sozialdemokratie in der Zeit von 1874 bis 1926 (Neudörfl bis Linz). Diss., Univ. Salzburg 1981 (2/82)

0 80-307
1 Univ. Salzburg, Institut für Publizistik
2.1 BREIDENBACH, Heinrich
2.2 Fabris, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Breidenbach, Heinrich: Sozialdemokratische Presse und Pressepolitik von Hainfeld bis zum Parteitag 1913. Diss., Univ. Salzburg 1980 (2/82)

0 80-332
1 Univ. Graz, Institut für Geschichte
2.1 STOCKER, Karl
2.2 Ableitinger, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Stocker, Karl: Die Entwicklung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs in Aichfeld 1889 bis 1907. Diss., Univ. Graz 1981 (2/82)

0 80-360
1 Univ. Salzburg, Institut für Publizistik
2.1 EDER, Peter
2.2 Fabris, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Eder, Peter: Die Rolle der Medien im Alltag der Schichtarbeiter. Diss., Univ. Salzburg 1981 (2/82)

0 80-535
2.1 MEYER, Gert, Am Grün 58, 3550 Marburg/Lahn
4 Abgeschlossen
6 Monographie
12 Meyer, Gert: Sozialstruktur sowjetischer Industriearbeiter Ende der zwanziger Jahre. Ergebnisse der Gewerkschaftsumfrage unter Metall-, Textil- und Bergarbeitern 1929. Marburg/Lahn: Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft 1981 (= Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung Marburg 24) (2/82)

0 81-010
2.1 RÖTSCHER, Hans Jochen
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Rötscher, Hans Jochen: Grundfragen der Staatsauffassung von Karl Marx und Friedrich Engels im Zerrspiegel der bürgerlichen Marxologie, eine philosophiegeschichtliche Analyse. Diss., Univ. Leipzig 1979. Standort: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg (2/82)

0 81-011
2.1 KNIENIEDER, Heinz
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Knienieder, Heinz: Negation und Tradition der Philosophie in der Marxschen Ideologiekritik. Zum Problem des Selbstmißverständnisses von Kritik als Wissenschaft in der Rezeption des Historischen Materialismus. Diss., Univ. Wien 1979. Standort: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg (2/82)

0 81-013
2.1 SCHUMANN, Siegfried
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Schumann, Siegfried: Zur Theorie der Nation und nationalen Beziehungen im Gesamtwerk W.I. Lenins. Diss., Univ. Leipzig 1979. Standort: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg (2/82)

0 81-021
1 Univ. Wien, Institut für Publizistik
2.1 KRONBERGER, Hans
2.2 Paupié, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Kronberger, Hans: Egon Erwin Kisch. Seine politische und publizistische Entwicklung vom bürgerlichen Journalisten zum Schöpfer der literarischen sozialen Reportage. Diss., Univ. Wien 1978 (2/82)

0 81-033
1 Univ. Graz, Institut f. Geschichte
2.1 ZMÖLNIG, Peter
2.2 Ableitinger, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diplomarbeit
13 Zmölnig, Peter: Arbeiterbewegung und nationale Bewegung in Deutschland 1848-1971. Diplomarbeit, Univ. Graz 1980 (2/82)

0 81-106
1 Univ. Wien, Institut f. Wirtschafts- und Sozialgeschichte
2.1 RESCH, Regina
2.2 Bruckmüller, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diplomarbeit
13 Resch, Regina: Arbeiterbewegung und Frauenbewegung. Dipl., Univ. Wien 1979 (2/82)

0 81-116
1 Univ. Wien, Institut f. Wirtschafts- und Sozialgeschichte
2.1 PILZ, Bernhard
2.2 Mosser, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Pilz, Bernhard: Die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Angestellten bei den alpinen Salinen Österreichs (von 1870 bis in die 1. Republik). Diss., Univ. Wien 1981 (2/82)

0 81-124
1 Univ. Wien, Institut f. Wirtschafts- und Sozialgeschichte
2.1 CILEK, Christine
2.2 Feldbauer, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Cilek, Christine: Die sozialdemokratische Wohnungspolitik 1918-1934 im Spiegel der Presse. Diss., Univ. Wien 1980 (2/82)

0 81-135
1 Univ. Innsbruck, Institut f. Politikwissenschaft
2.1 STREZEK, Andrea
2.2 Pelinka, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diplomarbeit
13 Strezek, Andrea: Gewerkschaft und technischer Fortschritt. Am Beispiel von Mikroprozessoren in der privatwirtschaftlichen Verwaltung. Diplomarbeit, Univ. Innsbruck 1980 (2/82)

0 81-139
1 Univ. Wien, Institut für Pädagogik
2.1 HAWEL, Anneliese
2.2 Wolf, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Hawel, Anneliese: Die politischen Akademien in Österreich. Staatsbürgerliche Bildung oder Funktionärsschulung. Diss., Univ. Wien (2/82)

0 81-150
1 Univ. Wien, Institut f. österreichische Geschichtsforschung
2.1 EYGRUBER, Gerlinde
2.2 Zöllner, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diplomarbeit
13 Eygruber, Gerlinde: Die Arbeiterseelsorge in Steyr um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Diplomarbeit, Univ. Wien 1981 (2/82)

0 81-152
1 Univ. Wien, Institut f. Wirtschafts- und Sozialgeschichte
2.1 TIEFENBACH, Josef
2.2 Bruckmüller, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Tiefenbach, Josef: Binnenstruktur der Wiener sozialdemokratischen Gewerkschaften von den Anfängen bis zum 1. Gewerkschaftskongreß. Diss., Univ. Wien 1981 (2/82)

0 81-156
1 Univ. Wien, Institut f. Wirtschafts- und Sozialgeschichte
2.1 JOHN, Michael
2.2. Feldbauer, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 John, Michael: Wohnverhältnisse und Wohnerfahrung der Unterschichten in Wien – Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1914. Diss., Univ. Wien 1980 (2/82)

0 81-157
1 Univ. Wien, Institut f. Wirtschafts- und Sozialgeschichte
2.1 LICHTBLAU, Albert
2.2 Feldbauer, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Lichtblau, Albert: Die Wohnungspolitik der Christsozialen und Sozialdemokraten in Wien bis 1914. Diss., Univ. Wien 1980 (2/82)

0 81-191
1 Univ. Graz, Historisches Institut
2.1 DORN, Erwin
2.2 Ableitinger, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diplomarbeit
13 Dorn, Erwin: Internationaler Anarchismus und Wirklichkeit des Anarchismus in Deutschland in der Hälfte des 19. Jahrhunderts. Diplomarbeit, Univ. Graz 1980 (2/82)

0 81-288
2.1 KASPER, Hans-Hendrik
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Kasper, Hans-Hendrik: Der Kampf der SED um die Heranbildung einer Intelligenz aus der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft über die Vorstudienanstalten an den Universitäten und Hochschulen der SBZ (1945/48-1949). 2 Bde. Diss., Bergakademie Freiberg 1979. Standort: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg (2/82)

0 81-351
1 GH Kassel, FB 5, Postfach 101 380, 3500 Kassel
2.1 FRENZ, Wilhelm, Jörg KAMMLER und Dietfried KRAUSE-VILLMAR, GH Kassel, FB 5, Postfach 101 380, 3500 Kassel
4 Laufend
6 Edition
9 Stadtgeschichte/Geschichte der Arbeiterbewegung Kassels 1933-1945
10.1 1933-1945
10.2 Kassel
14 Quellen: Zeitungen, Archivalien, Interviews (2/82)

0 81-359
2.1 BRUNE, Thomas und Silke GÖTTSCH, Jörg HASPEL, Ulrich WEITZ, Schillerplatz 6, 7000 Stuttgart 1
4 Abgeschlossen
6 Ausstellungskatalog
12 Brune, Thomas und Silke Göttsch, Jörg Haspel, Ulrich Weitz: Arbeiterbewegung – Arbeiterkultur Stuttgart 1890-1933. Begleitheft zur Ausstellung 29.4.-14.6.1981. Stuttgart 1981 (2/82)

0 81-417
2.1 INTERNATIONAL ASSOCIATION OF LABOUR HISTORY INSTITUTIONS (IALHI)
4 Abgeschlossen
6 Adreßbuch
13 International Association of Labour History Institutions (IALHI): Directory. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 1981. Das Directory kann von der FES, Godesberger-Allee 149, 5300 Bonn 2, kostenlos bezogen werden (2/82)

0 81-426
2.1 MÖLLER, Georg
6 Diss.
13 Möller, Georg: Zu einigen Aspekten der Herausbildung der ökonomischen Theorie durch Karl Marx bis zu den "ökonomisch-philosophischen Manuskripten" von 1844. Diss., Univ. Rostock 1979. Standort: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg (2/82)

0 81-435
2.1 HESSE, Uwe
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 Hesse, Uwe: Sozialreformismus und bürgerliche Politologie (eine marxistisch-leninistische Auseinandersetzung mit der sozialreformistischen Richtung in der bürgerlichen Politologie der BRD). Diss., Univ. Leipzig 1980. Standort: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn- Bad Godesberg (2/82)

0 81-486
2.1 LUTHARDT, Wolfgang, Grolmanstr. 51, 1000 Berlin 12
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz
12 Luthardt, Wolfgang: Demokratie, Grundgesetz und "Extremisten", in: Unsere Zukunft ist nichts ohne Änderung der Gegenwart. Berlin AHDE-Verlag 1981 (2/82)

KOMMUNISMUS IN DER BUNDESREPUBLIK. NEUERE LITERATUR ZUR GESCHICHTE DER KPD IN DER NACHKRIEGSZEIT 1945 BIS 1956*

Von Werner Müller

Die Entwicklung der KPD in der Bundesrepublik bis zu ihrem Verbot durch das Bundesverfassungsgericht am 17. August 1956 hat unter den Historikern der Arbeiterbewegung vermehrt erst im letzten Jahrzehnt Interesse gefunden. Zuvor konnte allein die frühe Studie von Hans Kluth aus dem Jahre 1959 als einzige Gesamtdarstellung mit wissenschaftlichen Anspruch angesehen werden.[1] Aus dem Umkreis der illegalen KPD entstammte eine Vielzahl von Schriften, die offenkundig politischen und nicht wissenschaftlichen Zielen dienten. Ihr Hauptanliegen war, Programm, Struktur und Politik der Partei vor 1956 zu rechtfertigen und das Verbot selbst als undemokratisch zu brandmarken. Diese politisch-propagandistische Literatur, die vor allem der Förderung der Wiederzulassung der KPD diente, kann hier indes nicht einmal verzeichnet werden. Die Problematik des Parteienverbots am Beispiel der KPD wurde jedoch auch im wissenschaftlichen Bereich wie in der politischen Publizistik wiederholt behandelt,[2] ohne aber die historische Entwicklung kommunistischer Politik eingehend zu würdigen. Lediglich in der DDR wurde dieses Thema häufiger aufgegriffen, dort erschienen sowohl eine Darstellung der Parteigeschichte, ein Dokumentenband und ein Sammelband mit Reden und Schriften des Parteivorsitzenden Max Reimann.[3] Im Jahre 1973 folgten in der Bundesrepublik schließlich die Erinnerungen Reimanns.[4] Unverkennbar dominierte jedoch bei dieser Literatur aus dem Umkreis des nunmehrigen ZK der illegalen KPD, das in der DDR wirkte, die politische Zielsetzung gegenüber den wissenschaftlichen Ansprüchen. Es könnte hier generalisiert werden, daß ein wissenschaftliches Vorgehen nur so weit

* Sammelrezension von:

FISCH, Gerhard und Fritz KRAUSE: SPD und KPD 1945/46. Einheitsbestrebungen der Arbeiterparteien. Dargestellt an Beispielen aus Südhessen (= Marxistische Paperbacks, Nr. 86). – Frankfurt/M.: Verlag Marxistische Blätter 1978. 169 S.
LEHNDORFF-FELSKO, Angelika und Fritz RISCHE: Der KPD-Verbotsprozeß 1945 bis 1956. Wie es dazu kam – sein Verlauf –, seine Folgen (= Marxistische Paperbacks, Nr. 94). – Frankfurt/M.: Verlag Marxistische Blätter 1981. 220 S.
KUEHL, Herbert: Die Gewerkschaftspolitik der KPD von 1945 bis 1956. Die Rolle der Parteimitglieder in betrieblichen Konflikten – im Schwerpunkt dargestellt anhand des Hamburger Wertarbeiterstreiks von 1955. – Hamburg: Junius Dissertationsdruck 1981. 246 S.
JÜRES, Ernst August und Herbert KUEHL: Gewerkschaftspolitik der KPD nach dem Krieg. Der Hamburger Werftarbeiterstreik 1955. – Hamburg: Junius Verlag 1981. 248 S.
BOHN, Willi: Einer von vielen. Ein Leben für die Freiheit. – Frankfurt/M.: Verlag Marxistische Blätter 1981. 273 S.
SCHNEIDER, Ulrich u.a. (Hrsg.): Als der Krieg zu Ende war. Hessen 1945. Berichte und Bilder vom demokratischen Neubeginn. – Frankfurt/M.: Röderberg Verlag 1980. 160 S.
RISCHE, Fritz: Alternativen zur Wirtschaftspolitik des Kapitals 1945-1978. Aufsätze – Artikel – Reden. Hrsg. durch das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt am Main. Ausgewählt und zusammengestellt von Peter Hiedl und Victoria Theuer. – Frankfurt/M.: Verlag Marxistische Blätter 1980. 294 S.

1 Hans Kluth, Die KPD in der Bundesrepublik. Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945-1956, Köln und Opladen 1959.
2 Vgl. z.B. Wolfgang Abendroth, Zum Verbot der KPD (1956), in: ders., Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, Köln 1975, S.93ff; Helmut Ridder, Aktuelle Rechtsfragen der KPD-Verbote, Neuwied 1966; KPD-Verbot oder mit Kommunisten leben? Hrsg. von Wolfgang Abendroth, Helmut Ridder und Otto Schönfeldt, Reinbek 1968.
3 KPD 1945-1965. Abriß, Dokumente, Zeittafel. Mit einem Geleitwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD Max Reimann, Berlin [Ost] 1966; Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945-1956, Berlin [Ost] 1965; Max Reimann, Aus Reden und Aufsätzen 1946-1963, Berlin [Ost] 1963.
4 Max Reimann, Entscheidungen 1945-1956, Frankfurt/M. 1973.

beibehalten wurde, wie es den politischen Zielsetzungen nicht widersprach. Darstellungen wie Dokumentationen übergingen Brüche und Wendungen der Parteipolitik, die retrospektiv der "richtigen Linie" nicht mehr entsprachen; Fakten wurden verschwiegen, Dokumente gekürzt, Personen eliminiert.[5]

In den letzten Jahren wurden in der Bundesrepublik verschiedene Aspekte der KPD-Politik aufgegriffen. Die vorliegenden Untersuchungen konzentrieren sich auf die unmittelbare Nachkriegszeit. Zum einen wurde der Anteil der Kommunisten an den "Antifa"-Bewegungen zu und kurz nach Kriegsende thematisch breit gefächert behandelt und auch ein weites regionales Spektrum abgedeckt.[6] Obwohl hier für bestimmte Gegenden Deutschlands noch Lücken zu verzeichnen sind, wird vermutlich für die Politik der Kommunisten kaum mehr eine grundsätzliche Erweiterung des Bildes zu erwarten sein. Dagegen liegen erst für wenige Regionen Untersuchungen vor, die die Gründung und Entwicklung der KPD nach Wiederzulassung der Parteien durch die Alliierten eingehender behandeln. Für das erste Nachkriegsjahr ist die Entwicklung in Bremen, in Hamburg, im Ruhrgebiet und neuerdings in Köln breiter untersucht und der Anteil der Kommunisten an der Parteienentwicklung beschrieben.[7] Dabei schließt lediglich die Studie über Hamburg die erste Phase des politischen und organisatorischen Niedergangs der KPD nach 1948 mit ein. – Das Verhältnis der KPD zur Sozialdemokratie, das Kernproblem für einen kommunistischen Masseneinfluß in der organisierten Arbeiterbewegung auf der einen und dem gesamten Parteienspektrum auf der anderen Seite, wurde für die Zeit bis 1948 untersucht.[8] Daneben erschien noch eine größere Studie zur politischen Verfolgung der Kommunisten mit Mitteln der Strafjustiz in den Jahren von 1949 bis 1968.[9] Die wissenschaftliche Behandlung der KPD in der Bundesrepublik zeigt daher deutliche Lücken. Es fehlt vor allem eine neuere Gesamtdarstellung. Die vorliegenden Einzeluntersuchungen konzentrieren sich entweder auf die unmittelbare Gründungsphase der Parteien, die Zeit der "Antifa-Bewegungen" oder auf die ersten Jahre der Nachkriegszeit.

Die Untersuchung kommunistischer Politik in der Bundesrepublik insgesamt könnte nicht nur den kurzzeitigen politischen Aufstieg der KPD zur Massenpartei und die Phase eines langen politischen Niederganges des kommunistischen Flügels der organisierten Arbeiterbewegung unter den Bedingungen des Kalten Krieges und der Teilung Deutschlands darstellen. Sie verdeutlichte auch Politik und Propaganda einer Partei auf der "falschen" Seite im Kalten Krieg zwischen den antagonistischen "Lagern" der Weltpolitik in der Nachkriegszeit. Die Parteinahme der KPD für einen Hauptexponenten des Kalten Krieges und ihre Bemühungen, da-

5 So die in Anm. 3 genannte Literatur etwa zu den "Thesen" von 1951 und zum "Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" von 1952, deren Behandlung bzw. Wiedergabe an Verfälschung grenzt. Ähnliches gilt für das Schicksal verfolgter Parteiführer wie Kurt Müller, Hermann Nuding, Fritz Sperling und anderer.

6 Umfassend: Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Hrsg. von Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt, Wuppertal 1976.

7 Peter Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau-Ausprägung-Politik in Bremen 1945/46, Hamburg 1976; Holger Christier, Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und der KPD in Hamburg 1945-1949, Hamburg 1975; Hartmut Pietsch, Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städten des Ruhrgebietes 1945 bis 1948, Duisburg 1978; neuerdings Otto Dann (Hrsg.), Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46, Wuppertal 1981.

8 Werner Müller, Die KPD und die "Einheit der Arbeiterklasse", Frankfurt/M. und New York 1979; Ulrich Hauth, Die Politik von KPD und SED gegenüber der westdeutschen Sozialdemokratie (1945-1948), Frankfurt/M. und Las Vegas 1978.

9 Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt/M. 1978.

für eine politische Massenloyalität zu gewinnen, konstituieren den Doppelcharakter der KPD: Sie war zugleich Arbeiterpartei, Teil der sozialen Bewegung, wie auch Partei des Kampfes um eine volksdemokratische Herrschaftsordnung, die "Partei der DDR in der Bundesrepublik" (Ernst Nolte).[10] Beide Ebenen, soziales Vertretungsinteresse wie marxistisch-leninistischer Herrschaftsanspruch bestimmten in unterschiedlichem Maße Ziele, Propaganda wie auch Strategie und Taktik der Partei. Schon auf dem ersten Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hatte Kurt Schumacher – durchaus polemisch – den Doppelcharakter der KPD mit dem Vorwurf gekennzeichnet, sie sei keine deutsche Klassen-, sondern eine fremde Staatspartei.[11]

Die elfjährige Nachkriegsentwicklung der KPD weist dieses Spannungsverhältnis in unterschiedlicher Deutlichkeit auf. Die Partei durchlief drei wesentliche Etappen. In der ersten zwischen 1945 und 1948 war sie bemüht, sich als einheitliche gesamtdeutsche Parteiorganisation mit immer deutlicherer "Ostorientierung" zu präsentieren. Die "Einheit der Arbeiterklasse" und die Einheit Deutschlands bildeten zentrale Schwerpunkte ihrer politischen Aktivität. Mit den Mitteln der "Bündnispolitik" wollte die KPD-Führung zum bestimmenden Faktor in der organisierten Arbeiterbewegung werden, damit zur "Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage"[12] gelangen, die unter ihrer Führung zur dominierenden Kraft im politischen Spektrum aufrücken sollte. Auf diesem Wege sollte die traditionelle Minderheitenrolle der KPD in der Arbeiterbewegung wie im Parteienspektrum überwunden werden. Der Gründungs- und Entwicklungsprozeß der SED im Osten Deutschlands zeigte die Untauglichkeit dieser Strategie für ganz Deutschland, da die Einwirkung der sowjetischen Besatzungsmacht zum konstituierenden Faktor ihres Erfolges wurde.[13] Die KPD geriet im Westen Deutschlands immer mehr in die politische Isolation, in der Folge des Kalten Krieges darüber hinaus in eine Außenseiterposition.

In der zweiten Phase ihrer Entwicklung von 1948 bis 1951 wurde der Anspruch auf eine mehrheitsfähige "Einheit" zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelöst von der bedingungslosen Orientierung an der Entwicklung in der SBZ/DDR. Die Politik der SED, die inzwischen zur stalinistischen "Partei neuen Typus" geworden war, die Legitimations- und Massenmobilisierungsformen in der SBZ/DDR wie der "Deutsche Volksrat" und die "Nationale Front", bildeten die nach Ansicht der KPD einzig möglichen Formen sozialer Interessenvertretung wie sozialistischer Politik. Die nun auch formal selbständige und von der SED-Führung organisatorisch gelöste KPD[14] kopierte die Massenbewegungen und ihre Führungsorgane, wie sie die SED vorgezeichnet hatte und war mit gleichen Propagandamethoden und -inhalten um Einfluß unter der Bevölkerung der Bundesrepublik bemüht. Mit dieser von außen definierten Politik verspielte die KPD nach Gründung der Bundesrepublik rapide ihre Wählerbasis und beträchtliche Teile ihrer Mitgliedschaft, vor allem unter Betriebsarbeitern, da sie die sozialen Belange ihrer Klientel den politischen Globalzielen permanent unterordnete.

10 So der hier treffende Terminus von Ernst Nolte, in: ders., Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974, S.426ff.

11 Kurt Schumacher, Nach dem Zusammenbruch. Gedanken über Demokratie und Sozialismus, Hamburg 1948, S.69.

12 So eine häufig wiederkehrende Wendung in der Historiographie der DDR. Für vieles: Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin [Ost] 1978, S.118 und passim.

13 So zusammenfassend Hermann Weber in: ders. (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zur Entwicklung der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1950, Manuskript, Veröffentlichung voraussichtlich 1982.

14 Vgl. Werner Müller, Die KPD . . . , a.a.O., S.223.

In der dritten Phase vom Jahr 1951 an versuchte die KPD aus der vollständigen Isolation heraus eine Politik des "als ob" zu betreiben. Sie rief zu Massenaktionen bis hin zum "nationalen Widerstand" auf und propagierte letztlich den "revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes".[15] Das Verbot der KPD 1956 traf eine nahezu handlungsunfähige und fast zur Sekte geschrumpfte Partei, die jeden nennenswerten Rückhalt in der organisierten Arbeiterbewegung verloren hatte. Die Mitgliederentwicklung der KPD verdeutlicht diesen Einflußverlust: Bis zur Mitte des Jahres 1947 hatte die KPD in den Westzonen immerhin etwa 320 000 Mitglieder erfaßt, zum Zeitpunkt des Verbotes waren ihr weniger als 70 000 verblieben.[16] Wolfgang Abendroth umschrieb den mangelnden Rückhalt der KPD in der Arbeiterbewegung nach dem Verbot wie folgt: "Die deutsche Arbeiterklasse hat das Verbot der KPD gelassen hingenommen."[17]

Die im folgenden vorzustellende Literatur behandelt unterschiedliche Aspekte und Zeiträume des Wirkens der KPD. Die vier Monographien erheben der Form nach ausnahmslos einen wissenschaftlichen Anspruch; hinzu kommen zwei Titel, die Erinnerungen damals aktiver Kommunisten wiedergeben wie zuletzt ein Band mit zeitgenössischen Reden und Schriften zur Wirtschaftspolitik der KPD. – Zwei der vorliegenden Monographien tragen einen ausgeprägt politischen Charakter, der ihren wissenschaftlichen Anspruch letztlich völlig überlagert. Die Abhandlungen von Fisch und Krause sowie die von Lehndorff-Felsko und Rische dienen vorrangig der Rechtfertigung damaliger kommunistischer Politik. Die Untersuchung von Fisch und Krause zu den Einheitsbestrebungen der Arbeiterparteien in der Nachkriegszeit stützt sich auf eine Reihe von heute schlecht oder nicht mehr zugänglichen Quellenmaterialien. Die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten im Jahre 1945 wird am Beispiel der hessischen Großstädte Frankfurt/M., Offenbach und Wiesbaden, aber auch kleinerer Städte wie Gießen, Wetzlar und Hanau sowie einiger Gemeinden abgehandelt. Mitunter bestand der organisatorische Rahmen dieser Zusammenarbeit bis in das Jahr 1946 hinein. Für einige Gemeinden des Kreises Wetzlar konnte darüber hinaus die Aufstellung gemeinsamer Wahllisten zu den ersten Nachkriegswahlen auf Gemeindeebene im Januar 1946 nachgewiesen werden. Mit der Entwicklung in den genannten Orten kann zumindest für Hessen eine gewisse Repräsentativität angenommen werden. Soweit die Verfasser diese Entwicklung auf der Basis neuen Quellenmaterials aus Archiven oder in Niederschriften von Erinnerungen damals aktiver Funktionäre dokumentieren, erscheint die Lektüre der Studie nützlich. – Ob aber Zusammenstellung und Interpretation des Quellenmaterials den Schluß zulassen, daß diese Ereignisse repräsentativ seien, mag angesichts der politischen Ziele der Verfasser fraglich erscheinen. Sie verdeutlichen mehrfach, daß nicht eine generelle Einheit von Sozialdemokraten und Kommunisten das (nach wie vor "richtige") Ziel der KPD gewesen ist, sondern eine Einheit jenseits "reformistischer Illusionen", also eine Einheitspartei, die nicht in der politischen Tradition der SPD vor 1914 zu stehen hatte (S.9, S.131, S.133). Diese politische Zielsetzung der Verfasser mag so lange als legitim gelten, wie sie nicht zur problematischen Interpretation der Quellen und Fakten verleitet. Leider sind die Autoren dieser Methode weitgehend gefolgt. Für die Darstellung der KPD-Linie führt das mitunter zu Grotesken, wenn zum Beispiel vom Gründungsaufruf der KPD behauptet wird, er "figurierte praktisch als das deutsche Pendant für die internationalen Abmachungen der Anti-Hitler-Koalition" (S.43). Für das Verhalten und

15 Hans Kluth, a.a.O., S.39ff.
16 A.a.O., S.58ff und Alexander von Brünneck, Politik und Verfolgung der KPD seit 1948, in: Die Linke im Rechtsstaat, Bd.1: Bedingungen sozialistischer Politik 1945-1965, Berlin 1976, S.218.
17 Wolfgang Abendroth, Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, a.a.O., S.94.

die Politik der Sozialdemokraten wenden sie dieses Verfahren an, um überhaupt Erklärungsmuster zu finden, warum sich die Sozialdemokraten von der Zusammenarbeit mit den Kommunisten lösten. Wieder einmal wird die Autorität und der Antikommunismus Kurt Schumachers bemüht, um die Verhaltensänderung der überwiegenden Mehrheit der SPD vom Herbst 1945 an zu erklären.

Die Politik der KPD, die ja auf die grundsätzliche Veränderung der SPD und die Eliminierung ihrer wesentlichen Traditionen zielte, wird dafür in keiner Weise ursächlich gesehen, im Gegenteil, sie erscheint als logische und historisch notwendige Fortentwicklung. Immerhin läßt beides, die Rechtfertigung der KPD-Zielsetzung wie das Erklärungsmuster für den Wandel der SPD-Haltung, die Annahme einer grundsätzlichen Manipulationsfähigkeit der Gliederungen und Mitgliedschaft der SPD deutlich werden – für einen breiten Prozeß innerparteilicher Willensbildung kann nach Anschauung der Verfasser kein Raum bleiben.

Wie jedoch gerade die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten determinierte, die Politik der KPD und der Militärregierung dort das gemeinsame Handeln von SPD und KPD im Westen letztlich ausschlossen, kann daher nicht erfaßt werden. Der Abschnitt über die Gründung der SED im Osten geriet vollends zur ahistorischen politischen Apologetik für die KPD-Führung. Daß im Osten Deutschlands "die führenden Repräsentanten" der Sozialdemokratie "die Vorstellungen der KPD" (S.142) zur Gründung der SED unterstützt hätten, gehört nicht erst seit den Arbeiten von Moraw und Staritz[18] ins Reich der Legende. Auch das gerade veröffentlichte Protokoll der ersten "Sechziger-Konferenz",[19] auf die die Verfasser hier Bezug nehmen, zeigt die Unhaltbarkeit dieser Behauptung. Für die Verfasser ist z.B. auch "die im Frühsommer [1946] vorgenommene Änderung der Politik des südbadischen SPD-Vorstandes um so abrupter und unverständlicher" (S.128f.). Aber gerade die "einheitsfreundliche" Linie des Vorstandes der Sozialistischen Partei im französisch besetzten Gebiet Badens scheiterte durch die Politik der KPD und die Lehren der SED-Gründung,[20] und das wäre m.E. zu verallgemeinern.

Hatten Fisch und Krause immerhin noch ein respektables Maß an Quellenerschließung geleistet, so entfällt auch das bei der Studie von Lehndorff-Felsko und Rische zum KPD-Verbotsprozeß 1954/56. Sie ist zur platten Propagandaschrift gegen das Parteiverbot geraten. Obwohl der Anhang über 250 Anmerkungen verzeichnet, ist der wissenschaftliche Wert der Arbeit äußerst gering. Der interessierte Leser sei für den Prozeßverlauf auf das dreibändige Dokumentarwerk zum KPD-Prozeß verwiesen,[21] für die politische und justizielle Verfolgung der Kommunisten und der KPD auf die materialreiche Untersuchung von Alexander von Brünneck.[22] Die vorliegende Arbeit gibt im wesentlichen die politische Linie der KPD-Verteidigung wieder. Sie erörtert retrospektiv die Rolle der KPD im demokratischen Aufbauprozeß der Nachkriegszeit, und nimmt dabei die These auf, daß die KPD durch das Potsdamer Abkommen als demokratische Partei sanktioniert sei. Die Verfasser verfolgen die Argumentation der Prozeßführung der KPD, die Partei habe um die Einheit Deutschlands, für einen Friedensvertrag und gegen die Remilitarisierung gekämpft, weswegen ihr von der Reaktion

18 Siehe Frank Moraw, Die Parole der "Einheit" und die Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1973, S.129ff; Dietrich Staritz, Sozialismus in einem halben Lande, Berlin 1976, S.62ff.

19 Gert Gruner und Manfred Wilke (Hrsg.), Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit. Die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46, München 1981, besonders S.66ff. und passim.

20 Werner Müller, Die KPD . . . , a.a.O., S.241ff.

21 Vgl. KPD-Prozeß. Dokumentarwerk . . . . Hrsg. von Gerd Pfeiffer und Hans-Georg Strickert, 3 Bde, Karlsruhe 1955-1956.

22 Vgl. Anm. 9.

der politische Prozeß gemacht worden sei. Mit diesem Buch soll offenbar der Eindruck erweckt werden, daß die wahrhaft demokratische KPD mit allen Mitteln bis hin zur Rechtsverletzung und Rechtsbeugung wegen ihrer demokratischen Qualität verfolgt werden sollte. Daß das mit der Realität kommunistischer Politik nicht allzu viel gemein hatte, liegt auf der Hand. Wohlgemerkt: Hier soll nicht etwa das Parteiverbot gerechtfertigt werden. Der Verfasser sieht sich zudem außerstande, über die juristischen Probleme im einzelnen zu urteilen. Aber die Schwarz-Weiß-Malerei der Autoren kann die Politik und die Praxis der KPD allenfalls indirekt kennzeichnen. So zum Beispiel, wenn sie die "DDR als Anklagepunkt" (S.150ff.) bemühen. Die "Verbreitung der Wahrheit über die Verhältnisse in der DDR" (S.151) war, selbst wenn man die Hochblüte des Kalten Krieges einrechnet, ein wichtiger Faktor, der die KPD zur zahlenmäßigen Sekte in der deutschen Arbeiterbewegung degradiert hatte. Es kann daher nicht verwundern, wenn die für das Verbot der KPD mit entscheidenden programmatischen Äußerungen schlichtweg unterschlagen werden, wie die "Thesen" des Parteitages von 1951 und das "Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" vom November 1952. Statt dessen gehen die Verfasser davon aus, daß eine Konstruktion von "Fernzielen", "Nahzielen" und "Tarnzielen" der KPD zum Anklagepunkt gemacht worden sei (S.132ff). Der propagandistischen Funktion des Buches angemessen schließt die Arbeit mit einem längeren Kapitel unter dem Titel "Für die Aufhebung des KPD-Verbots" (S.181ff).
Über die juristischen Probleme des Parteiverbotes und seine politischen Folgen für die gesamte Arbeiterbewegung hinaus mag aber als selbstverständlich angesehen werden, daß eine machtvolle und zahlenmäßig starke soziale Bewegung nicht verboten werden kann. Die Verankerung der KPD im Parteienspektrum und in der Wählerschaft war zum Zeitpunkt des Verbots bekanntlich fast vollständig verlorengegangen. Die beiden Untersuchungen von Kuehl und Jüres/Kuehl nehmen darüber hinaus detailliert die Verbindungen der Partei zu ihrer beanspruchten sozialen Klientel, der Industriearbeiterschaft, auf. Am Beispiel von zwei größeren spontanen Streikaktionen im Jahre 1955, dem Hamburger Werftarbeiterstreik und dem Streik bei Henschel in Kassel, wird minutiös der Anteil der Kommunisten an den Streikhandlungen und die Rolle ihrer Parteiführungen untersucht. Beide Titel, die textlich auch weitgehend übereinstimmen, beginnen mit einer Untersuchung der programmatischen Ebene der Gewerkschaftspolitik der KPD seit 1945. Sie zeigen, daß es entsprechend der etatistischen Gesamtkonzeption der KPD keine eigentliche Gewerkschaftspolitik gab, sondern nur einen permanent vorgetragenen Anspruch, daß die Kommunisten die aktivsten und entschiedensten Gewerkschafter zu sein hätten. Erst mit dem Marshall-Plan sehen die Verfasser ein "Abweichen vom Kollaborationskurs" und eine "Reversion" der kommunistischen Politik (Jüres/Kuehl S.79). Aufschlußreich im Gegensatz zu den beiden bereits vorgestellten Untersuchungen ist nun die Abhandlung zum Einflußverfall der KPD in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung (S.81ff). Erst nach Gründung der Bundesrepublik ergaben sich Konturen für eine Gewerkschaftspolitik der KPD. Aber hier blieben auch dauerhaft die gewerkschafts- und sozialpolitischen Ziele den allgemeinpolitischen untergeordnet.

Schon 1950 sah die KPD-Führung eine Wendung gegen die Spitzen der Gewerkschaften als erforderlich an. Sie warf den Gewerkschaften eine "Politik der Klassenversöhnung" vor und eine Politik der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern (S.96f.). Die "These 37" vom Frühjahr 1951 zeigte nunmehr deutlich einen Konfrontationskurs zu den Führungen der DGB-Gewerkschaften. Die KPD beschuldigte diese, ihre Organisationen "in den Dienst der Kriegsvorbereitungen" zu stellen. Daraus sollte sich für die Kommunisten die "Aufgabe" ergeben, "Kampfhandlungen auszulösen auch gegen den Willen rechter Gewerkschaftsführer"

(S.101). In völliger Verkennung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse lieferte die Parteiführung mit diesem Kurs einen Anlaß für die Ausschaltung ihrer noch verbliebenen Anhänger aus gewerkschaftlichen Funktionen. Aber schon zuvor, auch in den Auseinandersetzungen um das Mitbestimmungsrecht in der Montanindustrie,konnte sie "weder initiativ noch richtungsweisend tätig werden" (S.103).

Für die beiden untersuchten Streiks war damit eine Ausnahmesituation gegeben. In den Betrieben, in denen die ersten Streiks im Jahre 1955 ausbrachen, gab es immerhin noch funktionsfähige KPD-Betriebsgruppen. Die Untersuchung des Streikablaufs der Hamburger Werften über mehrere Tage und ihr Scheitern und die Streikaktionen bei Henschel in Kassel bilden die eigentlichen Hauptteile beider Untersuchungen. Hier haben die Verfasser eine beachtliche Arbeit im Zusammenstellen und Erschließen der Quellen geleistet. Sie haben eine Reihe von Interviews mit aktiven Funktionären durchgeführt und eine Vielzahl von gedruckten Quellen zu diesen Aktionen, wie Flugblätter, Betriebszeitungen und Tageszeitungen zusammengetragen. Aus allen ergibt sich ein eindringliches und sehr dichtes Bild des Verlaufs der Streiktage, der treibenden Kräfte, von Aktionen, Reaktionen und Interaktionen. Diese sehr eindrucksvolle empirische Untersuchung führt zu einem eigentlich überraschenden Resultat. Die Streiks waren spontane und autonome Aktionen der beteiligten Arbeiter, ihre Leitungsfunktionen bildeten sich ohne Einfluß von außen. Für die Gewerkschaftspolitik der KPD ziehen Jüres/Kuehl daraus den Schluß, daß die offizielle Parteipolitik und die betrieblichen Aktivitäten von Kommunisten unverbunden nebeneinander standen. Erfolge und Anhang erzielten Kommunisten dort, wo sie die Interessen ihrer Arbeitskollegen aufgriffen und vertraten. "Die Erfolge dieser Parteimitglieder wurden aber stets durch die Vorstandspolitik paralysiert" (S.221). Die KPD-Gewerkschaftspolitik endete in der Artikulation unrealistischer Forderungen an Mitglieder und Arbeiterschaft (ebd.). Damit ist ein fortschreitender Widerspruch zwischen der "Parteilinie" und der Arbeit vieler einzelner Kommunisten konstatiert. Auch das unterstreicht den Doppelcharakter der KPD-Politik.

Demgegenüber weniger aussagekräftig sind die beiden vorliegenden Erinnerungsbände. Willi Bohn, ein prominenter Stuttgarter Kommunist, zeitweise Redakteur der "Stuttgarter Zeitung" und der KPD-Zeitschrift "Das neue Wort", behandelt etwa auf 100 Seiten in seinen Memoiren die Jahre von 1945 bis 1956. Über den Aufbau der KPD und ihre Arbeitsweise gibt es indes kaum detaillierte Hinweise. Selbst über die Tätigkeit der "Antifa", in Stuttgart "Arbeitsausschüsse" genannt, wird nur in Form von Zitaten aus anderen Publikationen referiert. Aber auch in Stuttgart ging es um die "Einheit der Arbeiterklasse": Bohn gibt einige Auseinandersetzungen mit dem damaligen SPD-Sekretär Max Denker (hier immer Dencker) wieder. Die Entwicklung in der sowjetischen Zone erscheint ihm vorbildhaft. Weniger allerdings den Sozialdemokraten, so daß auch hier die KPD-Einheitsbemühungen scheiterten (S.168ff). Recht instruktiv wirkt Bohns Bericht über die Ratsarbeit der KPD, obwohl faktisch eine Hälfte des Kalten Krieges, dessen aktiver Beteiligter auf einer Seite die KPD ja war, ausgeblendet bleibt. Der Kampf der KPD gegen die "Reaktion", gegen die Spaltung Deutschlands und die Remilitarisierung bleibt so einer wesentlichen Dimension entkleidet.

Recht unterschiedliche Berichte enthält der Erinnerungs-Sammelband über die Nachkriegsentwicklung in Hessen. So sind dokumentierte Berichte über die antifaschistische Zusammenarbeit in Hanau und die Vereinigungsbestrebungen in dem kleinen Taunusort Köppern zu finden; allerdings unter der Maxime, daß sie die "Richtigkeit" der kommunistischen Nachkriegskonzeption belegen sollen. Umfangreicher, aber von der gleichen Zielsetzung deutlich geprägt, sind die Berichte von zwei "prominenten" Kommunisten, Emil Carlebach aus Frankfurt und Paul Krüger aus Wiesbaden. Carlebach nennt eine Reihe von Einzelheiten zur Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten in Frankfurt und zu seiner

Tätigkeit bei der "Frankfurter Rundschau". Krüger beschreibt aus kommunistischer Sicht den Prozeß gewerkschaftlicher Neugründung in Wiesbaden. Insgesamt liegt hiermit quasi ein "Materialband" zu der Untersuchung von Fisch und Krause vor.
Der letzte hier vorzustellende Titel enthält Reden und Schriften des KPD-Parteivorstandsmitgliedes und zeitweiligen Bundestagsabgeordneten Fritz Rische zur Wirtschaftspolitik der KPD. Nur der kleinere Teil behandelt indes die Zeit bis 1956. Der Zeitraum von Mitte 1950 bis zum Verbot der Partei bleibt tatsächlich ausgeklammert, lediglich ein retrospektiver Artikel aus dem Jahre 1977 ist aufgenommen. In die Jahre 1951 bis 1953 fallen immerhin wichtige Ereignisse, wie das Gesetz über die Montanmitbestimmung und das erste Betriebsverfassungsgesetz. Im Wahlkampf 1953 hätte die KPD sicherlich auch ihre wirtschaftspolitische Konzeption verdeutlichen können. Für den vorliegenden Themenbereich zeigt die Sammlung daher beträchtliche Lücken; eine kleine Hilfe stellt allerdings die Bibliographie der Reden und Schriften Risches, soweit sie veröffentlicht sind, dar (S.274 bis S.293).

Die anfängliche Wirtschaftspolitik der KPD in der Nachkriegszeit wird recht breit abgehandelt. Sie zielte auf die "Entmachtung des Monopolkapitals" und die Errichtung einer Friedenswirtschaft. Die "demokratische Alternative" der KPD erschöpfte sich weitgehend in der Forderung nach Enteignung der Schlüsselindustrien. Weitere Elemente zur Demokratisierung der Wirtschaft werden nicht deutlich. Wie auch in der Gewerkschaftspolitik der KPD sichtbar, bleibt die Wirtschaftskonzeption der etatistischen Generallinie der Partei untergeordnet: Die KPD-Führung erstrebte eine möglichst weitgehende,gesicherte Beteiligung an einer demokratischen Nachkriegsexekutive. Mit der extensiven Partizipation der KPD war die Frage nach inhaltlicher Demokratisierung gelöst. – Die Polemik gegen die SPD und Schumachers Konzeption des "Sozialismus als Tagesaufgabe" auf der einen und die "kapitalistische Restauration" auf der anderen Seite überlagerte mehr und mehr die anfängliche KPD-Konzeption der Zusammenarbeit der "antifaschistisch-demokratischen Kräfte". Diese Schwerpunktverlagerung dokumentieren mehrere Reden Risches im und zum Bizonen-Wirtschaftsrat. Auch nach Beginn des Kalten Krieges bleiben die wirtschaftspolitischen Ziele der KPD ihren allgemeinpolitischen untergeordnet und damit vage. Eine grundsätzliche Alternative zur Wirtschaftspolitik der westlichen Besatzungsmächte und aller anderen Parteien sah die KPD im Ausbau des Ost-West-Handels (S.76ff). Damit sollten freilich auch die Auswirkungen des Marshall-Planes und der "Westbindung" unterlaufen werden. Eine demokratische Wirtschaftspolitik ist damit aber ebenso wenig dokumentiert wie Wege zur Demokratisierung der Wirtschaft.
Die hier vorgestellte Literatur hat mit Ausnahme der Arbeiten von Kuehl und Jüres/Kuehl nur bedingt zur Vertiefung der Kenntnisse über die KPD beitragen können. Insbesondere die beiden letzten Phasen der Parteientwicklung erschienen aber gerade angesichts der komplizierten Lage und widersprüchlichen Politik der Partei eingehender Untersuchungen wert, die aber über die "Anspruchsebene" kommunistischer Politik hinausgehen müßten.

EIN ÜBERBLICK ÜBER DIE NATIONALSOZIALISMUS-FORSCHUNG?*

Von Werner Schochow

Mit der Reihe "Arbeitsbücher zur modernen Geschichte" sucht ihr Herausgeber, H.-U. Wehler, seit 1976 eine von ihm entdeckte Marktlücke zu schließen. Er meint, wohl nicht zu Unrecht, in Schule und Universität ein dringendes Bedürfnis nach knapp informierenden, übersichtlich aufbereiteten und preiswerten bibliographischen Wegweisern zu Teilgebieten der (vorwiegend deutschen) Geschichte seit dem 18. Jahrhundert annehmen zu können. Erfüllt die vorliegende "Bibliographie zum Nationalsozialismus" die mit ihr verknüpften Erwartungen?

Aus der kaum mehr überschaubaren Fülle an gedrucktem Material zum Thema Nationalsozialismus hat P. Hüttenberger versucht, die offenbar wesentlichen, wertbeständigen oder den derzeitigen Forschungsstand repräsentierenden Publikationen zu erfassen, wobei "es sich als praktisch erwies, das Schrifttum über häufig behandelte Themen in einer nach Maßstäben der Ausgewogenheit verringerten Auswahl wiederzugeben". Das klingt plausibel, zumal in Verbindung mit dem sich daraus ergebenden "Vorteil [. . .], daß im Rahmen des stark beschnittenen Umfanges des Buches die Leser eine relative Gleichmäßigkeit in der Themenbehandlung vorfinden." (S.9). Was ist aus diesem Versprechen nach thematischer Ausgewogenheit, nach sachgerechter und aktueller Auswahl geworden?

Zunächst zur äußeren Einrichtung der Bibliographie. Der Stoffaufteilung im ganzen ist, sieht man einmal von Irrtümern im einzelnen ab, die immer vorkommen können, innere Logik nicht abzusprechen. Das Fortschreiten von der Ideologie (Kap. 6-7) und der Frühzeit des NS (Kap. 8-9) über die innenpolitische Entwicklung des Dritten Reiches in seinen verschiedenen Ausprägungen (Staat, propagandistische, kulturelle Einrichtungen, Parteiorganisationen, Soziales, Kirchen: Kap. 10-15) zur Außenpolitik (Kap. 16), zum Zweiten Weltkrieg (Kap. 17-18), schließlich zu Widerstand und Verfolgung (Kap. 19-21) leuchtet ein. Weniger durchdacht erscheint der Anfang, wo die Gesamtdarstellungen (Kap. 3) mitten zwischen den Quellen/Hilfsmitteln und den Memoiren eingereiht und diese wiederum von den eigentlichen "Biographien" (Kap. 5) über dieselben Persönlichkeiten getrennt sind, was freilich nicht streng eingehalten, mitunter auch schwer durchzuführen ist. Wenn man sich weiter die tatsächlich sehr unterschiedliche Gliederung und Gewichtung der hier behandelten Themenkomplexe näher anschaut, dann bleibt von der postulierten Ausgewogenheit der Kapitel zueinander nicht viel übrig.

Wie aber ist die Bibliographie selbst, und das ist wichtiger, inhaltlich beschaffen? Ich habe mir daraufhin die Anfangsteile genauer angesehen. Mit folgendem verblüffenden Ergebnis: Von den ersten etwa 100 Nrn. (Quellen, "Findmittel" u.ä.) sind, ungeachtet der noch zu nennenden pauschal vorgenommenen Titelverkürzungen und der Fehleinordnungen, jedenfalls 31, also fast 1/3, ergänzungs- oder revisionsbedürftig. Im einzelnen: Sachlich sehr ungenau oder lückenhaft sind ff. Nrn.: I/2, 7, 9, 15, 20, 26, 33; II/1, 6, 10, 12, 16, 28, 37, 42, 44, 47, 53. Formal fehlerhaft: II/24, 42, 70. Überflüssig, da veraltet, nicht hierher gehörend oder doppelt aufgeführt: I/21, 23, 32; II/2, 21, 29, 40, 52, 54, 58. Umgekehrt fehlen fast alle hier zu erwartenden Titel, Neuauflagen, Folgebände aus der 2. Hälfte der 70er Jahre (s. auch unten). – Um diese Zahlenkolonnen an einigen Beispielen mit Leben zu füllen: Was nützen (ungenau) zitierte Einzelwerke, wenn sie nur der willkürliche Ausschnitt einer umfas-

* Rezension von: Peter HÜTTENBERGER: Bibliographie zum Nationalsozialismus (= Arbeitsbücher zur modernen Geschichte, Bd.8). – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1980. 214 S.

senden Quellenausgabe sind? Welchen Wert hat der Artikel "Zu einer Biographie Dietrich Bonhoeffers" (S.30), wenn diese selbst (E. Bethge, 1967) nirgends genannt ist? Warum werden "Einige Bemerkungen zu einer neuen Biographie" über J. Goebbels (S.31) oder M. Broszats HZ-Aufsatz über William Shirer (S.22) zitiert, ohne daß zugleich auf die Originalarbeiten hingewiesen wird? Und weiß der Verf. wirklich nicht, daß die "Who's-who"-Verzeichnisse (S.18) nur lebende Personen nachweisen, hier also nichts zu suchen haben (nicht einmal R. Heß und A. Speer sind in der hier zitierten älteren Ausgabe von 1972 noch vertreten)? Wer Ernst Hanfstaengl (S.27 und S.34), Gerhard Ritter (S.27) oder B.H. Liddell Hart (S.165) waren, scheint dem/den Bearb.(n) auch nicht bekannt zu sein. – Vielleicht sind die übrigen Teile, so hat es mitunter den Anschein, weniger oberflächlich gearbeitet. Was aber durchgängig für das ganze "Arbeitsbuch" gilt, läßt sich wie folgt zusammenfassen:
Formalia. Die Qualität der Titelbeschreibungen läßt zu wünschen übrig. Sie sind oft uneinheitlich, in den Titelfassungen ungenau. So geht der Charakter einer Schrift (Quelle, Forschungsbericht, Abhandlung?) aus solchen Kurzanzeigen nicht immer hervor. Vornamen sind stets abgekürzt, gleichgültig, wie gängig ein Familienname ist, wie häufig ein Verf. hier vorkommt. Ost- und Westberlin als Erscheinungsorte werden nicht unterschieden. Ebenso hat man auf Umfangs- und Serienangaben bei allen Buchtiteln verzichten zu können geglaubt. Folge dieser (milde gesagt) Lässigkeiten sind unnötige Fehleinordnungen, die sich auffällig häufen gerade in des Bearbeiters eigenstem Arbeitsgebiet, im Kap. 13 (NS-Organisationen; Forschungsberichte gehören ins 2. Kap.), sind unbemerkt gebliebene Dubletten (vgl. z.B. S.13f., S.15, S.31), sind das Zerreißen oder Ignorieren von Sachzusammenhängen. Auch mit dem Zitieren von Zeitschriften (vgl. vor allem S.209ff) steht es hier nicht zum besten. Wenn Titel falsch geschrieben sind ("Jahrbücher für Geschichte Osteuropas", "Revue roumaine d'histoire"), wenn Periodika exzerpiert und undifferenziert zitiert werden, die es mehrmals ("Börsenblatt", "Die Gegenwart") oder häufig, bis zu 1 Dutzend Mal gibt ("Acta historica", "Forum", "Gazette", "Historia", "Historica"), ohne daß, etwa durch Nennung des Hrsg. oder des Erscheinungsortes, erkennbar ist, welche davon nun gemeint ist, dann mindert oder verhindert man leichtfertig eine doch beabsichtigte eindeutige bibliographische Information. Andererseits: Haben in diesem zu strenger Auswahl genötigten, das Beständige herausgreifenden Wegweiser tagespublizistische, oder jedenfalls nichtwissenschaftliche Organe wie "Civis", "Feldgrau", "Der Spiegel", "Liberal", "Nation Europa" hier wirklich etwas verloren?
Ärgerlicher noch, und damit komme ich zu den inhaltlichen Kriterien, ist das völlige Fehlen sachlicher Erläuterungen; ohne sie sind Titel wie "Eine frühe Quelle zu . . .", "Ein zeitgenössisches Urteil über . . .", "Bemerkungen zu einer neuen Biographie" einfach nicht zu verstehen, oft auch nicht zutreffend unterzubringen. Derartige Kurztitelaufnahmen verunsichern den Benutzer, wenn sie ihn, wie manchmal auch den Bibliographen, nicht gar in die Irre führen. Überhaupt hat der Bearb. der Materialerschließung das geringstmögliche Interesse entgegengebracht: Es fehlt jegliches Register, so daß man sich, im Verbund mit den anderen Mängeln, weder alphabetisch noch sachlich zurechtfinden kann. Zeitraubende unnötige Recherchen sind, um das Mindeste zu sagen, hier wie bei den übrigen ähnlich angelegten Bibliographien dieser Reihe die Folge. – Nicht besser, und das ist gravierender, steht es offenkundig um die Sachauswahl. Das hier angebotene Material ist veraltet und auf weiten Strecken ein Produkt des Zufalls. Zum ersten. Nur wenige Titel sind – in einer 1980 erschienenen Bibliographie! – nach 1974 erschienen; die Masse der insgesamt etwa 3600 Nrn., ca. 85 %, entstammt der Zeitspanne von der Mitte der 50er bis zum Anfang der 70er Jahre. Vieles davon, vor allem Aufsatzliteratur, die seinerzeit vielleicht sensationell wirkte, ist inzwischen durch bessere Publikationen überholt. Weit mehr Arbeiten fehlen überhaupt. Die internatio-

nale Forschung der 2. Hälfte des vorigen Jahrzehnts ist hier praktisch nicht existent – und das bei unvermindert wachsendem Quellenbestand, bei dementsprechend lebhaft und kontrovers geführten fachlichen Auseinandersetzungen. Wenn es andererseits zum weitgehenden Verzicht auf Titel *vor* 1955 im Vorwort heißt, deren Aufnahme lohne sich nicht "angesichts der weitgehend eindimensionalen Fragestellungen und der beschränkten Quellengrundlage der Arbeiten aus der unmittelbaren Nachkriegszeit" (S.9), so möchte man doch dagegen fragen: Meint der Verf. wirklich, die Memoiren und schriftlichen Hinterlassenschaften von Otto Dietrich (1955), Hans Frank (1953), Gisevius (1947, 1960), von Hassell (1946), F. Hoßbach (1949), E. Kordt (1950), O. Meissner (1950), Rosenberg (1955-56), E. v. Weizsäcker (1950) u.a. seien "auch ihrem Inhalt nach . . . redundant", also überflüssig? Und es genüge, von anderen Größen dieser Jahre wie Papen, Schacht und Speer nur ältere oder Nebenprodukte zu zitieren? Mir scheint umgekehrt, viele der fortgelassenen Quellen sind für eine fundierte Behandlung unseres Gegenstandes und den Fortgang der Forschung ungleich aussagekräftiger als der noch dazu willkürliche Nachweis sekundärer oder tertiärer Literaturverarbeitung – zu schweigen von veralteten Ausgaben, von fehlenden oder nur bruchstückhaft verzeichneten Standardwerken des letzten Jahrfünfts, die jeder gute Lesesaal enthält, etc. – Daß die Dokumentationen der Nürnberger und anderen Prozesse und die Literatur über sie nicht zu finden ist, verwundert nun schon nicht mehr, auch kaum noch, daß selbst Sebastian Haffners ideenreiche "Anmerkungen zu Hitler" (1978) gleichfalls fehlen, sind sie doch "nur" 2 Jahre vor H.s Bibliographie erschienen. Aber liegt es auf der gleichen Linie, wenn der Verf., immerhin Ordinarius einer neudeutschen Universität, glaubte, auch alle originären Zeugnisse der NS-Zeit aussparen zu sollen? Das im übrigen wortreiche Vorwort gibt darüber und über andere Fragwürdigkeiten keine Auskunft. Soll sich der heute studierende und angehende Historiker oder Politologe nicht mehr aus erster Hand über die nicht mehr selbst erlebte schlimme jüngste Vergangenheit informieren dürfen? *So* jedenfalls wird diese nicht bewältigt.

Erscheint die Auslese im deutschen Titelmaterial, von dem bisher in erster Linie die Rede war, noch mehr vom Zufall bestimmt, so wird die ausländische Fachliteratur geradezu sträflich vernachlässigt. Zumal die besonders aktive angelsächsische Forschung taucht hier, auch in den außenpolitischen Abschnitten, nur sporadisch, die osteuropäische, soweit ich sehe, gar nicht auf. Hat diese Einäugigkeit, diese Unbekümmertheit um ausländische Auffassungen etwa Methode? Oder ist sie schlicht bibliographisches Unvermögen? Will oder soll man nicht zur Kenntnis nehmen, was die außenpolitischen Gegenspieler über Hitler dachten und sagten? Gehört Churchill nicht in diese Bibliographie? Und warum fehlen außer François-Ponçet (S.27 in veralteter Aufl.) fast alle anderen alliierten Staatsmänner? Und weiter im Zweiten Weltkrieg: Keine der maßgeblichen, z.T. mehrbändigen, jüngeren Bibliographien (Marty Bloomberg/Hans H. Weber 1975; Myron J. Smith 1976 und 1977; A.G.S. Enser 1977) ist genannt, geschweige ausgewertet. Verzeichnete Titel aus dem letzten Jahrfünft demzufolge: 1 (1978) – unter immerhin 244 Kriegsdarstellungen (S.158ff.). Und das Exzerpieren der vielen zeitgeschichtlichen Fachzeitschriften hört noch früher auf. Was haben sich die Beteiligten dabei wohl gedacht? Da greife man doch lieber, wenn nicht zu einer besseren Fachbibliographie (s.u.) zu den laufenden, aus überlegener Sachkenntnis urteilenden Forschungsberichten von A. Hillgruber (GWU); auch sie werden, obwohl immerhin seit 1973 erscheinend, totgeschwiegen.

Der hier besonders interessierende Abschnitt "Arbeiterschaft" (S.118f.) ist vollends indiskutabel. Es werden insgesamt 23 (!) Arbeiten genannt (1 Aufsatz von 1937: "International Labour Review"; wie sich der wohl hierher verirrt hat ?), ganze 3 Titel aus den Jahren 1974/75 und die übrigen 19, erschienen zwischen 1954 und 1973), darunter 3 englische und 7 aus

der DDR; und mindestens 7 sind bibliographisch oder sachlich inkorrekt. Von der IWK, ihrer umfangreichen und kritischen Literaturberichterstattung und den in ihr geführten intensiven Debatten weiß die Crew in Düsseldorf bis heute nichts.
Fazit: Die Vorstellung, mit diesem Verzeichnis liege ein "Überblick über die Schwerpunkte der Nationalsozialismusforschung" (S.9) vor, ist absolut irrig. Anspruch und Wirklichkeit klaffen allzu weit auseinander. "Zur Organisation einer Bibliographie" (S.7), von der H.s Vorwort weitschweifig spricht, bedarf es eben mehr als vieler Worte, einiger Ideen und des Innehabens eines Lehrstuhls; und mit dem Heranziehen einer Reihe von Hilfskräften ist es auch nicht getan. – Sollten diese "Arbeitsbücher", und damit knüpfe ich an das eingangs Gesagte an, aktuell und verläßlich "zur modernen Geschichte" unterrichten, d.h. schnelle und gezielte Sachinformationen liefern, dann dürfte deren Herstellung nicht dem Zufall und Ignoranten überlassen werden. Sie müßten vielmehr – das gilt für die ganze Reihe – sachkundig auswählen, formal zuverlässig sein und – vor allem – jeweils auf dem neuesten Stand gehalten werden. Dazu gehört als Voraussetzung in praxi eine systematische Auswertung der gängigen nationalbibliographischen Hilfsmittel, besser, soweit vorhanden, guter Fachbibliographien. Im vorliegenden Falle hätte es sich z.B. empfohlen, das "Verzeichnis lieferbarer Bücher" für die selbständigen deutschen Titel durchzusehen, daneben aber an Fachbibliographien keinesfalls den Dahlmann-Waitz (10. Aufl., Lfg. 2-3, 1965-66), die "Jahresberichte für deutsche Geschichte", die "Bibliographie zur Zeitgeschichte" (im Institut für Zeitgeschichte, München) und die "Jahresbibliographie" der Bibliothek für Zeitgeschichte (Stuttgart) zu vergessen. Daß daneben die Genauigkeit im kleinen gerade *nicht* gering zu achten ist, dürfte nun wohl unbestritten sein. Daß schließlich auf formale und sachliche Registrierung des angezeigten Materials nicht zu verzichten ist – eine Bibliographie ohne Register ist wie ein Haus ohne Türen –, wer wollte das bestreiten?

NEUE LITERATUR

BEBEL, August: **Ausgewählte Reden und Schriften,** Bd. 2: **1878 bis 1890.** 2 Teilbde. Hrsg. von Horst Bartel, Rolf Dlubek, Heinrich Gemkow, Ursula Herrmann und Gustav Seeber. Bearb. von Ursula Herrmann und Heinrich Gemkow, unter Mitarbeit von Anneliese Beske, Marga Beyer, Wilfried Henze, Gudrun Hoffmann, Ruth Rüdiger und Gerhard Winkler, unterstützt von Heinz Beike und Brigitte Hoeft. – Berlin [Ost]: Dietz Verlag 1978. 830 und 668 S.

Im Auftrag des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und des Zentralinstituts für Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften der DDR erhielt ein Kollektiv von Historikern und zahlreichen wissenschaftlichen Mitarbeitern den Auftrag, das vielseitige politische und publizistische Schaffen von August Bebel in einer mehrbändigen Publikation allgemein zugänglich zu machen. Diese Ausgabe sollte nicht nur für die historische Forschung sondern auch für einen größeren interessierten Leserkreis von Nutzen sein. Nach Auffassung der Herausgeber hatten in diesen Reden und Schriften die revolutionären marxistischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung ihren Ausdruck gefunden. Die Tatsache, daß Bebel sich der Lehre des Marxismus verpflichtet fühlte und auch eigene Beiträge veröffentlicht hatte, um in ihrem Sinne zu wirken, trug schließlich dazu bei, den vorliegenden mündlichen und schriftlichen Äußerungen Bebels besondere Aktualität zu verleihen. Schließlich seien auch die gesellschaftlichen Prognosen Bebels für die Zukunft von den Bürgern der DDR verwirklicht worden.
Nach intensiven Vorbereitungen seit dem Jahre 1960 erschien zehn Jahre später der erste Bd. Er wurde mit den vorliegenden beiden Halbbden fortgesetzt, in denen sich das Wirken Bebels in der Zeitspanne manifestierte, da sich das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Be-

strebungen der Sozialdemokratie" auswirkte. Den Herausgebern kam es darauf an, die Vielfalt der Bebelschen Fähigkeiten zu dokumentieren. Es mußten daher der Parteiführer, Volksredner, Organisator und Parlamentarier sowie der Theoretiker und Propagandist zu Worte kommen. So wurden im ersten Halbbd. vollständig oder in Auszügen Reden aufgenommen, die in Partei- und Volksversammlungen, auf Kongressen oder im Reichstag und im sächsischen Landtag gehalten wurden. Es kamen noch zahlreiche Artikel aus der Presse hinzu, Abhandlungen, Erklärungen und Flugblätter. Darunter befanden sich auch einzelne Stücke, die seit ihrer Veröffentlichung zum ersten Male wieder abgedruckt sind. Unter den 86 hier chronologisch angeordneten Dokumenten sei u.a. verwiesen auf die Reden im Reichstag "Gegen das Maulkorbgesetz" (1879), für die "Sozialdemokratische Alternative zum junkerlich-großbourgeoisen Militärstaat" (1884) und "Für die Erweiterung der demokratischen Grundrechte" (1885). Oder auf die Artikel "Wie verhalten wir uns vor Polizei und Gericht?" (1882), die "Deutsche Fabrikinspektion im Jahre 1887" (1888), "Die kaiserlichen Erlasse zur Arbeiterschutzgesetzgebung" (1890). Schließlich könnten noch das Flugblatt "Gegen die Verhängung des Kleinen Belagerungszustandes über Leipzig" (1881) und Auszüge aus der Schrift über "Charles Fourier" (1887) erwähnt werden.

Die hier zusammengestellten Ausführungen Bebels richteten sich vielfach gegen Rüstungswettlauf, Militarismus und Kulturfeindlichkeit. Bebel warnte vor kriegerischen Aktionen im europäischem Ausmaß und forderte das Mitbestimmungsrecht der Völker über die Schicksalsfrage: Krieg oder Frieden. Nur das Proletariat könne eine Kriegspolitik bannen, die im Wesen eines jeden kapitalistischen Systems liege. Der Einheit von Krieg und Kapitalismus stellte er die Alternative Sozialismus und Frieden gegenüber, während er die koloniale Expansion als Ausbeutung einer fremden Bevölkerung ansah. Bebel befürwortete auch ein festes Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern, um gemeinsamen Aktionen zum Erfolg zu verhelfen.

Im zweiten Halbbd. wurden 141 Briefe veröffentlicht, die Bebel im gleichen Zeitraum an Angehörige, Freunde und Mitarbeiter wie Ignaz Auer, Julie Bebel, Eduard Bernstein, Friedrich Engels, Karl Kautsky, Wilhelm Liebknecht, Julius Motteler, Hermann Schlüter und Georg von Vollmar geschrieben hatte. Es handelt sich um Dokumente, die zu einem großen Teil schon in allgemein bekannten Briefsammlungen veröffentlicht wurden.[1] Es befinden sich jedoch auch Schreiben darunter, die bisher noch nicht publiziert worden sind. Sie wurden hauptsächlich den Beständen der Institute für Marxismus-Leninismus in Moskau und Ost-Berlin entnommen.

Der 2. Teilbd. enthält zudem noch einen sorgfältig angefertigten Anmerkungsapparat sowie ein Verzeichnis der wichtigsten Lebensdaten Bebels, 1878 bis 1890, die durch eine ausführliche Bibliographie ergänzt werden, in der sämtliche Reden, Artikel und Schriften, soweit sie zu ermitteln waren, zusammen mit Aufrufen, Flugblättern und Abhandlungen aufgeführt wurden. Es folgen Literaturangaben, die alle von Bebel erwähnten Schriften und Zeitschriften enthalten sowie ein Verzeichnis der Quellen und Darstellungen zur Biographie Bebels und zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Personenanhang mit Kurzbiographien schließt den Bd. ab.

In einer ausführlichen Einleitung im ersten Halbband, verfaßt von Ursula Herrmann und Heinrich Gemkow, wird die zwölfjährige Tätigkeit Bebels unter dem Sozialistengesetz breit kommentiert und anhand der vorliegenden Unterlagen gewürdigt. Die Verfasser betrachten diese Jahre als denjenigen Zeitabschnitt im Leben Bebels, in dem seine kämpferische Entschlossenheit, sein Organisationstalent und seine taktische Begabung für die Politik am eindrucksvollsten zum Ausdruck kamen. Bebels Schaffen ist in ihren Augen sogar die Personifizierung der sozialistischen Alternative gegenüber der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft Bismarcks. – Mancher politisch weniger engagierte Leser wird jedoch nicht damit einverstanden sein, daß bei dieser Gelegenheit auch eine direkte Linie vom Wirken August Bebels bis zur Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik und der Tätigkeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gezogen wird. Davon abgesehen ist es jedoch zu be-

1 Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954; August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels. Hrsg. von Werner Blumenberg, The Hague 1965; August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky. Hrsg. von Karl Kautsky Jr., Assen 1971.

grüßen, daß diese Ausgabe, der insgsamt noch vier Bde folgen sollen, erschienen ist, denn hier werden wirklich zu einem großen Teil Texte geboten, die sonst nur noch schwer zugänglich sind.

Ernst Schraepler

GRIMM, Robert: **Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz** (= Unveränderter Neudruck der 1931 erschienenen Ausgabe, ergänzt vom Verlag mit 23 Illustrationen, einem Nachwort und Literaturhinweisen; zugleich Bd. 2 der "Werkausgabe Robert Grimm"). – Zürich: Limmat 1978. 275 S.

Robert Grimms Aufklärungs- und Kampfschrift war die erste zusammenhängende Darstellung der Ideengeschichte des schweizerischen Sozialismus. Als solche ist sie auch heute noch lesenswert, denn außer der Dissertation von Mario Gridazzi ist in den inzwischen verflossenen 50 Jahren keine neue Darstellung erschienen. Allerdings setzt eine heutige Lektüre, soll sie nicht ein lückenhaftes und verzerrtes Bild vermitteln, eine genauere Kenntnis der Situation der schweizerischen Arbeiterbewegung um 1930 voraus, sowie eine Berücksichtigung des damaligen Standortes des Autors Grimm. Hauptmerkmal der politischen Situation war natürlich die Spaltung in SP und KP mit all ihren negativen Folgen für die Arbeiterbewegung. Ökonomisch ist das Erscheinungsjahr 1931 geprägt vom eigentlichen Einbruch der Wirtschaftskrise in der Schweiz. Robert Grimm vertrat in der SP seit der Parteispaltung die marxistische Position. Diese prägte zwar auch das Parteiprogramm von 1920, hatte aber in der Praxis einem vor allem in der Kommunalpolitik erfolgreichen, aber auch in allen andern Bereichen vordringenden Reformismus weichen müssen. Grimm ging es nun darum, in der Situation des Durchbrechens der Krise, dem vom Reformismus, der ihm ökonomisch und ideologisch nicht mehr helfen konnte, enttäuschten Arbeiter mit einem "Besinnen auf das ursprüngliche, auf das eigentliche Wesen des Sozialismus" einen Ausweg zu zeigen. Gleichzeitig grenzte er sich scharf ab gegen die Kommunisten, denen er schematische Übertragung russischer Organisations- und Kampfformen auf Westeuropa, politisches Abenteurertum und Putschtaktik vorwarf. Der Blick in die Geschichte sollte zeigen, wie entsprechend der ökonomischen und politischen Entwicklung der Sozialismus sich allmählich entwickelt und in der Arbeiterbewegung durchgesetzt hatte. Hier schloß die Analyse der Gegenwart an und zeigte, daß der Sozialismus notwendigerweise und unausweichlich kommen müsse.
Diese deterministische Geschichtsbetrachtung klammert nun allerdings einiges aus, was nicht hineinpaßt, quer zum postulierten Entwicklungsstrom liegt. Dies gilt zur Zeit der Ersten Internationalen für den Anarchismus der Fédération Jurassienne, welche in einem Satz abgetan wird als Gruppe, welche "für die Schweiz keine wesentlich über die lokalen Verhältnisse hinausgehende Bedeutung erlangte." Dieselbe Nichtbeachtung trifft die anarchosyndikalistischen Anhänger von Direkter Aktion und Generalstreik, die nach 1900 in der Romandie und der deutschen Schweiz erheblichen Einfluß erlangten. Auf der anderen Seite erscheint das Parteiprogramm von 1904, welches die Sozialdemokratie erstmals auf den Boden des Marxismus stellte, in einem verklärten Licht als das "geistige Fundament, auf dem sich seit bald dreißig Jahren die theoretische Orientierung und die praktische Tätigkeit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vollzieht". Eine kühne Behauptung angesichts der zahlreichen innerparteilichen Auseinandersetzungen vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg.
Die Herausgeber rechtfertigen in einem 20-seitigen Nachwort, das als Vorwort gelesen werden sollte, die Neuherausgabe mit dem erneuten Einbruch einer Krise, in welcher der Marxismus seine Bedeutung als allgemeine und kritische Theorie des Kapitalismus keineswegs verloren habe. Die heute darniederliegende aber notwendige Sozialismusdiskussion bedürfe der Einbeziehung der historischen Erfahrungen und Aktionen der Arbeiterbewegung.

Karl Lang

ZWAHR, Hartmut: **Proletariat und Bourgeoisie in Deutschland. Studien zur Klassendialektik** (= Studien zur Dialektik). – Köln: Pahl-Rugenstein-Verlag 1980. 177 S.

Die fünf, von 1969 bis 1978 entstandenen Untersuchungen dieses Bdes erläutern den Beitrag des Autors zum Thema "bürgerliche Umwälzung, bürgerliche Gesellschaft und Klassenentwicklung" (S. 9). Der erste Aufsatz, "Genesis und Klassenkonstitution von Proletariat und

Bourgeoisie. Zu einigen Thesen von Karl Marx aus den Jahren 1843 bis 1848", verbindet die Darstellung "theoriegeschichtlicher Ursprünge" in Marx' Werk mit der Formulierung von "Grundfragen in forschungsstrategischer Sicht" (S. 11). Dieser wie den übrigen Studien dieses Bdes liegt der Strukturbegriff der materialistischen Dialektik, angewandt auf einen konkreten Gegenstand historischer Forschung, zugrunde (vgl. S. 33f.). Als Struktur ist "eine Gesamtheit von Elementen und der zwischen ihnen bestehenden Relationen" (S. 10) zu verstehen. Für den konkreten Fall einer Betrachtungsweise der Klassenkonstitution von Proletariat und Bourgeoisie bedeutet dies die Aufhebung einer nur die eine Klasse isoliert von ihrem Gegenpart behandelnden Geschichtsschreibung. Quantitative wie qualitative Veränderungen einer beliebigen Klasse können in Folge ihrer "direkten Abhängigkeit vom Gestaltungswandel des Kapitals und in Wechselwirkung mit ihm" (S. 22) nur aus diesem strukturellen Zusammenhang heraus untersucht und dargestellt werden.
Der zweite Beitrag, "Die Struktur des sich als Klasse konstituierenden deutschen Proletariats als Gegenstand der historischen Forschung" (1969) beinhaltet die konzeptionelle Fortführung einer Regionalstudie zur Entstehung des Leipziger Proletariats und zur Typologie proletarischer Berufs- und Tätigkeitsgruppen. Die Konstituierung einer sozialen Klasse "als eine Gesamtheit von ökonomischen, sozialen, politischen, ideologischen und anderen Relationen und Wechselwirkungen" wird erst durch die "Herausbildung allseitiger struktureller Zusammenhänge" (S. 45) gewährleistet. Mit diesem Versuch einer neuartigen Gegenstandsbestimmung der Struktur der Klasse (vgl. zur daran anschließenden Debatte in der DDR-Historiographie: E. Engelberg / W. Küttler, Formationstheorie und Geschichte, Berlin [Ost] 1978) erwachsen dem Historiker neue Aufgaben. Quellenforschung und Tatsachenfeststellung sind in neuer Qualität und Quantität durchzuführen.
Diesen als programmatisch zu verstehenden methodologischen Studien folgen drei weitere Beiträge mit dem Ziel der Überprüfung der Tragfähigkeit des vorher formulierten theoretischen Ansatzes: "Zur Herausbildung der deutschen Arbeiterklasse. Ein stadial-regionaler Vergleich" (1977); "Zur Klassenkonstituierung der deutschen Bourgeoisie" (1976) und "Die Entstehung proletarischer Gemeinschaftsbeziehungen im Verlauf der Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse. Eine Regionalstudie" (1974). Die dritte Untersuchung behandelt die "Klassenkonstituierung von Proletariat und Bourgeoisie" (S. 53) im stadial-regionalen Vergleich mit besonderer Berücksichtigung der "Vorleistungen [. . .] im 18. Jahrhundert" und der dadurch mitgeprägten "Entwicklungsstufen" (S. 55). Entsprechend des in der ersten Studie formulierten Anspruchs des "dialektisch verknüpften Enwicklungsgangs" (S. 12) wird versucht, die entscheidenden Strukturelemente der deutschen Gesellschaftsformation im 19. Jahrhundert typologisch-ereignisgeschichtlich zu fassen. Studie vier führt den 1969/70 entwickelten methodologischen Ansatz in einer typologischen Darstellung der "Klassenkonstitution" des deutschen Bürgertums fort. Der letzte Beitrag schließlich untersucht beispielhaft an den Patenbeziehungen der Arbeiter "proletarische Gemeinschaftsbeziehungen" (S. 12), die durch die industrielle Revolution und in der Arbeiterbewegung begründet und mitbestimmt wurden.
Zwahrs "Studien zur Klassendialektik" charakterisieren den gegenwärtigen Erkenntnisstand der materialistischen Dialektik als Theorie und Methode der DDR-Geschichtswissenschaft; Proletariat und Bourgeoisie, die im Kapitalverhältnis ausgebildeten Antipoden jeder kapitalistischen Gesellschaft, konstituieren sich in einheitlichen Strukturen und sind erst in ihrer Wechselbeziehung zueinander charakterisierbar. Die Sammlung hebt sich wohltuend von der oft wenig erhellenden Schreibweise der DDR-Geschichtsschreibung ab, sogar die Seitenhiebe gegen die etablierte westdeutsche Historiographie (S. 29ff) sind im Kern zutreffend. Zwahr postuliert eine in diesem Umfang bisher nicht geleistete Strukturgeschichte und liefert gleichzeitig geschichtstheoretische Analysen sowie regionale Studien zur Formierung der deutschen Arbeiterbewegung und damit das theoretische Gerippe für grundlegende Untersuchungen zur Schichtenbildung in Deutschland.
Zwahrs Arbeit ist unbedingt lesenswert und sollte auch für die westdeutsche Forschung energischer als bisher ein Zeichen setzen, sich intensiver mit Strukturgeschichte, einem vielfach geforderten, doch kaum eingelösten Anspruch westdeutscher wie ostdeutscher Historiker, zu befassen. Hierin besteht die Allgemeingültigkeit der Thesen Zwahrs.

Arno Weckbecker

HIRSCH, Helmut: **Sophie von Hatzfeld. In Selbstzeugnissen, Zeit- und Bilddokumenten dargestellt** (= Schriftenreihe des Stadtmuseums Düsseldorf). – Düsseldorf: Pädagogischer Verlag Schwann 1981. 222 S.

Gräfin Sophie von Hatzfeldt (1805-1881) wurde durch ihre Freundschaft mit Ferdinand Lassalle, dem Mitbegründer der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland, allgemein bekannt, mehr sogar als durch einen sensationellen Scheidungsprozeß, den sie gegen ihren Ehemann, den Grafen Edmund von Hatzfeldt, geführt hatte. Da es über sie immer noch keine Biographie gibt, die wissenschaftlichen Anforderungen genügen könnte, schienen manche Abschnitte ihres Lebens irgendwie in Nebel gehüllt zu sein. Dabei wurde häufig auch das Ausmaß übersehen, in dem sie sich für Lassalle politisch eingesetzt hatte.
Helmut Hirsch hat daher die Absicht, in künftigen Arbeiten das Wesen sowie die zeitlich bedingten Umstände, unter denen Gräfin Hatzfeldt zum Handeln gezwungen wurde, in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen zu stellen, um auf diese Weise Bausteine für eine künftige umfassende Biographie herzustellen. Dabei soll auch das Verhältnis der Gräfin zu denjenigen Männern und Frauen, die zum engeren Bekanntenkreis gehörten, geklärt werden. Zu diesen zählten der ehemalige preußische Offizier, Militärschriftsteller, achtundvierziger Revolutionär und Stabschef Garibaldis, Oberst Wilhelm Rüstow, der Frühsozialist Moses Hess und Emma Herwegh, die Gattin des berühmten Dichters. Hirsch hält es für eine moralische Verpflichtung, sich mit Sophie von Hatzfeldt näher zu beschäftigen. Er hat sich daher bemüht, die notwendigen Auskünfte über das vorliegende Material einzuholen und sich aufschlußreiche Dokumente und zeitgenössische Abbildungen zu beschaffen. – In dem vorliegenden Bde beleuchtet H. in einigen Skizzen verschiedene Stationen des Lebensablaufs. Er geht auf die Herkunft der Gräfin und das Zustandekommen einer von Anfang an unglücklichen Ehe ein, sowie auf den Ablauf des sich über Jahre hinziehenden und Aufsehen erregenden Prozesses mit seinen Verleumdungen, Bespitzelungen und Bestechungen, in dem Lassalle als Generalbevollmächtigter der Gräfin in der Öffentlichkeit zum ersten Male von sich reden machte. Es folgt eine Schilderung der Revolutionsmonate von 1848 und die darauf einsetzende Periode einer Reaktion, die politische Bestrebungen allgemein lähmte. Einige veröffentlichte Briefe erläutern die Beziehungen zwischen Lassalle und seiner Freundin. Zur weiteren Charakterisierung wird auch das Urteil von Karl Marx herangezogen, um auch die Beziehungen Sophies zur sozialistischen Bewegung zu klären. Abschließend folgt eine Schilderung des Lebensausgangs.
In einem Dokumentenanhang werden Auszüge aus den Gerichtsakten im Faksimile veröffentlicht, die den Eindruck vermitteln, daß die betroffenen Parteien vor nichts zurückschreckten, um der eigenen Sache zum Siege zu verhelfen. – H. schildert aber nicht nur das Verhalten einer intelligenten Frau, die den Mut hatte, gegen die Konventionen ihrer Zeit anzukämpfen, sondern es gelingt ihm auch, dank seiner Kenntnisse, eindrucksvoll die Besonderheiten des Zeitabschnitts darzustellen.

Ernst Schraepler

FRIEDENTHAL, Richard: **Karl Marx. Sein Leben und seine Zeit.** – München und Zürich: Piper 1981. 652 S.

Die vorliegende Biographie, so kündigt der Verlag an, unterscheide sich von allen anderen dadurch, daß sie "wie ein fesselnder Roman zu lesen" sei. Dem literarischen Charakter des Buchs entspricht zunächst, daß der Leser weder Literaturverweise noch selbst eine Bibliographie vorfindet. Im Text werden die Quellen nicht genannt. Christine Soetbeer, die aus dem Nachlaß Friedenthals das Manuskript für den Druck herstellte, trifft die Intention des Autors, wenn sie im Nachwort schreibt: "Vor allem aber wollte Friedenthal erzählen: nicht mit dem Anspruch Rankes, 'zu sagen, wie es eigentlich gewesen' – das 'eigentlich' war ihm dabei schon zuviel. Richard Friedenthal wollte erzählen, wie es, seiner Auffassung nach, gewesen sein könnte" (S. 625). Demnach gehörte das Buch mit Recht in den Rezensionsteil einer Literaturzeitschrift. Dort könnte man sich eingehend mit den sprachlichen Vabanquespielereien des Autors beschäftigen, wie etwa der, Marx, nein "unser Dr. Marx", "der große Neinsager und lebenslange Rebell" mit seiner "psychischen Rauflust" habe in seiner "fürchterlichen Handschrift" oder "Klaue" "Wechsel aus[geschrieben] nach rechts und nach links –

dies übrigens auch in politischer Beziehung – [. . .], ohne die geringsten Bedenken, wie sie zu decken wären" (S. 32, S. 34, S. 39, S. 299, S. 424). Auch zu Saint-Simons Bild fällt Friedenthal etwas ein, nämlich "eine ganz gewaltige, ungeschlachte Nase. Sie verbirgt unter ihrer wuchtigen Spitzform ein sehr entwickeltes Witterungsvermögen für Klimaänderungen, für Spuren auf dem Wege und im Gras, auch Witterung für Menschen. Der junge Aristokrat folgte dieser Nase, zunächst ohne Plan. Er zog [. . .] nach Amerika [. . .]" usw. usw. (S. 187). Neben diesen literarischen Spezialitäten in der Nachfolge Stefan Zweigs aber geriert sich das Buch, hierin durchaus von namhaften Rezensenten des deutschen Geisteslebens unterstützt, insbesondere leider auch als sachhaltige Biographie, als Quelle "sui generis", wie der Verlag advertiert. Und genau hier beginnt das ganz profane Ärgernis, das die Lektüre zur Qual macht. Aus der Fülle herausgegriffen: Es lasse sich nicht nachweisen, daß Marx Saint-Simon gelesen habe (S. 193); ein Blick in Daniels' Verzeichnis der Marxschen Bibliothek genügt für den Beleg des Gegenteils. Marx habe "keine Lust" gehabt, Lassalles "Heraklit" zu lesen (S. 437); Lust oder Unlust, er *hat* das Buch gelesen (Marx an Engels, 25.2.1859). Er habe eine "Sammlung von Artikeln" 1852 "unter dem Titel" 'Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte'" erscheinen lassen (S. 441); tatsächlich schrieb Marx eine einzige Arbeit und publizierte sie dann als "Der 18te Brumaire des Louis Napoleon" in der "Revolution" Weydemeyers. Was die zeitlebens "kindliche" "fürchterliche Handschrift" betrifft, so sei "eine irgendwie ins Auge fallende spätere Entwicklung [. . .] kaum wahrzunehmen" (S. 424); bei einem auch nur oberflächlichen Vergleich springt ins Auge, daß Marx sich in England die deutsche Schrift ab- und die lateinische angewöhnt hat. Er habe 1845 "ein ganzes Heft voller Exzerpte" aus Manchester nach Brüssel mitgebracht (S. 274); es sind wohl doch etwas mehr gewesen (vgl. MEGA[1], I/6, S. 597-618). Dies aber sind nur Kleinigkeiten. Denn geradezu aufregend sind die Entdeckungen des Autors über Marxens Arbeiten auf dem Gebiet der politischen Ökonomie. Die "immer raschere Zirkulation" sei "für Marx der Ausgangspunkt des Kapitals und des Kapitalismus, wie er ihn verstand" (S. 504). Von hier aus löst Friedenthal endlich mit ebenso überzeugender wie dezenter Eleganz das Schlüsselproblem der Marxforschung schlechthin, indem er nun die Frage nach der Urquelle der Theorie Marxens, wie er sie im berühmten "Dreibänder" (S. 581) vertritt, beantwortet: Es handelt sich um die Ökonomie des Pfandhauses, wo Marx so oft Rock, Uhr und Tafelsilber zu versetzen gezwungen war (S. 504-520).

Fred E. Schrader

GOLDMAN, Emma: **Gelebtes Leben. "Living my Life"**. 3 Bde. Bd. 3 (= Frauen in der Revolution, Bd. 5). – Berlin: Karin Kramer Verlag 1980. S. 805-1142 (Paginierung ab Bd. 1 fortlaufend).

Emma Goldman wird 1919 nach Agitation für die russische Revolution im Alter von 49 Jahren zusammen mit Alexander Berkman und anderen Anarchisten aus den USA ausgewiesen. Im vorliegenden dritten und politisch wohl interessantesten Teil ihrer Autobiographie beschreibt sie vor allem ihre persönlichen Eindrücke vom nachrevolutionären Rußland, das sie 1921 schwer enttäuscht wieder verläßt. "Mütterchen Rußland [. . .]Symbol der Hoffnungen der Menschheit" (S. 840) begrüßt die Deportierten Anfang 1920 nicht nur mit Musik, Gesang und wunderbaren Geschichten sondern zugleich mit Passierscheinen, der "Knebelung der Redefreiheit" im Petrograder Sowjet (S. 846) und erschreckenden Anzeichen sozialer Ungleichheit. Nachdem ein Anarchistenkongreß in Moskau den "Verrat der Bolschewiki an der russischen Revolution" angeklagt hat (S. 847), bittet Goldman Maxim Gorki um eine Unterredung, in der Hoffnung, daß er die Anschuldigungen gegen das Regime entkräften kann. Der Dichter rechtfertigt aber die drastischen Maßnahmen der Regierung besonders gegen die Bauern, die sich als brutale und unzivilisierte Masse erwiesen hätten (S. 856). Nach weiteren Begegnungen mit Karl Radek (S. 864), Alexandra Kollontai (S. 874) und Anatol Lunatscharski (S. 876) will Goldman ihre Bitterkeit über Hunger, Schwarzmärkte, Günstlingswirtschaft und "Kälte" der kommunistischen Funktionäre nicht mehr als "bourgeoise Sentimentalität" abgetan wissen, zumal Peter Kropotkin ihre kritische Einschätzung teilt (S. 888). Schließlich arrangiert Angelika Balabanoff für sie und Berkman ein Treffen mit Lenin (S. 882). Trotz des wenig vorteilhaften Eindrucks, den dieser als Mensch auf sie macht, unterbreiten die beiden Anarchisten ihm ihren Plan, eine "Gesellschaft Russischer Freunde Amerikanischer Freiheit"

zu gründen. Lenins Begeisterung dafür vermag sie aber wenig zu befriedigen, da er die Gesellschaft umstandslos der Dritten Internationale unterordnen will (S. 886).
Bürokratische Hindernisse und ihre politischen Ansichten zur "Militarisierung der Arbeit" machen es Goldman unmöglich, als Krankenschwester zu arbeiten, obgleich ein großer Bedarf an medizinisch geschultem Personal besteht (S. 898). Sie beschließt daher, mit Berkman durch das Land zu reisen, um unter Zustimmung der Regierung Materialien für ein Revolutionsmuseum zu sammeln. Die Expedition beginnt im Keller des Winter-Palastes mit der Suche nach passendem Geschirr: "Es war phantastischer als ein Märchen, bezeichnend für die Vergänglichkeit menschlichen Schicksals", kommentiert Goldman ihr Wühlen im zaristischen Porzellan (S. 920). Begegnungen mit der illegal lebenden Sozialrevolutionärin Maria Spiridonova (S. 923), Wladimir Korolenko (S. 924ff), Galina Machno (S. 954), Louise Bryant, John Reeds Witwe (S. 975f.) sowie die zunehmende Empörung der Bauern über die Zwangseintreibung ihrer Produkte (S. 926), die Zustände im Charkower Gefängnis und die Feststellung, daß etliche Funktionäre der Arbeiter- und Bauerninspektion sich aus ehemaligen Tschekisten oder Spekulanten rekrutieren, vermitteln den beiden Anarchisten ein wenig erfreuliches Bild der Revolution. Auch die Tatsache, daß unter den Bolschewiki keine Judenprogrome mehr vorgekommen sind, tröstet sie über den "jesuitischen Dogmatismus der Bolschewiki" nicht hinweg. Erst in Archangelsk finden sie einen anderen Kommunismus vor "mit Achtung vor dem menschlichen Leben und seiner Unantastbarkeit" (S. 983f.).
Seit Ende 1920 erlebt Goldman in Petrograd bzw. Moskau die Unterdrückung der "Arbeiteropposition" (S. 987f.), Tod und Begräbnis Kropotkins (S. 992ff), den Beginn der "Neuen Ökonomischen Politik", zunehmende Streiks und schließlich die Kronstadter Erhebung (S. 1005ff). Zusammen mit Berkman versucht sie vergeblich, Sinowjew, den Vorsitzenden des Petrograder Arbeiterrates, für eine Kommission zur friedlichen Regelung der Konflikte zu gewinnen. Aber "der Zusammenbruch aller menschlichen Werte" mit der blutigen Zerschlagung des Aufstandes (S. 1014) und die anschließend verschärfte Anarchistenverfolgung veranlassen sie, Pläne zur Emigration zu schmieden, die auch Berkmans Zustimmung finden. Begegnungen mit Vera Figner (S. 1026), Agnes Smedley (S. 1037), Boris Souvarine (S. 1039), Isaac Steinberg (S. 1047) und Fanja Baron (S. 1050) bestimmen ihre letzten Wochen in Sowjetrußland.
Nach vielen Komplikationen und Demütigungen reist Goldman mit Berkman schließlich unter Zustimmung der Sowjetbehörden nach Lettland (S. 1062). Verhaftung, Isolationshaft, die unglückliche Liebe der 53jährigen Emma zu einem 29jährigen Schweden und die Versuche, in Skandinavien, Deutschland, Österreich oder England Asyl zu finden, bestimmen Goldmans nächste Jahre. In Berlin vollendet sie das Manuskript ihres Buches "Meine zwei Jahre in Rußland" (S. 1068), während Berkman an seiner Darstellung des "Bolschewistischen Mythos" arbeitet. Sie teilen die Ansicht, daß der Verlauf der russischen Revolution auch frühere anarchistische Revolutionskonzepte modifiziert habe. Über Holland und Frankreich, wo sie u.a. Ernest Hemingway trifft (S. 1100), reist Goldman schließlich im Juli 1924 nach England (S. 1104). Mit Vorträgen zunächst zu politischen und schließlich zu literarischen Fragen versucht sie unter großen Schwierigkeiten, eine neue Existenz aufzubauen. Schließlich gelingt es ihr, sich in Saint-Tropez niederzulassen (S. 1129), von wo aus sie bald eine ausgedehnte Vortragsreise durch Kanada unternimmt. Nach vergeblichen Bemühungen, von dort 1927 den Prozeß gegen Sacco und Vanzetti zu beeinflussen (S. 1134), kehrt sie 1928 nach Saint-Tropez zurück, um die Arbeit an ihrer Autobiographie zu beginnen. Der Verlag hat der vorliegenden Ausgabe einige Notizen über ihr weiteres Leben (S. 1135), ein umfangreiches Namensregister und etliche Photographien meist anarchistischer Persönlichkeiten beigegeben. Obwohl Goldman keine fundierte Analyse der russischen Revolution leistet, ist die Darstellung ihrer Erlebnisse faszinierende Lektüre, die auch zum besseren Verständnis der frühen Sowjetunion beitragen kann.

Ursula Nienhaus

FRANKENTHAL, Käte: **Der dreifache Fluch: Jüdin, Intellektuelle, Sozialistin. Lebenserinnerungen einer Ärztin in Deutschland und im Exil.** Hrsg. von Kathleen M. Pearle und Stephan Leibfried. – Frankfurt/M. und New York: Campus 1981. 320 S.

Die Schilderung, die Käte Frankenthal (1889-1976) über ihren Lebensablauf gibt, zeichnet sich durch Offenheit und Unbefangenheit aus. Die Vf. stammte aus einer wohlhabenden jüdischen Familie in Kiel. Sie setzte es bei ihren Eltern durch, daß sie als eine der ersten Frauen in Deutschland Medizin studieren durfte. Nach dem Abschluß des Studiums 1914 wurde sie als Militärärztin eingestellt und zwar in der österreichisch-ungarischen Armee, weil in Deutschland Frauen keinen Offiziersrang haben durften. Nach dem Kriege schloß sie sich der Sozialdemokratie an, die sie im Berliner Stadtrat und als Abgeordnete im Preußischen Landtag vertrat. Als Stadtärztin widmete sie sich intensiv der kommunalen Gesundheitspolitik. Sie schloß sich einer Gruppe aktiver Mediziner an, die bemüht waren, im Rahmen der Sozialversicherung die allgemeine Lage der Arbeiterschaft auf dem Sektor des Gesundheitswesens erheblich zu verbessern.
Das Verhalten der SPD gegenüber der Regierung Brünings veranlaßte K.F. jedoch, zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) überzutreten. Im Mai 1933 wurde sie ihres Amtes enthoben und verließ Deutschland. Der Weg ins Exil führte über Prag nach Paris, von dort in die Schweiz und dann zurück nach Prag, wo sie für ein jüdisches Komitee tätig war. Schließlich gelang es ihr 1936 in die USA auszureisen. Hier widmete sie sich ab 1943 dem Studium der Psychoanalyse und ließ sich schließlich als Psychotherapeutin und Leiterin eines Seminars für Sozialarbeit nieder. Sie beschäftigte sich hauptsächlich mit Frauenfragen und der Ehe- und Familienberatung.
Der vorliegende Lebensbericht wurde 1940 verfaßt. Er war für ein Preisausschreiben bestimmt, das die Harvard Universität unter dem Thema "Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933" angekündigt hatte. Die eingesandten Arbeiten dienten als Unterlagen für eine wissenschaftliche Materialiensammlung zur Erforschung der gesellschaftlichen und seelischen Auswirkungen des Nationalsozialismus auf die Bevölkerungsschichten in Deutschland.
Die Erinnerungen bringen viele interessante Einzelheiten. Das gilt hinsichtlich der Erfahrungen der Medizinstudentin vor 1914, noch eindringlicher aber für die Erlebnisse als Militärärztin in einer Armee, deren Zusammenhalt durch Nationalitätenstreitigkeiten gesprengt zu werden drohte. Vor allem hatte K.F. aber seit dem Kriegsende die Möglichkeit, das politische Geschehen in Berlin dank ihrer Position unmittelbar aus der Nähe zu beobachten. Sie sparte auch nicht mit bissiger Kritik, wenn sie auf Korruptionsfälle zu sprechen kam, die das Ansehen verantwortlicher Kommunalpolitiker beeinträchtigten und der Propaganda der Gegner Auftrieb gaben. Genau so scharf fielen ihre Urteile aus, wenn sie feststellen mußte, mit welcher Naivität und Leichtfertigkeit in politisch maßgebenden Kreisen das Erstarken der nationalsozialistischen Bewegung registriert wurde, ohne sich der drohenden Gefahr bewußt zu werden. Sie prangerte aber auch das Karrieredenken an, das sie gerade in Kreisen der sozialdemokratischen Bürokratie verbreitet fand. Genau so energisch setzte sie sich mit dem kraftlosen Verhalten der SAPD und dem illusionären Radikalismus der Kommunisten auseinander.
Die Jahre im europäischen Exil brachten für K.F. nur Entbehrungen und Enttäuschungen mit sich. Es gelang ihr nicht, sich eine wirkliche Existenzgrundlage aufzubauen. Aber auch in Amerika blieben ihre Entfaltungsmöglichkeiten zunächst behindert. Erst als Sozialarbeiterin, dann als beratende Psychoanalytikerin einer großen jüdischen Wohlfahrtsorganisation gelang es ihr später, Fuß zu fassen und ihre persönliche Lage zu verbessern. Ihr politisches Engagement, das sich in Deutschland, Frankreich, in der Schweiz und in der Tschechoslowakei immer wieder geäußert hatte, fand in den USA jedoch keine Fortsetzung. Sie verhielt sich gegenüber den dortigen deutschen sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen äußerst zurückhaltend. – K.F. hatte einen Lebensweg eingeschlagen, der von einem starken persönlichen Ehrgeiz geprägt war. Es gelang ihr auch, die beruflichen von den privaten Interessen konsequent zu trennen. Sie war immer von einem starken Pflichtgefühl erfüllt und ging kaum persönliche Freundschaften ein. Ihrer Umwelt stand sie daher immer zurückhaltend gegenüber. Das äußerte sich sogar in ihrer Einstellung gegenüber dem Judentum. Auch hier blieb sie immer eine Außenseiterin. Dennoch gewährt ihr Bericht deutliche Einblicke

in ihre Arbeitswelt, besonders da sie immer bemüht war, von Schönheitskorrekturen abzusehen und nur die unbequeme Wahrheit gelten zu lassen. So vermied sie auch den Fehler, mancher Schilderungen aus der Emigration, sich in privaten Auseinandersetzungen und illusionären Vorstellungen zu erschöpfen.
Es erweist sich als ein Vorteil, daß die Herausgeber in einem Anhang dem weiteren Lebensweg von K.F. in den USA nachgegangen sind. Auf ein Register mit Kurzbiographien sei noch besonders verwiesen. Hier werden alle Personen aufgeführt, die von K.F. in irgendeinem Zusammenhang erwähnt werden.

Ernst Schraepler

SCHILDT, Axel: **Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik** (= Campus Forschung, Bd. 225). – Frankfurt/M. und New York: Campus 1981. 368 S.

In der überarbeiteten Fassung seiner Marburger Dissertation (bei Reinhard Kühnl) will der Verf. "eine wesentliche Lücke der Ausarbeitung einer genetischen Faschismustheorie" schließen (S. 19). Er schildert zunächst die Entwicklung der Monopolgruppen in der Weltwirtschaftskrise, dann sehr ausführlich die politischen Konzeptionen Schleichers von 1923 bis 1933, die Resonanz der Querfront-Konzeption in den Führungsspitzen von Reichswehr, NSDAP und Freien Gewerkschaften und schließlich das Scheitern dieser Konzeption während der kurzen Periode, als Schleicher Reichskanzler war. Akten der Archive in Koblenz, Freiburg, Militärarchiv Potsdam, München, Westberlin, Düsseldorf (DGB) und Hamburg liegen der Arbeit als Quellen zugrunde.
Die Monopolgruppen waren, wie der Verf. zeigt, 1931 nicht einfach in ein Brüning-Lager (Chemie/Elektro) und ein Harzburg-Lager (Schwerindustrie) getrennt (S. 43). Beide Gruppen arbeiteten Ende 1931 auf den Sturz Brünings hin, und beide orientierten sich auf eine Regierungsbeteiligung der NSDAP. Beide stützten das Kabinett Papen, und erst zum Ende des Jahres 1932 schlug eine große Mehrheit der Schwerindustriellen – gemeinsam mit Großagrariern und Bankiers – Hitler als Reichskanzler vor. Einige Schwerindustrielle und Vertreter der Neuen Industrien stützten dagegen Schleichers Konzept der Querfront. Diese Querfront sollte der auctoritas des Feldmarschalls Hindenburg und der potestas der Reichswehr eine Massenbasis verleihen. Im Unterschied zum Tat-Kreis wollte Schleicher jedoch keine neue Partei gründen, sondern den Strasser-Flügel der NSDAP und die ADGB-Führung in der Unterstützung eines "preußischen Sozialismus" vereinigen. Dieses Konzept stieß bei den Gewerkschaften nicht von vornherein auf Ablehnung, da letztere sich in ihrer Bejahung staatlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von der SPD unterschieden und das Arbeitsbeschaffungsprogramm Gerekes von Schleicher – anders als von Papen – nachdrücklich und auch gegen viele Industrielle unterstützt wurde.
Schleichers Querfront scheiterte von vornherein an der Ausschaltung des Strasser-Flügels durch Hitler im November 1932, so daß die Bindungen von ADGB und SPD gar nicht erst auf eine Bewährungsprobe gestellt zu werden brauchten. Da die Querfront bereits im Vorfeld seiner Kanzlerschaft gescheitert war, verlor Schleicher sehr schnell seine Verbündeten aus dem industriellen Lager. – Der Verf. stellt die Querfront in den Konnex der Gesamtkonzeption Schleichers, die bereits 1932 deutliche Konturen gewann:
"1.) Stärkung der Staatsautorität
2.) Sanierung der Wirtschaft
3.) Wiederaufbau der Wehrhaftigkeit, alles Vorbedingungen für eine Außenpolitik, die ein Großdeutschland zum Ziele hat." (S. 45).
Diese Gesamtkonzeption läßt es fragwürdig erscheinen, Schleichers politische Linie als demokratische Alternative zum Nationalsozialismus darzustellen, wie dies viele Historiker getan haben (Conze, Nolte; auch Bracher, Hans Mommsen; S. 7ff). Vielmehr sollte die Querfront auf außerparlamentarischem Wege durch eine Koalition von NS- und Gewerkschaftsführung mit der Reichswehrführung, mit den Industriellen und Großagrariern den Weg zu einem erneuerten deutschen Imperium öffnen. – Der Verf. grenzt seine Darstellung der Querfront auch von DDR-Historikern ab, die in KPD-Tradition Schleicher als Platzhalter des Faschismus oder gar als dessen bloße Spielart deuten. In dieser doppelten Frontstellung

sehe ich ein Verdienst Schildts: Er stellt den eigenen Charakter der politischen Linie Schleichers heraus, die sich vom Papen-Kurs wie von Hitler doch deutlich unterscheidet. Er verfällt andererseits nicht darauf, Schleicher unter die gescheiterten Demokraten zu reihen. Schildts Arbeit als Beitrag zur Faschismustheorie vorzustellen, ist mir jedoch schwierig. Die reichen Akten-Belege werden letztlich doch nur zu einer detaillierten Schilderung der politischen Ereignisse genutzt. Die Faschismus-Theorien Opitz' und Gossweilers werden in Details differenziert; Sohn-Rethels Grenzträger-Theorie, deren Diskussion die Querfront-Konzeption nahelegt, wird gar nicht erst erwähnt. (S. 154, S. 236). Die Arbeiter, die Gewerkschaftsbasis, tauchen nur am Rande auf (S. 91, S. 171), demgegenüber die Furcht der Generalität vor der Revolutionierung der Massen allzu häufig: Die Arbeit bleibt auf der Ebene der politischen Geschichte stecken; die sozialhistorische Dimension wird auf die Monopolgruppenentwicklung reduziert, und die wiederum hat Stegmann knapper, aber deutlicher dargestellt.

Gunnar Stollberg

NORDEN, Günter van: **Der deutsche Protestantismus im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung.** – Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus Mohn 1979. 438 S.

Der lutherische Protestantismus war die bestimmende Religion des deutschen Bürgertums, also der für die jüngere deutsche Geschichte entscheidenden Klasse. Er prägte ihr Staatsverständnis, ihre Nationalgesinnung, ihre sozialen Überzeugungen. Für ihn begann mit dem Jahre 1933 ein tiefer Lern- und Wandlungsprozeß, so daß die NS-Zeit für ihn die tiefste Zäsur in seiner 450jährigen Geschichte ist. Seine Wandlung ist also auch für den Historiker ein nicht genug zu würdigendes Phänomen. Für den Protestantismus vor allem war der Weimarer Staat die "ungeliebte Republik". Er identifizierte sich mit der protestantischen Hohenzollern-Monarchie, erst recht seit Bismarcks Kulturkampf, der den Katholizismus in Distanz zum preußisch-deutschen Reich brachte und um so mehr die antiultramontane Einstellung der deutschen Protestanten beförderte. Die lutherische Obrigkeitslehre begründete die antirevolutionäre Tradition des deutschen Protestantismus, in dem die Reformierten (Calvinisten) immer nur eine kleine, wenig einflußreiche Minderheit darstellten. Darum wurde die deutsche Revolution von 1918 vom offiziellen Protestantismus als "Novemberverbrechen", als Untreue gegenüber den Fürsten, als deutsche Katastrophe mehr noch als der verlorene Krieg empfunden, und deshalb gingen die protestantischen Kirchen, bis 1933 nur in einem losen Kirchenbund zusammengeschlossen, gegenüber der Weimarer Republik sofort auf Distanz; ihr Herz schlug rechts. Oppositionelle Haltungen sozialistischer und pazifistischer Observanz wurden – im Unterschied zu heute – nur von kleinen Gruppen in der Pfarrerschaft und im Kirchenvolk vertreten. Die nationalsozialistische Machtergreifung wurde deshalb in offiziellen Erklärungen mit großer Hoffnung begrüßt. Zu diesen Hoffnungen zählte neben der Auslöschung der "Schande von Versailles" besonders die Wiedererrichtung der Hohenzollern-Monarchie, die Rechristianisierung der Volksmassen und die Bekämpfung der "Gottlosenbewegung" und des "Bolschewismus".

So war es nicht erstaunlich, daß nach der Machtergreifung die Bereitschaft, den Wünschen der neuen Führung des Reichs entgegenzukommen, groß war. Diese Wünsche betrafen vor allem den Zusammenschluß der protestantischen Landeskirchen zu einer möglichst einheitlichen Reichskirche, der "Deutschen Evangelischen Kirche" (DEK), unter der zentralen Führung eines Reichsbischofs und die Öffnung der Kirche für nationalsozialistische Ideen des Volkstums, der Rasse und des Führerprinzips samt der Entfernung der "judenstämmigen" kirchlichen Amtsträger aus dem Dienst (Arierparagraph). Erstaunlich aber war, daß diese organisatorische und ideologische "Gleichschaltung" nicht widerstandslos vor sich ging und daß der Widerstand nicht von jenen kleinen linken Gruppen in der Kirche ausging, die durch staatliche Maßnahmen schon ebenso ausgeschaltet waren wie die Parteien, denen sie nahestanden, sondern daß er aus der Mitte der Pfarrerschaft und der Gemeinden kam, die eben noch die "nationale Erneuerung" so erfreut bewillkommnet hatten.

Daß die Kirchenpartei der "Deutschen Christen", die im Auftrag der NS-Partei die Kirche ideologisch durchsetzen sollte und zunächst mit Unterstützung der Partei und Hitlers die kirchlichen Führungsämter weithin an sich reißen konnte. in ihren konsequenteren Vertretern bald die Katze aus dem Sack ließ und eine Revision der Lehrüberlieferung nach

NS-Kriterien (Rassenlehre, "Entjudaisierung" des Christentums) verlangte, alarmierte die an Bibel und reformatorischer Lehre hängenden Kirchenmitglieder – dies um so mehr, als theologische Neubesinnung in den Jahren vorher, verbunden vor allem mit der "dialektischen Theologie" und dem für die weitere Entwicklung der kirchlichen Opposition so wichtigen Namen Karl Barth, zu einem tieferen Verständnis der reformatorischen Tradition und der kritischen Aufgabe der Kirche gegenüber "Volk und Staat" geführt hatte. Die kirchliche Opposition setzte also zunächst konservativ an – konservativ sowohl in ihrer positiven Einstellung zur neuen Staatsführung wie auch in ihren Widerstandsmotiven, nämlich der Bewahrung der "unantastbaren Grundlage" der Kirche im Evangelium gemäß den reformatorischen Bekenntnissen. Erst allmählich – entscheidend formuliert in der Theologischen Erklärung der ersten Bekenntnissynode in Barmen, Mai 1934 – wuchs das Bewußtsein dafür, daß die neue Situation nicht im Rückgriff auf die alten Texte gemeistert werden konnte, sondern in neue Erkenntnisse führte, die besonders auch das Verhältnis von Kirche und Gesellschaft ("Volk und Staat"), von Kirche und Judentum und von Tradition und christlichem Ursprung betrafen. Das verursachte innere Auseinandersetzungen innerhalb der 1933 sich erst formierenden "Bekennenden Kirche", die im Jahre der Machtergreifung sich erst andeuteten, dann aber sehr virulent wurden und bis heute andauern.

Für all dies bietet das Buch von G. van Norden eine höchst nützliche Dokumentation der bezeichnendsten Äußerungen des Jahres 1933 aus dem Bereich des deutschen Protestantismus, in vier Teilen: I. Stellungnahmen zu den politischen Ereignissen des Jahres 1933, II. Die Deutschen Christen, III. Die entstehende Bekennende Kirche, IV. Der deutsche Protestantismus und die Judenfrage – jeweils eingeleitet von guten einführenden Überblicken. Auch der Kenner wird manche Texte finden, die ihm unbekannt oder entfallen waren. Literaturangaben sowohl aus dem Jahre 1933 wie der neusten Sekundärliteratur zum Kirchenkampf, eine Zeittafel und ein Personenregister mit Kurzbiographien (freilich nicht alle vorkommenden Namen erfassend) sind nützliche Beifügungen. Daß das Buch vor dem Erscheinen des ersten Bandes von Klaus Scholders Standardwerk "Die Kirchen und das Dritte Reich" (1979), der den gleichen Zeitraum behandelt, abgeschlossen wurde, ist kein Schade; es kann als Textbuch zu Scholder dienen.

Bei der Einleitung zu Teil I hätte die neue Reichskirchenverfassung skizziert werden müssen; der Titel dieses Teils verführt den Verf. dazu, den organisatorischen Fragen nicht das Gewicht zu geben, das sie damals hatten. – Bei der Einleitung zu dem den "Deutschen Christen" gewidmeten Teil II (wie schon zu Teil I) hätten die Interessen von Hitlers Kirchenpolitik erwähnt werden müssen; die innere Problematik der DC wird erst verständlich, wenn man sie hin und her gezerrt sieht zwischen der Furcht, Hitlers Wünsche nicht richtig zu erspüren, dem Bemühen um orthodox-christlichen Anschein und dem Gefälle zur deutschgläubigen Bewegung. – Bei der Einleitung zu Teil III (Bekennende Kirche) wird das Gewicht der innerprotestantischen Konfessionsgrenzen (lutherisch – uniert – reformiert), die die Einheit der kirchlichen Opposition in den nächsten Jahren so belasteten, nur gerade in den letzten Sätzen ahnbar. – Teil IV (Stellung der BK zur "Judenfrage") ist – wie immer – beklemmend zu lesen; besonders kläglich (oder auch widerwärtig!) sind die Äußerungen derer, die aus biblischer Bindung an der Besonderheit des Judentums infolge der Erwählung festhalten, aber dem Staat konzedieren, mit den Juden umzuspringen, wie er will, nur – Bitteschön! – "ohne Verletzung der Menschlichkeit". Der Schaden aller Stimmen, auch der (tröstlich sie zu lesen!) besten ist: a) die Solidarität beschränkt sich auf die Judenchristen; b) alle sprechen ü b e r die Juden; nie wagt jemand, gemeinsam m i t Juden die Stimme zu erheben. Den Juden ist Stummheit auferlegt; sie sind ausgegrenztes Objekt der Beurteilung, sei diese nun positiv oder negativ. Für die Inhumanität und Unchristlichkeit dieser Ausgrenzung ist noch kein Gefühl vorhanden; sie bestätigt aber Gershom Scholems vor einigen Jahren heftig umstrittene These von der Oberflächlichkeit, ja Scheinhaftigkeit der deutsch-jüdischen Symbiose.

Helmut Gollwitzer

BROCKSTEDT, Jürgen (Hrsg.): **Regionale Mobilität in Schleswig-Holstein 1600-1900. Theorie, Fallstudien, Quellenkunde, Bibliographie** (= Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 1). – Neumünster: Wachholtz Verlag 1979. 239 S.

Der langfristige Wandel von der statischen, vorindustriellen zur mobilen, modernen Gesellschaft ist ein ebenso breit akzeptiertes wie wenig untersuchtes Thema der Sozialgeschichte. Das gilt besonders für die Entwicklung der räumlichen Mobilität. Der vorliegende Bd. versteht sich als ein Schritt zur empirischen Überprüfung dieser These in der sicher am meisten Erfolg versprechenden Form der Fallstudie, in diesem Fall zu Schleswig-Holstein. Der Bd. enthält Aufsätze zu vier Aspekten: Erstens zwei Aufsätze von Gerhard Kortum und Bärbel Pusback, die einen Überblick über die dem Historiker zur Verfügung stehenden theoretischen Modelle der räumlichen Mobilität geben; zweitens einen Artikel Jürgen Brockstedts über den heutigen Wissensstand zur langfristigen Entwicklung der räumlichen Mobilität in Schleswig-Holstein. Dabei überrascht vor allem die vergleichsweise geringe Zunahme der geographischen Mobilität in der Langzeitperspektive des 18. und 19. Jahrhunderts, die für einige Städte untersucht ist. Drittens bringt der Bd. mehrere Spezialarbeiten: eine eingehende Untersuchung I.E. Mommsens zur schichtenspezifischen Zuwanderung nach Husum um 1860, in der die besonders große, auch aus Arbeiten über amerikanische Städte bekannte Zuwanderung in die Unterschichten (hier besonders Lehrjungen, Gesellen, Dienstboten) herausgestellt wird; Gerhard Kraacks Artikel über das Heiratsnetz zwischen dem Flensburger Patriziat und nordschleswigschen Städten vom 16. bis zum 18. Jahrhundert; Franklin Kopitzschs Aufsatz zur räumlichen Herkunft der Schüler des Gymnasiums in Altona im 18. Jahrhundert, für dessen obere Klassen ein breiter Zustrom aus ganz Schleswig-Holstein belegt wird; die Untersuchung Claus-Peter Holz' zur Lehrerausbildung und -karriere, die – wie er am Beispiel des Lehrerseminars Tondern zeigt – ein wichtiger Kanal der Wanderung vom Land in die Stadt war; schließlich Wolfgang Kopitzschs Studie über einige Bedingungen der Land-Stadt-Wanderung von schleswig-holsteinischen Lehrern am Anfang des 20. Jahrhunderts. Viertens findet man in dem Bd. einige kurze, informative und nützliche Artikel über die wichtigsten Quellen zur quantitativen Erfassung räumlicher Mobilität (Volkszählungsakten, Kirchenbücher, Bürgerbücher, Adreßbücher), denen sich eine Bibliographie zur räumlichen Mobilität in Schleswig-Holstein anschließt. Wie nicht anders beabsichtigt, gibt der Bd. noch keine eigentliche Antwort auf die Frage nach dem langfristigen Wandel der geographischen Mobilität zwischen 1600 und 1900. Er erleichtert jedoch mit seinen praktischen Hinweisen und Forschungsüberblicken den Zugang zu diesem Thema erheblich und enthält erste Mosaiksteine einer Antwort, die allerdings eher die beträchtliche räumliche Mobilität der vorindustriellen Gesellschaft deutlich werden lassen. Er läßt zudem hoffen, daß weitere Forschungen zu dieser Region uns einer Antwort näherbringen.

Hartmut Kaelble

HIRSCHFELDER, Heinrich: **Die bayerische Sozialdemokratie 1864-1914. Teil I: 1864 bis 1878. Teil II: 1878 bis 1914** (= Erlanger Studien, Bde. 22/I und II). – Erlangen: Verlag Palm & Enke 1979. 688 S.

Die vorliegende Studie liefert auf breiter Quellenbasis eine minutiöse Rekonstruktion der Geschichte der bayerischen Sozialdemokratie von ihren Anfängen, die der Autor – ausgehend von einem konventionellen organisationsgeschichtlichen Ansatz und dem traditionellen Konzept der 'Vorgeschichte' der SPD – mit der Gründung des ADAV einsetzen läßt, bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges. Hiermit sind bereits Leistung und Grenzen der Arbeit umrissen; sie ist die Geschichte einer regionalen Arbeiter*partei*, nicht der bayerischen Arbeiter*bewegung*. – Dem Einleitungskapitel, das allgemein sozialgeschichtliche und wirtschaftliche Zustände und Besonderheiten Bayerns sowie die Entwicklung des Arbeitervereinswesens in den 60er Jahren schildert (S. 17-60), folgen als 1. Hauptteil die Anfänge von ADAV und SDAP als 'Vorgeschichte' der SPD in Bayern (S. 61-165). Die Beschreibung der Konsolidierungsphase der SDAP als "Radikalisierung und zunehmende Isolierung" bis zum deutsch-französischen Krieg (S. 167-186), die Neukonstituierung nach Kriegsende (S. 187-213) und die Situation in den letzten Jahren vor dem Sozialistengesetz sind die Kapitel des 2. Hauptteils. Die innenpolitische Entwicklung unter dem Sozialistengesetz (S. 355-431) leitet als

3. Hauptteil den II. Teilbd. ein, gefolgt von einer Skizze der Herausbildung des bayerischen Reformismus als Produkt spezifisch bayerischer sozialdemokratischer Landespolitik unter Vollmar (S. 433-566). Das letzte Kapitel widmet sich der Mitgliederentwicklung und dem Verhältnis von Parteiführung zur Basis in den letzten Vorkriegsjahren (S. 539-566). Dem Band ist ein Register beigefügt.
Hirschfelders durchgehend parteigeschichtlicher Ansatz entspricht nicht den gängigen Forschungstrends für die frühe deutsche Arbeiterbewegung. Sozialgeschichtliche Fragestellungen, systematisch nur im Einleitungskapitel behandelt, werden, ebenso wie ideologiegeschichtliche, nur punktuell in die Untersuchung einbezogen (z.B. S. 237-242), nicht aber als Ausgangspunkt für eine Analyse der Entwicklungsbedingungen der organisierten bayerischen Arbeiterbewegung genommen, was durch den Verweis auf eine mangelhafte Quellenlage nicht hinreichend begründet werden kann. Hirschfelder konzentriert sich auf die Ausbreitung und Organisation der Partei, die daher oft als reiner Wahlverein erscheint. Ideologische Entwicklungen werden gesondert behandelt (z.B. S. 174ff, S. 390ff). *Was* aber die Theorie der bayerischen Partei (ADAV/SDAP, SAPD etc.) war, was die Mitglieder anzog, indem es ihren sozialen und politischen Bedürfnissen entsprach, warum man also in Bayern in solch großer Zahl Sozialdemokrat wurde bzw. sozialdemokratisch wählte, wird nur angedeutet. So wäre recht interessant gewesen, wenn die Hinweise zur ländlichen und kleinbürgerlichen Wahlagitation vor dem Sozialistengesetz mit einer Erörterung des Reformismusproblems verbunden worden wären, um so vielleicht frühe Wurzeln der süddeutschen – hier bayerischen – 'Sonderentwicklung' aufzuspüren. Der bayerische Reformismus Vollmars u.a. wird überwiegend aus parlamentarischen und landespolitischen Faktoren sowie fraktions- und parteiinternen Richtungsdebatten abgeleitet, eine Einbettung in die sozialstrukturellen Bedingungen des überwiegend agrarischen Landes und seiner gewerblich-industriellen Zentren wird nicht geleistet. Hirschfelders Studie trifft auch noch ein zweiter, gegenüber Lokal- und Regionalstudien oft zu äußernder Einwand: die nicht ganz befriedigende Verklammerung regionaler Entwicklungen mit parallelen Tendenzen auf Reichsebene. Ein Vergleich bayerischer mit überregional feststellbaren Entwicklungen bzw. Problemstellungen hätte sicher sowohl Hirschfelders eigene Fragestellungen präzisiert und differenziert, wie auch Verallgemeinerungen im Hinblick auf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung im Reich ermöglicht. Zu denken wäre z.B. an die intensive ländliche Agitation (s. z.B. Parallelen in Hessen-Darmstadt), an einen ausführlicheren Vergleich der repressiven behördlichen Maßnahmen in Bayern (s. S. 214ff, S. 362-364) mit denen im Reich bzw. in Preußen, an den für fast alle deutschen Länder feststellbaren, unbedingt auf sozialgeschichtliche Implikationen für die Parteientwicklung zu überprüfenden organisatorischen Neubeginn nach 1871.
Abschließend noch eine Bemerkung: Seitens der Arbeiterbewegungsgeschichte engagiert verpflichteter Autoren wird z.T. sehr harte, inhaltlich sicher zutreffende Kritik an solchen traditionellen organisationsgeschichtlich orientierten Arbeiten geübt. Selbstkritisch wird man sich aber fragen müssen, ob man nicht vorschnell die Existenzberechtigung eines Sujets bestreitet, dessen Produkte man selbst ausbeutet. Ist die Forderung wirklich so einfach einzulösen, gleichzeitig die wohl unbestreitbar notwendige quellenmäßige Rekonstruktion von Organisationen über größere Zeiträume hinweg zu leisten, was Hirschfelder sicherlich gelungen ist, und dabei in Fragestellung und Durchführung sozialgeschichtlich vorzugehen? Ein wenig mehr Toleranz *in* der Abgrenzung wäre mitunter durchaus angebracht.

Toni Offermann

GÜNTHER, Wolfgang: **Die Revolution von 1918/19 in Oldenburg** (= Oldenburger Studien, Bd. 18). – Oldenburg: Heinz Holzberg Verlag 1979. 247 S.

Bei der hier zu besprechenden Arbeit handelt es sich um eine Dissertation der Universität Oldenburg, die von Prof. Joist Grolle betreut worden ist. Nicht allgemein die "deutsche Revolution" 1918/19 ist das Objekt der Untersuchung, sondern speziell die "revolutionären" Vorgänge im Großherzogtum bzw. Freistaat Oldenburg bilden den Gegenstand der Darstellung. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht der Zeitraum von November 1918 bis zum Frühjahr 1919, d.h. die Periode, in der die Räte als politischer Machtfaktor von Bedeutung waren. Die im wesentlichen chronologisch aufgebaute und narrativ angelegte Arbeit behandelt Themen wie: 1. Das Problem der inneren Stabilität und Reformierbarkeit des Großher-

zogtums am Ende der Kaiserzeit (ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Haltung der regionalen MSPD zu den sogen. Oktoberreformen und damit auf der Strategie und Taktik dieser Partei vor den Novemberereignissen); 2. Die Vorgänge Anfang November 1918; 3. Die Entstehung, Struktur und Funktion der Räte (als systematisch-strukturgeschichtliche Analyse angelegt); 4. Der Herrschaftskonflikt zwischen den Räten und der Regierungsmacht als auch der damit verbundene Radikalisierungs- und Differenzierungsprozeß innerhalb der Räte und der sozialistischen Parteien Oldenburgs; 5. Die Putschversuche der KPD und das Ende der Rätebewegung. Der Autor hat sich bemüht, die Darstellung auf eine breite Quellengrundlage zu stellen: Überlieferungen von seiten der Räte und der Arbeiterorganisationen werden ebenso herangezogen wie die von seiten der Marine und des Staates bzw. der Kommunen. Lebende Zeugen der Novemberereignisse standen offenbar für eine Befragung nicht mehr zur Verfügung. Neben den gedruckten Publikationen (in erster Linie Zeitungen) scheinen vor allem die Bestände des Staatsarchivs Oldenburg und des Bundesarchiv-Militärarchivs in Freiburg für das Thema ergiebig gewesen zu sein;[1] weiterhin verdienen die protokollarischen Aufzeichnungen des sogen. 21er Rats von Wilhelmshaven/Rüstringen hervorgehoben zu werden. Ein Personenregister mit biographischen Daten sowie ein Quellenanhang runden die Darstellung ab.

Die Arbeiten und allgemeinen Thesen von Kolb, Matthias, Rürup, u.a. über den Verlauf und den Charakter der Revolution 1918/19 haben ohne Zweifel die neueren Untersuchungen angeregt und befruchtet. Im Zentrum der Diskussion steht seitdem die Frage, ob die "offene Situation" im Winter 1918/19 den politisch Verantwortlichen – und damit sind vor allem die Sozialdemokraten gemeint – einen größeren Spielraum zur Demokratisierung des Obrigkeitsstaates gegeben hätten als die Handelnden es damals annahmen. Es geht um die Frage nach dem "dritten Weg" und der Rolle der Räte. Um diese allgemeinen Thesen überprüfen zu können, sind eine Reihe von regionalen Detailstudien erforderlich. Hier liegt u.a. die Bedeutung der Arbeit von Günther, dem einige wichtige Differenzierungen des bisherigen Erkenntnisstandes über die Rätebewegung gelingen.

Eine wesentliche Bedingung für den Verlauf der Revolution im Land Oldenburg stellte der grundlegende Gegensatz zwischen dem radikalen 21er Rat von Wilhelmshaven/Rüstringen und dem gemäßigten Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Oldenburg dar. Der 21er Rat setzte sich hauptsächlich aus Soldatenvertretern zusammen, die durch die Kriegsereignisse nach Wilhelmshaven/Rüstringen (Standort der Marinestation der Nordsee als auch einer großen Reichswerft) gekommen waren. Landesfremde Führungskräfte dominierten also in diesem Rat, der zum linken USPD-Parteiflügel neigte und später unter spartakistische Einflüsse geriet. Der 21er Rat stützte sich in erster Linie auf seine militärische Macht; auf eine Verbindung zu den Arbeitern sowie zur MSPD und den Gewerkschaften verzichtete er weitgehend. Der Träger der Revolution in Wilhelmshaven/Rüstringen war also eine von den übrigen Bevölkerungsschichten isolierte "Matrosen"-Organisation. In Oldenburg dagegen bestand der A- und S-Rat aus Vertretern verschiedener sozialer Verbände bzw. aus einheimischen Führungskräften der Arbeiterorganisationen, die auf die MSPD hin orientiert waren. Die Oldenburger Räte wollten die gesellschaftliche Grundordnung aufrechterhalten; dieses Ziel sollte mit Hilfe von weiteren Reformen und in Zusammenarbeit mit der neu gebildeten Übergangsregierung, dem Direktorium, verwirklicht werden. Die "soziale Basis" zur Durchsetzung der "revolutionären Errungenschaften" war demnach in Oldenburg wesentlich größer als in Wilhelmhaven/Rüstringen, wo der 21er Rat auf eine radikale Umgestaltung des politisch-gesellschaftlichen Systems in eine sozialistische Republik zielte und die alleinige politisch-militärische Führung beanspruchte. Demobilmachung, Kritik an den Räten, Anwachsen "reaktionärer Gegenströmungen", Putschgerüchte der Spartakisten, u.a. Gründe verminderten jedoch schnell die militärische und politische Machtbasis des 21er Rats, der den Machtverlust durch einen Prozeß der Radikalisierung auszugleichen versuchte. Dadurch geriet der 21er Rat aber immer mehr zwischen die Mühlsteine. Gegenüber der KPD bezog man keine klare Stellung, und der Prozeß der Radikalisierung führte Anfang 1919 zum endgültigen Bruch mit der MSPD und damit zur Gründung einer USPD-Parteiorganisation, die bis dahin in Wilhelmshaven nicht existiert hatte. Sein politisches Ende fand der 21er

1 Im Quellen- bzw. Archivverzeichnis (S. 203f.) werden leider die benutzten Bestände des Staatsarchivs Aurich nicht nachgewiesen, obwohl in den Fußnoten mehrfach auf sie Bezug genommen wird.

Rat bereits im Januar 1919 als Folge eines Putschversuches der KPD in Wilhelmshaven. Damit hatten sich die zwei wichtigsten Räteorganisationen im Land Oldenburg praktisch paralysiert. Günther stützt demzufolge die Feststellung von W. Mommsen, wonach es sich bei der These von den Räten als potentiellen Organen einer durchgreifenden Demokratisierung um eine Überinterpretation handele.
Die insgesamt quellenkritisch wohlfundierte und in den Wertungen differenzierte Darstellung bedarf zum Schluß noch einiger Bemerkungen. 1. Da die im November 1918 beginnende Revolution nicht von radikalen Agitatoren "gemacht" worden ist, müssen auch strukturelle Ursachen zugrunde gelegt werden. Denn die Matrosenmeuterei konnte nicht zuletzt deshalb in Deutschland zu derartigen Folgen führen, weil sozialer Konfliktstoff überall ausreichend vorhanden war. Die Frage nach den Bedingungen und strukturellen Ursachen der Revolution, die in der bisherigen Forschung vernachlässigt worden bzw. über die Formulierung einiger Hypothesen kaum hinausgekommen ist, wird in der Arbeit von Günther nicht gestellt – der Blick richtet sich allein auf die Ereignisse um die Jahreswende 1918/19. Man vermißt z.B. Aussagen zur sozialen Situation der Arbeiter während des Ersten Weltkrieges (Ernährungslage, berufliche Umschichtungsprozesse, Intensivierung der Arbeitsprozesse, etc.) Oder sollte es in Oldenburg seit 1916 nicht zu Unruhen und Streiks gekommen sein? Immerhin wird der Januar-Streik 1918 in einer Anmerkung (S. 139) erwähnt. 2. Von Wert wäre auch eine Charakterisierung und begriffliche Präzisierung der "revolutionären" Ereignisse 1918/19 in Oldenburg gewesen. Handelte es sich denn nun um eine Meuterei, einen Matrosenaufstand, einen revolutionären Aufstand, eine Revolte oder sogar um eine Revolution? Oder sollte man, insbesondere bei Betrachtung des Zeitraumes 1916 bis 1920 (Kapp-Lüttwitz-Putsch) eher von einer sozialen Protestbewegung der Arbeiterschaft in Verbindung mit einer großen Führungskrise sprechen? 3. Schließlich stellt sich dem Leser die hypothetische Frage, warum die Revolution im November 1918 eigentlich nicht zuerst in Wilhelmshaven/Rüstringen, sondern in Kiel ausbrach.

Rainer Paetau

PEUKERT, Detlev: **Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945** (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 2). – Wuppertal: Peter Hammer Verlag 1980. 460 S.

Diese als Dissertation an der Ruhr-Universität Bochum bei Hans Mommsen entstandene Arbeit hat eine Vorgeschichte. Der Autor, einst engagiertes Mitglied von DKP und VVN, verfaßte noch während seiner Studienzeit eine erste Untersuchung zum Thema. "Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933-1945" erschien bereits 1976 in der Reihe: Bibliothek des Widerstandes beim Röderberg-Verlag, Frankfurt/M. Wenngleich hier die mit Abstand am meisten fundierte und um Objektivität bemühte Ausgabe innerhalb dieser Folge vorlag, so war sie doch deutlich geprägt von den seitens der ostdeutschen Historiographie gegebenen Einschätzungen der KPD als führende Kraft im antifaschistischen Widerstand.
Die politische Emanzipation des Autors brachte eine neuerliche Inangriffnahme des Stoffes mit sich. Gestützt auf eine in diesem Bereich bisher beispiellose Zahl an Interviews und Korrespondenzen mit z.T. inzwischen bereits Verstorbenen und auf z.T. bundesdeutschen Historikern nicht zugängliche Archivalien beim IML in Ost-Berlin entstand eine in kritischer Wertung und Würdigung des kommunistischen Widerstandes vorbildliche Regionaldarstellung, die dazu noch den Vorzug der leichten Lesbarkeit auch für Nichteingeweihte aufweist. Einziger Mangel: das Fehlen eines Personen- und Ortsregisters. Was diese Arbeit vor allem auszeichnet, ist, daß sie sich nicht mit dem Aufzeigen der offiziellen Parteilinie und der zentralen Anweisungen begnügt, die in vergleichbaren Arbeiten nur mit gelegentlichen, vor Gericht verhandelten Ausführungsbeispielen an der Basis belegt werden, sondern daß hier der Alltag des kommunistischen Widerstehens in seiner ganzen, nur irgend erfaßbaren Breite und Widersprüchlichkeit aufgespürt wird. Dieses äußerst arbeitsintensive Vorgehen fördert Erkenntnisse, die neue Akzente in der kommunistischen Widerstandsforschung setzen. So wird die Untauglichkeit des illusionären Konzepts von der Fortführung einer Massenpartei unter illegalen Bedingungen anhand konkret aufgezeigter fortlaufender Gestapoeinbrüche

in die westdeutsche Untergrundorganisation bis hin zu deren Ausbluten eindringlich belegt. So erweisen sich die jeweils bis zu Ende verfolgten Einheitsfrontaktionen – von der KPD seit August 1934 forciert angestrebt – als episodisch und keineswegs kontinuierlich anwachsend, wie die damalige kommunistische Berichterstattung glauben machen wollte. So wird in aller Klarheit verdeutlicht, daß der Widerstand im Lande sich nicht ungebrochen und unbeeinflußt von den zahlreichen Massenverhaftungen über die Jahre fortsetzte, sondern ab 1935 eine deutliche Verminderung erfuhr und daß sich das Schwergewicht der Parteitätigkeit aus dem Lande selbst in die Emigration verlagerte.
Bemerkenswert ist die Erkenntnis, daß die Aktivität der großen Mehrheit der Kommunisten sich in den folgenden zehn Jahren bis 1945 auf ein Bewahren der Gesinnung in lockeren Freundeskreisen informellen Charakters beschränkte. Damit unterschieden sie sich in nichts mehr von der Haltung der sich selbst treu gebliebenen Sozialdemokraten jener Jahre. Ungeachtet dessen vernachlässigt der Autor jedoch nicht die sich im Kriege neu formierenden, aktivistisch eingestellten Gruppen, wobei seine besondere Aufmerksamkeit dem übergreifenden Organisationsversuch wie den Druckerzeugnissen der aus den Niederlanden eingereisten Gruppe um Wilhelm Knöchel gilt, deren unter den obwaltenden Umständen durchaus erfolgreiches Wirken Anfang 1943 ein Ende fand. – Des Autors Schlußbetrachtungen über Leistungen und Grenzen des kommunistischen Widerstandes, die noch einmal die gewonnenen Einsichten über den Massenwiderstand der ersten Phase wie die versuchten Neuansätze nach 1935 mit Blick auf die Situation nach Kriegsende reflektieren, sind über den Rahmen einer regionalen Untersuchung hinaus von allgemeiner Gültigkeit.

Beatrix Herlemann

NOLAN, Mary: **Social democracy and society. Working-class radicalism in Düsseldorf 1890-1920.** – Cambridge, London, New York u.a.: Cambridge University Press 1981. XI, 376 S.

Seit einigen Jahren wird allgemein anerkannt, wie wichtig regionalgeschichtliche Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung sind. Dies beruht auf der Erkenntnis, daß regionalgeschichtliche Analysen es ermöglichen, Arbeiterbewegung als soziale Bewegung ins Blickfeld zu bekommen. Dazu gehört auch die Untersuchung des Entstehungsprozesses unterschiedlicher Flügelbildungen innerhalb der Arbeiterorganisationen. Die sozialgeschichtliche Erforschung sowohl des Arbeiterreformismus, als auch des Arbeiterradikalismus steht jedoch erst in ihren Anfängen. – Nolan legt ein gut zu lesendes Buch über die Geschichte des Düsseldorfer Arbeiterradikalismus (1890-1920) vor. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914/18 weder "the preserve of a handful intellectuals" noch "an aberration brought on by the war thereafter" war, sondern daß er "deep social and political roots in import segments of the German working class" (S.306) hatte. Bei der Suche nach den Wurzeln dieses Radikalismus nimmt die Analyse der Sozialstruktur der Mitglieder der Düsseldorfer Sozialdemokratischen Partei einen großen Stellenwert ein. Viele Mitglieder waren junge gelernte Handwerker, die vom Lande stammten und in die Stadt gezogen waren. Sie fanden vor allem in der metallverarbeitenden und in der Maschinenbau-Industrie Beschäftigung. In diesen Branchen waren die Rationalisierungsbestrebungen damals noch nicht weit gediehen, weswegen sich die gelernten Arbeiter noch einer "relativen Autonomie" in der Werkstatt erfreuen konnten. Mit der Abwanderung vom Lande lösten diese Handwerker sich überdies von alten Bindungen, Normen und Werten und waren leichter für neue Ideen zu gewinnen. "Their craft and the culture and community built around it gave these workers a clear sense of their identity as workers and of the rights and recognition that were their due" (S.105). Dagegen waren die im katholischen Milieu der Stadt von Kindheit an aufgewachsenen Arbeiter für die Partei viel schwerer zu gewinnen, ähnlich wie die Arbeiter-Bauern, die sich nicht von ihrer ländlichen Umwelt lösen wollten.
Doch N. bleibt bei der Analyse der Mitgliederstruktur nicht stehen. In Anlehnung an E.P. Thompsons Klassenbegriff – class is a relationship and not a thing – versucht sie aufzuzeigen, wie die Klasse sich allmählich selbst formte, aber auch wie sie durch die ökonomischen, sozialen und politischen Beziehungen, in welche sie eingebettet war, geformt wurde. Hauptkomponenten der konkreten Erfahrungswelt dieser Sozialdemokraten waren der hohe Organisationsgrad einer technisch fortschrittlichen Industriebranche, das Bestehen enger, kom-

plexer Verbindungslinien zwischen Industrie und Interventionsstaat sowie der lokale Dauerkampf zwischen Liberalen und katholischem Zentrum. Hinzu kam der gemeinsame Kampf der herrschenden Parteien gegen das Vordringen der Sozialdemokratie auf kommunaler Ebene, der mit einer Absage an Klassenzusammenarbeit, sozialer Integration und stückweisen Reformen verbunden war. Jahrzehnte frustrierender Erfahrungen mit der städtischen Gesellschaft und mit dem Staat ließen die Radikalität der Mitglieder anwachsen. "The complex interaction of organized capitalism, authoritarian politics, and political Catholicism, rather than any one of them alone, set the structural and political framework within which the working class and social democracy developed. It determined the reality which they had to contend." (S. 305).
Für sich betrachtet überzeugt N.s Buch, nicht zuletzt durch die Geschlossenheit der Darstellung. Allerdings wundert man sich schließlich, warum die Arbeiter in vielen anderen preußischen Städten sich nicht ähnlich radikal verhalten haben wie die Düsseldorfer. Waren die Düsseldorfer Verhältnisse wirklich so anders? Oder lag die unterschiedliche Entwicklung der Arbeiterbewegungen an der Basis vorrangig an den unterschiedlichen Deutungsmustern der preußischen Realität durch die Arbeiter selbst? Welche Rolle spielten dabei einzelne Arbeiterführer, die Arbeiterpresse, die lokalen Traditionen der Arbeiterbewegung etc.? N. geht auf methodisch-inhaltliche Probleme und Fragen regional vergleichender Sozialgeschichte des Arbeiterradikalismus und des Arbeiterreformismus nicht ein. Hier stößt man auf Grenzen hinsichtlich der Aussagekraft des Buches. Doch N. verbessert selbst die Voraussetzungen für solche notwendigen regionalen Vergleichsstudien: Will man den Gründen für unterschiedliches politisches Verhalten der Arbeiter in den einzelnen Städten und Regionen auf die Spur kommen, muß man nicht zuletzt diese glänzende Analyse des Düsseldorfer Arbeiterradikalismus gründlich studieren.

Adelheid von Saldern

SUMMA, Rudolf: **Kasseler Unterschichten im Zeitalter der Industrialisierung. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Stadt Kassel von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs** (= Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, Bd. 34). – Darmstadt und Marburg: Selbstverlag der Hessischen Historischen Kommission Darmstadt und der Historischen Kommission für Hessen 1978. 364 S. Mit einem Anhang.

Bei dieser Arbeit handelt es sich um eine lokalgeschichtliche Sozialanalyse "alten Typs". Damit ist gemeint, daß Summa die Unterschicht fast ausschließlich als Objekt und nicht auch als handelndes Subjekt in den Blick nimmt. Konkret bedeutet dies, daß man verhältnismäßig viel über Bevölkerungsstruktur, Wanderbewegung, regionale Herkunft, Pendelwanderung und berufliche Gliederung (S. 64-107) erfährt, ebenso über die Wandlung der Kasseler Sozialstruktur (S. 107-127) sowie einiges über die Soziallage der Unterschichten (S. 127-173) (Einkommen und Lebenshaltung, Wohn- und Arbeitsverhältnisse). Dagegen wird die Frage nach der Entstehung des Klassenbewußtseins der Unterschichten und dem Grad seiner Ausprägung nicht gestellt. So ist es wohl auch kein Zufall, daß S. ausgerechnet Streiks, aus denen möglicherweise Ansätze eines autonomen Klassenhandelns sowie bestehende Klassenkonflikte hätten rekonstruiert werden können, völlig ausklammert. Am Schluß der Arbeit behandelt S. zwar die Entstehung der Arbeiterbewegung (S. 230-260); seine Ausführungen gehen aber nicht einmal ansatzweise über einen organisationsgeschichtlich orientierten, groben Überblick hinaus. Selbst eine Analyse der Wahlergebnisse fehlt. Wenn schließlich der Leser am Schluß der Arbeit erfährt, daß die Kasseler SPD reformistisch gesinnt war, so wundert er sich nicht einmal darüber, scheint die reformistisch geprägte Haltung der Kasseler Arbeiterbewegung doch gut zu dem Bild zu passen, das S. in dem vorhergehenden Teil über die "sozialen Bestrebungen" entworfen hat.(S. 173-230). In diesem Abschnitt geht es um Armenpflege, Wanderfürsorge, Arbeitsvermittlung, Notstandsarbeiten, Wohnungsfürsorge, Fortbildungsschulen, Sozialversicherungen, Fabrikinspektion, Gewerbegericht und Kaufmannsgericht, betriebliche Sozialpolitik, bürgerliche und kirchliche Hilfstätigkeit und schließlich um genossenschaftliche Einrichtungen. Jedoch wird die Darstellung der "kommunalen Sozialpolitik" nicht mit einer Analyse der lokalgeschichtlichen Interessenkonflikte der städtischen (Klassen-)Gesellschaft verbunden. Dies hat zur Folge, daß die Fortschritte, die in der "kommunalen Sozialpolitik" im Laufe der Zeit erzielt wurden, zwangsläufig in einem zu positiven Licht erschei-

nen. Vermutlich ungewollt entsteht das Bild einer städtischen Gesellschaft, in der es zwar Armut und Elend gab, in der aber die Entwicklung (wie von selbst, kontinuierlich) zum Besseren führte. Dieses Bild kommt dadurch zustande, daß dem Leser nur unzureichende Wertmaßstäbe angeboten werden, so daß er über die objektiven, jedoch nicht realisierten Möglichkeiten in der "kommunalen Sozialpolitik" keine klaren Vorstellungen erhält. Ein solcher Wertmaßstab hätte z.B. durch einen interlokalen Vergleich gewonnen werden können. (Zumindest wäre eine punktuelle Auswertung der Statistiken von H. Silbergleit über die preußischen Städte (1908) "zumutbar" gewesen). Auch wären sicherlich die z.T. überaus kritischen Stellungnahmen der zeitgenössischen bürgerlichen Sozialreformer für eine Beurteilung der Kasseler "kommunalen Sozialpolitik" nützlich gewesen.
Insgesamt gesehen bietet die Arbeit – ungeachtet der aufgezeigten methodisch-inhaltlichen Defizite eine Fülle von Einzelinformationen, nicht zuletzt auch in dem gelungenen Einleitungskapitel über die wirtschaftliche Entwicklung Kassels (S. 7-64). Das Buch – eine Dissertation, betreut von P. Scheibert/Marburg – ist gut zu lesen. Ein mit umfangreichen Statistiken versehener Anhang schließt die Studie ab. Bei der Gesamtbewertung dieser Arbeit ist zu berücksichtigen, daß das Kasseler Stadtarchiv durch den Krieg fast vollständig zerstört wurde; von daher ist die Quellenlage besonders ungünstig. Die großen Lücken im Quellenbestand einigermaßen zu überbrücken, wird Aufgabe der notwendigen zukünftigen Forschung über die städtische Gesellschaft und die Kommunalpolitik Kassels sein. Ein Anfang ist gemacht.

Adelheid von Saldern

STEARNS, Peter N.: **Arbeiterleben. Industriearbeit und Alltag in Europa 1890-1914.** Mit einem Vorwort von Helga Grebing. Übersetzt aus dem Englischen von Hans Diefenbacher. – Frankfurt/M. und New York: Campus Verlag 1980. XI, 391 S.

Stearns' 1975 erschienene große Untersuchung liegt nun auch in einer deutschen Übersetzung vor, die gegenüber der englischen Ausgabe um den Tabellenanhang und zwei Zusammenfassungen im Text gekürzt wurde. Der Autor hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Verhältnis zwischen den Veränderungen im Arbeitsprozeß und den Reaktionsweisen der Arbeiter auf diese Wandlungsvorgänge vergleichend für Großbritannien, Belgien, Deutschland und Frankreich um die Jahrhundertwende bis zum Ersten Weltkrieg zu analysieren. Sein Interesse gilt dabei besonders dem Problem der Anpassung bzw. der Unfähigkeit zur Anpassung verschiedener Arbeitergruppen an die sich verändernde industrielle Arbeitswelt in der Phase des "Reifungsprozesses" (S. 2, S. 12 u.ö.) der Industrialisierung. St. meint in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts in den vier Ländern durchgängig die Umstellung auf neue Produktionsmethoden beobachten zu können. Hier wird bereits eine Besonderheit dieser Studie deutlich: Obgleich sie teilweise komparatistisch angelegt ist, zielt sie mehr auf die Herausarbeitung übergreifender, allgemeiner Entwicklungsstufen als auf nationale Spezifika. St. zieht hierzu eine Fülle von Details aus den verschiedenen Ländern heran und entdeckt dann in ihnen Indizien jener allgemeinen Entwicklungszüge – ein methodisch wenig befriedigendes Verfahren. So anregend und interessant manche Detailbeobachtungen jeweils für sich sind, die aus ihnen gewonnenen Generalisierungen erscheinen – wenn auch oft plausibel – angesichts ihrer fast zufälligen empirischen Fundierung nicht zwingend aufgewiesen.
St.s Beschreibung des Arbeiterlebens spannt einen sehr weiten Bogen, berücksichtigt viele sonst vernachlässigte Aspekte. In 10 Kapiteln werden auf ca. 350 Textseiten Probleme der Berufs- und Beschäftigungsstruktur, der Arbeitslosigkeit und Veränderungen im Produktionsprozeß ("ein wahnsinniges Tempo", S. 181) thematisiert. Weiterhin werden gewerkschaftliche und politische Reaktionsformen verschiedener Arbeitergruppen analysiert, Probleme der erweiterten Freizeit, des Wandels der Familienstrukturen und des Konsumverhaltens umrissen. Unter dem Stichwort "Protest" werden verschiedene Widerstandsformen der Arbeiter herausgearbeitet. Angesichts der Breite der berücksichtigten Themen gewinnt die Studie fast den Charakter eines Handbuchs, das teilweise den Forschungsstand spiegelt, auf jeden Fall aber vielseitige neuartige Perspektiven durch die Verknüpfung bislang getrennt untersuchter Bereiche vermittelt.
Im Schlußabschnitt "Die begrenzte Anpassung" faßt St. wesentliche Befunde zusammen. Im Zentrum steht dabei die These, wonach die ständige Anpassung an sich verändernde Arbeits-

bedingungen zur Entradikalisierung der Arbeiter beitrug; die zunehmende Freizeit ermöglichte Kompensation für die unbefriedigende Arbeit – mit dieser "Verbesserung" der Lage der Arbeiter schwand zugleich ein Motiv des Widerstandes. Dieses Ergebnis wird mit Sicherheit auf Widerspruch stoßen, zumal St. das Freizeit-Phänomen nicht kritisch befragt und in der gewachsenen Freizeit nicht die zugleich bedeutsamer werdenden Tendenzen zur vielfältigen Ausbeutung und Vereinnahmung der Arbeiter etwa durch die "Bewußtseinsindustrie" untersucht. Freizeit nur als "freie Zeit" fern von den Zwängen der Fabrik-Arbeit zu sehen, erscheint jedenfalls unzureichend. St.s etwas naiv erscheinende Interpretation der kompensatorischen Funktion der Freizeit beruht nicht zuletzt auch auf seinem methodischen Verfahren: Zur Analyse der Gedankenwelt der Arbeiter, ihrer Wünsche, Hoffnungen, Bedürfnisse, Interessen und Ängste greift St. auf zeitgenössische empirische Erhebungen und Umfragen zurück, ohne aber diese Aussagen der Arbeiter etwa zu ihrer Arbeitszufriedenheit einer Prüfung zu unterziehen, die der Entstehung jener Aussagen (Interview-Situation) und dem Problem des "falschen Bewußtseins" nachgeht. Kurz: St. nimmt die Äußerungen der Arbeiter einfach für bare Münze, ohne die Herrschaftsverhältnisse in Rechnung zu stellen, unter denen diese Aussagen zustande kamen.
Trotz dieser Einwände und Schwächen kann die Studie zum Arbeiterleben der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung wichtige Anregungen vermitteln, zumal St.s Thesen oft quer zu dominierenden Erklärungen liegen. Insbesondere macht der Autor deutlich, daß sich die spezifischen Formen und Unterschiede der nationalen Arbeiterbewegungen "weitgehend aus dem Grad der Industrialisierung der Länder erklären lassen" (S. 341). Dies steht im Gegensatz zur herkömmlichen Auffassung, derzufolge die Arbeiterbewegungen der einzelnen Länder ein Produkt der jeweiligen nationalen Geschichte darstellen. St. leitet daraus die prinzipielle Schlußfolgerung ab, daß die übergreifende Betrachtung verschiedener Industrialisierungsphasen sinnvoller und produktiver sei als die einzelner Länder.

Hartmann Wunderer

PELINKA, Anton: **Gewerkschaften im Parteienstaat. Ein Vergleich zwischen dem Deutschen und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund** (= Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd. 37). – Berlin: Duncker & Humblot 1980. 210 S.

Pelinka rechnet DGB wie ÖGB zum Typ kooperativer Gewerkschaften, die auf Reformen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsformation ausgerichtet sind. Zentraler Begriff in den Veränderungsvorstellungen beider Gewerkschaften ist die Mitbestimmung. Hier beginnen jedoch auch schon die Unterschiede: Während die Programmatik des ÖGB auf überbetriebliche Mitbestimmung ausgerichtet ist, zielen die Forderungen des DGB hauptsächlich auf betriebliche Mitbestimmung. In beiden Gewerkschaften haben sich nach 1945 sowohl die Zielvorstellungen der Einheitsgewerkschaft als auch des Industrieprinzips weitgehend durchgesetzt. Während jedoch der DGB eine schichtspezifische (DAG) als auch eine ideologiespezifische (CGB) Abweichung vom Prinzip der Monopolgewerkschaft hinnehmen mußte, hat der ÖGB durch die nur lückenhafte Anwendung des Industrieprinzips die Angestelltenteninteressen in Form einer eigenen Gewerkschaft – der Gewerkschaft der Privatangestellten – integriert. "Der DGB ist, im internationalen Vergleich, eine relativ stark zentralisierte Gewerkschaftsorganisation. Der ÖGB ist, ebenfalls im Vergleich, geradezu ein Extremfall an Zentralisierung" (S. 90). So liegen Finanz- und Personalhoheit beim ÖGB und nicht bei den Einzelgewerkschaften wie beim DGB. Sowohl in den Außenbeziehungen zu Parteien, Regierungen usw. als auch in den Institutionen der Sozialpartnerschaft hat in Österreich im Gegensatz zur Bundesrepublik allein der Dachverband das Sagen: Selbst in der Lohnpolitik besitzt der ÖGB ein deutliches Kompetenzübergewicht gegenüber den Einzelgewerkschaften. Nicht zuletzt deshalb ist dem ÖGB die Integration in das Zentrum des politischen Systems weit besser gelungen als dem DGB. Die Hauptursache für diese Tatsache sieht P. indessen in den innergesellschaftlichen Kräfteverhältnissen: In Österreich steht einem relativ schwachen Privatkapitalismus eine extrem zentralisierte Monopolgewerkschaft mit hohem Organisationsgrad gegenüber.
P. will mit seiner Studie die Entwicklung von DGB und ÖGB beschreiben, "den historischen Hintergrund dieser beiden gewerkschaftlichen Dachverbände, ihr Funktionieren, ihre Bedeutung, ihre Entwicklungslinien. Dieses Buch versucht auch, aus dem Vergleich von DGB und ÖGB, verschiedene Aussagen über Gegenwart und Zukunft von dicht organisierten Gewerk-

schaften in westlichen Demokratien zu formulieren" (Vorwort). Das erste Unterfangen kann man als durchaus erfolgreich bezeichnen: P.s Arbeit bietet einen guten Überblick über Unterschiede und Gemeinsamkeiten von DGB und ÖGB. Leider fehlt ein Literaturverzeichnis: Dies und die etwas antiquierte Zitierweise machen das Auffinden von Literaturhinweisen für den Leser etwas schwierig. Der Versuch hingegen, generalisierende Aussagen zu formulieren, wirkt manchmal reichlich gezwungen: "Das Ausmaß der Verschränkung zwischen Gewerkschaften und politischem Umfeld ist ein Maßstab für das Ausmaß an Integration der Gewerkschaften in die bestehende politische, soziale, ökonomische Ordnung" (S. 92). – Daß das einfache Mitglied im ÖGB nicht viel zu sagen hat, reduziert sich heute für P. auf ein "Spannungsverhältnis zwischen Zentralisierung, die Effizienz gewährleisten soll, und Partizipation, die Demokratie garantieren soll" (S. 89). Vor einiger Zeit noch ist P. wesentlich kritischer mit der innergewerkschaftlichen Demokratie im ÖGB ins Gericht gegangen: "Wenn die Parole 'Alles für das Volk, nichts durch das Volk' für die österreichische Spielart des aufgeklärten Absolutismus, den Josefinismus, charakteristisch war und ist, dann trägt die Politik der Verbände josefinische Züge" (Anton Pelinka und Manfried Welan: "Demokratie und Verfassung in Österreich", Wien 1971, S. 324).
P. vertritt zu Recht die These, daß der ÖGB weit besser in das politische System integriert sei als der DGB. Leider geht er fast gar nicht der Frage nach, ob dies den österreichischen Lohnabhängigen mehr gebracht hat als den deutschen. P.s Buch ist fast vollständig inputorientiert. Dabei hätte die Beantwortung der Frage, warum es in Österreich gelungen ist, gerade in Krisenzeiten die Arbeitslosenrate gering zu halten, ihn wahrscheinlich eine andere Schlußprognose abgeben lassen: P. sieht die Zukunft des ÖGB für den Fall ökonomischer und politischer Krisen weit gefährdeter als die des DGB.

Werner Lang

KURZANZEIGEN UND LITERATURHINWEISE

Labour and Trade Union Archives. Les archives des syndicats et mouvements ouvriers. Hrsg. vom International Council on Archives (= Archivum, International Review on Archives, Vol. XXVII). – München, New York, London und Paris: Saur 1980. 190 S.

Der Bd. enthält einen guten Überblick über die Archive der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in Australien, Belgien, der Bundesrepublik, Kanada, der Tschechoslowakei, Dänemark, Finnland, Frankreich, der DDR, Irland, Israel, Ungarn, Polen, Schweden, der Schweiz, Großbritannien, den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Jugoslawien, der Karibik und Südostasien. Über die Archive der einzelnen Länder und Gebiete geben kurze Beschreibungen des Rechtsstatus, der Geschichte und des gegenwärtigen Erschließungs- und Organisationsstandes Auskunft. Außerdem werden die Bestände der Archive beschrieben und die Findmittel und sonstigen Zugangsmöglichkeiten sowie die Benutzungsmöglichkeiten dargestellt. Angefügt ist jeweils eine Kurzbibliographie zur Geschichte des betreffenden Archivs sowie der Arbeiterbewegung des betreffenden Landes. Außerdem wird auf Forschungsinstitute und -organisationen hingewiesen, die auf die Geschichte der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung spezialisiert sind. – Die überwiegend von Mitarbeitern der jeweiligen Archive verfaßten Übersichten sind von unterschiedlichem Umfang und Gehalt. Sie vermitteln jedoch einen guten Überblick über den Stand des Archivwesens für den Bereich Geschichte der Arbeiterbewegung der genannten Länder und sind als erster Zugang für archivische Forschungen hervorragend geeignet.

Walter Momper

Das Schriftgut der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände. In der Überlieferung staatlicher Behörden im Bereich des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen. T. 1: **Spezialnachweis zu den Beständen Regierung Düsseldorf, Landratsamt Moers, Bergämter Dinslaken und Duisburg und Polizeibehörden im Regierungsbezirk Düsseldorf.** Verzeichnet und bearbeitet von Klaus WISOTZKY. – T. 2: **Spezialnachweis zu den Beständen Regierung Aachen, Landratsämter Düren und Monschau, Kreisausschuß Monschau, Arbeitsämter Erkelenz und Eschweiler und Oberpostdirektion Aachen.** Verzeichnet von Michael PRINZ, Konrad BUND und Klaus WISOTZKY. Bearbeitet von Klaus WISOTZKY. – T. 3: **Spezialnachweis des Schriftgutes des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei und des Höheren SS- und Polizeiführers West im Bestand Regierung Aachen.** Verzeichnet von Konrad BUND und Michael PRINZ. Bearbeitet von Klaus WISOTZKY (= Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C: Quellen und Forschungen, Bd.8, T. 1-3). – Düsseldorf: Trilsch Druck und Verlag 1981. T. 1: -2, *27, *17 und 288 S.; T. 2: 14* und 205 S.; T. 3: 2* und 282 S.

Seit 1976 werden mit Geldern der DFG Inventarisierungen des Schriftguts der NSDAP in bayerischen und nordrhein-westfälischen Archiven vorgenommen, um eine Ersatzdokumentation für die weitgehend vernichteten Registraturen einschlägiger Partei- und Verbandsdienststellen zu schaffen. Sie scheint die Voraussetzung einer auch auf Nordrhein-Westfalen konzentrierten regional- und zeitgeschichtlichen Forschung zu sein, die bisher nur durch wenige Arbeiten ausgewiesen ist. Die vernichteten Bestände lassen sich teilweise durch die Empfängerüberlieferung rekonstruieren und zusammenfügen. Die vorgelegten Bestandsverzeichnisse, so trocken sie auf den ersten Blick anmuten, belegen die Reichhaltigkeit des Materials aus Mittel- und Unterbehörden. Sie werden durch eine ausgefeilte Systematik überschaubar gemacht. Der modernen regional- und zeitgeschichtlichen Forschung wird auf diese Weise ein zuverlässiges Hilfsmittel zur Verfügung gestellt, das auch dem aktuellen Interesse an alltagsgeschichtlichen Fragestellungen weit entgegenkommt. Ein tiefgestaffeltes Register erhöht die Praktikabilität der Bde, dessen Problematik die Bearbeiter zu deutlich betonen: Selbst wenn die Tatsache der Lückenhaftigkeit nicht zu bestreiten ist, so stellt der gründliche Nachweis des Vorhandenen doch viele Bezüge her, die wegen des übergreifenden Charakters nationalsozialistischer Penetration auch für regionale Zeithistoriker anderer Räume von großer Bedeutung sind, zumal, wenn es ihnen nicht nur um die Landes-, sondern auch um die Sozialgeschichte des Nationalsozialismus an der Macht geht.

Peter Steinbach

KLESZMANN, Christoph und Falk PINGEL (Hrsg.): **Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit.** – Frankfurt/M.: Campus 1980. 307 S.

Der Sammelbd. dokumentiert eine Tagung (vgl. IWK, Jg. 14 (1978), S. 341-343), die neue Wege der modernen Widerstandsforschung markiert und sich um historische Präzisierung der Begriffe sowie um die reflektierte Ausweitung der Forschungsfelder bemüht. Neben den Referaten, die im Tagungsbericht skizziert werden, wurde ein Bericht von E. Fröhlich über "Gegenwärtige Forschungen zur Herrschafts- und Verhaltensgeschichte in der NS-Zeit" aufgenommen, der über das inzwischen in 4 Bden vorliegende bayerische Widerstandsprojekt informiert. Der Abdruck einiger Erfahrungsberichte von Widerstandskämpfern setzt den Referaten ein Gegengewicht entgegen, das die Dimension unmittelbarer Erfahrung und Betroffenheit erschließt. Der Wert derartiger Berichte wurde im Anschluß an den scharfsichtigen Beitrag des im vergangenen Jahr kurz vor dem Abschluß seiner Dissertation verstorbenen Reinhard Mann erörtert, der der euphorischen Entdeckung mündlicher Geschichte Bedenkenswertes entgegenhält. Der preiswerte Bd. dokumentiert die gesamte Tagungsdiskussion und wird auf diese Weise dem Anspruch gerecht, den gegenseitigen Beeinflussungs- und Überprüfungsprozeß zwischen Historikern und Trägern des Widerstands gegen den Nationalsozialismus nachvollziehbar zu erfassen. Der Bd. muß wegen der Erschließung neuer Fragestellungen, wichtiger, bisher weitgehend vernachlässigter Forschungsfelder und des methodischen Reflexionsniveaus als einer der wichtigsten Beiträge zur Geschichte des Widerstands bezeichnet werden, die in den vergangenen Jahren erschienen sind.

Peter Steinbach

ANNEKE, Mathilde Franziska: **Mutterland. Memoiren einer Frau aus dem badisch-pfälzischen Feldzuge 1848/49.** Mit einem Aufsatz von Anna Blos über Anneke (1928) und einem Nachwort von Helga Lennarz. – Münster: tende 1982. 143 S.

Mathilde Franziska Anneke (1817-84) gehört zu den revolutionären Frauen, die an den bewaffneten Kämpfen des Frühsommers 1849 in der Pfalz und in Baden für die Demokratie in Deutschland teilgenommen haben. Insofern ist die Jahresangabe im Titel des Neudrucks irreführend. Ihre Erinnerungen, die der Verlag wortgetreu, ergänzt um den Titel "Mutterland" – das Stichwort, mit dem Anneke ihre Darstellung beendete – vorlegt, erschienen erstmals 1853 im amerikanischen Exil, in Newark (New Jersey), im Selbstverlag. Erst 1976 wurden sie der Revolutions- und Sozialistenforschung wiedergegeben (vgl. Martin Henkel und Rolf Taubert, Das Weib im Conflict mit den sozialen Verhältnissen. Mathilde Franziska Anneke und die erste deutsche Frauenzeitung, Bochum 1976), waren inzwischen aber schon wieder vergriffen. Anneke gehörte 1847 zu einem Kölner Sozialistenkreis, aus dem dann der später 7.000 Mitglieder zählende Kölner Arbeiterverein hervorging. 1848 brachte sie die erste deutsche Frauenzeitung heraus, die leider als verloren gelten muß. Vorher redigierte sie selbständig die "Neue Kölnische Zeitung". Als die Revolution im Mai 1849 an den Scheideweg kam, entschloß sich Anneke zur Teilnahme am Aufstand für die erste demokratische Reichsverfassung. Im amerikanischen Exil entwickelte sie sich schließlich zu einer der ersten deutschen Feministinnen. – Ihre Erinnerungen an das Jahr 1849 gehören zu den besten an diesen Aufstand. Anders als die vielen kommandierenden Männer brauchte sie sich nicht zu verteidigen und andere Mitstreiter nicht als Konkurrenten zu beschuldigen. Sie schilderte frisch von der Leber weg, sprachlich abwechslungsreich, was ihr begegnet war. Das Ganze liest sich fast wie eine Novelle der Revolution. So verstehen und fühlen wir zugleich mehr von den alten Kämpfen um die Volksherrschaft. Schade, daß Anneke einen ähnlichen Wurf zu ihren Erfahrungen in der amerikanischen Frauenbewegung nicht versucht hat. Schade auch, daß Helga Lennarz in ihrem Nachwort nur einen kleinen Abschnitt zur Tätigkeit in der Frauenbewegung bringt. (Wer mehr darüber wissen will, lese Maria Wagner, Mathilde Franziska Anneke in Selbstzeugnissen und Dokumenten, Frankfurt/M. 1980).
Das schön aufgemachte Bändchen erscheint als 2. Titel einer neuen Reihe zur Frauengeschichte. Der Verlag stellt diese Reihe unter die Erklärung: "Die Herausgabe früher politischer und literarischer Texte und Selbstzeugnisse von Frauen erinnert an Befreiungsversuche, an Selbstbehauptungen und Argumentationen. Diese Reihe leistet einen Beitrag zur Aufhebung der Geschichtslosigkeit der Frau." Es bleibt zu hoffen, daß diese Reihe – begonnen mit: Helene Lange, Die Frauenbewegung in ihren modernen Problemen (1914) – noch lange würdige Fortsetzungen finden wird.

Hellmut G. Haasis

MALATESTA, Errico: **Gesammelte Schriften. 2 Bde. Theorie und Praxis des Anarchismus. Anarchismus und Kommunismus. Über die Moral der Revolutionäre. Fabrikbesetzungen und bewaffnete Aufstände. Tageskämpfe.** Hrsg. von Elke WEHR und Bernd KRAMER. – Berlin: Karin Kramer 1977 und 1980. 184 und 210 S.

Im deutschsprachigen Gebiet ist Malatesta weniger bekannt als viele andere Anarchisten. Seit 1872 in der Ersten Internationale aktiv, hatte der 1853 geborene Italiener fast so großen Einfluß auf die anarchistischen Ideen und Praxis wie z.B. Michael Bakunin oder Pëtr Kropotkin. Während seines langen Lebens schrieb er unzählige Artikel und Propagandabroschüren, die sowohl in Italien wie in seinen Exil- und Wanderländern (Argentinien, USA, England, Spanien, Frankreich, Schweiz) veröffentlicht wurden. Die vorliegende Artikelsammlung gibt ein vollständigeres Bild des Mannes und seiner Ideen als die berühmten Zwiegespräche "Unter Landarbeitern", "In Wahlzeiten" oder "Al Caffè". Die meisten Texte stammen aus den Jahren 1920-1930, einer Periode, wo die anarchistische Bewegung in Italien ziemlich wichtig war und während derer viele Periodika erschienen: die Tageszeitung Umanità Nova, die theoretische Zeitschrift Pensiero e Volontà, der Genfer Le Réveil/Il Risveglio. (Die fünf italienischen Anthologien, die ich kenne, enthalten auch fast ausschließlich Texte aus dieser Zeit.) Diese Schriften, die selten mehr als zehn Seiten umfassen, spiegeln die Ideen Malatestas gut wider. Obwohl die Insurrektion ein sehr wichtiger Bestandteil seiner Vorstellungen war, betonte er

immer, daß zuerst die Beziehungen des Menschen zu sich selbst, zu seinen Mitmenschen und zu den Dingen verändert werden sollten. – Der erste Bd. beginnt mit einer langen Darstellung von Luigi Fabbri. Historiker werden vielleicht bedauern, daß die Quellennachweise nur sehr knapp gegeben werden. Wer sich jedoch ernsthaft mit Malatesta beschäftigen will, muß sowieso Italienisch lesen.

Marianne Enckell

MÜHSAM, Erich: **Scheinwerfer oder Färbt ein weißes Blütenblatt sich schwarz.** Politische Essays, Gedichte, Briefe, Flugblätter. Beiträge von U. Linse, L. Baron, A. Souchy, G.W. Jungblut, W.U. Schütte, R. Simon Hrsg. von Fidus. – Berlin: Verlag Klaus Guhl 1978. 174 S., Abb.

Zahlreiche Verlage bemühen sich heutzutage um Erich Mühsam, verwiesen sei auf die akademischen Ausgaben bei Topos und im Verlag europäische ideen, daneben auf die Publikationen etwa bei Kramer, Ems-kopp und Klaus Guhl. Guhl hat schon ca. zwölf Bde dieses vielseitigen Autors herausgegeben. Der vorliegende "Scheinwerfer" wirft leider nicht viel Licht auf Mühsams Werk. Chronologisch geordnet werden sehr verschiedene Schriften aus den Jahren 1904-1931 präsentiert. Sie sind mit einer Reihe von Zitaten und Texten von Historikern und Ideengesellen und einer Mischung von Abbildungen, Zeichnungen von Mühsam sowie graphischen Grausamkeiten vermischt. Dem Leser wird nicht klar, wo die Texte enden und wo Werbung beginnt. Die ganze Sache sieht eher wie ein verfehltes Werbeunternehmen aus.

Marianne Enckell

DAHLEM, Franz: **Ausgewählte Reden und Aufsätze 1919-1979. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung.** Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. – Berlin: Dietz Verlag 1980. 490 S.

Die in der vorliegenden Auswahl versammelten Zeitungsartikel, Konferenzreferate und öffentlichen Reden markieren die wesentlichen Stationen im politischen Werdegang Franz Dahlems, der – erst jüngst verstorben – bereits in der Weimarer Republik zum kommunistischen Führungskorps gehörte. Die ersten zehn Beiträge aus den Jahren 1919-1921 entstammen der "Sozialistischen Republik", dem KPD-Organ Mittelrhein, dessen Chefredakteur Dahlem zeitweise war. Neben zwei Reden aus dem Preußischen Landtag, in den er 1921 gewählt wurde, folgen zahlreiche Artikel aus der kommunistischen Presse zum Thema Organisationsarbeit (1926-1928 leitete er die Organisationsabteilung des ZK der KPD) und zur Parteiarbeit in den Betrieben (1931 wurde er Reichsleiter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition). Aus der Zeit der Emigration, die er in Prag, Paris, Moskau und Spanien zubrachte, finden sich vor allem Beiträge zur angestrebten Einheitsfront mit den Sozialdemokraten. Durch Internierung und KZ 1939 bis 1945 von der Außenwelt abgeschnitten, nahm er nach der Befreiung sofort mit Überlegung zur künftigen Arbeit in Deutschland wieder das Wort. Die wesentlichen Ausführungen bis 1953 befassen sich im Rahmen seiner Funktion als Kaderleiter von KPD bzw. SED und Verantwortlicher der sogen. Westabteilung mit der 'Partei neuen Typus' sowie Aspekten des proletarischen Internationalismus. Nach vollständiger Funktionsenthebung im Mai 1953, wovon sich in den Vorbemerkungen zur Person wie gewöhnlich kein Wort findet, und Rehabilitierung 1956 folgen noch einige Beiträge aus seiner späteren Tätigkeit beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen über die Rolle von Wissenschaft und Intelligenz im Sozialismus sowie verschiedene parteihistorische Betrachtungen. Eine frühere Auswahl zu Dahlems 60. Geburtstag aus dem Jahre 1952 ("Weg und Ziel des antifaschistischen Kampfes") machte noch kenntlich, daß es sich bei verschiedenen Abdrucken um Ausschnitte handelte. Bei der vorliegenden Sammlung versichert der Herausgeber zwar, die Texte in Originalfassung wiederzugeben, doch wo momentan nicht Opportunes auftaucht, fällt es kurzerhand unter den Tisch. So fehlt z.B. der letzte Absatz eines Artikels vom 27. Juli 1945, in dem vom Aufbau "einer freien und fortschrittlichen deutschen Nation" die Rede ist. Solche Praktiken mindern natürlich den Wert der Ausgabe und lassen auch die hier erstmals abgedruckten Texte aus Beständen des Zentralen Parteiarchivs des IML als nur bedingt verwendbar erscheinen für die Forschung.

Beatrix Herlemann

NIEKISCH, Ernst: **Das Reich der niederen Dämonen.** Eine Abrechnung mit dem Nationalsozialismus. – Berlin: Ahde 1980. 316 S.

Ernst Niekisch hat seinen Platz in der deutschen Zeitgeschichte vor allem als Vertreter des Nationalbolschewismus, in der Faschismustheorie als Verfasser einer kleinen Broschüre: "Hitler – ein deutsches Verhängnis" (1932). Weniger bekannt ist das Schicksal von Niekisch nach 1933 – sein Versuch, auch weiterhin Widerstand zu leisten, zwar aus ähnlichen Prinzipien wie gegen die Weimarer Republik, nach 1933 aber gegen einen verbrecherischen Staat. Niekisch wurde im Januar 1939 vom Volksgerichtshof zu lebenslanger Haft verurteilt, vermochte aber zu überleben. Nach dem Kriege wirkte er als Hochschullehrer in Ostberlin an der Humboldt-Universität und verfaßte u.a. seine "Abrechnung" mit dem Nationalsozialismus, die 1953 in Hamburg erschien. Sie wird in den meisten Übersichtsdarstellungen zur Faschismustheorie nicht einmal erwähnt, obgleich sie wegen der Biographie des Verfassers, der Konfrontation mit der kleinen, sich durch "Scharfsinn und Fehldiagnose" (Nolte) gleichermaßen auszeichnenden Schrift von 1932 und nicht zuletzt wegen der stilistischen Brillanz zweifellos Aufmerksamkeit verdienen sollte. In weiten Zügen kommt der Arbeit die Qualität eines Augenzeugenberichts zu – mit allen Vorteilen, aber auch mit den Nachteilen einer gewissen Unzuverlässigkeit und ungebremsten Subjektivität, eines Noch-nicht-wissenkönnens (etwa im Abschnitt "Die Judenverfolgung" bzw. "Menschenvernichtung"). Unbestreitbar ist die Scharfsichtigkeit vieler Einzelanalysen, insbesondere der Kapitel, die die "Tyrannis" in ihren innenpolitisch ausgreifenden Aktivitäten schildern und an die Deutung von Fraenkel und Neumann heranreichen, stilistisch aber ungleich zündender sind. Die Darstellung mündet in eine "Gesamtansicht", die stets ihren Platz unter den "Theorien des Faschismus" behaupten dürfte. Der Nachdruck dieser längst vergriffenen Arbeit ist somit zu begrüßen. Allerdings fragt man sich, weshalb der Verlag keinen Bearbeiter finden konnte, der einleitend und kommentierend den Neudruck betreut hätte. Dieser Text ist nicht immer aus sich heraus verständlich, und auch Niekisch verdient eine Hinführung umso mehr, als er weiterhin zu den umstrittensten Nationalbolschewisten gehört und seine Widerstandshaltung heute keineswegs selbstverständlich akzeptiert wird.

Peter Steinbach

ZADEK, Walter (Hrsg.): **Sie flohen vor dem Hakenkreuz. Selbstzeugnisse der Emigranten. Ein Lesebuch für Deutsche.** Unter Mitarbeit von Christine Brinck. – Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag 1981. 248 S.

Zadek, der während der Weimarer Republik zeitweise für den "Uhu" und das "Berliner Tageblatt" als Redakteur arbeitete und nach der Machtübergabe an den deutschen Faschismus im Jahre 1933 nach Palästina fliehen mußte (S. 171), hat hier, folgt man der von Hans Albert Walter einleitend (S. 10-22) getroffenen Unterscheidung zwischen Auswanderern/Emigranten und Verbannten/Exilierten innerhalb der etwa 400.000 Köpfe starken deutschen Emigration zwischen Frühjahr 1933 und Herbst 1941 sowie dessen quer dazu verlaufender Gliederung nach Politik, Literatur, Wissenschaft und Kunst, vor allem Dokumente und Interviews zum literarischen Exil zusammengetragen. Von den über fünfzig vielfach erstveröffentlichten, oft von Z. überarbeiteten Dokumenten sind mehrere auch für die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung von unmittelbarem Interesse. Ein Brief Franz Pfemferts aus Lissabon schildert dessen Schwierigkeiten bei der Erlangung eines Visums (S. 26), Fritz Naphtali verweist in einem Schreiben auf Antisemitismus in der deutschen Sozialdemokratie und beharrt auf seinem evolutionären Konzept (S. 43-45), Z. überliefert Leiden und Tod von Karl Kautskys Witwe Luise im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau (S. 117f.), Karl O. Paetel berichtet u.a. über seine Zusammenarbeit mit Willi Münzenberg (S. 191-199) und Ernst Fischers Bruder Walter über seinen Abschied von den Internationalen Brigaden (S. 218-221). Ohne romantisierende Tendenz zeichnet Z. mit der Edition und einem eigenen Essay (S. 171-185) ein Bild verschiedener Aspekte des Exils. Kurze biographische Notizen zu den Autoren und ein ausführliches Personenregister (S. 243-248) erschließen die Dokumentation.

Hans Willi Weinzen

FÜRLE, Arnold: **Kritik der Marxschen Anthropologie. Eine Untersuchung der zentralen Theoreme** (= Die Geschichte und ihre Methoden, Quellen und Forschungen, Bd. 8), – München: Fink 1979. 168 S.

Mit "struktural-rekonstruierender Methode" (S. 8), die sich auf die aristotelische formale Logik und Nicolai Hartmanns Kategorialontologie stützt, möchte Verf. zeigen, wie Marx in seinem ganzen Werk sich immer wieder in logische Widersprüche verwickelt, wenn er als Telos seines Denkens eine Koinzidenz bzw. Identität der logisch-ontologischen Elementarrelationen von Allgemeinem und Besonderem, Wesen und Existenz, Gattung und Individuum, Wahrheit und Wirklichkeit hypostasiert. Alle darauf beruhenden anthropologischen Thesen zum "Menschen als Gesellschaftswesen" oder zum "vergesellschafteten Menschen" erscheinen unter logischen Gesichtspunkten lediglich als Sophismen. Nur unter Verzicht auf eine historisch-genetische Fragestellung, die bloß den "Blick auf die genuine Struktur eines theoretischen Modells" verstelle (S. 8), glaubt Fürle zu einem begriffsmäßig haltbaren Ergebnis gelangen zu können. Teilweise argumentiert er dabei durchaus schlüssig. Aber indem er seinem Methodenideal bewußt die "historischen Verweise" (S. 8) opfert, gehen damit zugleich für die Marxsche Anthropologie substantielle Bezüge und Perspektiven verloren. So fristen bei Fürle so zentrale Marxsche Begriffe wie "Natur", "Materie" oder "Geschichte" nur noch eine marginale Existenz. Auch die im letzten Teil unvermittelt auftretende These, wonach eine "sachgerechte Interpretation" der theoretischen Struktur der Anthropologie von Karl Marx nur "durch den Rückverweis auf die theoretischen Grundlagen, welche bei Hegel und Feuerbach liegen" (S. 112), geleistet werden kann, wirkt mehr als ein Appendix mit Alibifunktion. Denn eine zu starke Konkretisierung des historischen Kontexts des Marxschen Denkens wäre gleichbedeutend mit der Abkehr vom eigenen methodischen Ansatz gewesen. Dies wollte Verf. unter allen Umständen vermeiden. Aber, wie sich einmal mehr gezeigt hat, ein Purismus der Methode garantiert noch keine Stringenz der Kritik.

Bernd Wirkus

NOVÝ, Vilém: **Zeiten und Zeugen. Erinnerungen eines tschechischen Kommunisten.** Übersetzung aus dem Tschechischen. Mit einem Vorwort von Gerhard Lozek. – Berlin [Ost]: Dietz-Verlag 1979. 542 S.

N. wurde als Chefredakteur des zentralen Parteiorgans "Rudé právo" im Dezember 1949 verhaftet und aller Funktionen enthoben. Haft bis 1956, 1962 gerichtlich rehabilitiert. Zwischen 1963 und 1968 war er Rektor der Parteihochschule der KPTsch, ab Mitte der 60er Jahre in führenden Parteifunktionen, Parlamentarier. – In seinen Lebenserinnerungen erfährt man nichts darüber, keine Orientierungshilfe im Nachwort oder im Klappentext. Es fällt nur auf, daß die Schilderung mit dem "Februar" 1948 abrupt abbricht, der Machtübernahme durch die KPTsch. "Westemigrant" 1939-45; mit Namen wie Clementis, Katz, Slánský wird so unbefangen umgegangen – es sind Namen von Opfern des Justizterrors der 50er Jahre, N. war "Zeuge" im "Slánský-Prozeß" –, daß man den Eindruck gewinnt, als lebten ihre Träger. Spekulationen. – Selektives Erinnerungsvermögen kennzeichnet diese Erinnerungen. An vielen Stellen wurde lediglich die parteioffizielle Geschichtsversion mit persönlichen Randnotizen versehen, nicht sehr originell. Nur Kindheit, Jugend, viel weniger schon die Exiljahre, waren "privat". Hier erfährt der Leser einiges, wobei ihm gleichzeitig bewußt wird, wie stromlinienförmig der Rest ist. Wer glaubt, "zwischen den Zeilen" lesen zu können, wird enttäuscht. Als Parteijournalist beherrscht N. souverän das Metier, Versprechungen zu machen, Erwartungen zu wecken, um am Ende dem genarrten "Idealistien" selbst die Schuld zuzustecken. – Denjenigen, denen die Grundzüge der Geschichte der KPTsch bekannt sind und die Spreu vom Weizen zu trennen wissen, könnte das Buch in einigen Fällen bequeme, weil leicht zugängliche, Belege bieten. Ein fragwürdiges Unterfangen. Autobiographie als Zeugnis der "Dankbarkeit für die Gnade des Schicksals"? – das Toleranzgebot erlaubt solche und andere Spekulationen nicht. Ein Buch also, das sich gut als "Buchprämie" eignet. Für LPG-Mitglieder im Ruhestand, Arbeiterveteranen, vorlaute Jungpioniere . . . Schade. N. war nicht nur Zeuge, sondern auch Mitgestalter der Politik der KPTsch. Er wirkte in enger Berührung mit der sudetendeutschen und nach 1933 auch mit der deutschen Arbeiterbewegung. Eine verpaßte Gelegenheit.

Jan Foitzik

FISCHER, Fritz: **Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945.** – Düsseldorf: Droste Verlag 1979. 112 S.

Mit dieser erweiterten Fassung eines Vortrages, den er im Oktober 1978 auf dem 32. Deutschen Historikertag in Hamburg gehalten hat, will F. am deutschen Beispiel einen Beitrag zur historischen Darstellung des Paradigmas von Kontinuität und Diskontinuität sozialer Interessengruppen, politischer Handlungsmuster und ideologischer Rechtfertigungen liefern. Er unterscheidet dabei die Linie der jüngeren Kontinuität von 1866/1871 mit ihren strukturellen Verbindungen agrarisch-aristokratischer und industriell-großbürgerlicher Machteliten, zwecks Abwehr der Sozialdemokratie und der Demokratie schlechthin um der eigenen Positionen willen, und die ältere Linie der Kontinuität föderativer Traditionen, die erst nach 1945 wieder etwas an Gewicht gewonnen habe. F. gelingt dabei eine untermauerte, straffe Zusammenfassung seines bisherigen Interpretationskonzeptes und seine Verlängerung bis 1945. Das geschieht in Konzentration auf die Handlungsmuster des "Herrschaftskartells" bei der Umsetzung der Interessen in Politik der Systemerhaltung oder Systemrestauration: defensiv-konservative Zielsetzung nach innen, offensiv-expansive Zielsetzungen nach außen, – letztere während der Weimarer Republik hinter der vorgehaltenen Hand, während der Zeit des Dritten Reiches offen. Insgesamt liegt der Akzent auf der Beschreibung der Politik des "Bündnisses der Eliten" im Sinne politischer Geschichtsschreibung, wenn auch sozialhistorische Aspekte eingeblendet werden. Die Analyse des Bündnisses in seinen sozialstrukturellen Gegebenheiten unterbleibt zugunsten globaler Benennung. Das wird schon deutlich in der bei Historikern häufiger anzutreffenden Unschärferelation zwischen den Begriffen "Elite", "Führungsschicht", "herrschende Klasse".

Hans-Gerd Schumann

KAHL, Joachim und Erich WERNIG (Hrsg.): **Freidenker. Geschichte und Gegenwart.** (= Kleine Bibliothek, Bd. 214). – Köln: Pahl-Rugenstein 1981. 204 S.

Das von dem Vorsitzenden des Deutschen Freidenker-Verbands, Erich Wernig, und dem Marburger Publizisten Joachim Kahl herausgegebene Bändchen vereinigt eine Reihe unterschiedlicher Beiträge zur Geschichte und gegenwärtigen Lage des sozialistischen Freidenkertums. Es erscheint nach Anlage und Tendenz als ein Plädoyer für die fortdauernde Relevanz religions- und kirchenkritischer Sonderbestrebungen innerhalb der deutschen Linken, wobei freilich der DKP-nahe Standort der Verf., die hier offenkundig eine Chance für die außerparteiliche Kooperation zwischen linken Sozialdemokraten und Kommunisten erblicken, unverkennbar ist. Das wird am deutlichsten in der umfangreichen Skizze Horst-Dieter Strünings über die Geschichte des proletarischen Freidenkertums, deren Schwäche weniger in der Herleitung des theoretischen Begründungszusammenhangs – auch hier wäre einiges einzuwenden – als vielmehr in der Schilderung der organisationshistorischen Entwicklung liegt. Gerade für den Bereich der Weimarer Republik bemüht sich Strüning in einem harmonisierenden Verfahren, die von Beginn an deutlichen Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der proletarischen Freidenkerbewegung herunterzuspielen, während sich nach Auffassung des Rez. bereits durch die in der Leninschen Variante marxistischer Religionskritik a priori angelegte Instrumentalisierung eigenständiger Freidenkerverbände für die Tagespolitik der (kommunistischen) Partei eine unüberbrückbare Kluft auftat. Abgesehen von seinen problematischen Wertungen bietet das Taschenbuch nichts Neues zur Geschichte der Freidenkerbewegung; als Versuch zur Darstellung des Selbstverständnisses einer überwiegend DKP-orientierten Kulturorganisation hat die Lektüre jedoch ihren Reiz.

Jochen-Christoph Kaiser

LÄRMER, Karl (Hrsg.): **Studien zur Geschichte der Produktivkräfte. Deutschland zur Zeit der Industriellen Revolution** (= Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte,Bd. 15). – Berlin: Akademie-Verlag 1979. 401 S.

In diesem Sammelbd., Ergebnis eines interdisziplinären Forschungsprojekts, werden Studien und Vorarbeiten zu einer mehrbändigen "Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland" vorgelegt und bisher von der marxistischen Wirtschaftsgeschichte vernachlässigte Aspekte der Industrialisierung aufgearbeitet. Mit Ausnahme einer Einleitung zur Periodisierung der Indu-

striellen Revolution von Karl Lärmer und einer kürzeren Abhandlung zur Entwicklung der Produktions- und Konsumtionsmittel von Hartmut Harnisch gruppieren sich die 11 Beiträge vornehmlich um vier Arbeitsbereiche:
1. der Entwicklung der Naturwissenschaften (Hans Weißnig – Mathematik, Irene Strube – Chemie, Wolfgang Schreier – Physik);
2. der Darstellung der Agrarwissenschaften (Volker Klemm) und des Ackerbaus (Hans-Heinrich Müller – Kartoffel- und Zuckerrübenbau, Rudolf Berthold – Landmaschinen- und Düngemittelindustrie);
3. eine vergleichende Analyse der Dampfmaschinenentwicklung in Berlin, Preußen und Sachsen und
4. Untersuchungen zur Bevölkerungsentwicklung während der Industriellen Revolution (Hartmut Harnisch und Wilfried Strenz).
Bedauerlicherweise haben weder die Autoren der Einzelbeiträge noch die Verf. der Bibliographie den neuesten Stand der internationalen Forschung zur Kenntnis genommen, so daß hier nachdrücklich auf die umfangreiche Bibliographie in Karin Hausen und Reinhard Rürup, Moderne Technikgeschichte, 1975, verwiesen werden soll, die besonders zur Entwicklung der Naturwissenschaften, aber auch zu den anderen Themen herangezogen werden muß. Mit diesem Hinweis soll keinesfalls die Leistung der einzelnen, solide gearbeiteten und durchaus anregenden Beiträge geschmälert werden. In einem Bd., der ausdrücklich auf Forschungsdefizite verweist, hätte jedoch eine sorgfältigere Aufarbeitung der internationalen Forschungen erwartet werden können. Insgesamt bietet der Bd. einen wichtigen Überblick über den gegenwärtigen Diskussionsstand zur Geschichte der Industrialisierung in der DDR.

Hermann-Josef Rupieper

HÄBERLE, Eckehard: **Strukturwandel der Unternehmung. Untersuchungen zur Produktionsform der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland von 1870-1914** (= Frankfurter Abhandlungen zu den gesamten Staatswissenschaften, Bd. 1). – Frankfurt/M.: Haag + Herchen 1979. X, 456 S.

Mit dieser Studie, die an der Universität Heidelberg als politikwissenschaftliche Habilitationsschrift abgelehnt wurde, versucht der Verf., Herrschaftsbeziehungen im Industriebetrieb und die Legitimation industrieller Herrschaft zu analysieren. Die Arbeit ist in vier Kapitel unterteilt. Zunächst werden anhand der Theorien von Smith, Ricardo, Marx und neueren angelsächsischen, behavioristischen Ansätzen Theorien der Unternehmung kritisch dargestellt. Im zweiten Kapitel stellt H. sein eigenes, strukturfunktionales Modell einer industriekapitalistischen Unternehmung vor. Schließlich werden in den weiteren Kapiteln die Eigentumsformen der Unternehmen und Probleme der "weisungshierarchischen Grundstrukturen der Betriebe" anhand der Sekundärliteratur analysiert. Insgesamt handelt es sich bei dieser Arbeit um eine kritische Literaturdiskussion, die weder für den Sozialhistoriker noch für den Historiker der Arbeiterbewegung von Interesse ist.

Hermann-Josef Rupieper

MITTEILUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION

Erklärung

Wir, Historiker, Soziologen und Politologen, verwahren uns entschieden gegen eine Kampagne in deutschen Medien (SPIEGEL Nr. 3 vom 18.1.1982, RIAS-Sendung vom 11.2.1982, WELT Nr. 75 vom 30.3.1982), die das angesehene Amsterdamer Internationale Institut für Sozialgeschichte der Kgl. Niederländischen Akademie der Wissenschaften als "östliche Dependance" diffamieren soll. Die Behauptung, daß das IISG, das unter seinen reichen Archivbeständen den größten Teil des handschriftlichen Nachlasses von Marx und Engels aufbewahrt, im Interesse der Institute für Marxismus-Leninismus in Moskau und Berlin "jeden Ansatz zu einer eigenständigen Marx-Forschung in West-Europa" unterdrücke, ist absurd. Von "Hausverbot für freie Forschung" kann keine Rede sein. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß das IISG seine Archivbestände jedem Interessierten unterschiedslos für Zwecke freier Forschung zur Verfügung stellt. Angesichts der Vielfalt der von ihm von 1936 bis heute herausgegebenen Publikationen kann die Behauptung, daß das IISG "sowjetmarxistisch orientiert" sei, nur als böswillige Verleumdung bezeichnet werden. Daß das IISG ausgerechnet von deutscher Seite derart diffamiert wird, bedauern wir um so mehr, als es sich gerade um die Rettung und Erschließung deutschen Archivguts besonders verdient gemacht hat.

Unterzeichner der Erklärung

Prof. Dr. Siegfried Bachmann (Braunschweig)
Prof. Dr. Siegfried Bahne (Bochum)
Dr. Jörg Calließ (Ev. Akademie Loccum)
Prof. Dr. Werner Conze (Heidelberg)
Dr. Alfred Eberlein (Bochum)
Prof. Dr. Erhard Forndran (Braunschweig)
Dr. Peter Friedemann (Bochum)
Prof. Dr. Imanuel Geiss (Bremen)
Prof. Dr. Dietrich Geyer (Tübingen)
Prof. Dr. Heinz Gollwitzer (Münster)
Prof. Dr. Helga Grebing (Göttingen)
Prof. Dr. Werner Hahlweg (Münster)
Prof. Dr. Hans-Peter Harstick (Braunschweig)
Prof. Dr. Dieter Hertz-Eichenrode (Berlin)
Prof. Dr. Arno Herzig (Hamburg)
Prof. Dr. Helmut Hirsch (Duisburg)
Prof. Dr. Jürgen Kocka (Bielefeld)
Prof. Dr. Eberhard Kolb (Köln)
Prof. Dr. Kurt Koszyk (Dortmund)
Prof. Dr. Georg Kotowski (Berlin)
Prof. Dr. Horst Lademacher (Kassel)
Prof. Dr. Dieter Langewiesche (Hamburg)
Prof. Dr. Werner Link (Trier)
Prof. Dr. Peter Lösche (Göttingen)
Prof. Dr. Klaus Lompe (Braunschweig)
Prof. Dr. Erhard Lucas (Oldenburg)
Prof. Dr. Erich Matthias (Mannheim)
Dr. Susanne Miller (Bonn)
Prof. Dr. Hans Mommsen (Bochum)
Prof. Dr. Wolfgang J. Mommsen (Dt. Histor. Institut London)
Prof. Dr. Erwin Oberländer (Münster)
Prof. Dr. Manfred Overesch (Hildesheim)
Hans Pelger (Karl-Marx-Haus Trier)
Prof. Dr. Dietmar Petzina (Bochum)
Prof. Dr. Werner Pöls (Braunschweig)
Priv.-Doz. Dr. Klaus-Erich Pollmann (Braunschweig)
Prof. Dr. Hans-Jürgen Puhle (Bielefeld)
Priv.-Doz. Dr. Jürgen Reulecke (Bochum)
Prof. Dr. Gerhard A. Ritter (München)
Prof. Dr. Reinhard Rürup (Berlin)
Prof. Dr. Bernhard Schäfers (Göttingen)
Prof. Dr. Wolfgang Schieder (Trier)
Prof. Dr. Hans-Christoph Schröder (Darmstadt)
Dr. Dieter Schuster (Düsseldorf)
Dr. Henryk Skrzypczak (Berlin)
Prof. Dr. Hartmut Soell (Heidelberg)
Prof. Dr. Hans-Josef Steinberg (Bremen)
Prof. Dr. Georg W. Strobel (Darmstadt)
Prof. Dr. Arnold Sywottek (Hamburg)
Dr. Dr. h.c. Wolfgang Treue (Bonn)
Prof. Dr. Hermann Weber (Mannheim)
Prof. Dr. Hans-Ulrich Wehler (Bielefeld)
Prof. Dr. Heinrich-August Winkler (Freiburg)
Prof. Dr. Gilbert Ziebura (Braunschweig)

Die verfassungspolitische Diskussion in der Weimarer Republik und ihre Rezeption in der neueren italienischen Diskussion. Bericht über einen Workshop im Seminar für Wissenschaft von der Politik der Technischen Universität Hannover (5.12.1981)

Seit einigen Jahren läßt sich wieder innerhab der italienischen historischen und sozialwissenschaftlichen Diskussion ein besonderes Interesse an der Entstehung, dem Verlauf und der Zerstörung der Weimarer Republik, aber auch der Österreichischen Republik, feststellen. In diesem Zusammenhang geht es u.a. schwerpunktmäßig um Theorie- und Politikformen und -konzeptionen der jeweiligen Arbeiterbewegungen, hierbei vor allem, wie die Studie von Gian Rusconi über Weimar und die mit einer ausführlichen Einführung versehene Materialiensammlung von Giacomo Marramao über den Austromarxismus belegen, um ihre sozialdemokratische Ausprägung. Verstärkt hinzu kommen vergleichende Betrachtungen zwischen Weimar bzw. Österreich und dem heutigen Italien, wie sie z.B. von dem Historiker Enzo Collotti formuliert wurden.
Im Mittelpunkt des Workshops (Teilnehmer: Bernhard BLANKE; Michael BUCKMILLER; Jürgen HOFFMANN; Klaus MESCHKAT; Joachim PERELS; Gert SCHÄFER; Axel SCHULTE (alle Hannover); Wolfgang LUTHARDT; Ullrich JÜRGENS (Berlin)) stand ein Referat von Angelo BOLAFFI (Rom). Der Referent, ausgewiesen durch eine demnächst erscheinende Aufsatzsammlung des bedeutenden sozialdemokratischen Verfassungsanalytikers Otto Kirchheimer [Costitutione senza sovrano. Da Weimar an Fascismo. Scritti politici di Otto Kirchheimer, 1928-1933, D. Donato, Bari 1982 (= Verfassung ohne Souverän. Von Weimar zum Faschismus. Politische Schriften 1928-1933)] thematisierte zu Beginn seines Referats folgendes Problem: Warum findet gerade heute wieder innerhalb der italienischen "Linken" eine ausführlichere, unter vergleichenden Gesichtspunkten zu betrachtende Diskussion über Unterschiede bzw. eventuelle strukturelle Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die politische, rechtliche und soziale Struktur statt? Eine ansatzweise Erklärung sah der Referent in der unterschiedlichen Deutung und Rezeption in der italienischen Diskussion. Seiner Auffassung nach war die kritische Auseinandersetzung mit der Weimarer Arbeiterbewegung u.a. durch Gegenüberstellungen wie Verselbständigung der Führung von der Basis und deren Kritik daran geprägt, während aus konservativer Sicht Weimar als zu liberal, zu schwächlich in seinen machtpolitischen Entscheidungen gegenüber den Gegnern gedeutet wurde. Im Unterschied hierzu sei die neuere Diskussion seit etwa Mitte der siebziger Jahre durch ein aktuell-politisches Problem, d.h. die tatsächlichen Schwierigkeiten der "Linken", besonders der KPI, gekennzeichnet.
In einem gewissen Gegensatz zur Weimarer Verfassung sei die italienische Verfassung von 1946 als eine Verfassung "mit Entscheidung" zu verstehen. Dieser Sachverhalt komme erstens in einem "antifaschistischen Konsens", zweitens in einem Kompromiß der Klassen zum Tragen, die beide zusammen die "politische Identität" der italienischen Republik ausfüllten. Trotz nicht zu übersehender, qualitativer Unterschiede hielten die "Massen-Volksparteien" DC, PSI und KPI nach wie vor an dieser inhaltlich doppelt bestimmten "politischen Identität" fest. Weitere Differenzen sah der Referent im Verfassungsgefüge selbst angelegt. Während in der Weimarer Verfassung der Reichspräsident als "Hüter der Verfassung" eine enorme Machtfülle innehatte und zudem mittels Art. 48 weittragende Veränderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit über die Verhängung des Ausnahmezustandes theoretisch und praktisch-politisch umgesetzt werden konnten, seien im italienischen Verfassungsgefüge die Massen-Volksparteien als "Hüter der Verfassung" zu qualifizieren. Hinzu komme ferner die weitere Unterscheidung, daß die Weimarer Sozialdemokratie die Verfassung als eine Art Zwischenstufe betrachtet habe, während die KPI die heutige italienische Verfassung als die

rechtliche und politische Form ansehe, auf deren Boden und in deren Rahmen gesellschaftliche Veränderung ablaufen könne.
Unterschiede sah der Referent auch in der Einschätzung von Gewerkschaften und Justiz. Die Weimarer freien Gewerkschaften waren für ihn wesentlich durch Begriffe wie "Verrechtlichung" und "Institutionalisierung" – Wirtschaftsdemokratiekonzeption – zu kennzeichnen, die italienischen Gewerkschaften heute seien hingegen zwar einerseits staatstragend im Sinne des Staates als einer "Kulturform", andererseits jedoch in ihren Handlungen autonom und spielten dadurch eine beträchtliche politische Rolle. Hinsichtlich der Justiz vertrat der Referent die Auffassung, daß die Weimarer Justiz im Sinne Fraenkels als "Klassenjustiz" zu werten sei, während innerhalb der italienischen Justiz gerade durch den soziologischen Umstand "progressiver" Richter und eine tendenziell freie Interpretation des Rechts bedingt, die Durchsetzung von politischen und sozialen Reformen mit ermöglicht worden sei. – In der nur stichpunktartig thematisierten Diskussion ging es wesentlich um Vertiefungsfragen. So wurde u.a. bemerkt, daß die heutige italienische Diskussion zum Gegenstand ein primär aktuell-politisches Interesse verdeutliche, während demgegenüber die deutsche von stärker historisch-immanenten Gesichtspunkten geprägt sei.

Wolfgang Luthardt

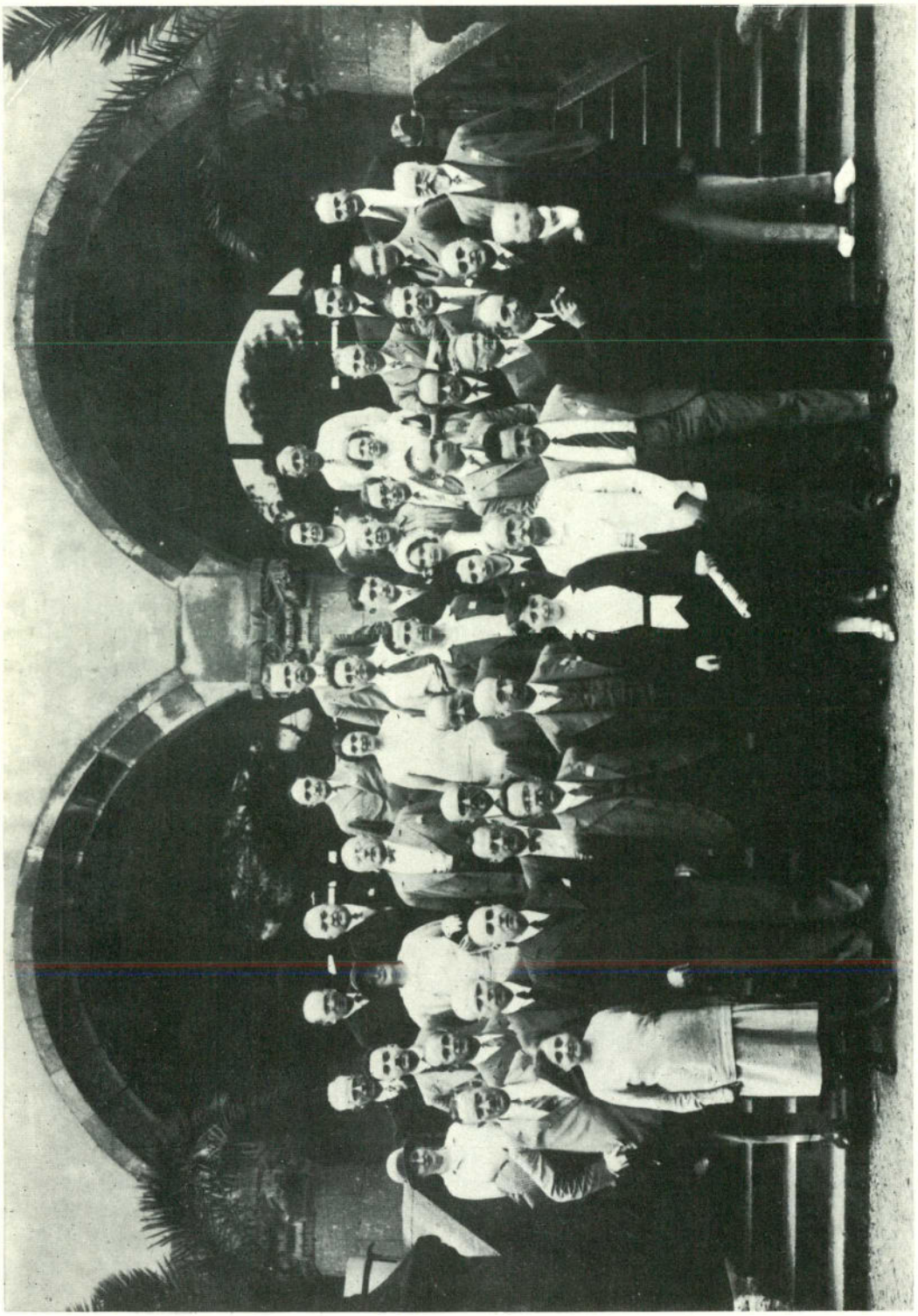
"Verschüttete Alternativen in der Gesundheitspolitik": Bilanz einer Zerstörung

Sozialpolitisch und sozialdemokratisch engagierte Ärzte gründeten 1913 in Berlin unter Führung von Ignaz Zadek, sen. – "ein Vorbild in dem Bestreben,sozialistische und demokratische Gesinnung mit fachlicher Tüchtigkeit und ärztlicher Gewissenhaftigkeit zu verbinden" (A. Grotjahn) –, Karl Kollwitz, dem Ehemann der Graphikerin Käte Kollwitz, und Ernst Simmel, dem später sehr bekannten Psychoanalytiker, den "Sozialdemokratischen Ärzteverein". In ihm vereinigten sich Ärzte, von denen manche schon zu Zeiten des Sozialistengesetzes zur Sozialdemokratie gestanden und die Arbeiter in ihrem Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse mit fachlichem Rat und politischem Engagement unterstützt hatten. Mühsam haben sie um die praktische Verwirklichung sozialhygienischer Forderungen und um die Vermittlung im wirtschaftlichen Kampf zwischen Krankenkassen und Ärzten im Interesse der erkrankten Arbeiter gefochten.
Die politischen Richtungskämpfe zwischen den Arbeiterorganisationen der Weimarer Republik bleiben auch im Sozialdemokratischen Ärzteverein nicht ohne Resonanz. Er faßt sich ab 1924 – neben dem neu geschaffenen und sich getrennt entwickelnden "Verein sozialistischer Ärzte" (VsÄ) – allein als Arbeitsgemeinschaft der in der Sozialdemokratischen Partei organisierten Ärzte (AsÄ) auf, allerdings immer noch in engem Kontakt mit der größeren wie breiteren sozialistischen Ärztebewegung im VsÄ. Die AsÄ konzentriert sich nunmehr auf die Ausgestaltung der kommunalen Gesundheitspolitik und der Gewerbehygiene und versucht so, die gesundheitspolitischen Forderungen der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften voranzutreiben und zu verwirklichen. Erfolge, vor allem in Berlin, bleiben dabei ebensowenig aus wie Angriffe von reinen Standes- und Wirtschaftsorganisationen der Ärzte und zunehmend auch von den Parteien der Rechten. In Fragen der integrierten gewerkschaftlichen Organisierung der Ärzte als Teil aller Gesundheitsarbeiter in der "Reichssektion Gesundheitswesen", die vor allem von Paul Levy (geb. am 9.11.1886 in Hamburg; weitere biographische Angaben, vor allem für die Zeit nach 1933 fehlen) vorangetrieben wurde, war die AsÄ gespalten.

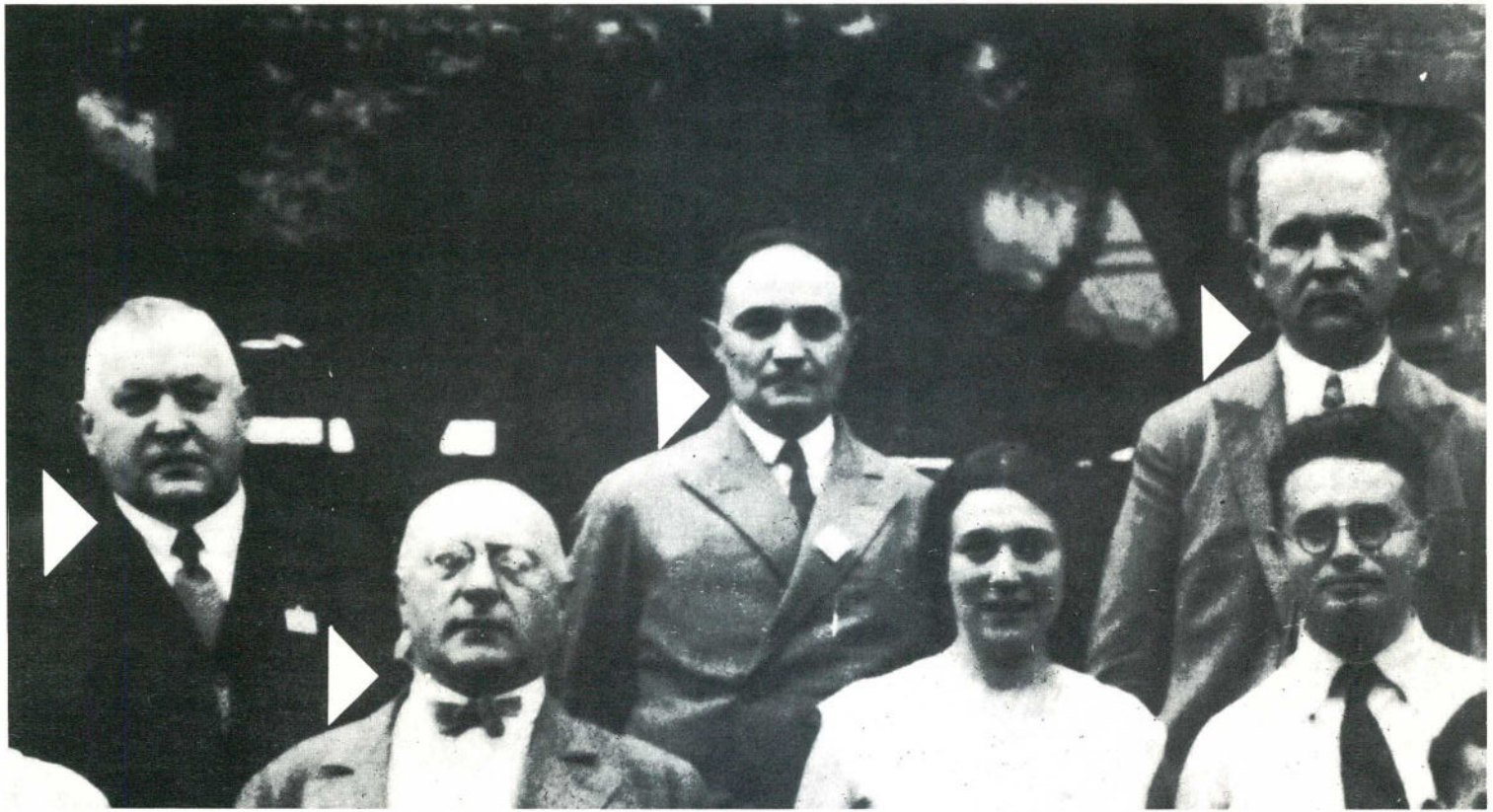
Ebenso wie die Gesamtpartei wurde auch die AsÄ nach der faschistischen Machtergreifung 1933 verboten und aufgelöst. Von Staat, NSDAP und den gleichgeschalteten Ärzteverbänden im "Dritten Reich" als "Staatsfeinde" gebrandmarkt, verfolgt und teilweise mit Entzug der Zulassung und Berufsverbot bestraft,[1] gelang es einer Reihe von ehemaligen AsÄ-Mitgliedern zu emigrieren, andere wurden deportiert, kamen in Konzentrationslagern um oder wurden ermordet. Nach 1945 kehrten von den ehemaligen AsÄ-Mitgliedern nur drei aus der Emigration nach Deutschland zurück.
Eine umfassende, aktive, präventive und arbeitsweltbezogene Gesundheitspolitik setzt gerade heute ein breites sozialpolitisches Engagement im gesamten Gesundheitssektor voraus. Diesen Anforderungen stehen – im Vergleich zur Weimarer Zeit – eher geringere, organisatorisch weniger gestützte Innovationspotentiale gegenüber. Ist das nur Zufall oder die Konsequenz "objektiver" Daten in der Gesundheitsversorgung – oder nicht vielmehr eine Folge der historischen Entwicklung seit 1933? Diese Fragen werden im Rahmen des Forschungsschwerpunkts Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik der Universität Bremen (Stephan Leibfried) und des Fachbereichs Sozialwesen der Gesamthochschule Kassel (Florian Tennstedt) untersucht. Es geht dabei um die Rekonstruktion sozialdemokratischer und sozialistischer Alternativen und Modelle der Gesundheits- und Sozialpolitik im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, der sie tragenden Organisationen und der Biographien ihrer Mitarbeiter, ebenso wie um die Zerstörung dieser Einrichtungen, die Zerschlagung der Organisationen und die politische Verfolgung der in diesem Sektor tätigen Sozialisten durch die Nationalsozialisten nach 1933.

In diesem Zusammenhang richten wir an die Leser der IWK die Bitte, einige, uns bisher nicht bekannte Teilnehmer des Sozialdemokratischen Ärztetages in Leipzig vom 31. Mai 1931 (vgl. Gruppenphoto) zu identifizieren, und uns nach Möglichkeit entsprechende biographische Daten und Hinweise auf evtl. noch vorhandene Nachlässe und andere Materialien zu übermitteln. Auf den folgenden Ausschnittvergrößerungen (vgl. S.288, S.289 und S.290) sind die uns Unbekannten gekennzeichnet.
Das Gruppenphoto stammt aus der Sammlung Mathilde Eliassow, Rudolf Goldstein, Israel. Für Hinweise sind wir dankbar: Bruno Cohn, Israel; Florence Haase Lange und Gerhard Haase, USA; Georg Löwenstein, USA; Kurt Nemitz, Deutschland und vielen anderen. Vornehmlich sind wir allerdings Rudolf Goldstein zu Dank verpflichtet: "Wegen der politischen Natur des Bildes [hatte ich] alle Beschriftungen entfernt, um Schwierigkeiten bei der Ausreise [1934] zu vermeiden". Erst nach der geglückten Emigration konnte R. Goldstein die Namen wieder eintragen, dabei sind einige Namen vergessen worden und in Einzelfällen ist

1 Vgl. Stephan Leibfried und Florian Tennstedt, Berufsverbote und Sozialpolitik 1933. Die Auswirkungen der nationalsozialistischen Machtergreifung auf die Krankenkassenverwaltung und die Kassenärzte. Materialien zu Angriff und Selbsthilfe. Erinnerungen (= Arbeitspapiere des Forschungsschwerpunktes Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik der Universität Bremen, Nr. 2), Bremen 1980.
Käte Frankenthal, Der dreifache Fluch: Jüdin, Intellektuelle, Sozialistin. Lebenserinnerungen einer Ärztin in Deutschland und im Exil. Hrsg. von Kathleen M. Pearle und Stephan Leibfried, Frankfurt/M. 1981.
Eckhard Hansen, Michael Heisig, Stephan Leibfried und Florian Tennstedt, in Zusammenarbeit mit Paul Klein, Lothar Machtan, Dietrich Milles und Rainer Müller, Seit über einem Jahrhundert . . . Verschüttete Alternativen in der Sozialpolitik. Sozialer Fortschritt, organisierte Dienstleistermacht und nationalsozialistische Machtergreifung: Der Fall der Ambulatorien in den Unterweserstädten und in Berlin. 100 Jahre kaiserliche Botschaft zur Sozialversicherung. Eine Festschrift. Mit einem Vorwort von Heinz Oskar Vetter und Gerd Muhr (= WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung), Köln 1981.



Die Teilnehmer des sozialdemokratischen Ärztetages in Leipzig am 31. Mai 1931



Ausschnitt 1. Die bisher nicht identifizierten Teilnehmer des Ärztetages sind mit einem Pfeil gekennzeichnet



Ausschnitt 2



Ausschnitt 3

eine Unsicherheit in der Zuordnung entstanden. Die handschriftliche Herkunftsnotiz befindet sich auf der Rückseite des zunächst bei Frau Eliassow gefundenen Bildes und stammt von Walter Eliassow.

Wir schulden ferner einer Vielzahl von Personen und Institutionen Dank für ihre Hilfe bei dem Versuch, die Schicksale der Teilnehmer an diesem ersten und letzten sozialdemokratischen Ärztetag der Weimarer Zeit aufzuhellen.[2] Ohne sie wäre jeder Versuch, die Geschichte der Zerstörung sozialpolitischer Handlungsspielräume in der Gesundheitspolitik nachzuzeichnen, gänzlich unmöglich gewesen. Es handelt sich dabei um eine Geschichte, deren recht deutliche Spuren sich noch in der heutigen Gesundheitspolitik, ihrer Privatisierung und Immobilität, ihrem Mangel an einem Innovationspotential auf historischer Grundlage, ausmachen lassen.

Stephan Leibfried

2 Biographische Daten zu den bisher ermittelten Teilnehmern des Leipziger Ärztetages und eine Darstellung ihrer gesundheitspolitischen Praxis im Kontext der Weimarer Republik in: Eckard Hansen et.al., a.a.O., S.127ff.
Weitere Hinweise erbittet:
Prof. Dr. Stephan Leibfried
Universität Bremen
Postfach 330 440
D 2800 Bremen 33

CIRA-Bibliothek in Genf wiedereröffnet

Die Bibliothek des Internationalen Zentrums für Anarchismusforschung (CIRA) in Genf ist nach zweijähriger Schließung wegen Reorganisation und Verbesserung des Katalogssystems wiedereröffnet worden. Die Öffnungszeiten: Dienstag und Freitag von 17.00 bis 20.00 Uhr, sowie nach Vereinbarung.

Die CIRA-Bibliothek verfügt über einen Bestand von 15 000 Büchern und Broschüren in 27 Sprachen, sowie eine große Anzahl anarchistischer Zeitschriften. Bücher können per Post ausgeliehen werden. Das CIRA kann jede Art bibliographischer Anfragen beantworten. –

Die Bibliothek wird durch Lesergebühren (Jahresbeitrag 25 Schweizer Franken, die auf das Genfer Postscheckkonto 12-17750 einzuzahlen sind) und einige Spenden finanziert. Die Verwaltung liegt in den Händen eines in Genf ansässigen Komitees. Die Bücher und Zeitschriften kommen zum Großteil aus Spenden oder Nachlässen.

Das CIRA ist Mitglied der "Fédération internationale des centres d'études et de documentation libertaire" (FICEDL) und der "International Association of Labour History Institutions" (IALHI).

Adresse:
CIRA
Rue des Cèdres 14
Postfach 51
CH-1211 Genf 13, Schweiz

Leipziger Volkszeitung von 1894 bis 1933 auf Mikrofilm in der Bundesrepublik vollständig vorhanden

Es soll an dieser Stelle nicht über die umfangreichen Erwerbungsaktivitäten des Archivs der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung) berichtet werden. Über das Wachstum der Bestände, die umfangreichen Katalogisierungs- und Verzeichnisarbeiten informiert der jeweilige Jahresbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung; Kurzfassungen werden von Zeit zu Zeit in der IWK veröffentlicht (vgl. IWK, Jg. 11 (1975), H.4, S.482-486; Jg. 15 (1979), H.2, S.371; Jg. 17 (1981, H.1, S.134f.). Gleichwohl soll hier auf eine kleine Erwerbung hingewiesen werden, die für die Erforschung der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik von zentraler Bedeutung ist. Bislang klaffte in dem von kommerzieller Seite vertriebenen Mikrofilm der "Leipziger Volkszeitung" eine Lücke von März 1927 bis Januar 1932. Studenten und Wissenschaftler, die das zentrale Organ des linken Parteiflügels der SPD einsehen wollten, waren zu aufwendigen Reisen nach Dresden und Leipzig gezwungen. Als nach längeren Recherchen bekannt wurde, daß im Center for Research Libraries in Chicago ein Original der LV für die Zeit 1927-31 lagert, unternahm die Bibliothek des AdsD Anstrengungen, um einen Mikrofilm zu erwerben. Die Erwerbung konnte im Januar 1982 realisiert werden. Einsichtnahme ist im Lesesaal der Bibliothek möglich: Bibliothek des Archivs der sozialen Demokratie (Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung), Godesberger Allee 149, D 5300 Bonn 2.

Rüdiger Zimmermann

IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Anschrift: Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, Kirchweg 33, D–1000 Berlin 38, Telefon 030 / 803 10 61

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Die IWK versucht, systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In der Rubrik „Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete" werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht, sofern diese Arbeiten noch nicht publiziert worden sind. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter einschlägiger Projekte – die in Frage kommenden Themenbereiche sind nachstehend erläutert – um Ergänzung und Rücksendung des Fragebogens, der vorstehend abgedruckt ist. Auf Wunsch werden Ihnen weitere Fragebogen übersandt. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter – unter Angabe von deren Anschrift – ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur nach Vorlage des Fragebogens bei dem Bearbeiter erfolgt.

Die Kriterien für die Aufnahme in das Titelverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationale und Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmen- und Wirtschaftsgeschichte befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.

Die uns in dem ausgefüllten Fragebogen übermittelten Daten werden in der IWK veröffentlicht, um anderen Wissenschaftlern eine erste Information über das Projekt zu vermitteln und eine direkte und schnelle Kontaktaufnahme mit dem Bearbeiter zu ermöglichen. Die Speicherung erfolgt in Form einer Projektkartei. Die Ergebnisse der Erhebung werden außerdem an das Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn-Bad Godesberg, zur Speicherung und Auswertung für dessen wissenschaftliche Zwecke und gegebenenfalls zur Aufnahme des Projekts in das jedes Jahr vom Informationszentrum publizierte Verzeichnis der „Forschungsarbeiten in den Sozialwissenschaften" weitergegeben. Deshalb bittet die Redaktion darum, ihr die Zustimmung zur Speicherung, Weitergabe und Veröffentlichung der in dem Fragebogen enthaltenen Angaben zu wissenschaftlichen Zwecken auf dem Fragebogen zu erteilen.

Wenn Sie schon einmal ein Projekt gemeldet haben oder jetzt erst melden, so beachten Sie bitte auch, daß die IWK-Redaktion in einem Anhang über den Fortgang der gemeldeten Forschungs- und Publikationsvorhaben laufend berichtet, um das Projektverzeichnis auf dem neuesten Stand zu halten. Lassen Sie uns deshalb bitte auch Mitteilungen über den Stand von bereits angezeigten Projekten auf dem dafür vorgesehenen – und zusätzlich abgedruckten – Fragebogen zukommen. Insbesondere wenn Arbeiten abgeschlossen, publiziert, Titel oder Gegenstand geändert oder aufgegeben wurden, bittet die Redaktion um Nachricht und wird diese Angaben publizieren. Nur so kann vermieden werden, daß das Verzeichnis der Forschungs- und Publikationsvorhaben in der IWK zu einem sogenannten Projektfriedhof ohne tatsächlichen Wert als Hilfsmittel für die Forschung wird.

Wir danken für freundliche Beachtung und Unterstützung.

IWK-Redaktion

IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Anschrift: Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, Kirchweg 33, D–1000 Berlin 38, Telefon 030 / 803 10 61

MITTEILUNG ÜBER DEN STAND EINES BEREITS ANGEZEIGTEN PROJEKTS

Zutreffendes bitte ergänzen, ankreuzen bzw. unterstreichen

Titelverzeichnis Nr. .....

.....
(Name, Vorname des Verfassers, Bearbeiters, Herausgebers)

.....
(Titel, wie angezeigt)

.....

.....

Die Arbeit wurde unter dem Titel .....

.....

☐ abgeschlossen

☐ als Examensarbeit/Diss./Habilitationsschrift im Jahre ..... von der Universität/ Hochschule .....

..... angenommen

☐ ist/wird voraussichtlich unter dem Titel .....

.....

im Jahre ..... im Verlag/in der Zeitschrift/im Rahmen des Werkes .....

.....

erschienen/erscheinen

☐ Die Bearbeitung dauert an, Abschluß voraussichtlich .....

☐ Das Thema wurde wie folgt geändert .....

.....

☐ Die Bearbeitung wurde eingestellt

Sonstiges: .....

.....

Anschrift des Bearbeiters: .....

Mit der Speicherung, Weitergabe und Veröffentlichung der in dem Fragebogen enthaltenen Angaben für wissenschaftliche Zwecke bin ich einverstanden.

....
(Ort/Datum) (Unterschrift)

IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Anschrift: Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, Kirchweg 33, D–1000 Berlin 38, Telefon 030 / 803 10 61

MITTEILUNG ÜBER EIN PROJEKT

1. **Institution(en),** in deren Rahmen die Forschungsarbeit durchgeführt wird (z.B. Institut, Referat, Fachbereich, Lehrstuhl)*
   Bezeichnung/Name, Anschrift:

* Bei Forschungsarbeiten ohne Verbindung mit einer Institution Name des durchführenden Forschers. Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades außerdem Bezeichnung der Institution des Betreuers.

2.1 **Bearbeiter,** Vor- und Zuname, Anschrift (Leiter bitte unterstreichen):

2.2 Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades: Vor- und Zuname des Betreuers (Doktorvater o.ä.):

4. **Stand** der Forschungsarbeit

   laufend ..... ☐ geplant ..... ☐ sonstiges .....

5. **Laufzeit** von ..... (Monat/Jahr) bis ..... (Monat/Jahr) ungefährer Zeitpunkt der schriftlichen Fixierung des Ergebnisses

6. **Art** (Mehrfachankreuzen möglich):

Auftragsforschung ..... ☐	Gutachten..... ☐	Edition ..... ☐
geförderte Forschung.... ☐	Habilitationsschrift.. ☐	Monographie..... ☐
Eigenprojekt von **1.** ..... ☐	Dissertation..... ☐	Aufsatz..... ☐
Eigenprojekt von **2.1** ..... ☐	Diplomarbeit ..... ☐	sonstiges.....
Staatsexamensarbeit ☐	Magisterarbeit ..... ☐	.....

7. Hat die Forschungsarbeit einen **Auftraggeber?** ja ☐ nein ☐
   Wenn ja, bitte genaue Bezeichnung und Anschrift angeben:

8. Wer trägt die **Kosten** der Forschungsarbeit? (Mehrfachankreuzen möglich)

Die in Frage **1** genannte Institution ..... ☐	andere Geldgeber .. ☐	..... Bitte Bezeichnung und Anschrift
Bearbeiter ..... ☐		
Auftraggeber ..... ☐		.....
Deutsche Forschungsgemeinschaft ..... ☐	Stipendium ..... ☐	..... Bezeichnung und ggf. Anschrift
bzw. Sonderforschungsbereich der DFG .... ☐		
Stiftung Volkswagenwerk ..... ☐		

9. (Arbeits-) **Titel** der Forschungsarbeit (ggf. Untertitel):

10.1 ggf. **Zeitraum** (z.B. 1933 bis 1945), auf den sich die Forschungsarbeit bezieht:

10.2 ggf. **Geographischer Raum** (z.B. Köln, Bayern, Österreich), auf den sich die Forschungsarbeit bezieht:

11.1 **Inhaltliche Ziele** (spezielle Fragestellungen, Hypothesen, Zwischenergebnisse):

11.2 **Schlagwörter** zum Inhalt als Suchbegriffe für Register:

12. Liegen aktuelle (Teil-) **Veröffentlichungen** der Arbeit vor (z.B. Buch, Aufsatz) oder sind sie geplant?
Wenn ja, bitte bibliographische Angaben (Verfasser, Titel, Ort, Verlag, Jahr):

13. Liegen nichtveröffentlichte (Zwischen-) **Berichte,** Manuskripte, Arbeitspapiere vor? ja ☐ nein ☐
Wenn ja, bitte bibliographische Angaben (Verfasser, Titel, Jahr):

14. **Methodische Anlage** (Vorgehensweise, Untersuchungsart, theoretischer Ansatz, Befragung, Quellenbasis: Archive, Archivalien, amtliche Statistik, Zeitungen):

Mit der Speicherung, Weitergabe und Veröffentlichung der in dem Fragebogen enthaltenen Angaben für wissenschaftliche Zwecke bin ich einverstanden.

....

(Ort, Datum) (Unterschrift)

HISTORISCHE KOMMISSION ZU BERLIN

Beihefte zur Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK).

Herausgegeben von Henryk Skrzypczak

BEIHEFT 1

Hedwig Wachenheim

Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie

Memoiren einer Reformistin
Für den Druck bearbeitet von Susanne Miller
XI, 155 Seiten Snolinbroschur

BEIHEFT 2

Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Vom »Bund der Gerechten« zum »Bund der Kommunisten« 1836—1847.
Ein Tagungsbericht. Bearbeitet und herausgegeben von Otto Büsch und Hans Herzfeld in Verbindung mit Stefi Jersch-Wenzel, Monika Wölk, Wolfgang Wölk
XVI, 208 Seiten Snolinbroschur

BEIHEFT 3

Dirk H. Müller

Idealismus und Revolution

Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand 1890 bis 1894
VIII, 186 Seiten Snolinbroschur

BEIHEFT 4

Shlomo Na'aman

Von der Arbeiterbewegung zur Arbeiterpartei

Der Fünfte Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg im Jahre 1868. Eine Dokumentation
XI, 186 Seiten Snolinbroschur

BEIHEFT 5

Arno Herzig

Der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein in der deutschen Sozialdemokratie

Dargestellt an der Biographie des Funktionärs Carl Wilhelm Tölcke (1817—1893)
XIII, 417 Seiten Snolinbroschur

COLLOQUIUM VERLAG BERLIN

DIETER EMIG
UND
RÜDIGER ZIMMERMANN

Arbeiterbewegung in Deutschland

EIN DISSERTATIONSVERZEICHNIS

Bisher hat noch kein Verzeichnis der Dissertationen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vorgelegen. Um die auf diesem Gebiet vorhandenen – und weitgehend unbekannten – Arbeiten allen Interessenten zur Kenntnis zu bringen, erstellten Dieter Emig und Rüdiger Zimmermann ein solches Nachschlagewerk. Damit sind die bisher bibliographisch schwer zugänglichen und meist ungedruckten Dissertationen erstmals systematisch dokumentiert. Die nach Epochen in sechs Abschnitte und in mehr als 100 Sachgruppen untergliederte Bibliographie verzeichnet über 2.000 in- und ausländische Dissertationen und gibt darüber hinaus deren Fundorte an. Ein Autorenregister schließt das Werk ab.

Diese Bibliographie können Sie als eigenständige Monographie oder als IWK-Heft 3/1977 bestellen. Der Bezugspreis beträgt DM 15,– (für Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 10,–).
Die Preise verstehen sich incl. MWSt., aber zuzüglich Versandspesen.

Historische Kommission zu Berlin
IWK-Redaktion + Vertrieb · Kirchweg 33 · 1000 Berlin 38